vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herausgegeben von Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz Horst Möller

Aus dem Inhalt

Anselm Doering-Manteuffel

Nach dem Boom

Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970

Stefan Martens

Frankreich zwischen "Histoire contemporaine" und "Histoire du temps présent"

Malte König

Die Schließung der staatlich lizenzierten Bordelle in Italien 1958

Matthias Dahlke

Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975

Matthias Uhl und Armin Wagner

Der Bundesnachrichtendienst und der Bau der

Berliner Mauer 1961

Institut für Zeitgeschichte Oldenbourg

Was kommt nach dem "Goldenen Zeitalter"?		
Anselm Doering-Manteuffel		
Nach dem Boom Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970	559	Aufsätze
Wo steht die französische Zeitgeschichte heute?		
Stefan Martens		
Frankreich zwischen "Histoire contemporaine" und "Histoire du temps présent"	583	
Was gab den Ausschlag?		
Malte König		
Prostitution und Emanzipation	617	
Warum gab der Staat nach?		
Matthias Dahlke		
"Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft" Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975	641	
Wie ernst nahm man den BND?		
Matthias Uhl und Armin Wagner		
"Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung" Bundesnachrichtendienst und Mauerbau, Juli–September 1961	681	Dokumentation
	727	Rezensionen online
	731	Abstracts
	733	Autoren

Mitte der siebziger Jahre, so der Tübinger Historiker Anselm Doering-Manteuffel, ging eine Epoche zu Ende, die späteren Analytikern als "Golden Age" erscheint. Was war das spezifisch Goldene daran? Und was folgte danach und wie läßt es sich begrifflich fassen? Doering-Manteuffel plädiert für eine konsequente Historisierung der Zeit vor dem Epochenbruch, um den Wandel vom damals lange dominanten keynesianischen Gesellschaftsmodell zum sogenannten "neoliberalen" Modell aufschlüsseln zu können. Er erkennt darin das Problem eines neuen Forschungsansatzes.

Anselm Doering-Manteuffel

Nach dem Boom

Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970

Der Boom – mit diesem Wort wird eine Epoche in der Geschichte des 20. Jahrhunderts umschrieben, die schon bald nach ihrem Ende von den Zeitgenossen in einer Mischung aus Enthusiasmus und Nostalgie als gute, ja bessere Zeit beschworen wurde. "Les Trente Glorieuses" hieß es in Frankreich bei Jean Fourastié, der damit eine stehende Redewendung schuf. "The Society of Success" formulierte Anthony Sutcliffe in England. Eric Hobsbawm sprach in seiner Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts vom "Golden Age", und er nahm in diesem Werk eine Unterteilung des Jahrhunderts vor, welche die Epoche des Booms nur um so klarer ins Licht stellte: Dem "Katastrophenzeitalter" von 1914 bis 1945 folgte das "Goldene Zeitalter" nach 1945, das 1975 mit einem "Erdrutsch" zu Ende ging¹.

Die Zeit des Booms waren die Jahrzehnte vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Mitte der 1970er Jahre. Wir haben zu diskutieren, was diese Epoche so golden, so glorios erscheinen ließ, um die Frage² anschließen zu können, was nach dem Ende des Booms eigentlich geschah und wie das Geschehene zeithistorisch

² Dieser Aufsatz skizziert den Problemhorizont eines Forschungsvorhabens, das im Verbund des Tübinger Seminars für Zeitgeschichte und des Trierer Lehrstuhls für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte (Lutz Raphael) durchgeführt wird. Frühere Fassungen des Textes habe ich im Neuzeit-Kolloquium in Trier und im Institut für Zeitgeschichte in München vorstellen dürfen. Die Anregungen aus der intensiven Diskussion an beiden Orten waren mir eine große Hilfe. Die Leitfragen und Arbeitshypothesen des vorliegenden Texts wurden seit 2005 im Tübinger zeitgeschichtlichen Oberseminar konzipiert, ein Entwurf dieser Thesen dort kritisch diskutiert. Den Teilnehmern meines Oberseminars gilt mein besonderer Dank.



¹ Vgl. Jean Fourastié, Les trente glorieuses, ou la revolution invisible des 1946 à 1975, Paris 1979; ders., D'une France à une autre: avant et après les Trente Glorieuses, Paris 1987; Anthony Sutcliffe, An economic and social history of Western Europe since 1945, London 1996, S. 136 und passim; Eric Hobsbawm, Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991, London 1994 (Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995); Hartmut Kaelble, Vers une histoire sociale et culturelle de l'Europe pendant des années de l'"Après-Prospérité", in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 84 (2004), S. 169–179; ders., Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Opladen 1992.

klassifiziert werden kann. Wie läßt sich die Zeit "nach dem Boom" in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einordnen?

Über die 1970er und 1980er Jahre wissen wir dank verschiedener neuer Studien inzwischen recht gut Bescheid³. Bisher ist allerdings kaum darüber nachgedacht worden, ob die Jahrzehnte seit etwa 1970 allein im Kontinuum der Nachkriegsgeschichte zu betrachten sind oder ob sie nicht auch, vielleicht sogar überwiegend, als der Beginn einer neuen Epoche, als eigenständiger Abschnitt der Zeitgeschichte, beschrieben werden müssen. So bleibt vorerst offen, mit welchen historischen Leitfragen und theoretischen Kriterien die Entwicklung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts analysiert werden könnte. Geht man von der Hypothese aus, daß mit dem Ende des Nachkriegsbooms eine klar definierbare Epoche auslief und eine neue, andere Zeit begann, muß zunächst geklärt werden, wie die Veränderungen der Industriemoderne seit 1970/75 in Wirtschaft, Staat und Politik, in der Gesellschaft und schließlich in den Wertorientierungen des Gemeinwesens beschaffen waren. Wie können wir den Wandel so erfassen, daß nicht nur Niedergang ins Auge sticht, sondern das Neuartige, Andere, Ungewohnte historisch aufgeschlüsselt und erklärt werden kann?

In den neunziger Jahren und an der Wende zum 21. Jahrhundert hatte die Transformation der Industriesysteme des Westens (und in anderer Form in den zum Kapitalismus konvertierten Ländern des Ostblocks) ein derart rasantes Tempo angenommen, daß die revolutionäre Wucht des Geschehens nicht länger zu ignorieren war. Die Anpassung überkommener Handlungsprinzipien und Gewohnheiten an die veränderten Bedingungen allein im westeuropäischen und deutschen Rahmen wollte immer weniger gelingen. Artefakte und Zugehplätze der vergangenen Epoche verschwanden fast über Nacht – seien es Industriefabriken, mittelständische Betriebe oder etablierte Einzelhandelsgeschäfte, seien es Institutionen des Kulturbetriebs. Je mehr abgeräumt wurde, desto mehr wurde Nostalgie in der Alltagswelt zu einem guten Geschäft. Ein Unternehmen, das mit dem Werbeslogan daherkam: "Es gibt sie noch, die guten Dinge", konnte der Nachfrage gewiß sein⁴.

⁴ Die Firma "Manufactum" wurde 1988 von Thomas Hoof gegründet und kommerzialisiert in bisweilen ironischer Inszenierung den wertkonservativen Rückbezug auf Gebrauchsgüter aus Werkstoffen und Produktionsformen der mechanisch-maschinellen Herstellung. Mit dem Stammsitz in der Alten Zeche Hibernia in Waltrop repräsentiert Manufactum heute die erfolgreiche Verbindung von Musealisierung und Bewahrung alter Industrieanlagen vor der endgülti-



³ Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004; Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004) mit dem Rahmenthema "Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland"; Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006. Vgl. für Frankreich Timothy B. Smith, France in Crisis. Welfare, Inequality, and Globalization since 1980, Cambridge 2004; für England Roderick Floud/Paul Johnson (Hrsg.), The Cambridge Economic History of Modern Britain, Bd. 3: Structural Change and Growth, 1939–2000, Cambridge 2004; Richard Heffernan, New Labour and Thatcherism. Political Change in Britain, London/New York 2001; für Westeuropa Colin Crouch, Social Change in Western Europe, Oxford 1999.

Nostalgische Rückwendung ist nicht nur Reaktion auf das revolutionäre Tempo der Veränderungen in Wirtschaft, Arbeitswelt und Alltag, sondern auch Ausdruck des Sachverhalts, daß eine Jahrzehnte alte mentale Prägung in den westeuropäischen Gesellschaften des früheren EWG-Raumes, aber auch in Großbritannien und den skandinavischen Ländern, mit der Wirklichkeit an der Jahrhundertwende nicht mehr harmonierte. Nicht nur der Osten hatte mit 1989/90 seinen Kosmos verloren, sondern der Westen auch⁵. Gewohnheit und Prägung einerseits, Anforderung und Zukunftserwartung andererseits, paßten oftmals nicht mehr zusammen. Das wirkte verstörend und lähmend auf die einen, begeisternd und anstachelnd auf die anderen. Worin aber lag das Neue? Wie sind die Jahrzehnte seit dem Ende des Nachkriegsbooms unter dem Gesichtspunkt von Bewahrung und Erneuerung einzuschätzen, welche Merkmale strukturellen Wandels und mentalen Verharrens lassen sich erkennen?

Der Übergang vom "Goldenen Zeitalter" zum "Erdrutsch", um noch einmal Hobsbawm zu bemühen, erfolgte schrittweise und vielfach unbemerkt. Er markierte keinen Einschnitt wie das Kriegsende 1918, 1945 oder der Kollaps des Ostblocks 1989/90. Trotz der revolutionären Wucht, welche die marktliberale Aufsprengung und technologische Überwindung nationalstaatlicher Bezugsräume und nationaler Industriesysteme seit den 1980er Jahren kennzeichnete, gab es keine rational oder emotional erfahrbare Zäsur⁶. Das Jahr 1989/90 jedenfalls brachte sie nicht. Es bedeutete vielmehr einen Einschnitt der Politik- und Staatengeschichte, der in sich selbst schon eine Begleiterscheinung des Strukturwandels war⁷.

Veränderung und revolutionärer Wandel wurden im Verlauf von etwa zwei Jahrzehnten zu einer Alltagserfahrung. Sie schlossen Verlust und Einschränkung ebenso in sich wie den Zugang zu neuen technischen Möglichkeiten. Die Öffnung weiter, kurz zuvor noch fast unvorstellbar umfassender globaler Aktionsräume prägte die Erfahrung ganzer Berufsgruppen und wirkte auf den Alltag der Konsum- und "Erlebnisgesellschaft" ein⁸.

Angesichts dieser Gegebenheiten plädiert der vorliegende Text für eine entschiedene, systematische Historisierung der Epoche des Booms. Solange die

⁸ Vgl. Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M./New York 1992.



gen Zerstörung mit einem Geschäftskonzept, das nicht nur auf die Wohlhabenden zielt, sondern trendkonform mit dem Elitarismus der neuen marktliberalen Ökonomie spielt.

⁵ Vgl. Charles S. Maier, Two Sorts of Crisis? The "long" 1970s in the West and the East, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 49-62; ders., Dissolution. The crisis of Communism and the end of East Germany, Princeton/NJ 1997.

⁶ Vgl. Mathias Albert u. a., Die Neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie, Frankfurt a. M. 1999; Manuel Castells, Das Informationszeitalter, 3 Bde., Opladen 2001-2003; Luc Boltanski/Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003.

⁷ Vgl. Maier, Two Sorts of Crisis?, in: Hockerts (Hrsg.), Koordinaten; ders., Dissolution; Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006. Vgl. auch Franz-Xaver Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt a.M. 1997.

Geschichtswissenschaft sich darauf konzentriert, die Abläufe und Eigenheiten der Nachkriegsentwicklung in den fünfziger, sechziger und – gegenwärtig – den siebziger und achtziger Jahren zu untersuchen, bleibt sie gefangen im Selbstverständnis einer Epoche, deren Ende zu analysieren wäre. Wenn wir uns dieser Einsicht verschließen, gerät jedes zeithistorische Urteil über die zurückliegenden drei Jahrzehnte zwangsläufig zur abwehrenden Kritik des Wandels oder kulturpessimistischen Beschreibung von Niedergang und Verlust. Das Geschehen selbst entzieht sich darüber allerdings der Erkenntnis. Die rationale Analyse der Zeit nach dem Boom setzt die Historisierung der Epoche selbst und gleichermaßen ihrer erkenntnistheoretischen Leitbegriffe voraus.

Auf den folgenden Seiten werden zunächst die Erscheinungsformen der politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung von den späten 1960er bis zu den frühen 1990er Jahren am westdeutschen Beispiel skizziert. Von hier aus läßt sich eine Perspektive auf Transformationsprozesse in den westlichen Ländern seit 1970 gewinnen, die in den nächsten Jahren durch zeithistorische Forschung näher zu erschließen sind, um die geschichtswissenschaftliche Analyse mit den weiter fortgeschrittenen Ergebnissen der – allerdings überwiegend ohne historischen Tiefgang argumentierenden – Sozialwissenschaften abzugleichen⁹ (I). In einem zweiten Schritt ist dann der Wandel vom Gesellschaftsmodell der Boom-Epoche zu einem anderen, neuen Gesellschaftsmodell an der Schwelle des 21. Jahrhunderts zu untersuchen. Es handelte sich um einen Wandel, der sowohl die Produktionsregime als auch den technologischen Stil betraf und, alles in allem, einen Paradigmenwechsel in der Entwicklung der Industriemoderne bedeutet haben dürfte. Das Zusammenspiel des revolutionären Strukturwandels in der Wirtschaft mit dem Aufkommen neuer Handlungsmuster in Staat und Gesellschaft und veränderten Wertorientierungen in den westlichen Industrieländern insgesamt bedarf der systematischen Untersuchung (II). Abschließend wird das Postulat einer Historisierung der Epoche des Booms zu begründen sein, um die zeithistorische Durchdringung der Jahrzehnte nach dem Boom zu ermöglichen. In der Geschichtswissenschaft zeigen sich schon seit längerem Anzeichen dafür, daß diese Notwendigkeit erkannt und auch in die Forschungspraxis übertragen wird. Solange aber die systematische Reflexion noch aussteht, bleiben die Grundbedingungen rationaler Analysen im Unklaren (III).

Soziale Entwicklung in der Bundesrepublik und das Gesellschaftsmodell der siebziger Jahre

Die siebziger Jahre erscheinen auf den ersten Blick als Jahrzehnt eines markanten historischen Widerspruchs. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, Turbulenzen im Weltwährungssystem, abnehmende Nachfrage nach westeuropäi-

⁹ Ansätze einer historischen Perspektive bietet Volker Bornschier, Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel, Zürich 1998. Der gegenwartsbezogene Blick überwiegt jedoch und bedarf der zeithistorischen Vertiefung. Vgl. Castells, Das Informationszeitalter; Albert u.a., Die Neue Weltwirtschaft; Boltanski/Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus.



schen und deutschen Industriegütern auf dem Weltmarkt, rasch anwachsende Arbeitslosigkeit und hohe Inflationsraten gingen einher mit der exorbitanten Ausweitung des Sozialstaats und einem rasant ansteigenden Massenkonsum. Dieser Sachverhalt bildete das Kennzeichen des Jahrzehnts bis in die achtziger Jahre und wurde schließlich auch zum Merkmal der deutsch-deutschen Vereinigung $1989/90^{10}$.

Die widersprüchliche Entwicklung gilt es zunächst nachzuvollziehen, um das Auseinanderdriften zweier Entwicklungsstränge beobachten zu können. Im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren begannen die materiellen Fundamente aus dem sogenannten "Wirtschaftswunder" wegzubrechen¹¹. In der Industrie, zumal der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, setzte eine mühevolle Umstrukturierung ein. Gleichzeitig begann die Erfahrung der Boomjahre in die Breite zu wirken. Diese Erfahrung nahm das Erreichte als Besitz auf Dauer an und betrachtete es deshalb als festen Bestandteil der Alltagspraxis im öffentlichen und privaten Bereich. Die zeitverschobene Überlagerung von Strukturwandel in der Industrieproduktion und in der Weltwirtschaft auf der einen Seite und, auf der anderen Seite, von Handlungsmustern bei den Tarifpartnern, in der Politik und der Bevölkerung, die dem Wandel nicht entsprachen, charakterisierte für mehr als zwei Jahrzehnte zunächst das bundesdeutsche, dann das gesamtdeutsche Gemeinwesen.

Um 1970 hatten sich inflationäre Tendenzen in den westlichen Industrieländern bemerkbar gemacht, die zur Rationalisierung industrieller Produktion und zum Abbau von Arbeitsplätzen führten. In dieser Zeit rutschten Industriebranchen eines traditionellen Typs in die Krise, an deren Ende in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren die Insolvenz der meisten Unternehmen und, mehr oder weniger, das Erlöschen ganzer Produktionszweige stand. Das betraf die Textilindustrie, den Bergbau und Schiffsbau, die mit hoher Sach- und Kapitalausstattung, einem geringen Grad an Automation und vielen Arbeitskräften produzierten 12. Webereien, Spinnereien, "der Pütt" und die Werft repräsentierten Inszenierungen industrieller Welt seit der Jahrhundertwende um 1900, die zwar

¹² Vgl. Markus Häcker, Die Textilindustrie in Oberfranken und ihre Überlebensfähigkeit im wiedervereinigten Deutschland, phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1994; Christian G. Schulze zur Wiesch, Die Entwicklung der Textilindustrie am Mittleren Niederrhein nach 1945, phil. Diss., Münster 1997; Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001; Bo Stråth, The Politics of De-Industrialization. The Contraction of the West-European Shipbuilding Industry, London 1987; Götz Albert, Wettbewerbsfähigkeit und Krise der deutschen Schiffsbauindustrie 1945-1990, Frankfurt a.M. 1998.



¹⁰ Vgl. Rödder, Bundesrepublik Deutschland; Gerold Ambrosius, Agrarstaat oder Industriestaat - Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert, in: Reinhard Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 50-69; Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997.

¹¹ Vgl. Knut Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 21-33; Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 315-360.

Zug um Zug renoviert und technisch modernisiert, indessen strukturell unverändert geblieben waren. Es handelte sich um maschinell-manuelle Industrieproduktion mit einem hohen Bedarf an Arbeitskräften beiderlei Geschlechts. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur machte diese Arbeitskräfte überflüssig, und es gab kaum Ersatz auf dem Markt der industriellen Handarbeit.

Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich in den siebziger Jahren im Rahmen des langfristigen Trends aufwärts. Darin spiegelte sich die Ausweitung einer wissensökonomisch gestützten Produktion, die man zunächst als Expansion des Dienstleistungssektors auffaßte. Sie veränderte die Erscheinungsform der westdeutschen Industriegesellschaft. Seit 1970 hörte die Bundesrepublik allmählich auf, ein Industrieland traditionellen Typs zu sein, wie es nach der Reichsgründung auf der Grundlage von Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie in der damals sehr modernen Form von verwissenschaftlichter Produktion entstanden war¹³. Der Übergang zu den Dienstleistungsberufen vollzog sich auch innerhalb der Industrie, ließ den "kombinierten Industrie-Dienstleistungssektor" stark anwachsen und schuf einen neuen Typus des Arbeitnehmers als white collar worker an den zunehmend mikroelektronisch gesteuerten "Maschinen" seines Unternehmens. Dieser Übergang beseitigte die beherrschende Stellung der Industrie im sozialökonomischen und politischen Gefüge der Bundesrepublik keineswegs. Hier vollzog sich vielmehr ein Wandel innerhalb der Industriemoderne, ohne daß die industrielle Welt selbst an ihr Ende kam14. Wir betrachten das als Anhaltspunkt für die Hypothese, daß sich in dieser Zeit ein Paradigmenwechsel innerhalb der Industriemoderne vollzog, der schwerlich als Übergang in eine postindustrielle Konstellation bezeichnet werden kann.

Der "lange Abschied vom Malocher" ¹⁵ zwischen den mittleren 1960er und den frühen 1990er Jahren war Ausdruck eines Wandels der Weltwirtschaft, der auf die Strukturen der Industrieproduktion in den westlichen Ländern einwirkte und unausweichlich einen sozialkulturellen Wandel nach sich ziehen mußte. Als die Maschinenwelt des montanindustriellen Zeitalters langsam unterging, wurde die Masse der Arbeiter nicht mehr gebraucht. Erscheinungsbild und Habitus des Industrieproletariers prägten nicht länger die Alltagskultur. Mit den Arbeitsplätzen in der Montanindustrie verschwanden auch die Arbeitsplätze in ähnlichen Sektoren. 1977 nahm die Bundesbahn die letzten Dampflokomotiven vom Gleis, deren Besatzung – Lokführer und Heizer – eine den Hüttenwerkern vergleichbare Arbeit leisteten. Lokschuppen, Drehscheiben und Rangierbahnhöfe wurden

¹⁵ Vgl. Wolfgang Hindrichs u. a., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.



¹³ Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 39–44 u. S. 408–416, der unterstreicht, daß das Erfolgsmodell des "Wirtschaftswunders" sich so lange habe halten können, weil die institutionellen Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft von Anbeginn als Antwort auf Tendenzen zur Internationalisierung der Märkte und Verwissenschaftlichung der Produktion konzipiert worden waren und man hier einen Kontinuitätsstrang vom Kaiserreich bis in die Nachkriegszeit zu fassen bekommt.

¹⁴ Ambrosius, Agrarstaat oder Industriestaat, in: Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft, S. 64, hier zit. nach Rödder, Bundesrepublik Deutschland, S. 176.

abgeschafft und umgebaut. Auf dem riesigen innerstädtischen Areal des Rangierbahnhofs Köln-Gereon steht heute, gewiß nicht zufällig, der "MediaPark" Köln¹⁶.

Im August 1971 fand das System von Bretton Woods sein Ende, mit dem die USA seit 1944 ein Welthandelssystem auf der Basis fester Wechselkurse bei freier Konvertierbarkeit der Währungen begründet hatten. Die Freigabe der Wechselkurse dokumentierte die relative Schwäche der amerikanischen Währung infolge des Vietnamkriegs und führte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu einem anarchischen Zustand im internationalen Währungssystem. Befürchtungen mehrten sich, daß sich die Krise der europäischen Wirtschaft daraufhin noch verschärfen werde. "Will Europe slump?", fragte der englische "Economist" bereits im Oktober 1971¹⁷. Schon zuvor hatten sich der Niedergang des Dollars und die weltweite kontinuierliche Inflation auch auf die Rohölpreise ausgewirkt, indem die faktische Abwertung der Währung bei gleichbleibendem Preis des Rohstoffs den Wert des Öls immer weiter reduzierte. Als die Währungsschwankungen nach dem Ende von Bretton Woods in den europäischen Industrieländern den Wertverlust des Dollars deutlich werden ließen, begannen die Erzeugerländer unruhig zu werden, weil Rohöl auf dem Weltmarkt in Dollar abgerechnet wurde. So baute sich Druck auf, den Ölpreis zu erhöhen, und der Yom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten beziehungsweise Syrien 1973 lieferte nur den Vorwand für drastische Preiserhöhungen. Zugleich bot er die willkommene Gelegenheit, um das Öl als Waffe gegen die Industrieländer einzusetzen, weil diese Israel und dessen Politik gegenüber den Palästinensern seit 1967 unterstützten¹⁸.

Die Ölkrise und die autofreien Sonntage des Spätherbstes 1973 bildeten in der Erinnerung der Mitlebenden eine tiefe Zäsur und sind aus der Rückschau gar zum Symbol für das Ende des Booms geworden. Der Preisschock traf die Industrieländer unerwartet, weil sie auf den Zusammenhang zwischen Rohstoffpreis und Währungssystem nicht weiter geachtet hatten. Darin zeigte sich ganz markant das Auseinandertreten von krisenhafter Entwicklung der Industriegesellschaft hier und einer verbreiteten gesellschaftlichen Nicht-Wahrnehmung dieser Entwicklung dort. Bis zum Jahresende 1973 stieg der Ölpreis um das Vierfache und verstärkte damit die Wirkungen des industriellen Strukturumbruchs. Die Ursachen lagen jedoch woanders¹⁹.

Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik und die Blütezeit staatlicher Rahmenplanung

Die mangelnde Wahrnehmung der Ursachen hatten Parteien und Regierungen seit Mitte der sechziger Jahre unbeabsichtigt verschuldet. Die Große Koalition

¹⁹ Vgl. Thomas Ellwein, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989, S. 52-56.



¹⁶ Vgl. Tobias Gerstung, Glasfaser statt Eisenbahngleis. Eine Stadt sucht ihre Zukunft – Die Geschichte des MediaParks Köln, Ms., Tübingen 2007.

¹⁷ The Economist vom 16. 10. 1971.

¹⁸ Vgl. James, Rambouillet, 15. November 1975; Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/ 74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

seit 1966 betrachtete die Globalsteuerung der Wirtschaft als Aufgabe der Politik und brachte die Regierung als Partner der Tarifparteien zum Nutzen der konjunkturellen Entwicklung ins Spiel. Nach 1966 wurde staatliche Planung zum Erfordernis deklariert, und die mittelfristige Finanzplanung sowie das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (1967) gaben diesem neuen Prinzip politischen Handelns Ausdruck. Das Stabilitätsgesetz verpflichtete den Bund und die Länder, in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Es seien Maßnahmen zu treffen, die im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, einen hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum sicherstellen könnten²⁰. Planung wurde als Voraussetzung einer besseren Ordnung begriffen, die nach rationalen Kriterien und auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise zu entwerfen war. Diese Vision machte das Gemeinwesen in seiner Gesamtheit zum Gegenstand des steuernden Einflusses von staatlicher Seite, und der Staat bediente sich dazu einer neuen Elite professioneller Experten²¹.

Die Blütezeit dieses Handlungsmusters bildete das Jahrzehnt von 1965 bis 1975, als Konsenskapitalismus²² und Konsensliberalismus²³ aus dem atlantischen Ordnungsdenken der 1930er und 1940er Jahre nach einer Inkubationszeit von knapp zwei Jahrzehnten in Westeuropa und der Bundesrepublik zum Durchbruch kamen. Im Zuge dieser "Westernisierung" sozialdemokratischer und sozialliberaler Eliten in der westdeutschen Gesellschaft und Politik²⁴ breitete sich, simultan mit der Vision planerischer Bewältigung der Zukunftsaufgaben auch eine Sicht auf das Gemeinwesen als Ganzes aus, die alsbald den historisch gewachsenen, traditionellen Sozialstaat erfaßte und seine Ausgestaltung in Angriff nahm²⁵.

Planung und Modernisierung standen in einem engen, kausalen Handlungszusammenhang. Sie waren an die Voraussetzung von Wirtschaftswachstum und beträchtlichen Verteilungsspielräumen der öffentlichen Hand gebunden. Beim

²⁵ Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989; Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates.



²⁰ Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, §1, hier zit. nach Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 410–413.

²¹ Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u.a. 2005; Harold Perkin, The Third Revolution. Professional Elites in the Modern World, London/New York 1996; Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 165–193.

 $^{^{22}}$ Vgl. Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

²³ Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.

 $^{^{24}}$ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

Übergang von der Großen zur sozialliberalen Koalition entwickelte sich daraus die Vorstellung, daß der Staat parallel zur aktiven Wirtschafts- und Stabilitätspolitik eine aktive Sozialpolitik als ein Gesamtanliegen verfolgen müsse. So entstand, wie es pointiert formuliert worden ist, die Idee und Praxis von Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik²⁶. Statt der traditionellen Absicherung des Einkommensverlustes bei Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter übernahm der Staat jetzt die Aufgabe, öffentliche Güter nicht nur bereitzustellen, sondern mit Leistungen zu begleiten. Die Ausweitung der Sozialpolitik auch auf das Bildungswesen und den Gesundheitsbereich, auf Städtebau und Raumordnung, Energie und Umwelt war von der Idee der Rahmenplanung und Globalsteuerung inspiriert. Hier wurden neue Arbeitsfelder des Staates geschaffen, auf denen Regierung und Verwaltung die Absicht verfolgten, mit dem Mittel rationaler Planung und wissenschaftlichen Expertentums die Gesellschaft zu modernisieren. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik war mit dem Willen zur Modernisierung des Gemeinwesens direkt verbunden.

Reformen in den genannten Bereichen wurden in der Zeit der Großen Koalition begonnen und unter der sozialliberalen Koalition fortgesetzt. Sie etablierten neue Berufsfelder, etwa im Bildungs- und Gesundheitssektor, und bürdeten dem Staat dauerhaft Leistungspflichten auf. Sie erzeugten umgekehrt in der Gesellschaft den Anspruch auf solche Leistungen, und dieser Anspruch verfestigte sich ebenso dauerhaft. Solange der Neuheitswert von Reformen unbestritten war, galten die Maßnahmen als Fortschritt, dienten sie zur Modernisierung, zur rational geplanten, gesteuerten Optimierung der Gesellschaft, um sie im Kreis der führenden Industrienationen auf möglichst hohem Niveau stabilisieren zu können. Wenn aber der Fortschrittscharakter fragwürdig wurde, veränderte sich die Gesellschaftspolitik zu einem primär von der Leistungspflicht der öffentlichen Hand und dem Leistungsanspruch der Gesellschaft her definierten Politikfeld. Deshalb war eine so verstandene Gesellschaftspolitik daran gebunden, daß ihr die Kategorien "Fortschritt" und "Modernisierung" inhärent blieben.

Halten wir fest: Wir sehen im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren den Staat in erweiterte Verantwortung eintreten, die zum einen Stabilität und Wachstum der Wirtschaft gewährleisten und zum anderen durch Gesellschaftspolitik das Land zu einem fortschrittlichen Gemeinwesen ausgestalten sollte. Vor dem Hintergrund sich verändernder und teilweise verschlechternder Wirtschaftsdaten sowie angesichts deutlicher Strukturkrisen in einigen traditionellen Industriebranchen zog der Staat mehr Steuerungskompetenz und mithin mehr Verantwortung an sich. Die Vordenker der jeweiligen Regierungen und die Kabinette der Großen und der sozialliberalen Koalition taten das nicht, weil sie wirtschaftliche Probleme voraussahen und ihnen entgegenwirken wollten. Sie taten es vielmehr, weil sie die Staatsfinanzen in einem guten und dauerhaft stabilen Zustand sahen, den Verteilungsspielraum als großzügig bemessen einschätzten und weil sie eine aktive Politik der Planung und Steuerung für ein Gebot des Fortschritts hielten. Sie handelten als Sachwalter eines politisch-ökonomischen

²⁶ Vgl. Hans Günter Hockerts, Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats, in: Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945, S. 35-45, hier S. 39.



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2007 4.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und sozialen Modells, des keynesianischen Gesellschaftsmodells, das sich seit den mittleren sechziger Jahren für etwa ein Jahrzehnt zu einer ideologischen Norm verfestigte. Der Ausbau des Sozialstaats gemäß diesem Modell setzte den nationalen Staat als Bezugsrahmen politischen Handelns voraus. Die ideologische Norm büßte allerdings bereits um 1970 die Rückbindung an wirtschaftliche Stabilität, Wachstum und Verteilungsspielräume des Staates ein. Seither wiesen die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft und die Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster von Parteien, Regierungen und Gesellschaft in unterschiedliche Richtungen.

Der Widerspruch zwischen wohlfahrtsstaatlicher Mentalität und industriellem Strukturwandel

Die Überzeugung, daß die Kassen der öffentlichen Hand wohl gefüllt seien, führte im Vorfeld der Bundestagswahl von 1972 zu einem bizarren Überbietungskampf zwischen den oppositionellen Unionsparteien und der regierenden sozialliberalen Koalition mit dem Ziel einer weiteren Rentenreform²⁷. Die Union ließ sich von der Erfahrung der Adenauerschen Rentenreform leiten, die 1957 der Kanzlerpartei zur absoluten Mehrheit verholfen hatte. 1972 sollte das den Weg zurück zur Macht ebnen. Am Ende erwies sich die Sache jedoch nur als schwere Belastung der Sozialkassen in der Zukunft, ohne daß die gesetzliche Ausweitung der Rentenversicherung der CDU/CSU den Wiedereintritt in die Regierung eingebracht hätte. Die Prämissen aus der Zeit des "Wirtschaftswunders" galten nicht mehr. Analysen der Bundestagswahl vom Herbst 1972 zeigten erstmals deutliche Verschiebungen in der Wählerschaft. Die jungen Wähler und die jüngeren Frauen zog es zur SPD. Die CDU/CSU als politische Kraft des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wirkte plötzlich veraltet, unmodern und dem Fortschritt abhold²⁸. Sowohl das politische Handeln von Regierung und Opposition als auch das Wahlverhalten der Bevölkerung wiesen 1972 darauf hin, daß in der Phase des Booms ein Mentalitätenwandel eingetreten war, der jetzt handlungsprägend wurde. Planung, Steuerung und neue Leistungsangebote des Staats an die Gesellschaft erzeugten ein gesellschaftliches Selbstverständnis, welches den erworbenen Wohlstand als dauerhaft betrachtete. Zu einem Zeitpunkt, wo die Grundlagen des bisherigen industriellen Systems und die materiellen Bedingungen des Wohlfahrtsstaats zunehmendem Veränderungsdruck ausgesetzt waren, kam dieses Denken erst voll zum Durchbruch.

Diese widersprüchliche Entwicklung prägte die siebziger Jahre und war auch in den achtzigern noch deutlich zu erkennen. Spannungen in der Gesellschaft und zunehmender Druck auf die Regierungspolitik beeinflußten die Zeitstimmung seit Mitte des Jahrzehnts deutlich. Das unterschied die sozialliberale Koalition

²⁸ Vgl. M. Rainer Lepsius, Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973), S. 295–313.



²⁷ Vgl. Hans Günter Hockerts, Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz. Die Rentenreform 1972 – ein Lehrstück, in: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Berlin 1992, S. 903–934.

unter Bundeskanzler Helmut Schmidt von der vorangegangenen Regierung des reformerischen Elans unter Willy Brandt²⁹. Nach dem Ölpreisschock geriet die energieabhängige Wirtschaft in Schwierigkeiten, die zum Rückgang des Sozialprodukts und zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen führten. Der Finanzspielraum der öffentlichen Hand wurde enger, die Steuerungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt. 1979 folgte die nächste Verteuerung des Rohöls. Der weltwirtschaftliche Einbruch beeinflußte die Zeit von 1973 bis in die frühen achtziger Jahre nachhaltig. Gestiegene Energie- und Rohstoffpreise, Unsicherheit auf den Finanzmärkten, zurückgehende internationale Nachfrage schlugen jetzt auf die Krisenbranchen Textil, Kohle und Stahl sowie Schiffsbau durch. Die Wirtschaft mußte Kosten senken, rationalisieren, neue Märkte erschließen. In Deutschland waren die Arbeitskosten im Verlauf der siebziger Jahre anhaltend gestiegen, im industriellen Sektor ebenso wie im öffentlichen Dienst³⁰.

Die Industrie fing den Anpassungsdruck insgesamt erfolgreich ab, indem sie unrentable Zweige stilllegte und die Produktionszweige mit maschinell-manueller Fertigung aufgab oder durch Automatisierung rationeller gestaltete. Die künftige Wirklichkeit industrieller Produktion auf der Grundlage der Mikroelektronik begann sich abzuzeichnen, und die neue Welt computergestützter Erwerbsarbeit breitete sich aus. Hier ist der historische Ort des "Abschieds vom Malocher". Jetzt kehrte Stille ein in den Stahlfabriken, die immer vom stampfenden Geräusch der Maschinen, vom Geruch nach Ruß und Schmieröl durchzogen waren, und in den Spinnereien und Webereien, wo die rastlose Mensch-Maschine-Symbiose herrschte. Moderne Hallen, sauber, fast menschenleer, bestimmten das Bild von zeitgemäßer Industrie. Der technisch höher qualifizierte Arbeitnehmer mit differenzierter Berufsausbildung trat an die Stelle des bisherigen Industriearbeiters. Damit entstand die Arbeitslosigkeit, die sich für mehr als zwei Jahrzehnte als nicht überwindbar erweisen und zu einer tiefgreifenden Veränderung der Arbeitsgesellschaft führen sollte. 1970 waren in der Bundesrepublik 148.000 Arbeitslose gezählt worden, 1980 waren es knapp 900.000, bis 1985 stieg die Zahl auf 2,3 Millionen. Das bedeutete einen Anstieg von 0,7 auf 9,3 Prozent³¹. Den verlorenen Arbeitsplätzen in der Industrie standen in der Aufschwungphase zwischen 1984 und 1989 nur 159.000 neue Stellen gegenüber³². Deshalb bildete der Arbeitsmarkt die zentrale Herausforderung für den Staat, der eben erst die Globalsteuerung der Wirtschaft und die Leistungspflicht in der Gesellschaftspolitik als Staatsaufgabe anerkannt hatte.

Hinter den Zahlen verbarg sich eine Veränderung, die über den Strukturwandel der Wirtschaft hinausreichte und auf einen Paradigmenwechsel der Produkti-



²⁹ Vgl. dazu die Regierungserklärungen von 1969, 1976 und 1980, in: Klaus von Beyme (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt,

³⁰ Vgl. Ellwein, Krisen und Reformen, S. 54 f.

³¹ Datenreport/Statistisches Bundesamt 1997, S. 89, hier zit. nach Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 237.

³² Vgl. ebenda, S. 236-242.

onsregime, des Zusammenspiels von Wirtschaft und Staat und gesellschaftlicher Wahrnehmung des Erwerbslebens verweisen dürfte. Zwei Millionen Arbeitsplätze gingen im produzierenden Gewerbe verloren, und die Menschen, die hier arbeitslos wurden, konnten mit ihren erlernten Fertigkeiten meist keine neue Arbeit finden. Umschulungskurse der Arbeitsämter brachten wenig Erfolg, denn die Umstellung von Handarbeit auf eine Tätigkeit in der automatisierten Produktion setzte differenziertes schulisches Wissen und ein noch jugendliches Alter voraus. Vor allem aber gab es den spezifischen Typ des Arbeitsplatzes nicht mehr, den die Betroffenen verloren hatten und der bis dahin während des ganzen Arbeitslebens räumliche, soziale und mentale Verankerung gewährleistete. Arbeitsplatz und Arbeitswelt im traditionalen Bereich industrieller Produktion waren immobil, und der kulturelle Zusammenhang von Fabrik, Familie, Feierabend an ein und demselben Ort hatte das Bewußtsein der Industriearbeiterschaft geformt³³. Diese angestammte Lebenswelt begann zu verschwinden und das Erfordernis von Mobilität, die Erwartung räumlicher und geistiger Beweglichkeit, breitete sich als Kennzeichen eines neuen Produktionsregimes aus. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen dominierten um 1980 die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, der ein Arbeitsplatz im Bereich traditionaler Industrieproduktion war, und das Gefühl von Zukunftslosigkeit. In der "Stunde der Tränen" vor dem letzten Abstich überreichten die Frauen von Hüttenwerkern der Hattinger Heinrichshütte ihren Männern rote Nelken und trugen Plakate mit der Aufschrift: "Unsere Zukunft – jetzt gemeinsam kämpfen."34

In scharfem Kontrast zu diesem Niedergang stand der Aufschwung der Konsumgesellschaft, zumal des Tourismus. Nach den Ölpreiserhöhungen gab es nur einen kurzen Einbruch, dann fuhren die Leute mehr und öfter in den Urlaub als je zuvor. Es waren vor allem Arbeitnehmer aus dem expandierenden Berufsfeld des "kombinierten Industrie-Dienstleistungssektors", denn dieser Bereich weitete sich in den siebziger und achtziger Jahren in dem Maße aus, wie die Traditionsindustrien zusammenschmolzen, nur daß er die Arbeitskräfte aus den insolventen Fabriken nicht aufnahm. In der Arbeitnehmergesellschaft neuen Typs ergänzte der Skiurlaub im Winter die sommerliche Flugreise ans Mittelmeer oder bald schon, in den achtziger Jahren, in die Karibik. Zwischen 1963 und 1972 waren die jährlichen Fluggastzahlen im Charterverkehr bereits deutlich angestiegen. Von 1970 bis 1979 erhöhte sich dann die Zahl der Urlaubsreisenden um 50 Prozent. 1980 gaben 57 Prozent der Bevölkerung an, eine Urlaubsreise zu machen 35.

³⁵ Vgl. Wolfgang König, Geschichte der Konsumgesellschaft, Stuttgart 2000, S. 265–332. Die Hinweise auf die Fluggastzahlen, in: Ebenda, S. 325, stammen von englischen Fluggesellschaften, die Entwicklung in der Bundesrepublik verlief ähnlich. Vgl. auch Petra Krempien, Geschichte des Reisens und des Tourismus. Ein Überblick von den Anfängen bis zur Gegenwart, Limburgerhof 2000, S. 157–165; Karlheinz Wöhler, Erstes und zweites Zuhause: Wohnen



³³ Vgl. Jürgen Reulecke (Hrsg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978.

³⁴ Waltraud Bierwirth/Otto König (Hrsg.), Schmelzpunkte. Stahl: Krise und Widerstand im Revier, Essen 1988, S. 104 u. S. 125–129.

Die "Demokratisierung des Reisens"³⁶ verlief parallel zu den Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt und spiegelte gegenbildlich zum Aussterben des "Malochers" den Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft³⁷.

Abwertung der Staatsfunktion?

Während die öffentliche Hand versuchte, gefährdete Branchen durch Subventionen zu stützen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten, bemühte sich die Wirtschaft, ihren Platz auf dem heimischen, dem europäischen und dem Weltmarkt den veränderten Bedingungen anzupassen. Es breitete sich dort ein makroökonomisches und betriebswirtschaftliches Denken aus, welches die staatliche Globalsteuerung als Modell einer versunkenen Zeit betrachtete. Dieses Denken lief auf die Abwertung des Staates, auf die Abwertung der Staatsfunktion und eine mindere Bedeutung von Nationalstaatlichkeit hinaus. Es überspielte nicht selten auch den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und brachte zum Ausdruck, daß sich in den achtziger Jahren die Wirtschaftsräume änderten und die Kriterien einer Nationalökonomie ihre Bedeutung verloren.

Das war neu. So zu denken wirkte modern, weltoffen, befreiend. Plötzlich galt das als "Fortschritt", ohne jedoch noch so genannt zu werden. Das Neue war einfach da. Es war Realität. Es wurde mit der Zeit selbstverständlich und deshalb in zunehmendem Maß gesellschaftlich akzeptiert. Hier fassen wir erneut den (vorerst hypothetisch so bezeichneten) Paradigmenwechsel der Industriemoderne. Er trennte die Boomphase von der nachfolgenden Epoche ab und markierte den Übergang in eine neue Zeit. Der Paradigmenwechsel ließ, wirtschaftsideologisch, den Staat schrumpfen und beeinflußte das Staatsverständnis in den politischen Parteien, den Verbänden und Interessengruppen nachhaltig. Der Staat wurde einerseits zum Garanten älterer Strukturen und zum Leistungsträger gesellschaftlicher Ansprüche. Andererseits aber paßten Regierungen und Parteien die Staatsfunktion den Herausforderungen des Paradigmenwechsels an. Sie verschrieben sich einem politischen Handeln, welches zum Beispiel die Privatisierung von Staatsbetrieben forcierte oder von der Regierung gewünschte Reformvorhaben zunächst an nicht-staatliche Beratungsagenturen mit privatem Gewinninteresse delegierte, um deren Vorschläge dann qua Kabinettsentscheidung oder auf dem Weg der Gesetzgebung zu verwirklichen³⁸.

³⁸ Vgl. für England die Reflexionen von Richard Wilson, Thatcherism Three, in: The Times Literary Supplement, 15. 12. 2006, über das Buch von Simon Jenkins, Thatcher & Sons. A Revolution in Three Acts, London 2006; für Deutschland Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 242-264.



und Reisen, in: Werner Faulstich (Hrsg.), Die Kultur der siebziger Jahre, München 2004, S. 233-243, Zahlen zu den Urlaubsreisenden S. 240.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Zum Profil des zeitgenössischen Problembewußtseins innerhalb der Soziologie vgl. Joachim Matthes (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a.M. u.a. 1983.

Der Staat baute mit an der Zukunft, aber er trug auch die Verantwortung für die Vergangenheit. Das rief den Eindruck des Widersprüchlichen, gar der Ziellosigkeit hervor, aber es verwies eher auf politischen Anpassungszwang an einschneidende Veränderungen. Wo Landes- und Bundesregierungen versuchten, kriselnde Industriebranchen vor dem Kollaps zu bewahren, betraf es Wirtschaftszweige, an denen die technische Weiterentwicklung zur Automatisierung und dann die Revolution der Mikroelektronik vorbeigegangen waren und die mit hohen Beschäftigungszahlen arbeiteten, ohne daß sich die Arbeitskosten rechneten³⁹. Solche Branchen wurden für eine gewisse Zeit zu Residualräumen eines im nationalen Rahmen verharrenden Verständnisses von der Verantwortung des Staates für die Stabilisierung von Produktionszweigen aus der Zeit des "Wirtschaftswunders" und des Booms. Simultan begannen die Regierungen der achtziger Jahre, staatliche Verfügungsgewalt an den freien Markt abzugeben - zuerst in den Bereichen Medien und Kommunikation 40. In offiziellen Verlautbarungen erhielt der Markt Vorrang vor dem Staat, aber das hieß nicht, daß die Politik den Gestaltungsanspruch von Staat und Regierung preisgab. Die Gewichtung allerdings verschob sich deutlich.

Umbruch und Kontinuität waren zur selben Zeit zu beobachten. Sie überlagerten sich. Der Paradigmenwechsel nach dem Boom markierte keine Zäsur, die zu einer bestimmten Zeit das Alte beendete und das Neue einsetzen ließ. Beharrung und Wandel gehörten zusammen und bildeten die nur scheinbar ziellose Reaktion auf veränderte Handlungsmuster in der Wirtschaft, die auf Politik und Gesellschaft einwirkten und ihrerseits mit der veränderten Geltung makroökonomischer Theorien verwoben waren. Die Wahrnehmung dieser Theorien und der praktische Umgang mit Ordnungsvorstellungen, die daraus abgeleitet wurden, sind im folgenden Abschnitt zu skizzieren, um die Hypothese eines Paradigmenwechsels auch auf der Ebene der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Ideen zu prüfen.

II. Wandel des Gesellschaftsmodells und Paradigmenwechsel in der Industriemoderne

In den achtziger Jahren zerfiel das Gesellschaftsmodell der Nachkriegszeit, das an fordistisches Produktionsregime und keynesianische Handlungstheorie gekoppelt war⁴¹. Es kam im Gefolge des Marshall-Plans nach Europa und entfaltete sich im Kalten Krieg unter den Bedingungen von Wiederaufbau und Blockkonfrontation in einer historisch singulären Form. Wachstum, Stabilität und korporativer Konsens in den Arbeitsbeziehungen konnten und mußten während der fünfziger und sechziger Jahre in einen äußeren Rahmen eingepaßt werden, der durch den außen- und sicherheitspolitischen Druck des Ost-West-Konflikts



³⁹ Vgl. als Fallstudie Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003.

⁴⁰ Vgl. Edgar Grande, Vom Monopol zum Wettbewerb? Die neokonservative Reform der Telekommunikation in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1989.

⁴¹ Vgl. zum folgenden Bornschier, Westliche Gesellschaft.

zustande kam. Das Streben nach Sicherheit wurde im Kalten Krieg allenthalben beschworen, und allein der Staat konnte Sicherheit verbürgen, sei es die amerikanische Blockvormacht, sei es die nationale Regierung⁴². Im festen äußeren Rahmen konnte sich dann die "freie Welt"⁴³ dergestalt entfalten, daß wirtschaftliches Wachstum, soziale Reform und zivile Staatsbürgergesellschaft an inneren Konsens und soziale Disziplin gebunden waren. So fanden Markt und Wettbewerb ihren klar umrissenen Spielraum, sei es der nationale, der europäische oder der durch Bretton Woods definierte Rahmen des Westens⁴⁴. Unternehmer entfalteten Marktmacht innerhalb des westlichen Blocks und waren auf die Stabilität der Rahmenbedingungen angewiesen. Diese aber fußten auf der prekären Balance der Blöcke, die nur durch die Regierungen als stabiles Gleichgewicht gewährleistet werden konnte. So machte der Ost-West-Konflikt staatliche Dominanz zu einem Erfordernis, um in den westlichen Ländern Sicherheit als verläßliche Grundlage des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Konsenses zu gewährleisten. Das ermöglichte Wachstum, unternehmerischen Profit und die Intensivierung des nationalen Arbeitsmarkts, wodurch der Wohlstand der Bevölkerung wuchs und der Spielraum des Staats zur Umverteilung zunahm. Umverteilung stabilisierte das Produktionsregime, festigte die Produktionsbedingungen und schuf die Voraussetzungen zur Entfaltung des Marktes im nationalen und international-westlichen Bezug.

Dieses Gesellschaftsmodell erlaubte die Neuordnung des westdeutschen Gemeinwesens als differenzierte, "westernisierte" Zivilgesellschaft mit einer korporatistischen Organisation der Arbeitsbeziehungen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften hatten im Übergang zu den sechziger Jahren die Marktwirtschaft als Grundlage der Nachkriegsordnung anerkannt und damit die Voraussetzungen des Konsenses mit den Arbeitgebern geschaffen. Der "Konsenskapitalismus" der Nachkriegsjahrzehnte etablierte die Gleichrangigkeit zwischen den Akteuren und war zudem auf die Stabilität des staatlichen Rahmens angewiesen⁴⁵. Im Sinne der keynesianischen Theorie machte dieses Beziehungsgefüge die politisch-ökonomische Globalsteuerung durch staatliche Rahmenplanung im Konsens mit Unternehmern und Gewerkschaften zum Erfordernis von Regierungspolitik. Wir konnten dies als Merkmal des Jahrzehnts zwischen 1965 und 1975 bereits beobachten. Die für den Keynesianismus charakteristische Trias "Markt - Staat - Plan" harmo-

⁴⁵ Vgl. Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, Bonn 2004.



⁴² Vgl. Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer "modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 53 (2005), S. 357-380.

⁴³ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Im Kampf um "Frieden" und "Freiheit". Über den Zusammenhang von Ideologie und Sozialkultur im Ost-West-Konflikt, in: Hockerts (Hrsg.), Koordinaten, S. 29-47.

⁴⁴ Vgl. Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947-1952, Cambridge 1987; Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program, New York/Oxford 1991; Tony Judt, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München/Wien 2006.

nierte mit den Bedingungen des Ost-West-Gegensatzes dadurch, daß sowohl Regierung als auch Unternehmer dem staatlichen Rahmen maßgebliches Gewicht beimaßen. Daraus erklärt sich die Stabilität der politischen und wirtschaftlichen Ordnung während des Booms, aber auch die vergleichsweise starre Eigenart des Gesellschaftsmodells, dessen technologischer Stil relativ statische Strukturmuster aufwies⁴⁶. Das waren zum einen feste Produktionsstandorte der Industrie mit unverzichtbarer Bindung an fossile Energieträger und der Beschränkung von Transport vornehmlich auf Rohstoffe und Waren. Das Ruhrgebiet, das Saarrevier und Lothringen oder das Zentrum der britischen Montanindustrie in Mittelengland können als Beispiele dienen. Die Unternehmensverwaltung befand sich am Ort, die Gewerkschaftsvertretung nicht selten innerhalb des Betriebsgeländes. Die Arbeitskräfte in der Fabrik oder im Büro verbrachten ihr Berufsleben mit der einmal erworbenen Ausbildung an einem festen Platz. Das Erfordernis, sich weiter zu qualifizieren, kannten sie in der Regel nicht⁴⁷.

Die politisch-ökonomische Bindekraft dieses Gesellschaftsmodells ließ im Verlauf der siebziger Jahre nach, seit sich der Rahmen zu lockern begann. Entspannungspolitik zwischen den Blockvormächten und im deutsch-deutschen Bezug verminderte den Druck, aber auch die politisch-ideologische Kohäsion aus den Nachkriegsjahrzehnten. Horizont und Handlungsspielräume für Wirtschaft und Regierungspolitik weiteten sich aus. Die Bindekraft des Rahmens konnte auch in der Spannungsphase des Kampfs um die Nachrüstung seit 1979/80 nicht mehr zurückgewonnen werden. In der Zeitstimmung der achtziger und frühen neunziger Jahre waren solche Veränderungen nicht zuletzt an der Delegitimation des Keynesianismus zu erkennen⁴⁸. Die Heraufkunft eines neuen Gesellschaftsmodells zeichnete sich dagegen nur punktuell und sprunghaft, gleichwohl unübersehbar ab.

Mit dem Niedergang der Traditionsindustrien war die Standortgebundenheit nicht länger Maßstab und Modell für Industrieansiedlung und die Organisation von Arbeitskraft, und ein neuer technologischer Stil begann sich auszubreiten⁴⁹. Den Rohstoff der alten Industrien löste als neuer Grundstoff der Mikrochip ab. Ohne die Rohstoffbindung der traditionellen Art konnten sich Unternehmen an Standorten niederlassen, die bis dahin industriewirtschaftlich völlig unbedeutend waren⁵⁰. Die neuartigen Firmen produzierten auf der Grundlage des Mikrochips

⁵⁰ Vgl. hierzu die Ergebnisse des Forschungsprojekts "Bayern im Bund" des Instituts für Zeitgeschichte: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001; dies. (Hrsg.), Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002;



⁴⁶ Bornschier, Westliche Gesellschaft, S. 1-22, hier S. 13.

 $^{^{47}}$ Vgl. Sabine Dworog, Positionspapier zum Forschungsvorhaben "Nach dem Boom", Tübingen 2007, auch für das Folgende.

⁴⁸ Vgl. Hansjörg Siegenthaler, Das Ende des Keynesianismus als Gegenstand Keynesianischer Interpretation, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2002/1, S. 237–245. Vgl. die Thesen zur Entwicklung in der Gegenwart von Christoph Deutschmann, Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 42 (2005), S. 3–12.

⁴⁹ Vgl. Bornschier, Westliche Gesellschaft, S. 103–200; Albert u.a., Die Neue Weltwirtschaft.

mit dem differenzierten Wissen ihrer Arbeitskräfte, und beides - Produktion und Wissen - bedurfte kontinuierlich der Aktualisierung und systematischen Weiterentwicklung. Die relativ statischen Strukturen des keynesianisch-fordistischen Modells wurden durch Mobilität auf vielen Ebenen regelrecht unterspült. Mobilität war die Anforderung an Menschen, Materialien und Strukturen. Die Arbeitskräfte mußten sich flexibel auf geographisch verstreute Standorte einstellen und zum Wechsel zwischen ihnen bereit sein. Die Materialien für die just in time Produktion flossen aus den Containerfahrzeugen stetig in die neuen Werkshallen hinein, andere existierten bloß virtuell und waren online verfügbar. Unternehmen brauchten sich nicht mehr auf einen Hauptstandort und eine dort angesiedelte Verwaltung zu stützen, sondern konnten hier und da und überall die für sie günstigste Wahl treffen. Die Energie für die Produktion floß als elektrischer Strom durch Hochspannungsnetze aus Atomkraftwerken, während die alten Kohlekraftwerke erst neuen technischen Standards angepaßt werden mußten⁵¹. Und an die Stelle des vertrauten, statischen Raums der Feierabend-Welt der Fabrikarbeiter trat zum einen die individualisierte Form der Erholung mittels Mobilität -Wochenendtrip, Fitness, Wellness - und zum andern auch der Rückzug in selbstgewählte Gruppen und Gemeinschaften zur individuellen Sinnerfüllung⁵².

Was als Unrast und Beschleunigung⁵³, als anhaltende Bewegung ohne erkennbares Ziel, ohne Struktur und Rahmen erscheinen mochte, repräsentierte eine Revolution auf der Mikroebene. Deshalb war sie mit den etablierten Kriterien von Gesellschaftsanalyse, Gegenwartsbestimmung und Zeitkritik nicht präzise zu erfassen, sondern es kamen immer nur scheinbar banale Einzelaspekte ins Blickfeld, die ob ihrer Flüchtigkeit, ihrer jeweils begrenzten Relevanz für Verhaltensmuster und Lebensformen in der noch von den alten Strukturmustern geformten Wahrnehmung des sozialökonomischen Umfelds vielleicht als fremd, auch als lästig, jedenfalls als ungewohnt und im übrigen nicht lebenswichtig aufgefaßt wurden. Dennoch handelte es sich um eine Revolution, deren Transformationskraft den westlichen Gesellschaften allerdings erst an der Wende zum 21. Jahrhundert zu Bewußtsein kam. In der Zeitstimmung der achtziger Jahre war es die oft unverstandene kulturelle Strömung der sogenannten Postmoderne, die nichts anderes zum Ausdruck brachte als den Widerruf des verbindlichen Rahmens der Nachkriegszeit. Eine neue rahmengebende Ordnung, eine klare Perspektive konnten die Protagonisten postmodernen Denkens und Handelns nicht sichtbar

⁵³ Vgl. Hartmut Rosa, Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt a.M. 2005.



dies. (Hrsg.), Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, München 2004; siehe auch Anselm Doering-Manteuffel, Bayern im Bund. Die überregionale Bedeutung eines regionalgeschichtlichen Forschungsansatzes, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 67 (2004), S. 85-102.

⁵¹ All diese Faktoren des Strukturwandels kamen in den Industriewirtschaften der RGW-Länder nicht zum Durchbruch. Deshalb ist es durchaus gerechtfertigt, den Kollaps des Ostblocks als eine Folge des Wandels, nicht aber als dessen Anstoß aufzufassen. Siehe Maier, Two Sorts of Crisis?, in: Hockerts (Hrsg.), Koordinaten.

⁵² Schulze, Die Erlebnisgesellschaft, Kapitel 4 und passim.

machen, denn sie kamen ja selbst aus der Welt des Gestern und bemerkten bloß früher als andere, daß sie zerfiel. Worin das Neue bestand und wo das Morgen zu finden war, konnten sie füglich nicht sagen. So verstärkte die postmoderne Theorie nur die neue Erfahrung von Unverbindlichkeit, Sprunghaftigkeit, Unrast und scheinbarem Unernst. Die Revolution auf der Mikroebene war mit dem intellektuellen Instrumentarium der aus der Epoche des Booms gewohnten Strukturanalyse nicht zu erfassen. Der "Poststrukturalismus" der postmodernen Theoretiker spiegelte das Dilemma recht genau wider, aber er erklärte es nicht. Er war ein Produkt des revolutionären Geschehens, nicht aber ein sozialphilosophischer Ansatz zu dessen Analyse⁵⁴.

Mikrochip, Marktideologie und die Entriegelung der überkommenen Strukturen

Während dieser Entwicklung seit den achtziger und in den neunziger Jahren breiteten sich Schlagworte und Argumentationsmuster einer anderen ökonomischen Denkschule aus, die den Keynesianismus überlagerten und allmählich verdrängten. Der alsbald so genannte "Neoliberalismus" bot sich als Handlungstheorie für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zeit der revolutionären Unruhe an und begann allem Anschein nach ein neues Gesellschaftsmodell zu begründen.

Der Begriff "neoliberal" ist schillernd, weil er im amerikanischen und englischen Fall für eine bestimmte Zeit mit dem Begriff "neokonservativ" verkoppelt werden konnte und später im englischen und deutschen Fall außerdem noch zum Kennzeichen der Sozialdemokratie wurde⁵⁵. Darin zeigte sich die umfassende Bedeutung einer Handlungstheorie, deren ökonomische und sozialphilosophische Grundannahmen für Konservative und Sozialdemokraten gleichermaßen als Norm ihres Politikverständnisses Geltung erlangten. In der Epoche des Booms waren die Lager strikt geschieden, die Große Koalition in der Bundesrepublik am Ende der sechziger Jahre bestätigte als Ausnahme nur eine eherne Regel. Die simultane Aufnahme neoliberaler Axiome seitens der politischen Rechten und Linken gibt einen Hinweis darauf, daß wir es hier in der Tat mit einem Paradigmenwechsel zu tun haben, der den Namen auch verdient⁵⁶. Zugleich aber wurde der Begriff "neoliberal" als polemisches Instrument in einem ideologischen Kampf eingesetzt. Der Kampf spielte sich ab zwischen den Verfechtern des alten, keynesianischen Paradigmas und des neuen, das mit den

⁵⁶ Vgl. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M. 1967.



⁵⁴ Vgl. Jean-François Lyotard, Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, Graz/Wien 1986; Peter Koslowski/Robert Spaemann/Reinhard Löw, Moderne oder Postmoderne? Zur Signatur des gegenwärtigen Zeitalters, Weinheim 1986; Wolfgang Welsch, Unsere postmoderne Moderne, Weinheim ²1988.

⁵⁵ Vgl. David Harvey, A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2005; Gerhard Willke, Neoliberalismus, Frankfurt a. M./New York 2003; Murray Friedman, The Neoconservative Revolution. Jewish Intellectuals and the Shaping of Public Policy, Cambridge 2005; Irwin Stelzer (Hrsg.), Neoconservatism, London 2004; Hans Jörg Hennecke, Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung, München 2003.

Namen der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman und Friedrich August von Havek verbunden ist⁵⁷.

Die monetaristische Konzeption Friedmans und die marktradikale Freiheitsideologie Hayeks entfalteten Wirkung als kompakte politische und gesellschaftliche Handlungstheorie, indem sie das keynesianische Axiom der wirtschaftlichen Globalsteuerung durch den Staat aufs schärfste bekämpften. Der ideologische Gegensatz erreichte in Deutschland seinen Höhepunkt nach dem Konflikt zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder 1999, aber der Kampf der Traditionalisten gegen das neue Modell politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Handelns entlang neoliberaler Auffassungen führte vorerst zu nichts⁵⁸. Der Grund dafür lag allerdings nicht in der Überlegenheit der Wirtschaftstheorien von Friedman und Hayek, denn beide hatten seit den sechziger Jahren ohne Erfolg die Dominanz des keynesianischen Paradigmas in den westlichen Industriestaaten bekämpft⁵⁹. Wie der Wandel auf der Grundlage des Mikrochips durch Pluralisierung, Mobilität und Verflüssigung die ehedem festen Strukturen von Produktion und Distribution unterspülte, bot die Theorie des Neoliberalismus Begründungen, Vorstellungen und Handlungsperspektiven für den neuen technologischen Stil an. Der Paradigmenwechsel erfolgte dadurch, daß der Neoliberalismus den revolutionären Durchbruch des Neuen als Leitideologie trefflich ergänzte.

Die technologische Revolution setzte den transnationalen, potentiell globalen Raum voraus, und man braucht nur den Versuch zu machen, die Wortkarrieren der beiden Begriffe transnational und global beziehungsweise Globalisierung in den Geistes- und Sozialwissenschaften historisch zu verorten, um feststellen zu können, wann die neuen technischen Möglichkeiten - anfangs noch in kleinem Maßstab – in der Gesellschaft aufgegriffen wurden und zu wirken begannen⁶⁰. Sie verbanden sich in den neunziger Jahren mit den Wirtschaftstheorien von Hayek und Friedman.

Nicht der Wechsel vom Keynesianismus zum Neoliberalismus machte also die revolutionäre Qualität jenes Wandels aus, der seit den neunziger Jahren in bisweilen aggressiver Tonlage von den Kritikern einer durchgreifenden Ökonomisie-

⁶⁰ Vgl. das Internetportal "Geschichte.transnational. Fachforum zur Geschichte des kulturellen Transfers und der transnationalen Verflechtungen in Europa und der Welt", sowie die Schriftenreihe "Globalgeschichte", die von Sebastian Conrad, Andreas Eckert und Ulrike Freitag herausgegeben wird.



⁵⁷ Vgl. Keith Dixon, Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz 2000; Bernhard Walpen, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, Hamburg 2004; Werner Abelshauser, Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin 2003; Hans Jörg Hennecke, Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf 2000; Alan Ebenstein, Friedrich Hayek. A Biography, Chicago/London 2001; zu Friedman vgl. ebenda, S. 266-276; Bruce Caldwell, Hayek's Challenge. An intellectual Biography of F. A. Hayek, Chicago/London 2004; Ingo Pies/Martin Leschke (Hrsg.), Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus, Tübingen 2004.

⁵⁸ Vgl. Hennecke, Die dritte Republik, S. 70-101.

⁵⁹ Vgl. Walpen, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft.

rung aller Lebensbereiche gegeißelt wurde. Der Umschwung von der Orientierung am Paradigma "Markt - Staat - Plan" zu dem anderen Paradigma "Freiheit des Marktes von allen Einschränkungen durch Staat und Plan" und der Wechsel von der Nachfragesteuerung seitens der Regierungen zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nach den Bedingungen des Marktes waren situationstypische Reaktionen auf den Strukturwandel seit dem Ende des Booms. Selbst wenn man, wie es für die geschichtswissenschaftliche Analyse geboten ist, Wirtschaftstheorien nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob sie ökonomisch funktioniert haben, sondern wenn man sie statt dessen als Theorien auffaßt, an denen sich gesellschaftliches und regierungspolitisches Handeln orientiert, kann man im Niedergang des Keynesianismus und Aufstieg des Neoliberalismus noch keinen revolutionären Umschwung erkennen. Der Zusammenbruch der traditionellen Industrien des maschinell-manuellen Typs sowie die Entstehung eines neuen technologischen Stils und veränderten politisch-ökonomischen Produktionsregimes bildeten vielmehr die Voraussetzung. Erst das Zusammentreffen einer Wirtschaftstheorie, die die Regierungen auf Verwaltung des Immobilen, Statischen wie Raum, Umwelt, Infrastruktur in den nationalen oder europäischen Grenzen reduziert, um den Kräften des Marktes im Wortsinne unbegrenzten Spielraum zu verschaffen, mit der technisch-wirtschaftlichen und kulturellen Entriegelung der Strukturen aus der Zeit des Booms hat diese Wirkung erzeugt.

III. Das Postulat der Historisierung

Die bevorstehende zeithistorische Analyse des Geschehens seit den siebziger Jahren wird den Blick auch auf den kulturpessimistischen Grundzug jener Sichtweise zu richten haben, die uns mit Hobsbawms These vom "Erdrutsch" begegnet ist. Die Rede von "Niedergang" oder "Ende", von "Wegbrechen", "Untergang" und "Abschied" beschwört Vergangenes. Wo sie auf Gesellschaftskritik zielt und das allmähliche Vergehen der traditionalen Arbeitswelt zum Thema macht, den Verlust an Sicherheit im wohlfahrtsstaatlichen System anprangert und die Minderung, ja Beseitigung von Chancen des sozialen Aufstiegs für Kinder aus den unteren Straten der Gesellschaft beklagt, dort ist die Rede vom "Niedergang" an den Maßstäben, am Selbstverständnis, kurz: an der Ideologie des keynesianischen Gesellschaftsmodells orientiert.

Nahezu alle heute im vorgerückten Erwachsenenalter stehenden Generationen in Westeuropa sind im Kontext dieses Gesellschaftsmodells sozialisiert worden. Das gilt auch für diejenigen, die über diese Epoche urteilen, die Historiker. Sie stammen aus der Zeit des Ost-West-Konflikts einschließlich der frühen Nach-Wende-Ära. Sie sind Kinder des Wohlfahrtsstaats, sie sind Kinder eines konsensliberalen und sozial-demokratischen Verständnisses von staatlichem Handeln respektive gesellschaftlicher Erwartung. Sie sind Kinder einer Zeit des Wachstums innerhalb der Grenzen des eigenen Landes und innerhalb des politischen Rahmens der zweigeteilten Welt. Draußen war draußen, drinnen ist drinnen. Diese mentale Prägung wirkt auch unter den Historikern noch weiter. Sie haben gelernt, den Blick auf das Gehäuse ihres Lebensumfelds zu richten, woraus sich



eine sachlich-räumliche Begrenzung ihres Erkenntnisinteresses auf den staatlichen und nationalen Horizont ergibt. Die jüngeren Wissenschaftler sind dagegen in starkem Maß von dem neuen Gesellschaftsmodell beeinflußt und transzendieren den zuvor gültigen Rahmen. Das führt immer wieder zu Streit zwischen Historikern des "Drinnen" und jenen des "Draußen", die auf die revolutionäre Verflüssigung statischer Strukturen reagieren und die Wahrnehmung des Paradigmenwechsels in die wissenschaftliche Arbeit einbeziehen. Fast unweigerlich sind sie auch von der Ideologie des neuen Gesellschaftsmodells beeinflußt und empfinden die Argumente von Historikern des "Drinnen" als veraltet und beengt. Solche Gegensätze sind unproduktiv. Es sind ideologisch durchsäuerte wissenschaftliche Wortgefechte, in denen die Nostalgiker des politökonomischen Ancien Régime mit den Protagonisten der neuen Zeit aneinander geraten⁶¹.

Semantischer Wandel der Begriffe

Wichtiger als diese Konflikte ist es aber, daß die Geschichtswissenschaft in Verbindung mit den benachbarten Geistes- und Sozialwissenschaften alsbald Kriterien der Reflexion über das analytische Instrumentarium entwickelt, wie wir in der Zukunft den Strukturbruch am Ende des Booms und die Entwicklung seither untersuchen können. Wir sind da noch nicht weit gekommen. Nur eines ist sicher: Die geschichtstheoretischen Normen, die seit etwa 1970 in unserem Fach Verbreitung gefunden haben und zeitweilig fast axiomatische Gültigkeit erlangt hatten - der Bezug auf Max Weber etwa und seine auf den Machtstaat und den Anstaltsstaat gestützte Gesellschaftstheorie -, waren an die Geltung des keynesianischen Gesellschaftsmodells gebunden und entwickelten ihre analytische Valenz in diesem Rahmen. Hier hatte die Modernisierungstheorie ihren Ort⁶², und von hier aus wurden auch die größeren Forschungsvorhaben zur Analyse der Nachkriegsgeschichte noch in den neunziger Jahren entworfen, die mit den Begriffen Modernisierung, Westernisierung, Liberalisierung oder Demokratisierung ope-

⁶² Vgl. Wolfgang Zapf (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main, Frankfurt a.M./New York 1991; Hans van der Loo/Willem van Reijen, Modernisierung. Projekt und Paradox, München 1992; Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986; ders./Wolfgang Bonß (Hrsg.), Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt a.M. 2001; Peter B. Evans/Dietrich Rueschemeyer/Theda Skocpol (Hrsg.), Bringing the State Back In, Cambridge 1985; Daniel Yergin/Joseph Stanislaw, Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1999.



⁶¹ Programmatisch dazu Jürgen Osterhammel, Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen 2001; ders./Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung, Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003; Sebastian Conrad/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen 2004; Gunilla Budde u.a. (Hrsg.), Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006. Zur kritischen Reflexion über das Gewicht des alten Paradigmas vgl. Lutz Raphael, Nationalzentrierte Sozialgeschichte in programmatischer Absicht. Die Zeitschrift "Geschichte und Gesellschaft" in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 5-37.

rierten⁶³. Hier wurzelte ganz selbstverständlich ein positiv grundiertes Verständnis von Fortschritt sowie die Überzeugung, daß die Steuerungskompetenz des Staates in der Gesellschaftspolitik das richtige Mittel sei, um das Gemeinwesen nach den Kriterien eines sozialen und liberalen Konsenses im Gleichgewicht zu halten. Zur Analyse der historischen Entwicklung unter den Einflüssen des neoliberalen Paradigmas taugen sie aus genau diesem Grunde nicht. Aber die Einsicht, daß die Gegenwart seit etwa 1975/80 ein anderes epistemologisches Instrumentarium benötigen dürfte als die Epoche des Booms, breitete sich nur sehr zaghaft aus und hat die Geschichtswissenschaft noch kaum erreicht⁶⁴. Deshalb muß es nächst der empirischen Erforschung des Strukturwandels gleichermaßen darum gehen, die Leitbegriffe auf den Prüfstand zu stellen, die in jenen Jahren handlungsbestimmend gewirkt haben. Sie prägten das Bewußtsein der Gesellschaft. Erst wenn der semantische Wandel in Begriffen wie Fortschritt, Moderne, Planung und Konsens, aber auch Markt, Staat und Nationalstaat näher untersucht ist, kann es gelingen, die Brüche und Kontinuitäten im gesellschaftlichen Selbstverständnis zwischen 1970 und der Gegenwart kritisch einzuschätzen. Mit der Historisierung der Boomphase ist unabdingbar die Historisierung der Weltbilder verknüpft, unter deren Einfluß die meinungsprägenden Altersgruppen handelten und urteilten⁶⁵.

⁶⁵ Es ist schwerlich ein Zufall, daß in den 1990er Jahren die historische Forschung Problemfelder wie "Planung", "Konsens" oder "Nationalstaat" verstärkt untersuchte, während es in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nicht zuletzt um den Bezug zwischen "Markt und Staat" sowie zwischen "Modernisierung und Moderne" ging. Vgl. Winfried Süß, "Wer aber denkt für das Ganze?" Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, sowie Gabriele Metzler, "Geborgenheit im gesicherten Fortschritt". Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Frese u.a. (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, S. 349–377 u. S. 777–797; Metzler, Konzeptionen politischen Handelns; Anselm Doering-Manteuffel, Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt u.a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311–341; Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythen und Realität



⁶³ Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993. Bereits wenige Jahre später war der Begriff "Modernisierung" durch "die Moderne" ersetzt worden. Vgl. Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und "Zeitgeist" in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995; Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, mit der Konzentration "auf eine Beschreibung von Veränderungen im Koordinatensystem der Gesellschaftsordnung, die sich nach 1945 in den Westzonen und der Bundesrepublik vollzogen, in den Jahren um 1970 zum Abschluß kamen und das Selbstverständnis der Westdeutschen bis in die Gegenwart geformt haben", ebenda, S. 7; Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, der "Liberalisierung" als offenen Prozeß betrachtet, wodurch das Geschehen in eine Zukunft ohne Ende hineinzuführen scheint. Siehe zudem Matthias Frese u. a. (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003.

⁶⁴ Vgl. Lutz Raphael, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorie, Methode, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003.

Nimmt man dagegen die altetablierten geschichtstheoretischen Normen der modernen Sozialgeschichte, der Alltagsgeschichte und zum Teil auch der Kulturgeschichte, um sie für die Analyse des gegenwartsnahen Geschehens zu nutzen, kann das Ergebnis nur in einem negativen oder kulturpessimistischen Urteil über den sozialgeschichtlichen Prozeß seit 1970 bestehen. Welches erkenntnistheoretische Instrumentarium aber steht statt dessen für diese Aufgabe bereit? Soweit es heute schon erkennbar ist, wird es um semantische Verschiebungen in vertrauten Begriffen gehen, was sich schon um 1980 andeutete, aber noch im Ton der Entrüstung vermerkt wurde⁶⁶.

IV. Abschied vom Gestern

Es ist erforderlich, die gegenwartsnahe Vergangenheit strikt zu historisieren, um die Zeit "nach dem Boom" in den Verlauf des 20. Jahrhunderts einordnen zu können. Der intellektuelle Reiz künftiger Forschung besteht darin, nicht nur das Geschehen darzustellen und zu systematisieren, nicht nur Strukturwandel, Zeitstimmung und die gesellschaftliche Wahrnehmung des Umbruchs zu beschreiben, sondern auch die Verschiebungen auf der Metaebene durch Analyse der epistemologischen Leitbegriffe zu untersuchen. Wir sind vor die Aufgabe gestellt, die Welt, aus der wir kommen, und mithin uns selbst mit all unseren Orientierungsmustern und Ordnungsannahmen in einen geschichtlichen Prozeß einzuordnen, der als abgeschlossen zu klassifizieren ist. Das mag ein ungemütliches Gefühl hervorrufen, weil es auch uns Historiker zwingen wird, die Gegenwart anzunehmen, wie sie ist, und uns nicht mit Wortkaskaden aus dem Gestern von ihr zu distanzieren. Die Erinnerung an eine Welt, die es nicht mehr gibt, und eine Zeit, die in der Vergangenheit ruht, bleibt ja schließlich erhalten.

⁶⁶ Vgl. den Aufsatz aus dem Jahr 1980 von Jürgen Habermas, Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, in: Ders., Die Moderne - ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze, Leipzig 1990, S. 32-54.



seit 1780, Frankfurt a.M. 1991; Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000; Rolf-Ulrich Kunze, Nation und Nationalismus, Darmstadt 2005; Heiner Flassbeck, Das Ende von Bretton Woods, oder: Gibt es eine nationale Politik in einer internationalisierten Welt?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2002/1, Berlin 2002, S. 31-48; Zapf (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften; Beck/Bonß (Hrsg.), Die Modernisierung der Moderne.

Weshalb gibt es ein Institut für Zeitgeschichte in Frankreich – mit dem Institut d'histoire du temps présent – eigentlich erst seit Ende der 1970er Jahre? Und welchen Charakter hatten die anders gearteten Institutionen, die in unserem großen Nachbarland für die "Geschichte der Mitlebenden" nach 1918 bzw. nach 1944 (hier vor allem das Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale) zuständig waren? Antworten auf diese Fragen gibt Stefan Martens, Stellvertreter des Direktors des Deutschen Historischen Instituts Paris, indem er die Entwicklung der französischen Zeitgeschichtslandschaft bis hin zu ihren gegenwärtigen Problemen einer Analyse unterzieht.

Stefan Martens

Frankreich zwischen "Histoire contemporaine" und "Histoire du temps présent"

Martin Heinzelmann zum 65. Geburtstag

In einem Überblick zum Stand der modernen Zeitgeschichtsforschung hat Rainer Hudemann darauf hingewiesen, dass sich in Frankreich in den vergangenen Jahren neben der "Histoire contemporaine" zunehmend auch der Begriff der "Histoire du temps présent" eingebürgert habe, ohne diesen allerdings abzulösen, denn "selbst führende Protagonisten der französischen Zeitgeschichtsforschung [...] näherten sich dem neuen Begriff nur zögernd"¹. Beide Bezeichnungen werden heute nebeneinander gebraucht, wobei "Histoire contemporaine" den Zeitraum von der Französischen Revolution bis heute umspannt, während unter "Histoire du temps présent" vorwiegend jener Zeitraum verstanden wird, der mit der unmittelbaren Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges einsetzt und bis in die unmittelbare Gegenwart reicht.

Sucht Frankreich mit diesem doppelten Sprachgebrauch im Grunde nur der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es sich bei der Beschäftigung mit der neuesten Geschichte um einen Gegenstand handelt, der sich in ständigem Fluss befindet? Oder handelt es sich hier nicht vielmehr um das Ergebnis der Arbeit des Institut d'histoire du temps présent (IHTP)? Als das IHTP Ende der siebziger

¹ Rainer Hudemann, Histoire du Temps présent in Frankreich. Zwischen nationalen Problemstellungen und internationaler Öffnung, in: Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, S. 175–200, hier S. 176; vgl. Pieter Lagrou, Historiographie de guerre et historiographie du temps présent: cadres institutionnels en Europe occidentale, 1945–2000, in: Bulletin du Comité international d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale 30/31 (1999/2000), S. 191–215, sowie Gérard Noiriel, Qu'est-ce que l'histoire contemporaine, Paris 1998, hier vor allem S. 54–62 sowie S. 168–179. Zur deutschen Entwicklung vgl. Astrid M. Eckert, The Transnational Beginnings of West German Zeitgeschichte in the 1950s, in: Journal of Contemporary History 40 (2007), S. 63–87.



Jahre in Paris gegründet wurde², war dies ohne Zweifel für das Land eine wichtige Zäsur. Doch wäre es zu einfach, aus dem veränderten Sprachgebrauch den Schluss zu ziehen, dass die französische Geschichtswissenschaft bis zu diesem Zeitpunkt die kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit gemieden hätte. Es waren die kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem deutschen Nachbarn, die hier von jeher den Ausgangspunkt bildeten.

1871 hatte die französische Regierung auf der Suche nach Erklärungen für die Niederlage eine Enquête-Kommission eingesetzt. Die Öffnung der Archive hatte seinerzeit – obwohl den Historikern längst nicht überall Zugang gewährt wurde – der Entwicklung hin zu einer modernen Diplomatiegeschichtsschreibung wichtige Impulse gegeben. Doch wie verlief die Entwicklung nach dem Ersten und vor allem nach der traumatischen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, und wo steht die französische Zeitgeschichte heute?

Der Erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit

In der Zeitgeschichte kann Frankreich in institutioneller Hinsicht auf eine ähnliche Vorgeschichte zurückblicken wie Deutschland. Unmittelbar nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, der bei unseren Nachbarn jenseits des Rheins noch heute als "la Grande Guerre", betrachtet wird, richteten Louise und Henri Leblanc im Château de Vincennes unter dem Namen Bibliothèque – Musée de la Guerre ein umfangreiches Dokumentationszentrum ein⁴. Wie bei seinem deutschen Pendant, der sogenannten Weltkriegsbücherei in Stuttgart⁵, handelte es sich hierbei zunächst um eine private Gründung mit dem Ziel, den Krieg umfassend zu dokumentieren – von Büchern über Drucksachen, Zeitungen und Plakaten bis hin zu Photos und Nachlässen. In Frankreich ging die Sammlung im Jahre 1917 in den Besitz des Staates über.

Kurz nach dem Ende des Krieges übernahm der 1893 geborene Historiker Pierre Renouvin die Leitung der Bibliothek, die sich unter dem neuen Namen Bibliothèque de documentation internationale contemporaine (BDIC) in den folgenden Jahren zu einem regelrechten Zentrum der Erforschung der Ursachen und Geschichte des Krieges entwickeln sollte⁶. 1923 gab Renouvin gemeinsam mit

⁶ Als Jacques Benoist-Mechin im Jahre 1936 erstmals seine "Histoire de l'Armée allemande depuis l'Armistice" veröffentlichte und er von General Gamelin nach dem Ursprung seiner außergewöhnlich guten Informationen gefragt wurde, erklärte er dem damaligen Chef des



² Vgl. Jean-Pierre Rioux, Das Institut d'Histoire du Temps Présent in Paris, in: VfZ 30 (1982), S. 361–365.

³ Vgl. Jean-Baptiste Duroselle, La Grande Guerre des Français, Paris 1994. Vgl. dazu auch die Einleitung zu Jörg Echternkamp/Stefan Martens (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrungen und Erinnerungen, Paderborn 2007.

⁴ Vgl. Anne-Marie Pavillard, L'incendie du 24 août 1944, in: Journal de la BDIC 9 (2004), S. 12.
⁵ Auch bei der sogenannten Weltkriegsbücherei handelte es sich zunächst um eine private Einrichtung, die der schwäbische Industrielle Richard Franck 1915 in Berlin begründet hatte. 1921 stellte ihm die württembergische Regierung Schloss Rosenstein bei Stuttgart zur Verfügung. 1928 wurde sie Stiftung und im Jahre 1948 schließlich in Bibliothek für Zeitgeschichte umbenannt, die heute Teil der Landesbibliothek Baden-Württemberg ist.

Camille Bloch im Auftrag der Société d'histoire de la guerre das erste Heft der "Revue d'histoire de la Guerre mondiale" heraus, die sich sowohl als Gegenspieler der Vertreter einer "revisionistischen" Sicht in den Vereinigten Staaten, insbesondere aber auch der deutschen Zeitschrift "Die Kriegsschuldfrage" verstand⁷. 1925 erschien aus der Feder Renouvins – der selbst vom Krieg schwer gezeichnet war – die erste wissenschaftliche Studie zur Vorgeschichte des Krieges aus französischer Sicht⁸. Drei Jahre später übertrug ihm der damalige Regierungschef, Raymond Poincaré, die Leitung der offiziellen Aktenedition, der "Documents diplomatiques français relatifs aux origines de la Guerre de 1914⁴⁹. 1932 schließlich erhielt Renouvin an der Sorbonne den ersten Lehrstuhl für die Geschichte der Internationalen Beziehungen. 1934 wurde die BDIC Teil der Universität.

Wenn auch unter anderen Vorzeichen als in Deutschland, stand in Frankreich das Interesse an einer wissenschaftlichen Darstellung des Krieges und seiner Ursachen ebenfalls unter dem Einfluss der Politik. Doch nicht nur hier, überall in Europa und in den Vereinigten Staaten florierte nach dem Ersten Weltkrieg die historische Forschung. Der Gedanke, dieses Interesse zum Anlass für persönliche Begegnungen zwischen den Wissenschaftlern und den Austausch der unterschiedlichen Positionen zu nutzen, lag zwar nahe, widersprach aber dem Geist der Zeit. Nach der Machtübernahme Hitlers stießen entsprechende Initiativen erst recht auf wenig fruchtbaren Boden. Von Ausnahmen abgesehen 10 blieb es bei der gegenseitigen Rezeption der jeweiligen Publikationen beziehungsweise Diskussionsbeiträge in einschlägigen Fachzeitschriften.

Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg verlief die Entwicklung in Frankreich und Deutschland in institutioneller Hinsicht sehr ähnlich. In Paris war die BDIC während des Kriegs teilweise geschlossen geblieben. Kurz vor der Räumung der Stadt

¹⁰ Duroselle, La Grande Guerre, S. 27, verweist in diesem Zusammenhang auf ein Treffen zwischen deutschen und französischen Historikern im Jahre 1935 in Paris, in dessen Verlauf die Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern zwar diskutiert wurde, dessen Ergebnisse jedoch keine Beachtung fanden. Unabhängig davon gab es auf der Ebene der Lektoren einen regen Austausch. So reisten zu Beginn der dreißiger Jahre unter anderem Raymond Aron und Gilbert Badia mehrere Monate nach Deutschland.



französischen Generalstabes, dass er sich bei seinen Nachforschungen in erster Linie auf die Bestände der BDIC gestützt habe; vgl. Jacques Benoist-Mechin, À l'épreuve du temps, Bd. 1 (1905-1940), Paris 1989, S. 295-299.

⁷ Vgl. Jean-Baptiste Duroselle, De l'"Histoire diplomatique" à l'"Histoire des relations internationales", in: Mélanges Pierre Renouvin. Études d'histoire des relations internationales, Paris 1966, S. 1-15, hier S. 3, sowie Noiriel, Qu'est-ce que l'histoire contemporaine, S. 54 ff.

⁸ Vgl. Pierre Renouvin, Les origines immédiates de la guerre, Paris 1925. Renouvin hatte als Leutnant bei den Kämpfen am Chemin des Dames den linken Arm und den rechten Daumen verloren.

⁹ Vgl. Documents diplomatiques français (1871–1914), éd. par le Ministère des Affaires Étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la Guerre de 1914, Ire Série (1871-1900), 16 Bde., Paris 1929-1959; 2e Série (1901-1911), 14 Bde., Paris 1930-1955; 3e Série (1911-1914), 11 Bde., Paris 1929-1936.

hatten deutsche Truppen am 24. August 1944 die Kasematten des Château de Vincennes gesprengt. Bei dem anschließenden Brand waren große Teile der Sammlung zerstört worden. Obwohl es gelang, einen Teil der Verluste durch Schenkungen zu ersetzen, erlangte die BDIC nie wieder jene Stellung, die sie vor dem Krieg in der französischen Wissenschaftslandschaft inne gehabt hatte¹¹. Ein weiterer Grund mag auch gewesen sein, dass ihr langjähriger Leiter, Pierre Renouvin, neben seinen akademischen Verpflichtungen am Institut d'études politiques (IEP) und an der Sorbonne sowie seinen Aufgaben im Rahmen des Centre national de la recherche scientifique (CNRS)12 inzwischen sein wissenschaftliches Hauptaugenmerk ganz auf die Geschichte der Internationalen Beziehungen verlegt hatte¹³. Auch die "Revue d'histoire de la Guerre mondiale" wurde nach dem Krieg nicht wiederbelebt. Statt dessen gründete Renouvins Nachfolger, Jean-Baptiste Duroselle, 1974 gemeinsam mit Jacques Freymond, dem Direktor des Institut des hautes études internationales in Genf, die Zeitschrift "Relations internationales", die bis heute vom Institut d'histoire des relations internationales contemporaines, einer Vereinigung von Fachkollegen aus dem In- und Ausland, getragen wird¹⁴.

Die Weltkriegsbücherei in Stuttgart erlitt während des Krieges ebenfalls Verluste. Auch sie blieb, nunmehr umbenannt in Bibliothek für Zeitgeschichte, in ihrem Kernbestand erhalten, doch wurde nur kurz darauf, im Jahre 1949, in München bekanntlich das Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geschaffen, eine von der öffentlichen Hand getragene Forschungsinstitution, die – ab 1952 dann unter dem Namen Institut für Zeitgeschichte (IfZ) – sich der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur, ihrer Vorgeschichte und ihrer unmittelbaren Folgen widmen sollte¹⁵.

Frankreich beschritt ebenfalls neue Wege, doch reichen hier die Anfänge sogar noch weiter, bis in die Kriegszeit zurück. Bei der Frage nach dem Ausgangspunkt fällt in der Regel zunächst der Blick auf das Jahr 1944. Am 20. Oktober 1944,

¹⁵ Vgl. Horst Möller, Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: Ders./Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 1–68, hier S. 7 ff.; Eckert, The Transnational Beginnings of West German Zeitgeschichte, S. 68 ff.



¹¹ Das Schicksal der BDIC blieb lange ungewiss, ehe sie schließlich 1970 auf dem Campus der Universität Paris X-Nanterre eine neue Heimat fand. Der ikonographische Teil der Sammlung ging drei Jahre später in den Besitz des Musée d'histoire contemporaine über, das im Invalidendom untergebracht ist. Vgl. Brigitte Blanc/Henry Rousso/Chantal de Tourtier-Bonazzi, La Seconde Guerre mondiale. Guide des sources conservées en France 1939–1945, Paris 1994, S. 995.

 $^{^{12}}$ Zu dessen Geschichte vgl. jetzt Comité pour l'histoire du CNRS, Histoire documentaire du CNRS, Bd. 1: 1939–1950, Vorwort von Pierre Papon, Bd. 2: 1950–1981, Vorwort von André Kaspi, Paris 2005/2006.

¹³ Renouvin gab zwischen 1953 und 1958 eine achtbändige Geschichte der Internationalen Beziehungen heraus, von denen er selbst vier Bände für den Zeitraum zwischen 1815 und 1945 verfasste.

¹⁴ Zur Gründung und Geschichte des Institut d'histoire des relations internationales contemporaines (=IHRIC) vgl. demnächst die biographische Studie von Marc Bodler zu Jean-Baptiste Duroselle, dessen Nachlass sich heute im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München befindet.

zwei Monate nach der Befreiung von Paris, rief die provisorische französische Regierung unter General de Gaulle per Dekret die Commission d'histoire de l'occupation et de la Libération de la France (CHOLF) ins Leben. Am ersten Jahrestag der Landung in der Normandie wurde am 6. Juni 1945 - wiederum per Regierungsdekret - das Comité d'histoire de la guerre (CHG) gegründet. Während die CHOLF administrativ der Direction des Bibliothèques im Ministère de l'Éducation nationale, dem Erziehungsministerium, zugeordnet war, war das CHG Teil des Büros des Président du Gouvernement provisoire und somit dem französischen Regierungschef unmittelbar unterstellt¹⁶.

Die Comission d'histoire de l'occupation et de la Libération de la France unter Vorsitz von Pierre Caron, dem damaligen Präsidenten der Archives de France, war in zwei Unterabteilungen gegliedert, von denen die eine vorrangig dafür Sorge zu tragen hatte, die Quellen zur Geschichte der deutschen Besatzung zu sichern, während die andere, auf der Suche nach einem Ersatz für die fehlende schriftliche Überlieferung, den Kampf um die Befreiung des Landes durch die Befragung ausgewählter Zeitzeugen aus den Reihen der Résistance dokumentieren sollte. Das gemeinsame Ziel war, langfristig eine möglichst breite Quellengrundlage für künftige Studien zu schaffen und gegebenenfalls darüber hinaus auch ausgewählte Quellen zu publizieren.

Das Comité d'histoire de la Guerre unter dem Vorsitz von Lucien Febvre, einem der Begründer der Schule der "Annales", sollte sein Augenmerk auf die Dokumentation des Krieges insgesamt legen und sowohl im eigenen Land die hierfür notwendigen organisatorischen Grundlagen schaffen, als auch darüber hinaus Kontakt zu vergleichbaren Einrichtungen im Ausland aufnehmen. Auch die Publikation von Dokumenten war beabsichtigt. Wissenschaftliche Studien indes, das war beiden Gründungen gemein, sollten nicht betrieben werden, um sich nicht dem Vorwurf einer offiziellen oder offiziösen Geschichtsschreibung auszusetzen. Im Unterschied zur Situation in Deutschland handelte es sich also in beiden Fällen zunächst nicht um die Gründung von Forschungsinstituten im engeren Sinne. Ziel war vielmehr die Sammlung und Sicherung aller vorhandenen Quellen sowie, gegebenenfalls daran anschließend, deren Publikation. Schon nach wenigen Jahren zeigte sich, dass die klare Aufgabenverteilung nur in der Theorie bestand und es in der Praxis zwischen CHOLF und CHG immer wieder zu Überschneidungen kam.

Diese Schwierigkeiten waren die Konsequenz aus den Ereignissen zu Beginn des Krieges: Bei der Räumung von Paris Anfang Juni 1940 hatte die französische Regierung zahlreiche Akten verbrannt bzw. in letzter Minute noch in Schlösser an der Loire ausgelagert. Doch trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen gelangten die meisten dieser Unterlagen wenig später in deutsche Hände und wurden entweder in Paris ausgewertet oder gleich ins Reich abtransportiert¹⁷. 1945 bestand für

¹⁷ Vgl. hierzu u. a. Anja Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000,



¹⁶ Hierzu und zum Folgenden Laurent Douzou, La résistance française: une histoire périlleuse, Paris 2005, S. 53-82, sowie ergänzend auch Lagrou, Historiographie de guerre, S. 199-203.

CHOLF und CHG – neben der Suche nach diesen Akten und deren anschließender Rückführung nach Frankreich – eine der wichtigsten Aufgaben darin, dafür zu sorgen, dass die über das ganze Land verstreuten Unterlagen der Ministerien und staatlichen Dienststellen in die dafür vorgesehenen Archive gelangten. Außer den Beständen in Vichy und Paris, die während des Krieges als Verwaltungszentralen fungiert hatten, mussten darüber hinaus aber auch die Akten jener Einrichtungen, die in der Vichy-Zeit neu entstanden waren, gesichert werden, wie z. B. des Commissariat général aux questions juives¹⁸ oder der Milice. Das gleiche galt für die Unterlagen der provisorischen Regierung in London und in Algier, die sich noch vor Ort befanden. Parallel zu den Archives nationales meldeten das am Quai d'Orsay beheimatete Archiv des Ministère des Affaires étrangères und der Service historique de l'armée im Château de Vincennes Ansprüche an. Einige der Papiere, die die Deutschen vor Ort zurückgelassen hatten, übernahmen die Archives départementales.

Für die Mitarbeiter der CHOLF war es nach dem Kriegsende eines der vorrangigen Ziele, durch raschen Zugriff die mehr oder weniger mutwillige Zerstörung von Akten zu verhindern. Die Mitglieder des CHG wiederum mussten nicht nur in der französischen Öffentlichkeit, sondern auch bei den Behörden immer wieder auf die Bedeutung des Erhalts aller Unterlagen hinweisen und das Bewusstsein dafür schärfen. Doch es galt nicht nur, alles erdenkliche Material zu sammeln und zu sichern, sondern auch jenen Personenkreis zu bestimmen, der zuverlässig Auskunft über die Aktivitäten und die Rolle der Résistance bei der Befreiung des Landes geben konnte. Welche Schwierigkeiten mit dieser Aufgabe verknüpft waren, hat Laurent Douzou in seiner Studie über die französische Geschichtsschreibung zur Résistance detailliert beschrieben¹⁹.

Marc Bloch und das Erbe des Ersten Weltkriegs

Die Historiker unter den Mitgliedern der beiden Einrichtungen waren sich des Problems der großen zeitlichen Nähe zu den Ereignissen durchaus bewusst. Lucien Febvre, der Präsident des Comité d'histoire de la Guerre, fühlte sich dem Erbe seines Freundes und Kollegen, Marc Bloch, verpflichtet. Bloch hatte den Ersten Weltkrieg zunächst als einfacher Soldat erlebt. Später stieg er zum Nachrichtenoffizier auf, der zugleich mit der Führung des Kriegstagebuches seines Regiments betraut war. Der Krieg wurde für den jungen Mediävisten zu einem prägenden Erlebnis. Nach seiner Berufung auf eine Professur an der Universität Straßburg versuchte er, sich dieser Herausforderung mit den Mitteln des Historikers zu stellen. In den zwanziger Jahren begründete er gemeinsam mit Febvre



S. 285 ff., sowie Inventar von Quellen zur deutschen Geschichte in Pariser Archiven und Bibliotheken, bearbeitet von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Georg Schnath, hrsg. von Wolfgang Hans Stein, Koblenz 1986, S. XXXV ff.

¹⁸ Vgl. hierzu Marie-Thérèse Chabord/Jean Poussel, Introduction, in: Inventaire des Archives du Commissariat général aux questions juives et du Service de restitution des biens des victimes des lois et mesures de spoliation. Sous-série AJ 38, Paris 1998, S. XXVIII ff.

¹⁹ Vgl. Douzou, La résistance française, S. 62 ff.

die Schule der "Annales". 1939 erneut eingezogen, erlebte er 1940 den Zusammenbruch Frankreichs gleichsam aus erster Hand. Er hatte für eine Nachschubeinheit den Rückzug organisiert und war über England nach Frankreich zurückgekehrt. In der Südzone schloss er sich der Résistance an, wurde verhaftet und im Juni 1944 von der Gestapo erschossen.

Blochs Aufzeichnungen über den Zusammenbruch im Sommer 1940, in denen er für eine schonungslose Aufklärung plädierte, erschienen 1946 posthum unter dem Titel "L'étrange défaite". 1949 wurde eine weitere, unvollendet gebliebene Schrift von ihm veröffentlicht, die 1974 auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel "Apologie der Geschichte oder der Beruf des Historikers" erschien²⁰. In beiden Büchern nahm Bloch Gedanken auf, die er bereits unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges entwickelt und in verschiedenen Aufsätzen in der Zwischenkriegszeit zu formulieren versucht hatte. Im Kern liefen seine Überlegungen darauf hinaus, den Krieg - sowohl den Ersten, als nun auch den Zweiten Weltkrieg - im Sinne eines Laboratoriums als eine einmalige Chance zu begreifen. Anstelle der Lektüre der Quellen, des "Lesens", wie er es nannte, solle sich der Historiker auf die Ursprünge seines Metiers besinnen, das Beobachten und das Verstehen, das richtige "Sehen" der Umstände und der Ereignisse²¹. Unabhängig von ihm gelangte er so zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Pierre Renouvin. Während Bloch immer wieder auf das Bild des Untersuchungsrichters, des "juge d'instruction" zurückkam, entwickelte Renouvin auf der Suche nach den sich hinter den Ereignissen verbergenden treibenden Kräften die Idee der "Forces profondes"²². Bloch war sich der besonderen Problematik, die durch die große zeitliche Nähe zum Untersuchungsgegenstand aufgeworfen wurde, durchaus bewusst. Das "Verstehen" (comprendre), für das er plädierte, war ein "Wort, das viele Schwierigkeiten beinhaltet, aber auch Hoffnungen weckt. Und ein Wort, das auch mit Freundschaft zu tun hat."23

1947 veröffentlichten die "Annales" ein "Éditorial", in dem Febvre im Namen seines ermordeten Freundes auf der Bedeutung der unmittelbaren Vergangenheit für die Entscheidungen der Gegenwart insistierte²⁴. Drei Jahre später, im April 1950, schrieb Febvre in einem Brief an einen Kollegen resignierend "von nicht enden wollenden diplomatischen Schwierigkeiten im Comité de l'histoire



²⁰ Vgl. Marc Bloch, Apologie pour l'histoire ou métier d'historien, kommentiert veröffentlicht von Étienne Bloch, Paris 1993.

²¹ Vgl. hierzu ausführlich Ulrich Raulff, Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt a. M. 1995, S. 66 ff.

²² Vgl. Pierre Renouvin/Jean-Baptiste Duroselle, Introduction à l'histoire des relations internationales, Paris 41991.

²³ Bloch, Apologie pour l'histoire, S. 127. Im Hinblick auf "die Kritik der Quellen, die in einem Diktaturstaat erwachsen sind" und "besonders schwierig zu handhaben" seien, meinte Paul Kluke, Direktor des IfZ von 1953-1959: "Eine solche Fähigkeit ist vielleicht nur einem Menschen gegeben, der das zweifelhafte Vergnügen persönlichen Miterlebens und Miterleidens gehabt hat, weil nur mit der Schwere des Schicksals auch ein volles Verstehen erkauft werden kann." Ders., Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7429-7438, hier S. 7437.

²⁴ Vgl. Douzou, La résistance française, S. 156, Anm. 47.

de la Guerre, mit dessen Präsidentschaft man mir einen schlechten Dienst erwiesen hat"²⁵. Eine Klage, die ahnen lässt, in welchem Ausmaß ihm und dem CHG bei den Bemühungen um eine möglichst breite Dokumentation der Ereignisse in den betroffenen Ministerien bis hinunter zu den Präfekten nicht nur Ignoranz, sondern bisweilen auch offene Feindseligkeit entgegengeschlagen war.

Die schwierigen Anfänge des Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale

Die anhaltenden Widerstände waren vermutlich einer der Gründe, weshalb man sich im Dezember 1951 dazu entschloss, CHOLF und CHG zum Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale zu verschmelzen. Lucien Febvre wurde erneut zum Präsidenten bestimmt. Henri Michel, fungierte als Generalsekretär, ein Amt, das er zuvor bereits in Personalunion sowohl bei der CHOLF als auch dem CHG wahrgenommen hatte. Als Agrégé d'histoire und Inspecteur de l'académie, der obendrein während des Krieges selbst Mitglied der Résistance im Departement Var gewesen war, schien er in den Augen von Febvre als Historiker und Zeitzeuge für diese Aufgabe besonders geeignet.

Für die Zusammenlegung sprachen praktische Erwägungen und finanzielle Gesichtspunkte, denn die Mittel der Regierung flossen inzwischen spärlicher. Wie fast überall in Europa hatte sich das politische Klima in den sechs Jahren, die seit Kriegsende vergangen waren, langsam aber stetig gewandelt. Am 5. Januar 1951, wenige Monate vor der Fusion, hatte die französische Abgeordnetenkammer das erste Amnestiegesetz verabschiedet. Im Zeichen der sich anbahnenden politischen Neuordnung Europas nahm das öffentliche Interesse an den Ereignissen während des Krieges und der deutschen Besatzungszeit rapide ab.

Im Sommer 1944, unmittelbar nach der Befreiung, hatte überall im Land die Jagd auf echte und vermeintliche Kollaborateure begonnen. In Paris gelang es der provisorischen Regierung unter General de Gaulle nur unter großen Anstrengungen, die "Épuration sauvage" zu beenden und die Verfolgung der echten und vermeintlichen Anhänger des Marschalls Pétain und seines Regimes in geordnete Bahnen zu lenken. Nach einer ersten Serie von Prozessen gegen Symbolfiguren der Vichy-Zeit wie Philippe Pétain, Pierre Laval, Fernand de Brinon und Robert Brasillach wurde am 31. August 1946 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet. Die Commission parlementaire chargée d'enquêter sur les événements survenus en France de 1933 à 1945 nahm am 28. Februar 1947 ihre Arbeit auf. Ursprünglich hatte man erwogen, systematisch Akten auszuwerten, doch diesen Gedanken gab man angesichts der unübersichtlichen Quellen- und Archivlage schnell auf. Die Parlamentarier entschieden sich statt dessen für eine Anhörung der Akteure. Auch Marschall Pétain, den man in seinem Gefängnis auf der Île d'Yeu aufsuchte, wurde befragt. Da man den Zeugen freies Rederecht einräumte, was Éduard Daladier beispielsweise zu einem zehnstündigen Monolog nutzte, blieben die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurück. Der



²⁵ Ebenda, S. 60, Anm. 23.

Abschlussbericht, den die Kommission 1951 veröffentlichte, blieb ohne Resonanz. Wenn man es genau betrachtet, war die Gründung des Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale im gleichen Jahr also keine Bündelung und Neuordnung der Kräfte, sondern vielmehr das Eingeständnis, dass das ambitionierte Programm einer umfassenden Dokumentation des Krieges - 1945 noch als Beginn einer neuen Ära gefeiert – in eine Sackgasse zu geraten drohte.

Auf den ersten Blick muss diese Feststellung überraschen. Hatte Henri Michel nicht 1948 in einem Artikel in der "Revue historique" noch eine erste, positive Zwischenbilanz der bis dahin geleisteten Arbeit gezogen²⁶? Die Liste der Aktenbestände, die inzwischen ihren Weg in die verschiedenen französischen Archive gefunden hatten, war beeindruckend. Die Hoffnung, eine möglichst umfassende Dokumentation von dem zu erhalten, "was wir erlebt haben und was wir erleben und noch tun werden ^{a27}, schien in Erfüllung zu gehen. Das Problem war indes, dass das neue Comité zwar nun von der Existenz dieser Unterlagen wusste, aber keinen direkten Zugriff auf sie hatte. Die Übernahme und Inventarisierung staatlicher Akten lag in den Händen der Archive, und eine wissenschaftliche Nutzung war nach dem damals gültigen Archivgesetz auch den Mitgliedern des Comité frühestens nach Ablauf einer fünfzigjährigen Sperrfrist gestattet. Dieser Sperre unterlagen nicht nur die Akten der französischen Ministerien und Dienststellen. Sie galt auch für die meisten der deutschen Unterlagen, die nach dem Krieg auf den unterschiedlichsten Wegen in französischen Besitz gelangt waren. Federführend waren hierbei weniger Archivare und Historiker als die französische Armee und deren Geheimdienste²⁸.

Nach der Landung in der Normandie und bei der anschließenden Befreiung des Landes hatten die französischen Truppen nur wenige deutsche Akten erbeutet. Auf ihrem Vormarsch nach Deutschland, der sie über Stuttgart zum Obersalzberg und schließlich bis nach Österreich führte, blieb die Ausbeute ebenfalls gering. Mit Hilfe von eigens für diese Aufgabe zusammengestellten "Task forces" war es den Briten und vor allem den Amerikanern gelungen, sich das Gros der deutschen Akten zu sichern. Die Alliierten hatten 1943 in Moskau zwar vereinbart, dass den von den Deutschen besetzten Ländern jene Unterlagen zur Verfügung gestellt werden sollten, die sie betrafen. Doch trotz dieser verbindlichen Zusage mussten die Franzosen mehrmals vorstellig werden, ehe sie - unter strenger Aufsicht – Zugang zum sogenannten Ministerial Collecting Center (MCC) erhielten, dass die Amerikaner zunächst in Fürstenhagen bei Kassel und dann in Berlin eingerichtet hatten. Als ihnen schließlich die Akten des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich (MBF) bzw. des Militärbefehlshabers in Belgien und

²⁸ Vgl. hierzu sowie zum Folgenden Stefan Martens, Frankreich und Belgien unter deutscher Besatzung und das Schicksal der deutschen Akten, in: Frankreich und Belgien unter deutscher Besatzung 1940–1944. Die Bestände des Bundesarchiv-Militärarchivs Freiburg, hrsg. im Auftrag des Deutschen Historischen Instituts von Stefan Martens, bearb. von Sebastian Remus, Stuttgart 2002, S. XXIII-LVI.



²⁶ Vgl. Henri Michel, Les principales sources françaises de l'histoire de la Deuxième Guerre mondiale. Essai de bilan, in: Revue historique 200 (1948), S. 206-218.

²⁷ Douzou, La résistance française, S. 56.

Nordfrankreich übergeben wurden, mussten sie feststellen, dass man ihnen im wesentlichen nur die Unterlagen des Wirtschafts- und Verwaltungsstabes, nicht jedoch die des Kommandostabes, der eigentlichen Schaltzentrale des MBF, überlassen hatte. In Colmar, im Archiv der französischen Militärregierung in Deutschland, finden sich zahllose Belege für die Versuche, auf dem Weg über die französische Dienststelle beim Alliierten Kontrollrat, der sogenannten Délégation française au Comité quadripartite d'études des renseignements (DFCQER), in Berlin gezielt weitere Nachforschungen anzustellen. Doch die Kooperationsbereitschaft der Amerikaner und Briten war und blieb gering. Die Enttäuschung war um so größer, als die Franzosen während ihres Vormarsches in Deutschland regelmäßig Mitteilung über ihre Archivfunde gemacht und diese im Zweifelsfall anschließend abgegeben hatten.

Die Franzosen zeigten sich damals nicht nur bei der Suche nach deutschen Akten um eine enge Zusammenarbeit bemüht. Auch bei den Ermittlungen zum Kunstraub leisteten sie wertvolle Hilfe. Beim Einmarsch der Deutschen im Sommer 1940 war Rose Valland, Mitarbeiterin des Musée Jeu de Paume auf Bitten ihres damaligen Direktors, Jacques Jaujard, in Paris geblieben und wurde kurz darauf vom "Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg" übernommen. Über die gesamte Kriegszeit hatte sie anschließend heimlich Buch geführt über alle Kunstwerke, die das Museum auf ihrem Weg nach Deutschland durchliefen. Nach dem Krieg stellte sie sich den Amerikanern zur Verfügung, reiste nach Deutschland und trug entscheidend dazu bei, dass ein Großteil der in den Depots und Salzbergwerken aufgefundenen geraubten Kunst- und Wertgegenstände identifiziert und zurückerstattet werden konnte²⁹.

Ein anderes Beispiel für die Unterstützung, die den Amerikanern von französischer Seite zuteil wurde, ist der Nürnberger Prozess. Am 28. April 1943 hatte Isaac Schneersohn in Grenoble – das zu dieser Zeit noch von Italien besetzt war – Räume angemietet, in denen er systematisch Dokumente zur Geschichte der Vernichtung der Juden sammelte. Es war dies die Geburtsstunde des Centre de documentation juive contemporain (CDJC), das unmittelbar nach der Befreiung des Landes seinen Sitz nach Paris verlegte. Im Unterschied zu den staatlichen Stellen entwickelten Schneersohn und seine Mitstreiter auf der Suche nach Akten, gleichgültig ob deutscher oder französischer Provenienz, große Findigkeit. Obwohl sie über keine Fachausbildung verfügten, gelang es ihnen, eine Fülle sogenannter "Schlüsseldokumente" zusammenzutragen. Als Léon Poliakov und Joseph Billig ihr Material der amerikanischen Anklagevertretung in Nürnberg anboten, gestattete ihnen Telford Taylor – ein enger Mitarbeiter des amerikani-

²⁹ Vgl. Rose Valland, Le front de l'Art, Paris ²1997 (EA 1960). Trotz ihres Buches geriet Rose Valland in Vergessenheit. Der weitere Verlauf ihrer Karriere stand in keinem Verhältnis zu den Verdiensten, die sie sich um den Erhalt der Kunstschätze erworben hatte. Es ist müßig, hier über die Gründe zu spekulieren. Tatsache ist, dass ihr Nachlass erst Ende der neunziger Jahre vom Archiv des Quai d'Orsay für die wissenschaftliche Benutzung freigegeben wurde. Am 27. 4. 2005 wurde am Musée Jeu de Paume feierlich eine Gedenktafel enthüllt, die an ihr Wirken während des Krieges in Paris erinnert.



schen Chefanklägers Robert H. "Justice" Jackson – im Gegenzug eigene Nachforschungen in den amerikanischen Unterlagen anzustellen³⁰.

Während die amerikanischen Stellen in großem Umfang von französischer Unterstützung profitierten, stieß die französische Justiz bei ihren Ermittlungen gegen deutsche Kriegsverbrecher und Kollaborateure immer wieder auf administrative Hindernisse. Im Archiv der französischen Militärjustiz in Le Blanc finden sich - vorausgesetzt man erhält als Forscher Zugang - viele anschauliche Beispiele. Jean-Luc Leleu, der für seine Studie über die Waffen-SS³¹ einzelne Ermittlungsakten einsehen durfte, spricht hier nicht ganz zu unrecht von einer "Justice du pauvre", der Justiz des armen Mannes, denn meist konnten sich die französischen Anklagevertreter nur auf mündliche Befragungen stützen. Deutsche Dokumente lagen bei den Prozessen nie im Original, sondern höchstens als Abschrift, in der Regel in Auszügen und obendrein meist nur in französischer Übersetzung vor. Wie die Unterlagen des Besatzungsarchivs in Colmar bestätigen, reduzierte sich spätestens seit Beginn des Jahres 1947 die ohnehin schon geringe Bereitschaft der Amerikaner, mit den Franzosen zusammenzuarbeiten, rapide. Sie unterstützten sie weder bei der Suche nach Archivmaterial, noch gaben sie ihren Anträgen auf Auslieferung von Kriegsverbrechern den notwendigen Vorrang, so dass zahlreiche Verfahren entweder in Abwesenheit verhandelt oder sogar eingestellt werden mussten³². Der geringe Erfolg ihrer Bemühungen um deutsche Unterlagen hatte nicht nur in juristischer Hinsicht gravierende Folgen. Aus Schaden klug geworden, gingen die französischen Behörden bald dazu über, ihre Aktenfunde ebenfalls nicht mehr publik zu machen³³. Die Armee, an erster Stelle die verschiedenen französischen Geheimdienste, behielt sich den ersten Zugriff vor und entschied, ob das Material an die Archives nationales abzugeben war oder aber im eigenen Archiv, in den verschiedenen Abteilungen des Service historique de l'armée in Vincennes, unter Verschluss gehalten werden sollte.

Nur auf einem Gebiet entwickelte sich zwischen Amerikanern, Briten und Franzosen allmählich eine engere Zusammenarbeit. Im Oktober 1946 traf in Berlin der Historiker Maurice Baumont ein. Er sollte die Möglichkeit einer Beteili-

³³ So etwa im Fall der Goebbels-Tagebücher; vgl. hierzu Astrid M. Eckert/Stefan Martens, Glasplatten im märkischen Sand. Zur Überlieferungsgeschichte der Tageseinträge und Diktate von Joseph Goebbels, in: VfZ 52 (2004), S. 479-526.



³⁰ Zwar ist das CDJC im Unterschied zu Rose Valland nach dem Ende der Prozesse in Nürnberg nie vollständig in Vergessenheit geraten. Nach dem Tod der Gründergeneration hat es zahlreiche Höhen und Tiefen erlebt, ehe es zu Beginn dieses Jahrhunderts mit Hilfe der Fondation pour la Mémoire de la Shoah (FMS) sowie öffentlichen Zuwendungen zu einem Dokumentations- und Bildungszentrum erweitert wurde. Das Mémorial de la Shoah, das am 27.1. 2005 in Paris an gleicher Stelle eröffnet wurde, ist heute nach Yad Vashem in Jerusalem und dem Holocaust Memorial in Washington die weltweit drittgrößte Einrichtung seiner Art.

³¹ Vgl. Jean-Luc Leleu, La Waffen-SS. Des soldats politiques en guerre, Paris 2007.

³² Vgl. Claudia Moisel, Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2004; Bernhard Brunner, Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004; Ahlrich Meyer, Täter im Verhör. Die "Endlösung der Judenfrage" in Frankreich 1940–1945, Darmstadt 2005.

gung an dem von Amerikanern und Briten gemeinsam entworfenen "German War Documents Project" prüfen. Obwohl es sich nur um einen Ausschnitt aus den deutschen Akten handelte, nämlich denen des ehemaligen Auswärtigen Amtes, hatten die Amerikaner zunächst auch hier hinhaltend reagiert, weil sie eine ähnliche Anfrage von sowjetischer Seite befürchteten. Erst als diese ausblieb, willigte Washington schließlich ein, und vom 3. bis 6. Juli 1947 trafen sich in Berlin die künftigen drei Herausgeber der "Documents on German Foreign Policy" zu ihrer ersten Konferenz. Die Kopien, die Frankreich von den Akten der Wilhelmstraße erhielt, wanderten in das Archiv des Quai d'Orsay, so dass die Forschung auch in diesem Fall zunächst nur auf die publizierten Bände zurückgreifen konnte³⁴.

Alte Aufgaben und neue Ziele

Bereits bei der Gründung der Comission d'histoire de l'occupation et de la Libération de la France im Jahre 1944 war der Gedanke einer Publikation ausgewählter Archivbestände erwogen worden. Ihr Präsident, Pierre Caron, veröffentlichte mit Pierre Cézard, Archivar der Archives nationales, im Jahre 1947 den ersten Band der Berichte der französischen Delegation bei der Deutschen Waffenstillstandskommission in Wiesbaden. Der zweite Band, ebenfalls im Auftrag der CHOLF, folgte 1950. Die Arbeiten gingen jedoch so schleppend voran, dass man den Gedanken an weitere Projekte dieser Art offenbar schon bald aufgab. Die restlichen drei Bände, die 1952, 1957 und 1959 erschienen, blieben schließlich die einzigen Aktenpublikationen, bei denen das Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale als Herausgeber fungierte³⁵. Neben Finanzproblemen dürfte auch der schlechte Erhaltungszustand eine Rolle gespielt haben, in dem sich die französischen Akten nach dem Krieg befanden. Das Ordnen, Inventarisieren und vor allem das Rekonstruieren fehlender Bestände aus Zweitüberlieferungen verlangte einen hohen Aufwand und umfassende Fachkenntnisse.

1961 wurde hierfür eine eigene, neue Institution, die Commission de publication de documents relatifs à la Seconde Guerre mondiale, 1939–1945, ins Leben gerufen. Schon nach zwei Jahren legte sie den ersten Band einer neuen Reihe, der "Documents diplomatiques français" (DDF), vor. Zunächst unter dem Vorsitz von Pierre Renouvin, dann von dessen Nachfolger, Jean-Baptiste Duroselle, publizierte sie im Auftrag des Quai d'Orsay zwei Unterserien für den Zeitraum von 1932 bis 1935 und von 1936 bis zum Eintritt Frankreichs in den Krieg am 3. September 1939. Das Besondere dabei war, dass die Bearbeiter neben den Akten des Außenministeriums auch auf Unterlagen aus anderen Fachministerien zurück-

³⁵ La Délégation Française auprès de la Commission allemande d'Armistice. Recueil de Documents, publié par le Gouvernement Français, 5 Bde., Paris 1947–1959.



³⁴ Vgl. hierzu Astrid M. Eckert, Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2004, sowie Sacha Zala, Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktensammlungen im internationalen Vergleich, München 2001.

greifen konnten. Als Mitte der achtziger Jahre die letzten Bände erschienen, hatte man auf diese Weise in Ansätzen den Anspruch verwirklicht, einen umfassenden Überblick über die französische Haltung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zu geben³⁶.

Die beiden Leiter der Edition – Pierre Renouvin und Jean-Baptiste Duroselle – gehörten auch dem Präsidium des Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale an. Dennoch war und blieb die Publikation der diplomatischen Akten stets ein eigenständiges Vorhaben. Maurice Baumont, Mitherausgeber der deutschen Akten, war zugleich auch einer der leitenden Bearbeiter der "Documents diplomatiques français". Als er nach dem Tod von Febvre zum neuen Präsidenten des Comité bestimmt wurde, firmierte er in der Liste der Mitarbeiter der DDF weiter als "Membre de l'Institut, Professeur honoraire à la Faculté des lettres et sciences humaines de l'Université de Paris" und "Conseiller historique du ministère des Affaires étrangères". Sein neues Amt an der Spitze des Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale rangierte bezeichnenderweise an letzter Stelle³⁷.

Aus diesen Beispielen und ganz besonders im Fall der DDF wird deutlich, dass das Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale nach seiner Gründung im Jahre 1951 - gemessen an der Arbeit seiner beiden Vorläufer - einen folgenreichen Kurswechsel vollzog. Unter der Leitung von Henri Michel, der - wenngleich nominell nur ihr Generalsekretär - nun immer größere Aktivität entfaltete, konzentrierte sich das Comité auf drei Aufgabenbereiche:

Das Aufspüren und Sichern von schriftlichen Quellen sowohl im Inland als auch im Ausland blieb weiter ein wichtiges Anliegen. Im Rahmen aufwendiger Recherchen und Archivreisen wurden insbesondere die nach dem Kriegsende in die USA gelangten und dort inzwischen für die wissenschaftliche Benutzung freigegebenen deutschen Archivbestände auf etwaige Frankreich-Betreffe hin geprüft und verfilmt³⁸. Entscheidender Auslöser hierfür waren die Aktivitäten der Bundesrepublik, die nach dem Erlangen der Teilsouveränität am 5. Mai 1955 bei den ehemaligen Alliierten verstärkt auf Rückgabe der Akten drängte. Auf diese Weise gelangte das Comité im Verlauf der fünfziger Jahre in den Besitz einer umfangreichen Mikrofilm-Sammlung, die durch Kopien aus anderen Archiven weiter ausgebaut wurde. Im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren blieb dieses Material nun im Besitz des Comité. Allerdings bedurften speziell die Unterlagen aus den USA noch einer intensiven Nachbereitung, da bei der Auswahl vor Ort leider nicht immer fachgerecht vorgegangen worden war.

³⁸ Vgl. dazu Notes et Nouvelles, in: Revue d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale 23 (1956), S. 87. Diese Unterlagen werden heute in der Mikrofilm-Sammlung der Archives nationales unter der Signatur 24 Mi 92169 aufbewahrt. Weitere der damals auf Mikrofilm verfilmten deutschen Akten befinden sich heute in den Sammlungen des IHTP; zu Inhalt und Umfang der "Archives d'Alexandria" vgl. Bulletin de l'Institut d'histoire du temps présent 77 (2001), S. 68.



³⁶ Vgl. Documents diplomatiques français 1932–1939, 1re Série (1932–1935), 13 Bde., Paris 1964-1984; 2e Série (1936-1939), 19 Bde., Paris 1963-1986.

³⁷ Vgl. die Liste in: Ebenda, 1re Série, Bd. 1, S. V.

Als zweiter Aufgabenschwerpunkt rückte neben dem Sammeln von Unterlagen aller Art unter dem Schlagwort "Documenter l'héroïsme"39 die Geschichte der Résistance immer mehr in den Vordergrund. Auslöser waren hier die Feierlichkeiten, mit denen im Jahre 1954 überall in Frankreich des zehnten Jahrestages der Befreiung des Landes gedacht worden war. Henri Michel richtete innerhalb des Comité eine Studienkommission ein und setzte sich zum Ziel, eine Chronik zu erstellen, in der alle Ereignisse erfasst werden sollten, in die die Résistance während des Krieges involviert war. Mit Hilfe seiner zahlreichen korrespondierenden Mitglieder in den einzelnen Departements, die zum Teil auch bereits schon für die Commission de l'histoire de l'occupation et de la Libération de la France in ähnlicher Funktion tätig gewesen waren, legte das Comité eine Kartei an, für die schon bald - wie Michel stolz berichtete - ein eigener Schrank konstruiert werden musste. Ende der siebziger Jahre umfasste sie ca. 200000 Einträge⁴⁰. Eine der Grundlagen für diese Arbeit bildeten unter anderem jene rund 2000 Interviews, die seit dem Ende des Krieges mit ausgewählten Vertretern der Résistance geführt worden waren. Alle daraus resultierenden Informationen flossen in die Datensammlung ein. Henri Michel war sich der Problematik durchaus bewusst, die mit dieser Form der Datenerhebung verknüpft war und die wir heute mit dem Begriff der "Oral history" verbinden. Je mehr Informationen jedoch von seinen Mitarbeitern zusammengetragen würden, so sein Kalkül, um so größer schien ihm die Gewähr, dass es möglich sein werde, die Spreu vom Weizen zu trennen. Michel sah daher auch in dem Umstand, dass ehemalige Mitglieder der Résistance sowohl seinerzeit bei den Interviews als auch jetzt wieder bei der Zusammenstellung der Kartei mitarbeiteten, eher einen Vor- als einen Nachteil.

Der dritte Aufgabenschwerpunkt reichte ebenfalls in die Zeit der Gründung der beiden Vorgängereinrichtungen zurück: Es handelte sich um die Geschichte der Deportation und das Schicksal der französischen Kriegsgefangenen. Auch hier stand zunächst die Sorge um eine möglichst vollständige Dokumentation des Ausmaßes des erlittenen Unrechts im Vordergrund. Bei ihrer Rückkehr hatten sowohl Deportierte und Zwangsarbeiter als auch die Kriegsgefangenen in Paris ein Aufnahmeverfahren zu durchlaufen⁴¹. Auf diese Unterlagen, die durch Befragungen und das Erstellen von Listen ergänzt wurden, sollten die beiden Studienkommissionen aufbauen, die zu diesem Zweck im Comité eingerichtet wur-

⁴¹ Auf diese Unterlagen griff später unter anderem auch die Fondation pour la Mémoire de la Déportation zurück bei der Vorbereitung des Livre-Mémorial des Déportés de France arrêtés par mesure de répression et dans certains cas par mesure de persécution 1940–1945, 4 Bde., Paris 2003, in dem 86827 Namen verzeichnet sind. Diese sind zu den 75721 Französinnen und Franzosen hinzuzurechnen, die im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" in die Vernichtungslager deportiert wurden. Vgl. Serge Klarsfeld/Georgette Klarsfeld/Annette Zaidman (Hrsg.), Le calendrier de la persécution des juifs en France 1940–1944, Paris 1993. Zum Verfahren siehe auch Pierre Assouline, Lutetia, Paris 2005, S. 323 ff.



³⁹ Vgl. Lagrou, Historiographie de guerre, S. 193.

⁴⁰ Vgl. Henri Michel, Le Comité français d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale, in: Francia 1 (1973), S. 711–724, hier S. 718; Henry Rousso, La résistance entre la légende et l'oublie, in: Histoire 41 (1982), S. 98–111.

den. Leiter der Commission de l'histoire de la Déportation wurde Julien Cain, Directeur des bibliothèques de France. Den Vorsitz der Commission de l'histoire de la Captivité übernahm niemand geringerer als Fernand Braudel.

Die drei Aufgabenschwerpunkte wurden in den sechziger und siebziger Jahren immer mehr erweitert. Zu den drei genannten kamen schließlich noch insgesamt fünf weitere Studienkommissionen hinzu, die sich mit den militärischen Ereignissen während des Krieges, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Kollaboration, dem Kolonialreich und den Kirchen beschäftigten. Doch trotz dieser Fülle immer neuer Themen blieb die ursprüngliche Organisationsstruktur erhalten. In der Rückschau hat Henri Michel 1981 erklärt, dass er das Comité stets nur als einen Rahmen betrachtet habe, der die Begegnung und Zusammenarbeit zwischen Historikern aller Fachrichtungen sowohl des In- als auch des Auslandes erleichtern sollte⁴². Diese Idealvorstellung – heute würde man von einem "Netzwerk" sprechen – habe er durch die Gründung immer neuer Studienkommissionen zu verwirklichen gesucht. Unter der Leitung eines renommierten Präsidenten, dem meist ein jüngerer Historiker als Sekretär zur Seite gestellt wurde, sei es ihm gelungen, im Laufe der Jahre den Kreis der Personen, die mit dem Comité in Verbindung standen, systematisch zu erweitern.

Zeitschriften und Publikationen

Den Mitgliedern des Comité ebenso wie dem immer größer werdenden Kreis von interessierten Forschern aus dem In- und Ausland standen die umfangreichen Sammlungen an Kopien, Mikrofilmen, Karteien, Zeitungen sowie die Bibliothek uneingeschränkt zur Verfügung. Die "Revue d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale", die das Comité seit seiner Gründung im Jahre 1951 herausgab, eröffnete die Möglichkeit, die eigenen Aktivitäten und Ergebnisse der Recherchen zu veröffentlichen⁴³. Die Entscheidung über den Abdruck eines Beitrages lag bei der Leitung der Redaktion, die sich Michel vorbehalten hatte. Auch wenn er immer wieder betonte, dass das Comité keine eigenen Arbeiten veröffentliche, übte er so über drei Jahrzehnte, die er an der Spitze der Revue stand, einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der französischen Zeitgeschichtsforschung aus.

Ein weiteres Instrument, dessen Bedeutung und Tragweite nicht zu gering veranschlagt werden sollte, war die finanzielle Unterstützung und fachliche Beratung, mit denen das Comité Veröffentlichungen lancierte. Zwischen 1954 und 1968 erschienen in der von ihm geförderten Schriftenreihe "Esprit de la Résistance" insgesamt 17 Bände, die zum Teil recht beachtliche Auflagen erreichten.

⁴³ Trotz ähnlich lautenden Titels handelte es sich auch hier um eine Neugründung und nicht etwa um eine Wiederbelebung der "Revue d'histoire de la Guerre mondiale", deren letzte Nummer im Juli 1939 erschienen war.



⁴² Vgl. Henri Michel, Le Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale, in: Revue d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale 194 (1981), S. 1-17. Zu den beteiligten französischen Professoren vgl. ebenda, Anm. 6-9.

Henri Michel und eine Reihe seiner Mitstreiter publizierten ihre eigenen Arbeiten jedoch an anderer Stelle und ohne ihre Mitgliedschaft im Comité zu betonen. 1961 erschien aus der Feder von Michel in der renommierten Reihe "Que sais-je" eine knappe Überblicksdarstellung zu den Widerstandsbewegungen in Europa, der er zwei Jahre später einen Band zur Geschichte der "France libre" folgen ließ⁴⁴. Seine Darstellung zum innerfranzösischen Widerstand, die an gleicher Stelle 1950 zum ersten Mal erschienen war, wurde bis in die siebziger Jahre immer wieder überarbeitet und neu aufgelegt⁴⁵.

Im öffentlichen Bewusstsein Frankreichs trat das Comité als Institution daher kaum in Erscheinung. Es waren andere Namen, die den französischen Buchmarkt in den späten vierziger, den fünfziger und selbst noch zu Beginn der sechziger Jahre beherrschten. Hinsichtlich der Geschichte der Résistance zum Beispiel, dem zentralen Thema der Arbeit des Comités, waren es die Mitarbeiter von Charles de Gaulle, allen voran der ehemalige Chef seines Geheimdienstes (Bureau central de renseignement et d'Action militaire), Jacques Soustelle⁴⁶, und Colonel Passy⁴⁷, die mit ihren mehrbändigen Memoiren das Bild prägten. Die Zeitzeugen, so beschreibt Laurent Douzou diese Zeit, die nach seiner Meinung im Grunde erst 1974 zu Ende ging, behielten sich das letzte Wort vor und griffen zur Feder⁴⁸. Bei den Gesamtdarstellungen dominierten Autoren wie Robert Aron, der – dank guter persönlicher Kontakte zu vielen der Akteure – 1954 zunächst eine Geschichte Vichys und fünf Jahre später eine Geschichte der Befreiung des Landes vorlegte⁴⁹.

Als Folge dieser Flut an Memoiren und Publikationen, die unmittelbar nach der Befreiung einsetzte, das Land regelrecht überschwemmte und wissenschaftlichen Ansprüchen oft nicht genügte, verfestigte sich im Laufe der fünfziger Jahre in Frankreich das Bild vom greisen Marschall Pétain, der sich 1940 als schützender Schild vor die Franzosen gestellt habe, während in London General de Gaulle das Schwert zu schmieden begann, mit dem er schließlich das Land 1944 von der deutschen Besatzungsherrschaft zu befreien vermochte. Da die französischen Archive der Forschung weiterhin verschlossen blieben, bestand keine Möglichkeit, die Angaben der Zeitzeugen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Sichtlich beeindruckt von der Fülle an Details, mit denen Passy in seinen zahlrei-

⁴⁹ Vgl. Robert Aron (zusammen mit Georgette Elgey), Histoire de Vichy, Paris 1954; ders., Histoire de la Libération de la France, Juin 1944–Mai 1945, Paris 1959.



 $^{^{\}rm 44}$ Vgl. Henri Michel, Les Mouvements clandestins en Europe, Paris 1961; ders., Histoire de la France libre, Paris 1963.

⁴⁵ Ders., La Résistance française, Paris ⁷1976. Eine Arbeit "précis commode, mais dans un esprit trop londonienness", so Jean-Pierre Azéma, De Munich à la Libération, 1938–1944, Paris 1979, S. 397.

⁴⁶ Vgl. Jacques Soustelle, Envers et contre tout, Bd. 1: De Londres à Alger 1940–1942, Paris 1947, Bd. 2: D'Alger à Paris 1942–1944, Paris 1950.

⁴⁷ Colonel Passy, 2e Bureau Londres, Monte-Carlo 1947; ders., 10, Duke Street Londres, Monte-Carlo 1948; ders., Missions secrètes en France, Paris ²2000 (EA 1951), (Souvenirs du chef des services secrèts de la France libre).

⁴⁸ Vgl. Douzou, La résistance française, S. 83–134.

chen Veröffentlichungen aufwarten konnte, bezeichnete Henri Michel dessen Memoiren als eine Quelle von unvergleichlichem Wert, als er im Jahre 1964, zum 20. Jahrestag der Befreiung des Landes, in einer kommentierten Bibliographie eine erste Zwischenbilanz zog⁵⁰.

Von den sechziger zu den siebziger Jahren: Das Ende eines Mythos

Zu Beginn der sechziger Jahre beherrschte in Frankreich der staatlich inszenierte Kult um die Leistungen der Résistance die Szene. Diese Huldigung entsprach dem Zeitgeist. De Gaulle hatte schon kurz nach der Befreiung von Paris als Chef der provisorischen Regierung auf eine baldige Beendigung der "Épuration" gedrängt. Nach seiner Rückkehr an die Macht besuchte er am 11. April 1959 die Stadt Vichy. In seiner Ansprache betonte er, dies sei für ihn der Ort, um an die Franzosen zu appellieren, dass sie ein geeintes Volk seien⁵¹. 1964 wurden die sterblichen Überreste von Jean Moulin, dem - von Klaus Barbie in der Haft gefolterten - ersten Präsidenten des "Conseil national de la Résistance", feierlich ins Panthéon überführt⁵². Am 10. November 1968, dem Vorabend des fünfzigsten Jahrestages des Waffenstillstandes von 1918, ließ der General auf den Gräbern von Joseph Galliéni, Joseph Joffre, Georges Clemenceau und Philippe Pétain Kränze niederlegen. In allen vier Fällen handele es sich, so stand in seiner Presseerklärung zu lesen, um große Männer, deren Gebeine nicht im Invalidendom ruhten⁵³. Obwohl in erster Linie als Ehrung für den Heerführer des Ersten Weltkrieges deklariert, kam sie praktisch einer Rehabilitierung des ehemaligen Chefs des Vichy-Regimes gleich. Für die weitere Entwicklung der innerfranzösischen Auseinandersetzung um die eigene Vergangenheit ist der Streit, der sich an dieser Geste entzündete, ein guter Indikator. Trotz wachsender Proteste hielten alle Nachfolger de Gaulles - von Georges Pompidou über Valéry Giscard d'Estaing bis François Mitterrand - an der Kranzniederlegung am 11. November fest. Jacques Chirac war der erste Präsident der V. Republik, der mit dieser Tradition brach.

Im November 1968 kam es nur zu verhaltenen Protesten. Die entscheidende Wende trat erst, wie Henry Rousso gezeigt hat⁵⁴, nach dem Rücktritt und dem Tod des Generals im Jahre 1970 ein. Der Mai '68 hatte den Weg bereitet. Doch auch wenn der Schlachtruf "CRS (Companies Republicaines de Securite = mobile Bereitschaftspolizei) - SS" der damals im Pariser Quartier Latin bei Polizeieinsätzen erschallte, noch vielen Franzosen in den Ohren klang, waren es nicht die Studenten, die den fiktiven Spiegel zerschlugen, in dem sich Frankreich bis zu diesem Zeitpunkt wohlgefällig betrachtet hatte.



⁵⁰ Vgl. Henri Michel, Bibliographie critique de la Résistance, Paris 1964, S. 25.

⁵¹ Vgl. Henry Rousso, Le syndrome de Vichy. 1944–198..., Paris 1987, S. 384.

⁵² Vgl. Jean-Pierre Azéma, Jean Moulin. Le rebelle, le politique, le résistant, Paris 2003, sowie ders. (Hrsg.), Jean Moulin face à l'Histoire, Paris 2000.

⁵³ Vgl. Rousso, Le syndrome de Vichy, S. 385.

⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 85 ff.

An den französischen Universitäten wurde bis zur Mitte der sechziger Jahre die Geschichte Frankreichs im Zweiten Weltkrieg kaum behandelt, geschweige denn als Thema für wissenschaftliche Abhandlungen oder Examensarbeiten vergeben. 1964 zog Henri Michel in seiner kommentierten Bibliographie eine erste Bilanz der Forschung zur Geschichte der Résistance⁵⁵ und meinte, dass zwanzig Jahre nach der Befreiung des Landes nun die Zeit für eine zusammenfassende Darstellung aus der Sicht der Historiker gekommen sei. Zwei Jahre später ermutigte er Dominique Veillon zu einer Arbeit über "Le Franc-Tireur". Als ihr Buch 1977 erschien, lag erstmals eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Studie zu einer der führenden Résistance-Bewegungen vor. Sie hob sich damit wohltuend ab von den voluminösen Werken, die Henri Noguères⁵⁶, ein Rechtsanwalt, mit seiner Geschichte der Résistance in fünf Bänden und Alain Guérin⁵⁷ in Form einer mehrbändigen Chronik vorgelegt hatten.

Als Folge dieses langen Schweigens der Historiker hatte sich in der Zwischenzeit die Auseinandersetzung von der Straße in die Kinos und Fernsehstudios verlagert. 1971 hatten Marcel Ophüls, André Harris und Alain de Sédouy ihren Film "Le Chagrin et la Pitié" in die Kinos gebracht, nachdem die staatliche Fernsehgesellschaft ORTF eine landesweite Ausstrahlung abgelehnt hatte. Der Film schilderte an Hand von Ausschnitten aus Wochenschauen sowie Interviews mit Zeitzeugen das Leben und den Alltag in Clermont-Ferrand. Diese Stadt, in unmittelbarer Nähe von Vichy gelegen, war in der Zeit bis zum Einmarsch der deutschen Truppen in die Südzone im November 1942 so etwas wie die heimliche Hauptstadt Frankreichs. Der Film machte einem breiten Publikum zum ersten Mal deutlich, dass die deutschen Besatzer während des Krieges keineswegs eine uneingeschränkte Kontrolle über alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Frankreich ausgeübt hatten, sondern dass die Regierung in Vichy – insbesondere in den ersten Jahren – über vergleichsweise große Handlungsspielräume verfügt und diese durchaus auch genutzt hatte.

Die Auseinandersetzung um den Film, aber auch die nun einsetzende – und nicht enden wollende – Serie von Skandalen und Affären rüttelte die französische Öffentlichkeit auf. Bereits im Sommer 1970 war bekannt geworden, dass der damalige Chef des Parti communiste français, Georges Marchais, 1942 als Metallarbeiter freiwillig und nicht, wie von ihm später behauptet, im Rahmen des "Service de travail obligatoire" (STO) nach Deutschland gegangen war. Im November 1971 begnadigte Präsident Georges Pompidou den ehemaligen Vichy-Milizionär Paul Touvier⁵⁸, dem es, obgleich rechtskräftig verurteilt, nach dem Krieg mit Unterstützung der Kirche gelungen war, sich bis zu diesem Zeitpunkt verborgen zu halten. Pompidou verkannte die Zeichen der Zeit, als er am 21. September

⁵⁸ Vgl. François Bédarida (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Laurent Greilsamer und Gilles Smadja, Touvier, Vichy et le crime contre l'humanité: le dossier de l'accusation, Paris 1996.



⁵⁵ Vgl. Michel, Bibliographie critique de la Résistance.

⁵⁶ Vgl. Henri Noguères (in Zusammenarbeit mit Marcel Degliame-Foche und Jean-Louis Vigier), Histoire de la Résistance en France 1940 à 1945, 5 Bde., Paris 1967–1981.

⁵⁷ Vgl. Alain Guérin, La Résistance, chronique illustrée 1930–1950, 5 Bde., Paris 1972–1976.

1972 in einer Fernsehansprache leidenschaftlich dafür plädierte, die Vergangenheit doch endlich ruhen zu lassen, "in denen die Franzosen sich nicht mochten, sich zerfleischten und sich sogar gegenseitig töteten"⁵⁹. Der "Spiegel", um noch einmal dieses Bild von Henry Rousso zu bemühen, war zu diesem Zeitpunkt bereits in tausend Scherben zerbrochen⁶⁰. Angesichts der vielen hässlichen Bilder, die dahinter zum Vorschein kamen, wurde in Frankreich nun immer häufiger der Ruf nach einer rücksichtslosen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit laut.

Das Comité und die "Révolution Paxtonienne"

In der Geschichte der französischen Zeitgeschichtsschreibung markiert, wie Laurent Douzou zu Recht vermerkt hat, die Publikation der kommentierten Bibliographie zur Geschichte der Résistance im Jahre 1964 eine Zäsur. Michel forderte nicht nur dazu auf, zu diesem Thema wissenschaftlich zu arbeiten. Er trug auch dafür Sorge, dass vielversprechende junge Historiker dem Comité beitraten. Die Liste derjenigen, die bei ihm bzw. im Umfeld des Comité ihre Karriere begannen, ist lang und reicht von François Bédarida (1963) über Robert Frank bis hin zu Henry Rousso⁶¹. Sie unterstreicht zugleich, dass das Comité auf die wachsende Kritik zu reagieren versuchte, um seinen Führungsanspruch in der französischen Wissenschaftslandschaft zu wahren. Auch junge Forscher aus dem Ausland erfuhren von Henri Michel in jenen Jahren wertvolle Unterstützung⁶². Dies gilt nicht zuletzt für Eberhard Jäckel. Seine Studie zu "Frankreich in Hitlers Europa", die er 1966 in Deutschland vorgelegt hatte, erschien bereits zwei Jahre später in einer französischen Übersetzung⁶³.

Trotz dieser Anstrengungen ließ sich zu Beginn der siebziger Jahre nicht mehr leugnen, dass die entscheidenden Impulse für diese neue, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nicht vom Comité ausgingen, sondern von anderer Seite und hier wiederum vorrangig aus dem Ausland. Jäckel hatte auf der Grundlage der inzwischen nach Deutschland zurückgekehrten Akten des Auswärtigen Amtes mit seinem Buch ein völlig neues Licht auf die Rolle der Regierung in Vichy geworfen. In ihren Verhandlungen mit Hitler hatten sowohl Pierre Laval als auch François Darlan Frankreich einen Platz in einem vom NS-Deutschland beherrschten Europa zu sichern gesucht. Robert O. Paxton knüpfte sechs Jahre später an diese Ergebnisse an. In seiner Studie "Vichy France. Old Guard and New Order" entlarvte er das bisherige Bild von Pétain als einen Mythos. Der greise Marschall, so Stanley Hoffmann in seinem Vorwort zur französischen Ausgabe, war weder der schützende Schild, noch hatte er im Interesse

⁶³ Vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966; franz. Ausgabe: La France dans l'Europe de Hitler, Vorwort von Alfred Grosser, Paris 1968.



⁵⁹ Zit. nach Douzou, La résistance française, S. 254.

⁶⁰ Vgl. Rousso, Le syndrome de Vichy, S. 118 ff.

⁶¹ Die ersten drei der späteren Direktoren des IHTP haben ihre Karriere im Umfeld des

⁶² Michel nahm später für sich immer wieder in Anspruch, mindestens 50 wissenschaftliche Arbeiten (Thèse) unterstützt oder initiiert zu haben.

der Franzosen ein Doppelspiel und eine Politik des Abwartens betrieben⁶⁴. Im Vergleich zu Jäckel ging Paxton, ein bis dahin – trotz einer früheren Arbeit zur Geschichte der französischen Armee⁶⁵ – weitgehend unbekannter Amerikaner, noch einen Schritt weiter. Er zeigte auf, dass die Franzosen unter der Führung von Pétain nicht etwa deutschem Druck gehorchten, sondern vielmehr nach außen eine konsequente Politik der Kollaboration (Collaboration d'État) betrieben hatten, während der Marschall zur gleichen Zeit durch eine Révolution nationale nach innen versuchte, gleichsam das Rad der Geschichte bis zur französischen Revolution zurückzudrehen, in der er eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch des Landes im Sommer 1940 ausgemacht zu haben glaubte.

In diese Aufzählung wichtiger, für den weiteren Gang der Forschung richtungweisender Arbeiten gehört auch die Studie von Hans Umbreit⁶⁶. An Hand der inzwischen ebenfalls aus den USA wieder nach Deutschland zurückgelangten Unterlagen der Wehrmacht hatte er im Jahre 1968 den Aufbau, die Organisation und das Funktionieren der deutschen Militärverwaltung in Frankreich im Einzelnen beschrieben. Es handelte sich hierbei, wohlgemerkt, um eben jene Akten, die Henri Michel und seine Mitarbeiter bereits Mitte der fünfziger Jahre in den USA ausgewertet und verfilmt hatten, nicht um jene Unterlagen, die seit Kriegsende in den Archives nationales lagerten und auch für Umbreit unerreichbar geblieben waren⁶⁷. Die erste französische Publikation, die diese neuen Ergebnisse aufnahm und zu einer, in ihrer Ausgewogenheit bis heute unerreicht gebliebenen beeindruckenden Gesamtschau zusammenfasste, war Jean-Pierre Azémas "De Munich à la Libération", die 1979 im Rahmen der "Nouvelle histoire de la France contemporaine" erschien⁶⁸.

Hat Henri Michel zu Beginn der siebziger Jahre die Bedeutung der "Révolution paxtonienne", wie Azéma Jahre später diese Zäsur bezeichnet hat⁶⁹, unterschätzt? Wenn man die Themen betrachtet, die damals Eingang in das Arbeitsprogramm der erwähnten einzelnen Studiengruppen des Comité fanden, so ist man eher geneigt, diese Frage zu verneinen. Eine Einschätzung, die außerdem noch durch die Tatsache bestärkt wird, dass sich neben der personellen Zusam-

⁶⁹ Jean-Pierre Azéma, La révolution paxtonienne, in: Sarah Fishman/Laura Lee Downs/Ioannis Sinanoglou/Leonard V. Smith/Robert Zaretsky (Hrsg.), La France sous Vichy. Autour de Robert O. Paxton, Paris 2004 (engl. Orginalausgabe, Oxford 2000), S. 23–30.



⁶⁴ Vgl. Robert O. Paxton, La France de Vichy 1940–1944, Vorwort von Stanley Hoffmann, Paris 1973, S. 9 ff.

^{65 38} Jahre (!) nach der amerikanischen liegt nun auch eine französische Ausgabe vor. Vgl. Robert O. Paxton, L'Armée de Vichy. Le corps des officiers français 1940–1944, postface historiographique de Claude d'Abzac-Epezy, Paris 2004.

⁶⁶ Vgl. Marcel Spivak, Hans Umbreit (1937–2004), in: Francia 32/3 (2005), S. 203.

⁶⁷ La France et la Belgique sous l'occupation allemande 1940–1944. Les fonds allemands conservés aux Centre historique des Archives nationales. Inventaire de la sous-série AJ 40. Inventaire rédigé par G. Beaujouan et. al., revue par C. Douyère-Demeulenaere avec la collaboration de M. Conchon. Index établie par S. Bula. Introduction par S. Martens et A. Nielen, préface de M. de Boisdeffre et de H. Weber, Paris 2002.

⁶⁸ Vgl. Azéma, De Munich à la Libération.

mensetzung auch die Arbeitsweise des Comité in der gleichen Zeit allmählich zu ändern begann.

1974 legte das Comité unter dem Titel "La Libération de la France" eine neue Veröffentlichungsreihe auf, in der in lockerer Folge noch einmal insgesamt 15 Bände erschienen. Im Oktober des gleichen Jahres organisierte Michel in Paris ein mehrtägiges Kolloquium zwischen Forschern und Zeitzeugen, um im Lichte der neuesten Arbeiten über die Geschichte der Befreiung Frankreichs zu diskutieren⁷⁰. Dass die Begegnung nicht unbedingt einen harmonischen Verlauf nahm, verdeutlicht eine Bemerkung von Pascal Copeau, dem ehemaligen Führer von "Libération Süd". Er empfand die Begegnung als problematisch und merkte als Zeitzeuge in der Diskussion ironisch an, dass die Historiker ja zumindest in einem Punkt beruhigt sein könnten: Sie hätten auf jeden Fall das letzte Wort⁷¹. Es war die erste Tagung dieser Art auf nationaler Ebene. Sie erfüllte zwar ihren Zweck, denn sie gab der neuen Historikergeneration Gelegenheit, die Ergebnisse ihrer Forschungen erstmals öffentlich zu präsentieren. Doch entsprach ihre Einschätzung nur in den seltensten Fällen den Erwartungen und der Sicht der Zeitzeugen, sondern provozierte entschiedenen Widerspruch, wobei in dem Bemühen, aus dem übermächtigen Schatten des Generals zu treten, zugleich auch alte Rivalitäten und Gegensätze wieder neu aufbrachen.

Auch auf internationaler Ebene suchte sich das Comité der Herausforderung zu stellen. 1967 hatte Michel das Comité international d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale gegründet. 37 Länder traten in der Folgezeit dieser Einrichtung bei und bildeten ihrerseits nationale Komitees. Das erste Kolloquium wurde 1970, anlässlich des internationalen Historikertages in Moskau organisiert. Das Thema "La main d'œuvre dans la guerre (Arbeitskräfte im Krieg)" war dem Ort angemessen. Die Kontakte auf internationaler Ebene suchte das Comité fortan auch auf bilateraler Ebene zu nutzen. Es kam zu einer ganzen Serie von Tagungen über die Beziehungen Frankreichs zu den verschiedenen europäischen Nachbarn im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges, von Großbritannien angefangen, über Belgien bis hin zu Deutschland⁷². Da es sich um Fachtagungen von ausgewiesenen Spezialisten und nicht um öffentliche Veranstaltungen handelte, nahm die französische Öffentlichkeit hiervon jedoch kaum Notiz.

In der gleichen Zeit setzte sich in Frankreich die Serie der Skandale, Enthüllungen und Affären fort. Henri Frenay, einer der Führer des innerfranzösischen Widerstandes ("Combat"), hatte trotz gleicher Zielsetzung stets Distanz zu de Gaulle gewahrt. Jahrelang hatte er es abgelehnt, sich zu seinen Erlebnissen während des Krieges schriftlich zu äußern. 1973 brach er sein Schweigen und ging

⁷² Vgl. La France et l'Allemagne 1932–1936, Paris 1980, (Editions du Centre National de la Recherche Scientifique 15), und Frankreich und Deutschland 1936-1939, hrsg. von Klaus Hildebrand und Karl Ferdinand Werner unter Mitarbeit von Klaus Manfrass, München 1981.



⁷⁰ Vgl. La Libération de la France. Actes du colloque international tenu à Paris du 28 au 31 octobre 1974, Paris 1976.

⁷¹ "Que les historiens se rassurent, de toute manière, ce sont eux qui auront le dernier mot", in: Ebenda, S. 409.

mit Büchern und in Fernsehsendungen in die Offensive⁷³. Sein Versuch, Jean Moulin, den von André Malraux zum heroischen Führer der Résistance verklärten Nationalhelden, als verlängerten Arm der Kommunisten zu entlarven, führte zu einem Sturm der Entrüstung. Daniel Cordier begann daraufhin, minutiös die Arbeit seines ehemaligen Chefs – er hatte während des Krieges für Moulin als dessen Sekretär fungiert – zu dokumentieren⁷⁴. Der Streit zwischen Frenay und Cordier war nur ein Beispiel für die tiefen Gräben, die nun wieder aufbrachen. Die Auseinandersetzungen zwischen den Zeitzeugen gewannen rasch an Schärfe, eröffneten zugleich allerdings auch neue Chancen, da sich dadurch nun – wenn auch nicht von staatlicher Seite – der Forschung neue Quellen erschlossen.

Neben "Vichy" wurde das Schicksal der Juden zum zweiten beherrschenden Thema. Fernsehen und Film machten "Holocaust" und "Shoah" für die Franzosen zu festen Begriffen. Der Streit um die eigene Vergangenheit nahm an Heftigkeit zu, denn – um hier noch einmal das Bild des "Untersuchungsrichters" von Marc Bloch zu gebrauchen – ohne Zugang zu den Archiven stand Aussage gegen Aussage. Die offenen Bekenntnisse des ehemaligen Generalkommissars für Judenfragen, Darquier de Pellepoix, der sich ebenso ungehindert in der Presse äußern konnte wie der Negationist Robert Faurisson an der Universität Lyon III, zwangen den Staat zum Handeln. 1978 wurde von der Assemblée nationale eine Reform des Archivgesetzes beschlossen. Mit Beginn des Jahres 1979 wurde die Verschlusszeit für staatliche Archive von fünfzig auf dreißig Jahre reduziert. Frankreich übernahm damit den Standard, der sich inzwischen auch in den anderen westeuropäischen Staaten eingebürgert hatte. Theoretisch standen damit nun der Forschung die in den staatlichen Archiven aufbewahrten Akten für die gesamte Kriegszeit offen 75.

Die Gründung des Institut d'histoire du temps présent

Mit der Reform seiner Archivgesetzgebung versuchte sich Frankreich einer Entwicklung anzupassen, die in Westeuropa und Amerika im Zusammenhang mit der Rückgabe der nach 1945 in die USA und nach Großbritannien verbrachten deutschen Akten bereits in den sechziger Jahren begonnen hatte. Insbesondere in Deutschland, wo man sich sowohl im Bundesarchiv als auch im Institut für Zeitgeschichte in den ersten Nachkriegsjahren mit dem Sammeln von Unterlagen und Zeugenschrifttum beholfen hatte, hatten sich der Forschung – wie die

⁷⁵ Vgl. Henry Rousso, Le dossier Lyon III! Le rapport sur le racisme et le négationnisme à l'université Jean Moulin, Paris 2004. Zur Problematik der französischen Archivgesetzgebung und der seit Jahren angemahnten Reform vgl. Sébastien Laurent (Hrsg.), Archives "secretes", secrets d'archives. L'historien et l'archiviste face aux archives sensibles, Paris 2003, bzw. den vom Verein Une cité pour les Archives nationales herausgegebenen Tagungsband Les Français et leurs archives. Actes du colloque au Conseil économique et social 5 novembre 2001, Paris 2002.



 ⁷⁸ Vgl. Herni Frenay, L'Énigme Jean Moulin, Paris 1977; Steffen Prauser, Henri Frenay und Jean Moulin: Der schwere Weg zur Einheit der Résistance, in: Francia 31/3 (2004), S. 153–172.
 ⁷⁴ Vgl. Daniel Cordier, Jean Moulin. L'inconnu du Panthéon, 3 Bde., Paris 1989 und 1993, sowie ders., Jean Moulin. La République des catacombes, Paris 1999.

Arbeiten von Jäckel und Umbreit bewiesen - völlig neue Möglichkeiten eröffnet⁷⁶.

Frankreich war zu einem neuen Anfang entschlossen. Henri Michel wurde am 1. Juli 1977 vom Büro des Premierministers schriftlich beschieden, dass man das Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale zum Ende des Jahres 1980 auflösen werde. An seine Stelle sollte künftig ein Forschungsinstitut unter der Leitung eines jeweils auf fünf Jahre zu ernennenden wissenschaftlichen Direktors als eigenständiges "Laboratoire" im Rahmen des Centre nationale de la recherche scientifique die jüngere und jüngste Geschichte Frankreichs erforschen. Für diese Aufgabe hatte der CNRS nicht nur die Sachmittel, sondern auch die notwendigen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter bereitzustellen, die entweder zeitlich befristet oder auf Dauer eingestellt werden sollten⁷⁷. Politische Gründe wurden in diesem Zusammenhang zwar nicht genannt, doch war offenkundig, dass in Frankreich nach dem Tod von Georges Pompidou und der Wahl von Valéry Giscard d'Estaing zum neuen Präsidenten im Jahre 1974 ein politischer Wandel eingesetzt hatte. Jacques Chirac, der sich als Wahrer des politischen Erbes des Generals sah, hatte 1976 seinen Rücktritt als Premierminister eingereicht und wenige Monate später die Gaullistische Partei unter dem Namen Rassemblement pour la République (RPR) neu begründet. Neben dem politischen Richtungswechsel gab es aber auch sachliche Gründe. Antisemitische Anschläge, die - wie am 4. Oktober 1980 in der rue Copernic - Todesopfer forderten, führten eindringlich vor Augen, dass man sich nicht länger verweigern konnte. Die öffentliche Auseinandersetzung um die eigene Vergangenheit wurde als eine "demande sociale" umschrieben⁷⁸. Die Forderung nach einer "Professionalisierung" der französischen Zeitgeschichte betraf sowohl die Forschung als auch die Lehre. Der "chercheur-enseignant" wurde zum neuen Ideal und Leitbild.

Ein Teil der Mitarbeiter des Comité wurde vom neuen Institut übernommen. Neben dem Gründungsdirektor, François Bédarida, zählten Dominique Veillon und Henry Rousso zu den ersten Mitarbeitern. Die meisten der etwa 150 korrespondierenden Mitglieder, die das Comité in den Departements zählte, arbeiteten nun für das neue Institut, das auch die Bibliothek und Teile des Archivs des Comité übernahm. Der Rest der Dokumentation gelangte als eigenständige Sammlung in die Archives nationales⁷⁹. Photos und Plakate hingegen wurden von der BDIC übernommen, die heute mit dem Musée d'histoire contemporaine im Invalidendom eine Einheit bildet.

In einem Artikel, den er 1980 in der "Revue d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale" veröffentlichte, die ihm als Einziges noch geblieben war, merkte Henri Michel verbittert an, dass man es noch nicht einmal für notwendig erachtet habe,

⁷⁹ Die Unterlagen finden sich dort, zusammen mit den Akten der beiden Vorläufer des Comités, CHOLF und CHG, im Bestand AJ 72. Vgl. Blanc/Rousso/Tourtier-Bonazzi, La Seconde Guerre mondiale. Guide des sources, S. 127-131.



⁷⁶ Vgl. Eckert, The Transnational Beginnings of West German Zeitgeschichte, S. 71 ff.

⁷⁷ Vgl. hierzu Lagrou, Historiographie de guerre, S. 201 f.

⁷⁸ Vgl. Noiriel, Qu'est-ce que l'histoire contemporaine, S. 206 ff.

ihm Gelegenheit zu geben, seine Arbeit und sein Werk in einer abschließenden Veranstaltung zu diskutieren, geschweige denn zu würdigen⁸⁰. Vor vollendete Tatsachen gestellt, nahm er zwar zusammen mit einigen Getreuen noch einmal einen Anlauf, doch das neue Institut d'histoire des conflits contemporains (IHCC), das von der Fondation pour les Études de Défense nationale getragen wurde, entwickelte sich nicht zu einer dauerhaften, eigenständigen Einrichtung. Als Guy Pedroncini, der erste Direktor des IHCC, in den Ruhestand trat, wurde nicht nur der einzige in Frankreich noch verbliebene Lehrstuhl für Militärgeschichte ersatzlos gestrichen. Die Rolle des IHCC beschränkte sich fortan auf die Herausgabe der Zeitschrift, die, nach einer ersten Umbenennung⁸¹, seit 1987 unter dem Titel "Guerre mondiales et conflits contemporains" erscheint.

François Bédarida stand vor dem Problem, für sein neues Forschungsinstitut einen Namen zu finden, der dem Neuanfang sichtbaren Ausdruck verleihen sollte⁸². Den ursprünglichen Titel "Institut d'histoire du monde comtemporain", lehnte er nicht nur wegen der parallelen Gründung des Institut d'histoire moderne et contemporaine ab, sondern weil er ihm "ambigu" - zweideutig erschien. Der offizielle Auftrag lautete, dass das neue Institut die Zeit nach 1945 zu einem neuen Arbeitsschwerpunkt machen solle, gleichzeitig aber auch die bisherige Forschung zur Geschichte Frankreichs während des Zweiten Weltkrieges - die als unbefriedigend eingestuft wurde - fortzusetzen habe. Ob sich dahinter unausgesprochen die Erwartung der Politik verbarg, das IHTP solle künftig auch eine "Mission de conseil et d'expertise" übernehmen, ist unter den Beteiligten umstritten⁸³. Die Definition der neuen Aufgabe als einer "Histoire immédiate", die der Journalist und de Gaulle-Biograph Jean Lacouture gemacht hatte⁸⁴, wurde verworfen, da hier im Grunde nur die bisherigen Methoden des Comité unter einen neuen Begriff gefasst würden. Unter Abwägung aller Vor- und Nachteile trug nach Meinung von Bédarida der Name Institut d'histoire du temps présent der Defini-

⁸⁴ Auf Lacoutures Überlegungen beruft sich heute die Groupe de Recherche an der Universität Toulouse-Le Mirail. Sie versteht unter Histoire immédiate "l'ensemble de la partie terminale de l'histoire contemporaine, englobant aussi bien celle dite du temps présent que celle des trente dernières années; une histoire, qui a pour caractéristique principale d'avoir été vécue par l'historien ou ses principaux témoins." Vgl. http://w3.univ-tlse2.fr/grhi/presentation/definition.htm. Vgl. auch Jean-François Soulet, L'histoire immédiate, Paris 1994 (Que-Sais-Je?, 2841).



⁸⁰ Vgl. Michel, Le Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale, S. 16, Anm. 30.

^{81 1982} war die Zeitschrift zunächst in "Revue d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale et des Conflits contemporains" umbenannt und zugleich der inhaltliche Schwerpunkt auf den Zeitraum von 1914–1962 erweitert worden. Vgl. Henri Michel/Guy Pedroncini, Avertissement, in: Ebenda 124 (1981), S. 1 f.

⁸² Vgl. hierzu Michel Trebitsch, La quarantaine et l'an 40. Hypothèse sur l'étymologie du temps présent, in: Écrire l'histoire du temps présent. En hommage de François Bédarida, Paris 1993, S. 63–76, hier S. 64 f.; François Bédarida, Temps présent et présence de l'histoire, in: Ebenda, S. 391–402.

⁸³ Vgl. Lagrou, Historiographie de guerre, S. 212; Noiriel, Qu'est-ce que l'histoire contemporaine, S. 26 f., sowie den Vortrag von Christian Delacroix, Demande sociale et histoire du temps présent: une normalisation épistémologique, bei dem Kolloquium "Les usages politiques du passé" im September 2003 in Paris. Der Verfasser dankt dem Autor für die Überlassung des Manuskripts.

tion der künftigen Aufgabe am besten Rechnung. Dass die Interessen jedoch über diesen engen Rahmen hinausreichten, zeigte sich wenig später bei der Wahl des Titels für eine neue Zeitschrift, die – wegen der Symbolik wohl nicht ganz zufällig - im Jahre 1984 in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Instituts begründet wurde: "Vingtième Siècle – Revue d'histoire"⁸⁵.

Entsprechend dem Auftrag, dass die Zeit nach 1945 im Zentrum der Arbeit des neuen Institutes stehen sollte, legte der stellvertretende Direktor, Jean-Pierre Rioux, 1980 eine zweibändige Geschichte der Vierten Republik vor⁸⁶. Folgerichtig wurde die Serie der Tagungen, die das Comité d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale mit dem Deutschen Historischen Institut Paris zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen in den dreißiger Jahren begonnen hatte, vom IHTP 1986 nicht mit den Jahren 1939-1945, sondern mit einem Kolloquium zum Kriegsende und der unmittelbaren Nachkriegszeit fortgesetzt⁸⁷. Doch auf dem Umweg über die Projekte der Mitarbeiter zum Wiederaufbau der Städte⁸⁸, der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung Frankreichs⁸⁹ sowie zur Justiz und Épuration⁹⁰ geriet auch die unbewältigte Vergangenheit und damit die Geschichte Vichys zunehmend in den Blick des IHTP.

In den achtziger Jahren hielten die Verhaftung und Auslieferung von Klaus Barbie und der anschließende Prozess in Lyon, das Verfahren gegen den ehemaligen Milizangehörigen Paul Touvier sowie die Entdeckung der sogenannten "Judenkartei" durch Serge Klarsfeld⁹¹ in den Kellern des Secrétariat d'État des Anciens combattants die französische Öffentlichkeit in Atem⁹². Die Biographien zu Laval von Fred Kupfermann⁹³ und zu Pétain von Marc Ferro⁹⁴ fanden eine breite Leserschaft. Durch Fernsehserien ("Histoire parallèle"), Dokumentar-("L'œil de Vichy") und Spielfilme ("Pétain"; "Au revoir les enfants") blieben die



⁸⁵ Vgl. hierzu auch die "Déclaration de naissance" sowie die einleitenden Beiträge von Jean Pierre Rioux, 20. 1. 1984, und François Bédarida, Histoire et Pouvoir dans 1984, in: Vingtième Siècle - Revue d'histoire 1(1984), S. 313.

⁸⁶ Vgl. Jean-Pierre Rioux, La France de la Quatrième République, 2 Bde., Paris 1980 und 1983. 87 Vgl. Klaus Manfrass/Jean-Pierre Rioux (Hrsg.), France-Allemagne 1944–1947. Akten des deutsch-französischen Historikerkolloquiums Baden-Baden, 2.-5.12. 1986, Paris 1989/90 (Cahiers de l'IHTP, 13/14). Zur Tagungsreihe vgl. Anm. 70.

⁸⁸ Vgl. Danièle Voldman (Hrsg.), Images, discours et enjeux de la reconstruction des villes françaises après 1945, Paris 1987 (Cahiers de l'IHTP, 5).

⁸⁹ Vgl. Henry Rousso (Hrsg.), De Monnet à Massé: enjeux politiques et objectifs économiques dans le cadre des quatre premiers Plans (1946-1965). Actes de la table ronde tenue à l'IHTP les 24 et 25 juin 1983, Paris 1986.

⁹⁰ Vgl. François Rouquet, L'épuration dans l'administration française. Agents de l'État et collaboration ordinaire, Paris 1993.

⁹¹ Le "fichier juif": rapport de la commission présidée par René Rémond au Premier ministre. Membres de la commission Jean-Pierre Azéma, hrsg. von Chantal Bonazzi, Jean Kahn u.a., Paris

⁹² Vgl. Stefan Martens, "Drôle de Guerre" – Occupation – Épuration. Frankreich im Zweiten Weltkrieg, in: Neue Politische Literatur 37 (1992), S. 185-213.

⁹³ Vgl. Fred Kupferman, Laval 1883–1945, Paris 1988.

⁹⁴ Vgl. Marc Ferro, Pétain, Paris 1987.

Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ein Thema, dem sich das IHTP auf Dauer nicht entziehen konnte.

Zwei Feiern im Jahr 1990 - und eine erste Zwischenbilanz

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle alle Arbeiten aufzuzählen, die das IHTP seit seiner Gründung entweder selbst initiiert oder aber mit getragen hat 95. Die ersten Jahre standen im Zeichen einer intensiven Methodendiskussion⁹⁶, doch wurde darüber die Quellen- und Archivarbeit keineswegs vernachlässigt, die nun durch das neue Archivgesetz zwar immer noch nicht umfassend, aber doch zu deutlich verbesserten Bedingungen auch in Frankreich möglich geworden war. Eine erste, wichtige Etappe war erreicht, als das Institut im Sommer 1990 mit einem Kolloquium - unmittelbar vor den Feiern aus Anlass des einhundertsten Geburtstages de Gaulles im November⁹⁷ – des fünfzigsten Jahrestages des Zusammenbruchs Frankreichs im Sommer 1940 gedachte. Die Tagungsakten, die zwei Jahre später unter dem Titel "Vichy et les Français" als Buch erschienen, waren eine eindrucksvolle Bilanz der bis dahin geleisteten Arbeit⁹⁸. Ein Jahr darauf gaben Jean-Pierre Azéma und François Bédarida, die man heute wohl mit Fug und Recht als die beiden geistigen Väter des IHTP bezeichnen kann, die erste, nach chronologischen und sachlichen Gesichtspunkten orientierte Gesamtdarstellung Frankreichs unter dem Titel "La France des années noires" heraus⁹⁹.

Sie flossen ein in die Konzeption der Dauerausstellung des Mémorial – un Musée pour la Paix in Caen, das 1984 anlässlich der Feiern des vierzigsten Jahrestages der alliierten Landung in der Normandie eröffnet worden war¹⁰⁰. In Forschungsseminaren, Kolloquien und internationalen Tagungen, die das IHTP organisierte, wurde die Zeit nach 1945 zwar keineswegs vernachlässigt¹⁰¹. Doch trotz

¹⁰¹ Vgl. Anm. 93 sowie die regelmäßigen Tätigkeitsberichte des Instituts, wie z.B. Institut d'histoire du temps présent, Rapport d'activité du 1er juillet 1989–30 juin 1993, Paris o.J., S. 23 ff.



⁹⁵ Vgl. hierzu die entsprechenden Forschungsberichte im Bulletin de l'Institut d'histoire du temps présent sowie, sofern sie nicht in Buchform erschienen sind, die im Rahmen der Cahiers de l'IHTP veröffentlichten Ergebnisse und ergänzend auch die Angaben im Beitrag von Hudemann, Histoire du Temps présent in Frankreich, in: Nützenadel/Schieder (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem.

⁹⁶ François Bédarida organisierte im IHTP regelmäßig ein Seminar. Die Vorträge und Diskussionen wurden aufgezeichnet und befinden sich heute im Archiv des Instituts, (SEM 00001–SEM 0029), Angaben nach Delacroix, Demande sociale et histoire du temps présent, S. 3, Anm. 11.

⁹⁷ Institut Charles De Gaulle, De Gaulle en son siècle: actes des journées internationales tenu à l'UNESCO, Paris, 19–24 nov. 1990, 8 Bde., Paris 1991–1993.

⁹⁸ Der vollständige Titel lautet (im Unterschied zu den Angaben auf dem Einband) Le Régime de Vichy et les Français, sous la dir. de Jean-Pierre Azéma et François Bédarida avec la collaboration de Denis Peschanski et de Henry Rousso, Paris 1992.

⁹⁹ Jean-Pierre Azéma/François Bédarida (Hrsg.), La France des années noires, Bd. 1: De la défaite à Vichy, Bd. 2: De l'Occupation à la Libération, Paris 1993.

¹⁰⁰ Stefan Martens, Forschungseinrichtungen: Frankreich, in: Andreas Wirsching (Hrsg.), Oldenbourg Geschichte Lehrbuch Neueste Zeit, München 2006, S. 453.

großer Themenvielfalt und dem Bemühen um eine enge Zusammenarbeit mit den Universitäten und Grandes Écoles – Paris I-Sorbonne und Paris IV, der École des hautes études en sciences sociales (EHESS) sowie vor allem dem IEP und dessen Centre d'histoire de Sciences-Po¹⁰² –, an denen sich langsam eine florierende Zeitgeschichtsforschung etablierte, spielte das Thema Vichy eine immer dominierendere Rolle. Unter dem Eindruck der Arbeit von Robert Paxton konzentrierte sich das Interesse so sehr auf die "Années noires" und die innerfranzösischen Auseinandersetzungen, dass darüber die Bedeutung der Präsenz der deutschen Besatzungsmacht fast in Vergessenheit zu geraten drohte.

Neben zwei Kolloquien, die das Deutsche Historische Institut Paris 1988 und 1999 unter dem Titel "La France et l'Allemagne en Guerre"¹⁰³ veranstaltete, waren es erneut Wissenschaftler aus dem Ausland, die sich seit der Mitte der neunziger Jahre darum bemühten, die Gewichte wieder zurechtzurücken: Während der Schweizer Philippe Burrin mit seiner Studie "La France à l'heure allemande" den Begriff der "Accomodation" in die Forschung einführte 104, brachten der Deutsche Ulrich Herbert mit seiner Studie zu Werner Best¹⁰⁵ und die Österreicherin Barbara Lambauer - eine Schülerin von Azéma - mit ihrer Biographie zu Otto Abetz¹⁰⁶ in Erinnerung, dass die Rolle der Deutschen in diesem Zusammenhang keineswegs zu vernachlässigen war. Ahlrich Meyer wiederum, der die Übersetzung des Buches "Vichy-Auschwitz" von Serge Klarsfeld besorgt hatte¹⁰⁷, warf mit seinen Arbeiten ein neues Licht auf die Bedeutung, die der Wehrmacht nicht nur im Osten, sondern auch in Frankreich zugemessen werden muss¹⁰⁸.

¹⁰⁸ Vgl. Ahlrich Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000, sowie ders., Täter im Verhör.



¹⁰² Das Centre d'histoire de Sciences-Po, das 1984 als Centre d'histoire de l'Europe au XXe sciècle (CHEVS) gegründet worden war, organisiert historische Grundlagenforschung in Form sogenannter "Groupes de travail". Es fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und verfügt über ein eigenes, überwiegend aus Nachlässen bestehendes Archiv, vgl. http://centre-histoire. sciences-po.fr/

¹⁰³ Vgl. La France et l'Allemagne en Guerre, septembre 1939-novembre 1942, hrsg. von Claude Carlier und Stefan Martens, Paris 1990, und Frankreich und Deutschland im Krieg (November 1942-Herbst 1944). Okkupation, Kollaboration, Résistance, hrsg. von Stefan Martens und Maurice Vaïsse, Bonn 2000.

¹⁰⁴ Vgl. Philippe Burrin, La France à l'heure allemande, Paris 1995. Der Titel spielt darauf an, dass im besetzten Teil Frankreichs die deutsche Zeit galt. In den zwanziger Jahren hatten die Franzosen im Rheinland ebenfalls die bei ihnen gültige Zeit eingeführt. Zum Begriff der "accomodation" vgl. auch Marc Olivier Baruch, Das Vichy-Regime. Frankreich 1940–1944, Stuttgart 1999, S. 186 ff.

¹⁰⁵ Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.

¹⁰⁶ Vgl. Barbara Lambauer, Otto Abetz ou l'envers de la collaboration, Vorwort von Jean-Pierre

¹⁰⁷ Vgl. Serge Klarsfeld, Vichy-Auschwitz: Die Zusammenarbeit der französischen und deutschen Behörden bei der "Endlösung der Judenfrage" in Frankreich, Nördlingen 1989.

Der 16. Juli 1995: Die Zerschlagung des Gordischen Knotens?

Wenige Wochen nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten hielt Jacques Chirac im Juli 1995 anlässlich des Jahrestages der "Rafle du Vélodrôme d'Hiver" in Paris eine Rede, deren Folgen bis heute spürbar sind:

"Vor dreiundfünfzig Jahren, am 16. Juli 1942, erfüllten 450 französische Polizisten unter dem Befehl ihrer Vorgesetzten die Forderungen der Nazis. An jenem Tag wurden in der Hauptstadt und im Pariser Umland fast 10 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder am frühen Morgen in ihren Wohnungen verhaftet und in den Polizeikommissariaten gesammelt. [...] Frankreich, Heimat der Aufklärung und der Menschenrechte, das Land der Zuflucht und des Asyls, dieses Frankreich beging an diesem Tag das Irreparable. Es brach sein Wort und lieferte seine Schützlinge ihren Henkern aus. ¹⁰⁹ "

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hatte sich Frankreich zu seiner Rolle und Verantwortung im Rahmen der von Hitler lancierten "Endlösung der Judenfrage" bekannt. Umgehend wurden daraufhin Stimmen laut, die auf die Leistung von Entschädigungen und eine vollständige Öffnung der Archive drängten. Die Regierung gab eine Studie in Auftrag, um eine eventuelle Reform der gesetzlichen Bestimmungen zu prüfen¹¹⁰. Gleichzeitig wurde unter Senator Jean Mattéoli eine Kommission eingesetzt, die im Hinblick auf künftige Forschungen zur Geschichte der Judenvernichtung einen umfassenden Bericht und zugleich einen Überblick über die in Frankreich vorhandenen staatlichen und privaten Archivbestände erarbeiten sollte. Als die Kommission fünf Jahre später das Ergebnis ihrer Arbeit vorlegte¹¹¹, wurde dies zugleich zur Geburtsstunde der Fondation de la Mémoire de la Shoah (FMS)¹¹². Bei dem Stiftungskapital, das ihr zur Verfügung gestellt wurde - im Volumen dem der deutschen Volkswagenstiftung vergleichbar -, handelte es sich um jene Gelder und Guthaben, die nach Abschluss der Prüfung nicht mehr hatten zurückerstattet werden können. Mit der Einrichtung der Stiftung verfügte Frankreich erstmals über eine vom Staat unabhängige Möglichkeit der Forschungsförderung. Nach Schwerpunkten gegliedert vergibt die FMS sowohl Stipendien, fördert Projekte und finanziert alle Arten von Vorhaben, von Quelleneditionen 113 und der Übersetzung von Monographien angefan-

¹¹³ Ein Beispiel ist die Finanzierung der Übersetzung der französischen Auswahledition Joseph Goebbels. Journal 1943–1945, traduit de l'allemand par Dominique Viollet, Gaël Cheptou et



¹⁰⁹ Zum Text der Rede siehe http://www.elysee.fr/elysee/francais/interventions/discours_et_-declarations.

¹¹⁰ Vgl. Guy Braibant, Les archives en France: rapport au Premier ministre, Paris 1996.

Der Bericht umfasst mehrere Bände; vgl. hier vor allem Rapport général, République Française, Mission d'Étude sur la Spoliation des Juifs de France, Paris 2000, sowie Claire Andrieu (Hrsg.), La persécution des juifs de France: 1940–1944 et le rétablissement de la légalité républicaine. Recueil des textes officiels, Paris 2000.

¹¹² Zur Stiftung, ihren Aufgaben und den Förderungsrichtlinien siehe http://www.fondations-hoah.info.

gen über die Mikroverfilmung umfangreicher staatlicher Archivbestände¹¹⁴ bis hin zu Sachmitteln oder den Neubau ganzer Institute¹¹⁵.

Ende 1994 schuf das Verteidigungsministerium per Dekret das Centre d'études d'histoire de la défense (CEHD). Es sollte der französischen Militärgeschichte neue Impulse geben, die nach der Streichung des letzten landesweiten Lehrstuhls immer deutlicher verfallen war. Gründung und Aufbau gingen nicht ohne Spannungen ab. Maurice Vaïsse, ein Schüler von Jean-Baptiste Duroselle, suchte als Gründungsdirektor mit Hilfe von Arbeitsgruppen (Commissions) und der Organisation von internationalen Tagungen neue Wege zu öffnen. Während sein Nachfolger, Jean-Christophe Romer, diese Tradition fortsetzt, wurde parallel dazu der Service historique de la Défense geschaffen, der die vier Abteilungen der Armee, der Luftwaffe, der Marine und der Gendarmerie seit dem 1. Januar 2005 unter einem Dach zusammenfasst.

Im Rahmen des Sécretariat d'État des Anciens combattants, das dem Verteidigungsministerium unterstellt ist, wurde die Direction de la mémoire, du patrimoine et des archives (DMPA) eingerichtet. Sie betreut neben den verschiedenen Archiven vor allem die Gedächtnisorte, die überall im Land entweder bereits vorhanden oder aber geplant sind. Sie ist für die Gestaltung der ständigen Ausstellungen, wie zuletzt im ehemaligen KZ Natzweiler-Struthof, verantwortlich und berät bzw. spricht bei Anträgen über die Einrichtung neuer Gedenkstätten Empfehlungen aus. Sie ist somit einer der zentralen Ansprechpartner für Stiftungen und Vereinigungen wie etwa die Fondation pour la Mémoire de la Déportation (FMD) 116 oder aber auch die Association pour les études sur la résistance intérieure (AERI)¹¹⁷.

Zusammenfassung

Bis zu seinem Tode 1986 im Alter von 79 Jahren wollte Henri Michel nicht wahrhaben, dass sich Ende der siebziger Jahre das Konzept überlebt hatte, mit dem Lucien Febvre und er nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten waren. An die Stelle der Zeitzeugenbefragungen und des Sammelns von Daten und Fakten aller Art mit dem Ziel einer möglichst lückenlosen Dokumentation und der anschlie-

¹¹⁷ Eine der selbstgestellten Aufgaben ist, ihre Mitglieder dazu anzuregen, Dokumente, Photos und Zeugenbefragungen zur Geschichte der Résistance in den einzelnen Departements zu sammeln und diese anschließend in Form einer CD-ROM bzw. DVD, in Einzelfällen auch als Broschüre zu veröffentlichen, wobei die AERI die erforderliche technische Hilfestellung leistet; vgl. http://www.aeri-resistance.com.



Éric Paunowitsch. Introduction de Horst Möller. Établissement et annotation du texte français par Pierre Ayçoberry [in Kooperation mit Elke Fröhlich, Stefan Martens und Hartmut Mehringer], Paris 2005.

¹¹⁴ Dank der finanziellen Unterstützung der FMS konnten unter anderem in den Archives nationales die Akten des Commissariat général aux questions juives auf Mikrofilm vor dem Verfall gesichert werden. Zu den Einzelheiten siehe Anm. 18.

 $^{^{115}\,}$ So hat die Stiftung etwa den Neubau des CDJC mit rund 8 Millionen unterstützt; siehe dazu

¹¹⁶ Zu den Aufgaben und der Arbeit der FMD siehe http://www.fmd.asso.fr.

ßenden Darstellung durch jene, die diese Zeit noch selbst erlebt hatten¹¹⁸, war die systematische, wissenschaftliche Erforschung der Ereignisse an Hand der Akten getreten. Der neuen Historikergeneration, die mittlerweile herangewachsen war, stand bei der Suche nach den Hintergründen und Motiven der Akteure nicht mehr der Sinn nach Forschung im Sinne eines kritischen Journalismus, "enquête-interview" (Jean Lacouture) oder schlichter Kommemorierung.

Das IHTP trat seine Mission mit dem Anspruch an, zu "beweisen, dass der Historiker mit seiner Methode und seinem Sinn für langfristige Entwicklungen durchaus dazu berufen ist, die gegenwärtige Zeit zu untersuchen und einer Analyse zu unterziehen, die zu pauschale oder zu einseitige Erklärungen ebenso zu vermeiden weiß, wie allzusehr sich in Einzelheiten verlierende Beschreibungen "¹¹⁹. Diese Herausforderung, die Geschichte der Gegenwart "historisch" zu denken – so der kürzlich verstorbene René Rémond –, hat die jüngere französische Zeitgeschichte bestanden ¹²⁰. Im Laufe der Jahre führte die Diskussion immer weiter weg von der Geschichte als einer Erfahrung im Sinne einer chronologischen Abfolge ("histoire vécu"), hin zu einem bewussten (Mit-)Erleben der Ereignisse, unter Vermeidung jeder einseitigen Parteinahme. Fabrice d'Almeida, der im Januar 2006 die Leitung des IHTP übernommen hat, geht in dem Bemühen, den nationalen Rahmen zu verlassen, inzwischen mit dem von ihm propagierten Konzept einer übergreifenden "histoire partagée" noch einen Schritt weiter.

Der Weg erwies sich als lang und ist, anders als selbst ihre führenden Vertreter dies zu Beginn erwartet hatten, noch nicht zu Ende¹²¹, wie sich anlässlich des Prozesses gegen Maurice Papon zeigte. Henry Rousso, der damalige Direktor des IHTP, lehnte es 1997 ab, sich vor Gericht zur Person und Rolle des ehemaligen Unterpräfekten zu äußern, der unter der deutschen Besatzung während des Krieges in Bordeaux für die Organisation der Deportation der Juden verantwortlich

¹²¹ Drei Jahre nach der ersten erschien die Neuauflage des Buches von Rousso unter dem geänderten Titel "Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours", Paris 1990. 1992 veröffentlichte er gemeinsam mit Eric Conan die Fortsetzung, diesmal unter dem Titel "Vichy, un passé qui ne passe pas", Paris 1992. Zum folgenden generell Delacroix, Demande sociale et histoire du temps présent.



¹¹⁸ Michel hatte bei Zeitzeugen als Befragungstechnik empfohlen: »Nach einem 'Enttrümmern' im Rahmen eines ersten Gesprächs legt der Interviewer den Text seinem Opfer im Rahmen eines zweiten Treffens vor; dann vergleicht er die Darstellungen, die er auf diese Weise erhalten hat mit jenen anderer Zeitzeugen; er kehrt zurück zum Ausgangspunkt, nunmehr reich an unterschiedlichsten Informationen und mit zunehmendem Druck gelingt es ihm, dem Zeugen alles das, über das er verfügt und was der Wahrheit am nächsten kommt, zu entlocken. Ob der Ausgangspunkt ein Bericht ist, ein Buch oder ein Interview, auf diese Weise gelingt es, Unklarheiten, ob absichtlich oder nicht, zu beseitigen, Prahlereien zu entlarven und Löcher zu stopfen.« Vgl. Henri Michel, Une enquête sur la Résistance par la Commission d'histoire de l'Occupation et de la Libération de la France, in: Cahiers d'histoire de la guerre 2 (1949), S. 49, Zitat hier nach Douzou, La résistance française, S. 71.

 $^{^{119}\,}$ Rioux, Das Institut d'Histoire du Temps Présent in Paris, hier S. 362. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Delacroix, Demande sociale et histoire du temps présent.

¹²⁰ So Robert Frank, Vorwort, in: Écrire l'histoire du temps présent. En hommage de François Bédarida, S. 12.

zeichnete. Marc Olivier Baruch¹²² hingegen, einer seiner damaligen Mitarbeiter, sah in der ihm von der Justiz zugedachten Rolle des historischen Experten ebensowenig ein Problem wie Robert O. Paxton.

Das Institut d'histoire du temps présent hatte in materieller und personeller Hinsicht das Comité beerbt. Organisatorisch und vor allem inhaltlich war es jedoch gezwungen, sich von der Vorgeschichte zu lösen, wobei nicht nur die Grundlagen neu geordnet, sondern auch die wissenschaftlichen Methoden der künftigen Arbeit überdacht werden mussten. Es war ein tiefer Schnitt nötig, dem man mit dem neuen Namen weithin sichtbar Ausdruck verleihen wollte. Für die Zeitgenossen, die "contemporains", war nun endgültig der Zeitpunkt gekommen, den Stab zu übergeben, doch wäre es falsch, in diesem Zusammenhang von einer Tötung (mise à mort) zu sprechen. Henry Rousso hat dies, als ihm diese Frage mit Blick auf einen anderen, dem abrupten Ende des Comité aber durchaus vergleichbaren Fall – in einem Interview gestellt wurde, entschieden verneint, denn "es handelte sich hier eher um die Tötung jener Konzeption der Geschichte der Résistance, die die Legende über die Wahrheit stellt und ein heiles Geschichtsbild der kritischen Geschichtsschreibung vorzieht"¹²³.

Der Erfolg gibt der Entscheidung von 1978 insgesamt recht. Im Zuge des politischen Wandels, den das Land nach dem Tod von Charles de Gaulle durchlebte, hat die französische Forschungslandschaft wichtige neue Impulse erhalten. Sie haben einer bis dahin ungekannten neuen Vielfalt den Weg bereitet. Die parallel zur Auflösung des Comité eingeleitete schrittweise Öffnung der Archive auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene hat die Gründung neuer Forschungseinrichtungen und Institutionen begünstigt, in deren Folge sich die französische Zeitgeschichtsforschung seit den neunziger Jahren in immer neue Richtungen entwickelte.

Das Historial de la Grande Guerre in Péronne ist hierfür nur eines, aber zugleich auch ein besonders markantes Beispiel. 1992 am Ort der Somme-Schlacht des Jahres 1916 gegründet, hat es sich zu einem internationalen Forschungszentrum entwickelt. Die Debatte zwischen Christophe Prochasson auf der einen und Annette Becker und Stéphane Audoin-Rouzeau, den beiden wissenschaftlichen Leitern des Historial, auf der anderen Seite, hat hinsichtlich der Einschätzung der Bedeutung des Ersten Weltkrieges neue Akzente gesetzt¹²⁴, wie sich an Hand der Themen wissenschaftlicher Abschlussarbeiten an den Universitäten zeigt. Für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges wären neben dem Centre historique de Sciences Po unter anderem noch das Centre de recherche d'histoire quantitative von Jean Quellien an der Universität in Caen oder der Groupement de recherche (GDR) Les entreprises françaises sous

¹²⁴ Vgl. Jean Birnbaum, 1914–1918: Guerre de tranchées entre historiens, in: Le Monde vom 11.3.2006.



¹²² Vgl. Marc Olivier Baruch, Servir l'État français. L'administration en France 1940 à 1944, Paris 1997.

¹²³ Henry Rousso, La Hantise du passé, entretien avec Philippe Petit, Paris 1998, S. 122.

l'Occupation¹²⁵ unter der Leitung von Hervé Joly in Lyon zu nennen. Über den engeren Rahmen des Ersten und Zweiten Weltkrieges hinaus haben sich die Wirtschafts- und Finanzgeschichte¹²⁶, die Parteien¹²⁷ sowie nicht zuletzt die Sozialgeschichte und die Erinnerungskultur zu Forschungsschwerpunkten entwickelt, die bis hin zur Gründung eigener Zeitschriften inzwischen ihren eigenen Platz beanspruchen¹²⁸.

Das IHTP steht schon seit einigen Jahren nicht mehr allein für die französische Zeitgeschichte. Es kann, dank François Bédarida, Jean-Pierre Azéma und Henry Rousso, der nach einem kurzen Zwischenspiel unter Robert Frank 1995 die Leitung des Instituts übernahm, auf eine beeindruckende Forschungsbilanz, insbesondere zu Vichy zurückblicken. In vielen Bereichen wurden Brücken geschlagen, sowohl nach innen als auch nach außen. Auf ihnen baut – als ein Beispiel von vielen – heute beiderseits des Rheins eine neue, junge Historikergeneration auf 129. Vom Beginn der Attentate und Repressionen 1941/42 130, reichen die Themen über den Alltag 131, die Zwangsarbeit 132 und die Deportation 133 bis hin zu den Verbrechen in der letzten Phase des Krieges 134 und den Einsatz von Franzosen in den Einheiten der Waffen-SS 135.

¹³⁵ Vgl. Leleu, Les Waffen-SS; Christian Ingrao, Les chasseurs noirs. La brigade Dirlewanger, Paris 2006.



¹²⁵ Zur Arbeit dieses Forschungsverbundes, der im Jahre 2002 gegründet wurde und von Hervé Joly (Université Lumières Lyon 2) geleitet wird vgl. http://gdr2539.ish-lyon.cnrs.fr. Zuletzt erschien Les Comités d'organisation et l'économie dirigé du régime de Vichy, actes du colloque international, 3 et 4 avril 2003, textes rassemblés et édités par Hervé Joly, Caen 2004.

¹²⁶ 1986 schuf das französische Wirtschafts- und Finanzministerium das Comité pour l'histoire économique et financière de la France, das regelmäßig Veranstaltungen und Tagungen organisiert und darüber hinaus eine eigene Schriftenreihe herausgibt, in der Studien und Quellen veröffentlicht werden, die sich inhaltlich vom Mittelalter bis zur neuesten Zeitgeschichte erstrecken.

¹²⁷ 1969, nach der Auflösung der SFIO und der Neugründung des Parti Socialiste, gründete Guy Mollet das Office universitaire de recherche socialiste, das neben dem Parteiarchiv auch über eine umfangreiche Bibliothek verfügt, Veranstaltungen organisiert und eine eigene Zeitschrift herausgibt; vgl. http://www.lours.org/. Ein anderes Beispiel ist die Fondation Charles de Gaulle, vgl. http://www.charles-de-gaulle.org/.

¹²⁸ Vgl. dazu den Überblick bei Noiriel, Qu'est-ce que l'histoire contemporaine, S. 127 ff.

¹²⁹ Vgl. jetzt auch die Zeitschrift "Revue européenne d'histoire sociale", deren erste Nummer im Jahr 2002 erschien.

¹³⁰ Vgl. Regina M. Delacor, Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42, Stuttgart 2001.

¹³¹ Vgl. Éric Alary avec la collaboration de Bénédicte Vergez-Chaignon, Gilles Gauvin, Les Français au quotidien 1939–1949, Paris 2006; Fabrice Grenard, Le marché noir et ses enjeux dans la société française des années quarante (1940–1949), thèse de doctorat en Histoire de l'Institut d'études politiques, Paris 2004; Luc Capdevila/François Rouquet/Fabrice Virgili/Danièle Voldman (Hrsg.), Hommes et femmes dans la France en guerre (1914–1945), Paris 2003.

¹³² Vgl. La main d'œuvre française exploitée par le IIIe Reich. Textes rassemblés et édités par Bernard Garnier et Jean Quellien avec la collaboration de Françoise Passera, Caen 2003.

¹³³ Vgl. La répression en France 1940–1945, hrsg. von Jean Quellien, Caen (im Druck).

¹³⁴ Vgl. Peter Lieb, Konventioneller Krieg oder Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2006; Fabrice Virgili, La France "virile". Des femmes tondues à la Libération, Paris 2000.

Der verbesserte Zugang zu den Quellen in Frankreich hat mittlerweile dazu geführt, dass man sich zunehmend auch für die Akten der deutschen Seite interessiert und damit die Rolle des Besatzers wieder stärker in den Vordergrund rückt. Ein Ergebnis dieses Interesses ist, dass nun auch im Hinblick auf Frankreich das Bild von einer "sauberen" deutschen Wehrmacht dringend der Korrektur bedarf. Es waren die Offiziere und Kriegsverwaltungsräte der Wehrmacht, die unmittelbar nach der Besetzung im Sommer und Herbst 1940 die juristische Grundlage schufen, auf der Carl Albrecht Oberg nach seiner Ernennung zum Höheren SS- und Polizeiführer im Jahre 1942 aufbauen konnte¹³⁶. Eberhard Jäckel und Hans Umbreit ist hier kein Vorwurf zu machen, denn ihnen standen in den sechziger Jahren diese Quellen noch nicht zur Verfügung, weshalb sie damals notgedrungen auf die Erinnerungen und Memoiren der Zeitzeugen zurückgriffen 137. Die Tatsache, dass die Verschwörer des 20. Juli 1944 bei der Militärverwaltung in Paris, dem Oberbefehlshaber West und im Stab von Erwin Rommel eine Reihe prominenter Mitstreiter hatten, von denen einige überlebten, trug nach dem Krieg zur Legendenbildung bei. Die Freiräume, die die junge Bundesrepublik Männern wie Ernst Achenbach¹³⁸ und Hans Luther¹³⁹ gewährte, taten ein übriges, so dass zwangsläufig ein Bild entstehen musste, das den Blick auf die Realität teilweise verstellte¹⁴⁰.

Vichy wird weiterhin für Frankreich und die französischen Zeithistoriker von zentraler Bedeutung bleiben, eine Vergangenheit, die nicht vergeht¹⁴¹. Mit dem Abtreten der Generation der Zeitzeugen hat sich die Diskussion versachlicht. Aber am Horizont zeichnen sich bereits neue Themen und mindestens ebenso leidenschaftlich geführte Diskussionen ab. Vor diesem Hintergrund bleibt nur zu hoffen, dass nach dem Ende der administrativen Querelen, die Rousso im Februar 2005 dazu bewogen haben, vom Amt des Direktors zurückzutreten, das Institut d'histoire du temps présent als eigenständige Forschungseinrichtung langfristig erhalten bleibt. Viele der damaligen Mitarbeiter lehren inzwischen an französischen Universitäten oder sind an andere Forschungseinrichtungen gewechselt. Der Umzug des Institutes von der Peripherie zurück in die Pariser Innenstadt hat die Chance zu einem neuen Anfang eröffnet. In den öffentlichen



¹³⁶ Vgl. Gaël Eismann, L'escalade d'une répression à visage légal. Les pratiques judiciaires des tribunaux du Militärbefehlshaber in Frankreich 1940-1944, in: Dies./Stefan Martens, Occupation et répression militaire allemande. La politique de "maintien de l'ordre", en Europe occupée, 1939-1945, Paris 2007, S. 127-168.

¹³⁷ So zum Beispiel auch die Darstellung von Hans Luther, Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und seine Bekämpfung, Tübingen 1957.

¹³⁸ Zu Ernst Achenbach, 1940–1943 Leiter der Politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Paris, und seiner Rolle nach dem Krieg als FDP-Abgeordneter im Bundestag vgl. Moisel, Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher, S. 224 ff.

¹³⁹ Zu Hans Luther, 1942–1944 Kommandeur der Sicherheitspolizei in Bordeaux, der nach seiner Entlassung aus französischer Haft in den hessischen Justizdienst als Richter übernommen wurde; vgl. Meyer, Täter im Verhör, S. 168-171.

¹⁴⁰ Zur kritischen Einschätzung der Rolle Rommels vgl. auch die Einleitung zu Söhnke Neitzel, Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942–1945, Berlin 2005.

¹⁴¹ Vgl. Henry Rousso, Vichy, un passé qui ne passe pas, Paris 1994.

Debatten um den Algerienkrieg oder die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht in Übersee bis hin zur Kontroverse um das neugeschaffene "Ministère de l'Immigration, de l'Intégration, de l'Identité nationale et du Codéveloppement" zeichnen sich am Horizont auch inhaltlich neue Akzente ab. Problematisch bleibt jedoch weiter der organisatorische Rahmen und die Finanzierung, die zunächst nur bis 2010 geregelt sind. Die eigentliche Bewährungsprobe steht dem neuen Direktor des IHTP, Fabrice d'Almeida¹⁴², und seinem Stellvertreter, Christian Ingrao¹⁴³, daher wohl noch bevor.

¹⁴³ Vgl. Ingrao, Les chasseurs noirs. La brigade Dirlewanger; ders., Les intellectuels SS du SD 1900–1945, thèse franco-allemande pour le doctorat d'histoire, Université de Picardie, Amiens 2001, sowie ders./Anne Duménil/Nicolas Beaupré, 1914–1945. L'ère de la Guerre. Nazisme, occupations, pratiques génocides, 2 Bde., Paris 2004.



¹⁴² Vgl. Fabrice d'Almeida, La vie mondaine sous le Nazisme, Paris 2006, sowie ders./Christian Delporte, Histoire des médias en France de 1914 à nos jours, Paris 2003.

Staatlich lizenzierte Bordelle gab es in Italien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Man hatte sich so sehr an die professionellen "Lehrmeisterinnen der Liebe" gewöhnt, dass die Schließung der Bordelle ein Politikum ersten Ranges wurde. Menschen- und frauenrechtliche Argumente blieben gegen solche tief verwurzelten Gewohnheiten und Mentalitäten lange stumpf. Letztlich, so der Saarbrücker Historiker Malte König, waren es internationale Verpflichtungen, die Italien zum Einlenken veranlassten.

Malte König

Prostitution und Emanzipation

Die Schließung der staatlich lizenzierten Bordelle Italiens 1958

"Es beginnt die Ära Merlin", lautet die Überschrift eines Artikels, mit dem die Zeitschrift *L'Europeo* im September 1958 die Schließung der staatlich lizenzierten Bordelle kommentierte. "In nahezu allen Quästuren Italiens haben in den vergangenen Tagen Männer und Frauen aller Art die Büros der örtlichen Kriminalpolizei aufgesucht", führte der Journalist Gigi Ghirotti aus. "Dort hörten sie die Verlesung eines Textes, den sie praktisch auswendig kannten, und sie mussten, bevor sie gingen, die Kenntnisnahme des Gesetzes Merlin mit einer Unterschrift bestätigen." Zuhälter wie Prostituierte verloren durch diesen Akt ihre Lizenz, und in der Nacht zum 20. September schlossen die letzten der tolerierten Häuser für immer ihre Pforten.

Zehn Jahre lang hatte das italienische Parlament über die sogenannte Legge Merlin debattiert. Doch erst im Herbst 1958 setzte man der kontrollierten Prostitution ein Ende und sorgte für die Schließung der case chiuse, der staatlich lizenzierten Bordelle, in denen seit den Zeiten von Cavour die medizinische Überwachung von Prostituierten garantiert wurde. War im 19. Jahrhundert die Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten noch ausreichend gewesen, um die Einführung der case di tolleranza zu begründen, so stellte sich die Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg ungleich komplizierter dar. Menschen- insbesondere frauenrechtliche Argumente hatten an Gewicht gewonnen, während gesundheitspolitische aufgrund der Entdeckung des Penicillins an Zugkraft verloren. Gleichzeitig nahm der internationale Druck zu, da die UNO gegen die lizenzierte Prostitution in ihren Mitgliedsstaaten vorging.

Obgleich es nicht an Literatur zur Geschichte der Prostitution mangelt, findet die parlamentarische und öffentliche Debatte um das Gesetz Merlin in der Forschung kaum Erwähnung². Dem Titel entsprechend käme "Lo Stato Lenone. Il

² Schriftgut journalistischen Charakters findet sich hingegen leichter. Vgl. z. B. Giancarlo Fusco, Quando l'Italia tollerava. Con testimonianze di Buzzati, Comisso, Maccari, Pattarino, Sol-



¹ Gigi Ghirotti, Comincia l'era Merlin (I), in: L'Europeo vom 21. 9. 1958, S. 18. – Der Aufsatz ist mit herzlichem Dank Giuseppe Fortezza gewidmet, der mir vor einigen Jahren von dem Gesetz erzählte

dibattito sulle case chiuse in Italia 1860–1958⁴³ dem Ziel der Untersuchung wohl am nächsten, doch liegt der Schwerpunkt der Studie – anders als der Titel suggeriert – im 19. Jahrhundert. Der *Legge Merlin* widmet die Autorin nur wenige Seiten, in denen sie den Inhalt des Gesetzes wiedergibt und zahlreiche Aspekte der Debatte meist recht oberflächlich umreißt. Aufschlussreich sind die Anmerkungen, die Mary Gibson im Schlusswort ihrer Arbeit "Prostitution and the State of Italy⁴⁴ macht. Da die Studie aber den Schlusspunkt im Jahr 1915 setzt, handelt es sich hier nur um einige Fakten und Gedanken zur Abrundung der Untersuchung. Einen guten Einblick in die parlamentarische Debatte bietet ein Artikel von Tamar Pitch⁵, in dem die verschiedenen Gesetzentwürfe von 1948 bis 1958 vorgestellt und miteinander verglichen werden. Pitch beschränkt sich in ihrer Studie jedoch auf die Akten des Senats und der Kammer und blendet bei der Analyse nicht nur die internationalen Rahmenbedingungen und die historischen Hintergründe aus, sondern unterschätzt auch die Tragweite des gesundheitspolitischen Arguments.

In der vorliegenden Untersuchung soll den menschenrechtlichen, gesundheitspolitischen, kultur- und sozialgeschichtlichen Aspekten der parlamentarischen und öffentlichen Diskussion nachgegangen werden, um die Entwicklung, Wendepunkte und ausschlaggebenden Faktoren der Debatte aufzuzeigen.

Kontrollierte Prostitution in Italien

Im Februar 1860, mitten in den Wirren des *Risorgimento*, verkündete Graf Camillo Benso di Cavour ein Gesetz, durch welches die Prostitution in Turin und später in ganz Italien staatlich geregelt werden sollte. Die neue Regierung genehmigte die Gründung sogenannter *case di tolleranza*, staatlich legalisierte Bordelle, in denen italienweit gleiche Preise und medizinische Kontrollen garantiert wurden⁶. Mit dieser Maßnahme folgte der Piemontese dem Beispiel Napoléon Bonapartes, der schon 1802 Gesundheitskontrollen für Prostituierte eingeführt hatte, um seine Soldaten vor Geschlechtskrankheiten zu schützen⁷. Wissenschaftlich gestützt wurde die Regulierungsstrategie zudem durch eine in ganz Europa rezipierte Studie Dr. Alexandre Parent-Duchâtelets, die im Jahre 1836 zu dem Schluss gekommen war, dass das soziale Phänomen der Prostitution niemals auszumerzen



Jahrgang 55 (2007), Heft 4 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2007_4.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dati, Talarico, Zavattini, Vicenza 1995; Guido Vergani, Quando le persiane erano chiuse, Mailand 1988; Gente mese. Mensile di politica, attualità e cultura III.9 (1988). Diese Texte widmen sich allerdings eher dem Innenleben der Bordelle und den damit verbundenen Anekdoten als der parlamentarischen und öffentlichen Diskussion um das Gesetz. Nicht mehr berücksichtigt werden konnte Sandro Bellassai, La legge del desiderio. Il progetto Merlin e l'Italia degli anni Cinquanta, Rom 2006.

³ Vgl. Lilioza Azara, Lo Stato Lenone. Il dibattito sulle case chiuse in Italia 1860–1958, Melzo 1997.

 $^{^4\,}$ Vgl. Mary Gibson, Prostitution and the State of Italy, 1860–1915, New Brunswick/London 1986.

 $^{^5}$ Vgl. Tamar Pitch, La sessualità, le norme, lo Stato. Il dibattito sulla legge Merlin, in: Memoria: rivista di storia delle donne 17 (1986), S. 24-41.

⁶ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 49–83; Gibson, Prostitution, S. 13–37.

⁷ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 22 f.; Gibson, Prostitution, S. 24.

sei und die staatlichen Autoritäten daher in der Pflicht stünden, diese zum Wohle der Gesellschaft zu kontrollieren⁸. Angesichts dieses politischen Pragmatismus' wurde die Prostitutionsfrage entkriminalisiert. Unmoral sei nicht strafbar, befanden die Verfechter der Regulation. Nicht das Verbot der Prostitution setzten sie sich zum Ziel, sondern den "Schutz der Gesellschaft" – zum damaligen Zeitpunkt ein recht moderner Ansatz. Und tatsächlich rekrutierten sich die Unterstützer des neuen Gesetzes nicht aus der traditionellen Herrschaftsklasse, dem konservativen Landadel und der Kirche, sondern repräsentierten vielmehr eine Gruppe von Bürokraten, Polizeibeamten und Ärzten, die den neuen italienischen Staat auf den Prinzipien von Wissenschaft, Vernunft und Effizienz errichten wollten⁹. Cavour benötigte zur Vollendung der italienischen Einigung eine gesunde, schlagkräftige Armee. Die Tatsache, dass sich in der Vergangenheit halbe Regimenter bei "Winkelhuren" angesteckt hatten, machte eine politische Regelung der Frage unabdingbar. Prostituierten kam als gefährdetste und damit gefährlichste Personengruppe eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten zu¹⁰. Lizenzierte Bordelle, in denen der Staat die Gesundheit der Frauen überwachte, waren die Konzession, die der Staat an das "Unkontrollierbare", d. h. den Geschlechtstrieb seiner Soldaten, machte¹¹. Unter Aufsicht des Innenministeriums wurde daraufhin ein nationales System errichtet, in dem landesweit jede Prostituierte identifiziert, registriert und kontrolliert wurde. Alle Prostituierten hatten sich bei der Gesundheitsbehörde einzuschreiben und fortan zweimal wöchentlich einer Gesundheitskontrolle zu stellen. Wer sich der Registrierung oder den medizinischen Untersuchungen entzog, wurde zwangsverpflichtet. Die persönlichen Freiheiten der Frauen wurden stark eingeschränkt, indem man ihnen etwa vorschrieb, wann sie das Haus verlassen und wo sie sich in der Stadt aufhalten durften¹².

Im Jahre 1888 erfolgte unter der Regierung von Francesco Crispi eine erste Reform des Gesetzes. Auf internationaler Bühne war die europaweit um sich greifende Regulierungspolitik inzwischen auf massiven Widerstand gestoßen. In Großbritannien hatte die Ladies' National Association unter der Führung von Josephine Butler die vergleichbaren Contagious Disease Acts von 1864, 1866 und 1869¹³ sogar

¹³ Vgl. Paul McHugh, Prostitution and Victorian Social Reform, London 1980, S. 37–43 u. S. 51 f.



⁸ Vgl. Alexandre J. B. Parent-Duchâtelet, De la prostitution dans la ville de Paris. Considérée sous le rapport de l'hygiène publique, de la morale et de l'administration, 2 Bde, Paris 1836; Jill Harsin, Policing Prostitution in Nineteenth Century Paris, Princeton 1985, S. 96-130; Andrew Aisenberg, Syphilis and Prostitution. A Regulatory Couplet in Nineteenth-century France, in: Roger Davidson/Lesley A. Hall (Hrsg.), Sex, Sin and Suffering. Veneral Disease and European Society since 1870, London/New York 2001, S. 15-28; Azara, Stato Lenone, S. 11-30.

⁹ Vgl. Gibson, Prostitution, S. 27 u. S. 30 f.

¹⁰ Vgl. weiterführend Sachi Sri Kantha (Hrsg.), Prostitutes in Medical Literature: an Annotated Bibliography, New York 1991.

¹¹ Vgl. Gerd Göckenjan, Syphilisangst und Politik mit Krankheit. Diskurs zur Geschichte der Geschlechtskrankheiten, in: Rolf Gindorf/Erwin J. Haeberle (Hrsg.), Sexualitäten in unserer Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte, Theorie und Empirie, Berlin/New York 1989, S. 53-57.

¹² Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 53–57 u. S. 69 f.; Gibson, Prostitution, S. 29 f.

wieder zu Fall gebracht. Die Zugriffsgewalt der britischen Polizei wurde 1883 wieder eingeschränkt und das frauenfeindliche Gesetz vollständig aufgehoben 14. Angesichts der nicht ausbleibenden Kritik im eigenen Lande bemühte sich die italienische Regierung daraufhin ebenfalls um eine Entschärfung des Gesetzes. Anders als in Großbritannien blieben die Reformen hier jedoch auf halbem Wege stecken. Offiziell wurde die Registrierung einzelner Prostituierter zwar durch eine Registrierung von "Orten der Prostitution" ersetzt, doch intern behielt man die individuellen Karteien bei und aktualisierte sie auch weiterhin. Einzig die medizinischen Zwangskontrollen wurden tatsächlich aufgehoben, und die Gesundheitspolitik wurde liberalisiert. Anstatt Prostituierte zu regelmäßigen Untersuchungen auf Geschlechtskrankheiten zu nötigen, bot die Regierung diese nun kostenlos und anonym jedem Bürger an, der sie in Anspruch nehmen wollte. Dies bedeutete einen radikalen Umbruch in der nationalen Gesundheitspolitik: Anstatt sich wie bisher auf die Prostituierten – als Infektionsquelle – zu konzentrieren, wurde die Bekämpfung der Krankheiten nun auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt. Die Regierung setzte auf das Eigeninteresse des Erkrankten, sich behandeln zu lassen. Durch die Übernahme der Kosten und die garantierte Anonymität hoffte man, auch die Prostituierten zur Kooperation zu bewegen¹⁵.

Doch schon drei Jahre später erklärte die Regierung von Giovanni Nicotera die Crispi-Reform für gescheitert und kehrte zum System der medizinischen Überwachung zurück. Die regelmäßigen Arztbesuche wurden wieder eingeführt, und auch die Möglichkeit der Zwangseinweisung erkrankter Frauen wurde wieder geschaffen¹⁶. Die faschistische Regierung verschärfte die polizeilichen und medizinischen Zugriffsrechte später noch einmal. Im Kern streng patriarchalisch angelegt, hatte sich das Regime Mussolinis – wenn auch nicht programmatisch, so doch intuitiv – sowohl "die Definition von weiblichem Staatsbürgertum als auch die Lenkung weiblicher Sexualität, Lohnarbeit und Beteiligung an der Gesellschaft" zum Ziel gesetzt¹⁷. Vor dem Hintergrund eines neu propagierten "Männlichkeitskultes"¹⁸ stieg daher einerseits die öffentliche Akzeptanz und Sympathie für die *case chiuse*¹⁹. Andererseits strebte der Faschismus im Rahmen seiner Bevölkerungspolitik danach, den weiblichen Körper unter schärfere Kontrolle zu nehmen²⁰, was sich in einer Aktualisierung und Erweiterung der Gesetzgebung zur

²⁰ Vgl. De Grazia, Frauen, in: Duby/Perrot, Geschichte der Frauen, Bd. 5, S. 153.



¹⁴ Vgl. Annemieke van Drenth/Francisca de Haan, The Rise of Caring Power. Elizabeth Fry and Josephine Butler in Britain and the Netherlands, Amsterdam 1999, S. 89–95; McHugh, Prostitution, S. 262; zu Butlers Einfluss auf die Debatte in Italien vgl. Gibson, Prostitution, S. 39–48.

¹⁵ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 140–143; Gibson, Prostitution, S. 59–61.

¹⁶ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 144–146; Gibson, Prostitution, S. 69–71.

¹⁷ Victoria De Grazia, Die italienischen Frauen unter Mussolini, in: Georges Duby/Michelle Perrot, Geschichte der Frauen, Bd. 5: 20. Jahrhundert, hrsg. von Françoise Thébaud, Frankfurt a.M./New York/Paris 1995, S. 141; vgl. dies., How Fascism Ruled Women. Italy 1922–1945, Berkeley 1992.

¹⁸ Gisela Bock, Frauen in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2000, S. 260; De Grazia, Frauen, in: Duby/Perrot, Geschichte der Frauen, Bd. 5, S. 149.

¹⁹ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 152.

kontrollierten Prostitution niederschlug. Seit 1923 mussten die Straßenprostituierten einen Ausweis mit sich führen, in dem die Ergebnisse jeder medizinischen Untersuchung festzuhalten waren²¹. Sichtbare Prostitution, der Zutritt Jugendlicher zu den Lokalen sowie das Angebot von Tanz, Spiel und Speisen in Bordellen wurden 1926 erneut explizit verboten. Vor allem aber erhielt die Sittenpolizei das Recht, Prostituierte auch außerhalb der Häuser bereits bei Krankheitsverdacht festzunehmen und einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen²².

Das Gesetz Merlin und die Frauenbewegung

Nahezu ein ganzes Jahrhundert blieb die kontrollierte Prostitution ein fester Bestandteil der italienischen Politik, Zwar wiesen die sogenannten Abolitionisten schon seit der Einführung der case chiuse auf die frauenfeindlichen Züge der Gesetzgebung und die menschenverachtenden Zustände in den Häusern hin. Doch erst im Sommer 1948 präsentierte die Sozialistin Lina Merlin den entscheidenden Gesetzentwurf, der schließlich zur Abschaffung der lizenzierten Bordelle führen sollte²³. Der Weg dorthin aber war lang und steinig. Dabei lag der Kontroverse gar keine grundsätzliche Opposition zweier politischer Lager zugrunde. "Es war logisch", unterstreicht Lina Merlin in ihren Erinnerungen, "dass weder Christdemokraten, noch Kommunisten oder Sozialisten dagegen votieren konnten, da sie ja, trotz der unterschiedlichen Ideologien, jeweils im Einklang mit ihrer eigenen politischen Lehre handeln mussten, die einen Gott verpflichtet, die anderen der Emanzipation von jeder Form der Versklavung anderer. "24 Trotzdem wurde die Schließung der Häuser offenbar bewusst verschleppt, von links wie von rechts, aus weltlichen wie katholischen Kreisen. Zwar stand das Thema bereits im Herbst 1949 auf der Tagesordnung des Senats, doch zog sich die Debatte bis 1952 hin. Als das Gesetz Merlin im März desselben Jahres endlich verabschiedet und der Kammer übergeben wurde, diskutierte man dort bis zum Ende der Legislaturperiode, so dass der Entwurf im August 1953 erneut dem Senat vorgestellt werden musste. Erst im Januar 1955 passierte das Gesetz zum zweiten Mal den Senat und erreichte dann die Kammer, wo es wiederum drei Jahre lang als "letzter Punkt der Tagesordnung" regelmäßig übergangen wurde. Verärgert wies die Christdemokratin Gigliola Valandro am 21. Januar 1958 auf diese Tatsache hin: "Ich glaube, nein, ich bin mir sicher, dass es sich um das einzige Gesetz vor dieser Kammer handelt, dessen Verabschiedung seit drei Jahren anhängig ist, obwohl es bereits vom Senat und der zuständigen Kommission



²¹ Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia 100, 28.4. 1923, S. 3414–3418, Reggio Decreto n. 846: "Approvazione del nuovo regolamento per la profilassi delle malattie veneree e sifilitiche",

²² Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia 257, 8.11. 1926, S. 4822-4842, Reggio Decreto n. 1848: "Approvazione del testo unico delle leggi di pubblica sicurezza", hier Art. 201, 213 u. 211.

²³ Zur Biographie Lina Merlins vgl. Tiziano Merlin, Lina Merlin. Vita privata e impegno politico, in: Terra d'Este. Rivista di storia e cultura XIV.27-28 (2004), S. 7-212; Elena Marinucci, Întroduzione u. Nota Biografica, in: Angelina Merlin, Discorsi parlamentari, Rom 1998, S. XXI-LIV.

²⁴ Lina Merlin, La mia vita, Florenz 1989, S. 97.

bewilligt wurde. Auf unserer Tagesordnung erscheint dieser Gesetzesvorschlag mal als achter, mal als neunter, mal als zehnter Punkt, ohne dass es jemals zu seiner Diskussion kommt." An sich sei die Angelegenheit doch in dreißig Minuten zu erledigen, meinte Valandro und forderte, das Gesetz als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen²⁵. Mit diesem Vorstoß gelang es den Gegnern der case chiuse Anfang 1958, die Diskussion um die Legge Merlin neu zu entfachen – diesmal mit Erfolg: Am 4. März wurde der Gesetzestext²⁶ publiziert und die Schließung der Bordelle zum 19. September 1958 angeordnet²⁷. Während Artikel 1 den Betrieb von *case di prostituzione* generell untersagte, entzog Artikel 2 den bestehenden Häusern die Lizenz. Eine Haftstrafe von zwei bis sechs Monaten und eine Geldbuße zwischen 100,000 und 4,000,000 Lire drohte laut Gesetz jedem, der von der Prostitution anderer profitierte, sei es durch den Betrieb einer entsprechenden Lokalität, sei es auf der Straße. Lag eine Ausbeutung Minderjähriger, Verwandter, beruflich oder anderweitig abhängiger Personen vor, konnte sich die Strafe verdoppeln. Dies galt auch, wenn Gewalt, Bedrohung oder Betrug im Spiel waren²⁸.

In Europa war Italien damit fast die letzte Nation, welche die staatliche Regulierung der Prostitution aufhob. Unmittelbarer Vorgänger war Frankreich gewesen, wo es der Stadträtin Marthe Richard in den Jahren 1945/46 gelungen war, die Schließung der *maisons de tolérance* zunächst in Paris und dann im ganzen Lande durchzusetzen²⁹. Die treibende Kraft hinter den Gesetzesinitiativen waren hier wie dort nicht zufällig Frauen. Denn im Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter stellte die Abschaffung der kontrollierten Prostitution eine Schlüsselfrage dar – nach der Erlangung des Frauenwahlrechts der nächste folgerichtige Schritt, den es zu tun galt. Sowohl in Italien als auch in Frankreich hatten die Frauen erst nach dem Zweiten Weltkrieg das aktive und passive Wahlrecht erhalten. In beiden Ländern wurde dieses "zentrale Symbol der Gleichheit"³⁰ aber nicht als natürliches

³⁰ Birgitta Bader-Zaar, Politische Partizipation als Grundrecht in Europa und Nordamerika. Entwicklungsprozesse zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert, in: Margarete Grandner/Wolfgang Schmale/Michael Weinzierl, Grund- und Menschenrechte. Historische Perspektiven – Aktuelle Problematiken, Wien/München 2002, S. 204.



²⁵ Camera dei Deputati, Legislatura II, Atti Parlamentari. Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, Rom 1957–1958, S. 39124–39127, hier S. 39124; vgl. die Würdigung durch die Senatorin in: Merlin, Vita, S. 97.

²⁶ Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana 55, 4. 3. 1958, S. 906–908, Legge n. 75: "Abolizione della regolamentazione della prostituzione e lotta contro lo sfruttamento della prostituzione altrui"; vgl. den ausführlichen Gesetzeskommentar in: Raffaele Albano (Hrsg.), Rassegna di giurisprudenza sulle leggi di pubblica sicurezza, Bd. 2, Mailand 1984, S. 1056–1193.

²⁷ Zum *Iter parlamentare* des Gesetzes vgl. Relazione della 1a Commissione Permanente sulla proposta di legge della Sen. Merlin – 6. 4. 1956, in: Salvatore Bucalo, Prostituzione e salute pubblica, Terni 1958, S. 169–173; Pitch, Legge Merlin, S. 24–41.

Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana 55, 4. 3. 1958, S. 906–908, Legge n. 75, hier Art. 1–4.
 Journal officiel de la République française 89, 13. 4. 1946, S. 3138 f., Loi n° 46–685; vgl. Alain Corbin, Women for Hire. Prostitution and Sexuality in France after 1850, Cambridge 1990, S. 348–350; Claude Quétel, History of Syphilis, Cambridge 1990, S. 246.

Recht eingeführt, das Frauen selbstverständlich als Grundrecht zustand, sondern als Belohnung für die im Krieg erbrachten Leistungen - was von vielen Zeitgenossen ausdrücklich unterstrichen wurde³¹. In Italien schlug sich das bei der offiziellen Einführung des Frauenwahlrechts³² im Februar 1945 auch darin nieder, dass Straßenprostituierte explizit vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben, während die "kasernierten Frauen" in den Bordellen es erhielten. Das heißt, wer sich versteckt hielt und das Straßenbild nicht störte, wer dem Staat und dem Militär "diente" und nicht auf eigene Rechnung arbeitete, wurde belohnt. Erst im endgültigen Wahlrecht vom Oktober 1947 wurde diese Ausschlussregel - wie auch die für Notleidende, Bettler und Alkoholiker – aufgehoben³³. Hatte die italienische Frauenbewegung das Problem der case chiuse nach dem Ersten Weltkrieg noch ignoriert - die Debatte um das Wahlrecht stand im Vordergrund und Prostitution war kein Thema, mit dem man sich profilieren wollte³⁴ –, so rückte die Frage nun automatisch in den Blickpunkt. Nachdem das Wahlrecht als Belohnung für gutes Verhalten zugestanden worden war, sollte mit dem nächsten Schritt unterstrichen werden, dass es sich keinesfalls um eine Prämie, sondern um ein natürliches Recht handelte. Der Oberbegriff "Frau" hatte als kleinster gemeinsamer Nenner auszureichen, um die Würde und die gesellschaftliche Gleichstellung der Bürgerinnen zu garantieren. Daher musste die Unterscheidung zwischen "Frau aus gutem Hause" und "Dirne" in dieser Frage fallen. Nicht zufällig unterstrich Lina Merlin, dass die Existenz der Häuser eine "Beleidigung aller Frauen" darstellte³⁵. Die Erlangung des Wahlrechts für Straßenprostituierte und die Abschaffung der lizenzierten Bordelle waren gleichermaßen notwendig, um den Übergang vom Leistungsprinzip zum natürlichen Menschenrecht zu vollziehen und damit die Basis für eine echte Demokratie zu legen³⁶. "Wir können uns nicht [...] Vertreter eines demokratischen Parlaments nennen, wenn wir nicht jedes menschliche Wesen, reich oder arm, ganz gleich welcher Kategorie oder sozialen Klasse es angehört, auf die gleiche Stufe menschlicher Würde stellen", führte Beniamino De Maria, Christdemokrat und Arzt, das Argument vor der Kammer aus³⁷.



³¹ Vgl. Katja Gerhartz, Le madri della Patria. Bürgerliche Frauenbewegung, Nationalismus und Krieg in Italien (1900–1922), Diss., Düsseldorf 2003, S. 337 u. S. 345 f.; Annamaria Galoppini, I diritti civili e politici delle donne dall'Unità ad oggi, Bologna 1980, S. 143; Claire Duchen, Women's Rights and Women's Lives in France 1944-1968, London 1994, S. 33; Siân Reynolds, France between the Wars. Gender and Politics, London/New York 1996, S. 212 f.

Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia 22, 20.2. 1945, S. 202, Legge n. 23: "Estensione alle donne del diritto di voto".

³³ Vgl. Galoppini, Diritti civili, S. 144–148. Stattdessen wurde nun Zuhältern und Betreibern von Spielhallen das Wahlrecht entzogen.

³⁴ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 151 f.

³⁵ Merlins rückblickenden Kommentar: "[...] on avait mis fin à ce qui constituait une offense à toutes les femmes." Lina Merlin, La situation actuelle de la prostitution en Italie, in: Fédération abolitionniste internationale (Hrsg.), La prostitution. Quelques problèmes actuels - Congrès de Cambridge, 27-20 septembre 1960, Genf 1961, S. 76.

³⁶ Vgl. dazu die Stellungnahme der Abgeordneten Gisella Floreanini, PCI, in: Camera dei Deputati, Discussioni, 1957-1958, Bd. XLIV, S. 39325, 24. 1. 1958.

³⁷ Ebenda, S. 39321, 24. 1. 1958.

Die Gesetzesinitiative Lina Merlins

Mit ihrer Gesetzesinitiative³⁸ vom 6. August 1948 zielte Lina Merlin darauf ab, jede organisierte Form von Prostitution fortan zu verbieten, die rechtliche Klassifizierung als "öffentliches Mädchen" durch einen gesonderten Ausweis abzuschaffen und die sanitären Kontrollbücher und Geheimkarten der Polizei zu vernichten. Medizinische Kontrollen und Zwangskuren sollten fortan ebenso verboten sein wie die Existenz einer Sittenpolizei. In Anspielung auf drei Artikel der neuen Verfassung³⁹, an deren Ausarbeitung sie beteiligt gewesen war, forderte die Sozialistin den Senat auf, einzulösen, was man bei der Gründung der italienischen Republik versprochen hatte: die Gleichstellung der Frau und somit den Respekt vor ihrer menschlichen Würde. Anders als immer wieder kolportiert, hatte sich die ehemalige Lehrerin und Journalistin nicht zum Ziel gesetzt, das "älteste Gewerbe der Welt" abzuschaffen, sondern sie attackierte vornehmlich die "Zuhälterrolle" des Staates. Dass Frauen vom Staat kaserniert, registriert, nach Belieben medizinisch kontrolliert, ja, schlichtweg wie Vieh behandelt werden konnten, wurde von ihr an den Pranger gestellt: "Diese Frauen können sich den Fesseln des Gewerbes nicht selbst entziehen: sie sind gesetzlich legitimierte Sklaven."40

Erst als sich Vertreter der Christdemokraten – allen voran Antonio Boggiano Pico – das Thema zu eigen machten, verschob sich der Schwerpunkt der Debatte. Nun ging es nicht mehr um Bürger- und Frauenrechte, sondern um die Fragen der öffentlichen Moral und Gesundheit. So verknüpfte Boggiano Pico – in der Ansicht, dass die *Democrazia cristiana* die geistigen und moralischen Prinzipien der Kirche vertreten müsse – die Debatte bewusst mit einer "Sittlichkeitskampagne". Seinem Sohn schrieb er, schon vor einiger Zeit an einen ähnlichen Gesetzentwurf gedacht und darüber auch mit Padre Giacomo Martegiani, dem Direktor der Zeitschrift *Civiltà cattolica*, gesprochen zu haben. Politisch betrachtet sei es aber viel besser, wenn der Vorschlag – wie jetzt eingetreten – von "einem anderen Ufer" komme und sogar von den Kommunisten unterstützt würde⁴¹. Es verwundert daher nicht, dass sich die Kirche in der Debatte um das Gesetz auffallend

⁴¹ Valdemaro Boggiano Pico, Vent'anni di vita politica (1945–1965). Per un profilo di Antonio Boggiano Pico. Lettere al figlio, Rom 1980, S. 60, Brief vom 24. 10. 1948; vgl. ebenda, S. 56 f., Brief vom 13. 6. 1948, sowie S. 12 (Vorwort v. Danilo Veneruso).



³⁸ Abgedruckt in: Lina Merlin/Carla Barberis (Hrsg.), Lettere dalle case chiuse, Mailand/Rom 1955, S. 173–182.

³⁹ Art. 3 fordert die Gleichheit vor dem Gesetz unabhängig vom Geschlecht (ein Passus, der übrigens auf Initiative Merlins in die Verfassung eingefügt worden war); vgl. Merlin, Vita, S. 93 f. In Art. 32 wird die Gesundheit zwar als Grundrecht des Individuums und als von gesellschaftlichem Interesse bezeichnet, doch darf dies nicht auf Kosten des Individuums geschehen. Art. 41 wiederum schützt die Freiheit der wirtschaftlichen Initiative, doch wird darauf verwiesen, dass dies nicht zu Lasten der Freiheit und der menschlichen Würde gehen darf. Vgl. den Verfassungstext in: Giovanni Conso/Gustavo Barbalinardo (Hrsg.), Codice penale e norme complementari, Mailand 2005, S. 3–38.

⁴⁰ Senato della Repubblica, Atti Parlamentari. Resoconti delle Discussioni, Bd. VIII: 1948–1949, Rom 1949, S. 10809, 12. 10. 1949.

still verhielt. Der Osservatore romano druckte, selbst als die Legge Merlin endlich verabschiedet wurde, nur die notwendigsten Informationen und enthielt sich jedweden Kommentars⁴², während Blätter wie der Messaggero oder Il Tempo die Nachricht auf der ersten Seite brachten 43. Trotzdem war die Position des Vatikans eindeutig: Im Parlament wurde zwar immer wieder auf die Kirchenväter Augustinus und Thomas von Aquin verwiesen, die die Prostitution als "notwendiges Übel" bezeichnet und toleriert hatten⁴⁴, die Päpste hatten die Regulation aber schon seit Pius IX. verurteilt - was sich viele Christdemokraten, die an die Schutzfunktion des Systems glaubten, ungern eingestanden 45. Boggiano Pico beschrieb bei der Präsentation des überarbeiteten Gesetzentwurfs⁴⁶ den Schaden, den die italienische Gesellschaft durch die Regulierung nahm: Die Moral der Bevölkerung werde durch die Existenz der Häuser untergraben, außerdem habe die Prostitution in allen Städten Italiens kriminelle Begleiterscheinungen. In diesem Ansatz kam die Abschaffung der Sittenpolizei natürlich nicht in Frage; alternativ sah die Kommission des Senats aber vor, diese durch ein weibliches Polizeikorps zu ersetzen. Auch Maßnahmen zur "Umerziehung" und Wiedereingliederung der Frauen in die Gesellschaft wurden geplant⁴⁷.

Ende September 1949 gelang es Vincenzo Monaldi, Christdemokrat und Arzt, den gesundheitspolitischen Aspekt des Problems stark zu machen, indem er einen eigenen Gesetzentwurf zur Gesundheitsvorsorge einbrachte. Angesichts der Gefahren, die von einer freien, ungezügelten Prostitution in Zukunft ausgehen würden, könne man die Legge Merlin unmöglich verabschieden, ohne zuvor für einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung zu sorgen⁴⁸. Der Wortführer der Kommunisten, Umberto Terracini⁴⁹, widersprach und unterstrich die moralische Dimension der Frage, die von einem Christdemokrat auf die Formel gebracht wurde: "Ist es opportun [...], die menschliche Würde den Bedürfnissen

⁴⁹ Zur Person Umberto Terracini vgl. weiterführend Lorenzo Gianotti, Umberto Terracini. La passione civile di un padre della Repubblica, Rom 2005; Aldo Agosti (Hrsg.), La coerenza della ragione. Per una biografia politica di Umberto Terracini, Rom 1998.



⁴² Vgl. L'Osservatore romano vom 25. 1. 1958, S. 4; ebenda vom 26. 1. 1958, S. 6; ebenda vom 29. 1. 1958, S. 6; L'Osservatore della Domenica XXV.6 vom 9. 2. 1958, S. 2.

⁴³ Vgl. Il Messaggero di Roma vom 29.1. 1958, S.1; Il Tempo vom 29.1. 1958, S.1 u. S.7; ebenda vom 30.1.1958, S. 2.

⁴⁴ Camera dei Deputati, Discussioni, 1957-1958, Bd. XLIV, S. 39362, 28. 1. 1958 (Raffaele Chiarolanza, PNM); vgl. dazu Enciclopedia cattolica X (1953), S. 162 f.; vgl. die kritische Hinterfragung der Orginaltexte bei Adélard Dugré S.I., La tolérance du vice d'après saint Augustin et saint Thomas, in: Gregorianum. Commentarii de re theologica et philosophica VI.3 (1925), S. 442-446; Monica Kurzel-Runtscheiner, Töchter der Venus. Die Kurtisanen Roms im 16. Jahrhundert, München 1995.

⁴⁵ Vgl. Gibson, Prostitution, S. 14 u. S. 228.

⁴⁶ Abgedruckt in: Merlin/Barberis (Hrsg.), Lettere dalle case chiuse, S. 195–199, 29. 7. 1949.

⁴⁷ Vgl. Pitch, Legge Merlin, S. 29-31; zur Wiedereingliederung der Frauen in die Gesellschaft vgl. auch die Studie zum Comitato italiano di difesa morale e sociale della donna, in der Silvia Spinoso das Engagement des C.I.D.D. - mit einem Schwerpunkt auf die Zeit nach Verabschiedung des Gesetzes - untersucht (Silvia Spinoso, La lobby delle donne: legge Merlin e C.I.D.D. Un modo diverso di fare politica, Rom 2005).

⁴⁸ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. VIII, S. 10379–10397, 28. 9. 1949.

der Gesellschaft zu opfern?"⁵⁰ Zuerst sei das Gesetz Merlin zu verabschieden und der gegenwärtige Zustand zu beenden, dann könne man sich der gesundheitspolitischen Frage widmen. "Es handelt […] sich schlicht und einfach um eine Verschleppung, die bloß darauf abzielt, die Diskussion über den Gesetzentwurf Merlin zu verhindern", protestierte der kommunistische Senator, der wenige Jahre zuvor Präsident der Verfassunggebenden Versammlung gewesen war⁵¹. Doch vergeblich, ein Junktim zwischen den Gesetzen Merlin und Monaldi wurde vereinbart und die Diskussion des Senats vertagt.

Gesundheitspolitik, Syphilisangst und Penicillin

Wie schon im 19. Jahrhundert sollte sich die Frage der angemessenen Gesundheitspolitik als zentral erweisen. Allein, die Argumente sprachen dabei nicht notwendigerweise zugunsten der kontrollierten Prostitution. Ebenso wie in Frankreich wurde nämlich auch in Italien der Einwand erhoben, dass die ärztliche Kontrolle der *case chiuse* eine falsche Sicherheit vortäusche, die viele Männer erst in die Versuchung bringe, Prostituierte in Anspruch zu nehmen. Tatsächlich seien die Gesundheitskontrollen aber eine Farce, da manche Frau über 70 Klienten pro Tag empfing, so Lina Merlin⁵². Selbst wenn man diese Zahl als übertrieben einstuft⁵³ und sich stattdessen an den Angaben für die französischen *maisons d'abattage* orientiert, war in den Häusern, in denen im "Fließbandverfahren" bedient wurde, tatsächlich von einem Durchschnitt von 30–50 Kunden pro Tag auszugehen⁵⁴ – genug, um eine nicht ausgebrochene, aber bereits ansteckende Syphilisinfektion zwischen den Untersuchungen zu verbreiten⁵⁵. Ob die Bordelle

⁵⁵ Die ersten Symptome der Syphilis werden erst nach zwei bis drei Wochen sichtbar. Gesetzt den Fall, dass den Prostituierten zweimal pro Woche Blut entnommen und untersucht wurde – ein Stich ins Ohrläppchen reichte aus –, war ein Erregernachweis unmittelbar nach der Infektion nicht möglich; zunächst musste die Immunreaktion eintreten. Die diagnostische Wertigkeit der frühen serologischen Tests ist zudem niedrig zu veranschlagen und führte oft zu Fehldiagnosen (zumeist allerdings positiven). Insgesamt ist anzunehmen, dass die betroffene Frau nicht selten noch über ein bis zwei Wochen Kunden empfing, wenn nicht länger. Vgl. Manfred Dietel/Joachim Dudenhausen/Norbert Suttorp (Hrsg.), Harrisons Innere Medizin, Bd. 1, Berlin 2003, S. 1151–1156; Ilana Löwy, Les "faits scientific" et leur public: l'histoire de la détection de la syphilis, in: Revue de synthèse 116 (1995), H.1, S. 27–54; schriftliche Auskunft Prof. Dr. Dr. Ulf Göbel/Prof. Dr. Christian Bonah.



⁵⁰ Adone Zoli, DC, in: Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. VIII, S. 10391, 28. 9. 1949.

⁵¹ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. VIII, S. 10397, 28, 9, 1949.

⁵² Ebenda, S. 10808, 12. 10. 1949 (Merlin, PSI); vgl. Giorgio Bocca, Die Entdeckung Italiens. Ein Land zwischen Vergangenheit und Zukunft, München 1966, S. 192; La Civiltà cattolica 100 (1949), H.4, S. 645 f.; ebenda 109 (1958), H.1, S. 434 f.; bezüglich Frankreich vgl. Alfred Scheiber, Un fléau social. Le problème médico-policier de la prostitution, Paris 1946, S. 11–13.

⁵³ Bis zu 100 Klienten täglich kalkulierte die Senatorin an anderer Stelle, was den lebhaften Widerspruch von Gaetano Pieraccini (Partito socialista dei lavoratori italiani) provozierte, der vorrechnete, dass 100 "Sitzungen" à 15 Minuten einen Arbeitstag von 25 Stunden ergeben würden (Senato della Repubblica, Atti Parlamentari. Resoconti delle Discussioni, Bd. IX: 1948–49, Rom 1949, S. 11957, 16. 11. 1949).

⁵⁴ Vgl. Corbin, Women for Hire, S. 338.

selbst einen Infektionsherd darstellten oder nicht, wurde sowohl im Senat als auch in der Kammer Auslöser einer schwer überprüfbaren Zahlenschlacht. Während die Verfechter des neuen Gesetzes etwa anführten, dass 95 Prozent der erkrankten Soldaten sich in einem der Häuser angesteckt hätten, wusste die Gegenseite zu berichten, dass in Bologna die Ansteckungen zu 82 Prozent vom Umgang mit freien Prostituierten herrührten und nur zu 7,7 Prozent aus den case di tolleranza⁵⁶. Zu wahren Lobeshymnen auf die hygienischen Verhältnisse in den Häusern und auf die Sicherheit der medizinischen Kontrollen verstieg sich dabei der Mediziner Gaetano Pieraccini⁵⁷: Eine absolute Garantie gebe es natürlich nirgendwo, aber bei der Wahl zwischen zwei Übeln habe man sich vernünftigerweise für das kleinere zu entscheiden⁵⁸. Als Befürworter der kontrollierten Prostitution plädierte Pieraccini, Mitglied einer sozialistischen Splitterpartei, ausdrücklich für den Erhalt der Häuser⁵⁹.

Wiederholt beriefen sich die beiden Lager auf die Erfahrungen der Franzosen - allerdings nur, wenn die Statistiken die eigene Argumentation stützten. So verwies der Jurist Mattia Limoncelli noch im Jahre 1959 darauf, dass die Zahl der gemeldeten Geschlechtskranken in Frankreich nach der Schließung der Häuser angeblich von 5.348 (1945) auf 128.156 (1948) gestiegen sei⁶⁰. Zieht man jedoch die Zeitschrift La Prophylaxie sanitaire et morale zu Rate, so stellt man fest, dass die Zahl der bekannten Syphilisfälle von 12.094 (1945) auf 8.681 (1948) sank⁶¹. Anders als im 19. Jahrhundert hatte das Spiel mit der Syphilisangst⁶² aber ohnehin an politischer Zugkraft eingebüßt, da nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Penicillin erstmals ein hochwirksames Gegenmittel zur Verfügung stand, das nicht mit toxischen Nebenwirkungen behaftet war⁶³. Der Vorschlag der Abolitionisten, in Zukunft auf Zwang zu verzichten und stattdessen ein neues Gesund-

⁶³ Vgl. Quétel, Syphilis, S. 249 f.; zur Entdeckung durch Alexander Fleming 1928, der erfolgreichen Isolierung des Wirkstoffs 1940 in Oxford und dem Übergang zur Großproduktion in den USA vgl. Ingrid Pieroth, Penicillinherstellung. Von den Anfängen bis zur Großproduktion, Stuttgart 1992.



⁵⁶ Vgl. Cesare Gerin/Piero Fucci/Matilde Angelini Rota, Aspetti medico-sociali della prostituzione con particolare riferimento alle attuali norme di legge (Argomenti di medicina sociale 30), Rom 1964, S. 28 f.; vgl. die Auseinandersetzung zwischen De Maria, DC, und Rubino, PNM, in: Camera dei Deputati, Discussioni, 1957-1958, Bd. XLIV, S. 39318-39320, 24. 1. 1958, sowie die Anmerkungen der Abgeordneten Caronia, DC, in: Ebenda, S. 39328, und Chiarolanza, PNM, in: Ebenda, S. 39363 f., 28. 1. 1958.

⁵⁷ Zur Person Gaetano Pieraccini vgl. Maurizio Degl'Innocenti, Gaetano Pieraccini. Socialismo, medicina sociale e previdenza obbligatoria, Rom/Bari 2003; Francesco Carnevale u. a. (Hrsg.), Gaetano Pieraccini, L'uomo, il medico, il politico (1864-1957), Florenz 2003.

⁵⁸ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. IX, S. 11953 f., 16. 11. 1949.

⁵⁹ Der Journalist Vincenzo Talarico, damals Chronist im italienischen Parlament, sah in Pieraccini einen der wichtigsten parlamentarischen Widersacher der Senatorin; vgl. ders., Le "escursioni" degli intellettuali, in: Fusco, Italia tollerava, S. 149-151.

⁶⁰ Vgl. Mattia Limoncelli, La legge contro la prostituzione, in: Rivista penale 84 (1959), H.4, S. 252.

⁶¹ Vgl. La Prophylaxie sanitaire et morale 29 (1957), H.1, S. 23.

⁶² Zur Dämonisierung und Instrumentalisierung der Krankheit im 19. Jahrhundert vgl. Gökkenjan, Syphilisangst, in: Gindorf/Haeberle (Hrsg.), Sexualitäten, S. 47-52.

heitsbewusstsein unter der Bevölkerung zu entwickeln, wirkte nicht mehr fahrlässig, wenn die neu entwickelten Antibiotika eine schnelle und unkomplizierte Heilung versprachen. Hinzu kam, dass die Kammer Ende Juni 1956 das Gesetz Monaldi zur Vorbeugung von Geschlechtskrankheiten verabschiedete⁶⁴. Im Ansatz ähnlich gehalten wie die Crispi-Reform war Heilung von nun an Pflicht und Recht der gesamten Bevölkerung. Die Kur war kostenlos, jedes Krankenhaus zur Behandlung verpflichtet. Der behandelnde Arzt hatte jede Erkrankung zu melden, musste aber die Identität des Patienten geheim halten. Erst wenn ein Erkrankter sich der Behandlung entzog, konnte der Arzt eine Zwangsheilung anordnen. Damit war aus dem früheren Artikel 13 der *Legge Merlin* ein eigenständiges Gesetz geworden und dem 1949 geforderten Junktim Genüge getan⁶⁵.

Tradition, Toleranz und Ignoranz – Die *case chiuse* in der italienischen Gesellschaft

Hätten aber allein gesundheitspolitische Faktoren die Debatte bestimmt, wären bis zur Schließung der Häuser sicherlich keine zehn Jahre verstrichen. Unterschwellig spielten auch andere soziale und moralische Argumente eine große Rolle. Wo, so lautete die Frage, sollten junge Männer fortan ihre ersten sexuellen Erfahrungen machen? Sex war in der italienischen Gesellschaft der fünfziger Jahre tabu, und ein wohlerzogenes Mädchen hütete sich mit gutem Grund, ihre Ehre preiszugeben, indem sie sich vor der Ehe mit einem Mann einließ⁶⁶. Auch wenn er mit seiner Äußerung lebhaften Protest hervorrief, formulierte der Neofaschist Alfredo Cucco doch eine verbreitete Ansicht, als er im Parlament einwarf, dass "sexuelle Abstinenz in einem gewissen Alter [...] zu einer wahren Vergiftung des Organismus führen" könne⁶⁷. Im Senat machte der 85 Jahre zählende Pieraccini auf das stark ausgeprägte Temperament der Südländer aufmerksam und schreckte auch vor Vergleichen mit der Tierwelt nicht zurück: "Ich sage Ihnen, die Aale, wenn ihre Zeit zu lieben gekommen ist, machen sich auf einen langen Weg von Tausenden von Kilometern. Alle finden sie ihr Hochzeitslager auf den Bermudainseln, im atlantischen Ozean, im nördlichen Sargassomeer [...]. Bedenken Sie, Abgeordnete Merlin, wie stark dieser Geschlechtstrieb ist!"68

Der Besuch der staatlichen Bordelle wurde von der italienischen Gesellschaft toleriert, ja er galt als selbstverständliche Alternative, die sich einem heranwachsen

⁶⁸ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. IX, S. 11957, 16. 11. 1949, und ebenda, S. 11961.



⁶⁴ Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana 198, 8. 8. 1956, S. 2893–2895, Legge n. 837: "Riforma della legislazione vigente per la profilassi delle malattie veneree".

⁶⁵ Der Art. 13 wurde in der Sitzung vom 5. 3. 1952 aus dem Gesetz Merlin gestrichen (Senato della Repubblica, Atti Parlamentari. Resoconti delle Discussioni, Bd. XXXII: 1948–1952, Rom 1952, S. 31397 f.).

⁶⁶ Laut Parca galt die "Jungfräulichkeit der Frau" in Italien zu dieser Zeit als ein "Pfeiler der öffentlichen Moral", als die "Maßeinheit, nach der man ein Mädchen beurteilt". Gabriella Parca, Die Paschas. Eine Studie über den italienischen Mann, Wien/Düsseldorf 1967, S. 97.

⁶⁷ Camera dei Deputati, Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, S. 39366, 28. 1. 1958.

den Mann bot, um seine natürlichen Triebe auszuleben⁶⁹. Gigliola Valandro, wie Lina Merlin ehemals Lehrerin, musste sich bewusst sein, dass sie gegen verkrustete Strukturen anrannte, wenn sie vor der Kammer forderte: "Lassen Sie uns optimistisch sein. Es ist richtig, dass der Instinkt stark ist, aber wir sind überzeugt, dass die Menschheit keine Herde von Schweinen ist und die Welt kein Garten der Circe. "70 Eine Umfrage der Soziologin Gabriella Parca aus dem Jahre 1965 ergab, dass von 1.018 befragten italienischen Männern 50 Prozent ihren ersten Geschlechtsverkehr mit einer Prostituierten erlebt hatten⁷¹. Das Regolamento Cavour hatte in der italienischen Gesellschaft Spuren hinterlassen und in knapp einem Jahrhundert Traditionen und Gewohnheiten geprägt. Es nimmt daher nicht wunder, dass Lina Merlin in der Öffentlichkeit nicht allein von Männern, sondern auch von aufgebrachten Frauen attackiert wurde, die um die Gesundheit ihrer Söhne bangten⁷². Weit davon entfernt, das Verhalten ihrer figlioli in Frage zu stellen, sah manche Mutter ihren Sprössling lieber von einer staatlich kontrollierten Prostituierten "versorgt", als dass er sich wer-weiß-wo herumtrieb. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Doxa zufolge glaubten im Mai 1949 58 Prozent von 2.356 Frauen und Männern, dass die Abschaffung der Häuser keinerlei Einfluss auf das Ausmaß der Prostitution haben werde. Über 67 Prozent vertraten die Ansicht, dass die heimliche Prostitution und damit die entsprechenden Krankheiten unweigerlich zunehmen würden – nur 10 Prozent widersprachen dieser Meinung, der Rest zeigte sich unentschlossen. Dass der Status quo daher das kleinere Übel bilde, folgerten 57 Prozent der befragten Italiener; lediglich 9 Prozent waren vom Gegenteil überzeugt⁷³. Als man 1950 in Modena einen ersten Versuch mit der Schließung machte, fanden die Italiener laut Giorgio Bocca darin zudem "mehr einen Anlass zum Lachen als zum Nachdenken"⁷⁴. Es kursierten sogar Erzählungen, dass die "Ausgehungerten" Modenas nach Büroschluss mit dem nächsten Zug nach Reggio oder Bologna führen. Die humoristisch-verharmlosende Einstellung der italienischen Männer wirkte dabei zweifellos systemerhaltend: "Warum soll man die italienische Jugend dieser gutmütigen Lehrmeisterinnen der Liebe berauben? Wir sind doch alle durch ihre Schule gegangen."⁷⁵



⁶⁹ Exemplarisch eingefangen ist diese Sichtweise in dem Verständnis, welches Giorgio Bassani in seinem Roman "Die Gärten der Finzi-Contini" (Original 1962), München 1999, S. 329, dem Vater des Erzählers in den Mund legt, als dieser seinem Sohn Bordellbesuche ausdrücklich empfiehlt und auch bezahlen will. Bassani stellt den Vater als einfühlsamen Mann dar, der die verzweifelte, unerfüllte Liebe seines Sohnes zu Micòl Finzi-Contini ein Jahr lang beobachtet hat und sich von den Bordellbesuchen Heilung erhofft (ebenda, S. 326-336).

⁷⁰ Camera dei Deputati, Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, S. 39326, 24. 1. 1958.

⁷¹ Vgl. Parca, Die Paschas, S. 45. Sie gelangt zu dem Schluss, dass die Prostituierte "die große Hauptrolle im Geschlechtsleben der Italiener bis zur Verehelichung" spielte (ebenda, S. 68).

⁷² Vgl. Merlin, Vita, S. 104.

⁷³ Vgl. Pierpaolo Luzzatto Fegiz, Il volto sconosciuto dell'Italia. Dieci anni di sondaggi Doxa, Mailand 1956, S. 621-629.

⁷⁴ Bocca, Entdeckung Italiens, S. 188.

⁷⁵ Ebenda.

Kein Komiker, kein Polemiker und keine Satirezeitschrift ließ sich in der zehnjährigen Debatte das Thema entgehen; die gesamte Presse griff dankbar zu⁷⁶. So entfaltete etwa Indro Montanelli vom Corriere della Sera in seiner 90-seitigen Streitschrift "Addio, Wanda! Rapporto Kensey sulla situazione italiana" ein ganzes Panorama von Gründen, die angeblich für den Erhalt der case chiuse sprachen⁷⁷. Publiziert im Jahre 1956, gab Montanelli die Polemik als Untersuchung eines frei erfundenen Soziologen namens Kensey aus⁷⁸, der im Auftrag der amerikanischen Regierung klären sollte, warum sich Italien plötzlich in der Krise befand. Kensey, der die Städte Rom, Mailand, Bologna und Neapel besuchte, diagnostizierte überall eine – für Italien ganz untypische – Apathie, Melancholie und Schwunglosigkeit, deren Ursache er aber erst nach und nach aufdecken konnte. Die argumentativen Kapriolen, die der Antikommunist und schwer einzuordnende Konservative⁷⁹ in seiner Schrift schlug, unterstrichen einmal mehr, wie die Debatte das Land parteiübergreifend in zwei Lager spaltete. So bat etwa der kommunistische Bürgermeister Giuseppe Dozza die Amerikaner, Italien nicht allein zu lassen mit so lebensunfrohen - kommunistischen - Politikern wie Togliatti, Secchia und Terracini⁸⁰. Außerdem deutete Montanelli alias Kensey das Gesetz Merlin als Angriff auf den italienischen Katholizismus. Einigendes Band des Katholizismus seien schließlich Sünde und Beichte: was also tun ohne Sünde⁸¹? Italien laufe Gefahr, sich einem protestantischen Tugendideal zu verschreiben, das den Traditionen des Landes völlig widerspreche. Unterschwellig ginge dies auch aus dem kürzlich erschienenen Artikel "Virtù e virtuismo" von Padre Martegani hervor, behauptet Kensey/Montanelli⁸². Dem Direktor des Corriere della Sera wiederum legte Montanelli die Behauptung in den Mund, dass Bürgertum und Prostitution einander bräuchten⁸³, um dann abschließend den gewagten Schluss zu ziehen, dass "ein Schlag mit der Spitzhacke an die case chiuse in Italien das gesamte Gebäude zum Einsturz bringt, welches im wesentlichen auf drei Streben steht: dem katholischen Glauben, dem



⁷⁶ Vgl. Ghirotti, Comincia l'era Merlin, in: L'Europeo vom 21. 9. 1958, S. 18.

 $^{^{77}}$ Vgl. Indro Montanelli, Addio, Wanda! Rapporto Kensey sulla situazione italiana (1956), in: Ders., I Libelli, Mailand 1975, S. 189–285.

Anspielung auf Alfred C. Kinsey, der in den Jahren 1948 und 1953 mit seinen Untersuchungen über das Geschlechtsleben weißer Männer und Frauen weltweit Aufsehen erregt hatte. Vgl. Jonathan Gathorne-Hardy, Alfred C. Kinsey. Sex the Measure of All Things, London 1998, S. 267–286 u. S. 370–402.

 $^{^{79}}$ Zu Indro Montanelli vgl. Marcello Staglieno, Montanelli. Novant'anni controcorrente, Mailand 2002.

⁸⁰ Vgl. Montanelli, Addio Wanda, in: Ders., I Libelli, S. 233.

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 230 f.

⁸² Ebenda, S. 281 f. Anspielung auf Padre Giacomo Martegiani S. J., Direktor der Civiltà cattolica von 1939 bis 1955, Direktor des Radio Vaticana von 1967 bis 1973. In der Civiltà cattolica wird die Legge Merlin von 1949 bis 1958 übrigens nur drei Mal erwähnt – und zwar als Kurzbericht in der italienischen Chronik (La Civiltà cattolica 100 (1949), H.4, S. 644–647; ebenda 103 (1952), H.2, S. 214–216; ebenda 109 (1958), H.1, S. 433–436). Der zitierte Artikel ist eine Erfindung Montanellis.

⁸³ Vgl. Montanelli, Addio Wanda, in: Ders., I Libelli, S. 221.

Vaterland und der Familie "84". Mochte es auch zynisch anmuten, wenn Montanelli konstatierte, dass "die Bordelle die einzigen italienischen Institutionen seien, in denen Technik respektiert und Kompetenz anerkannt" würden⁸⁵ – zum Lachen reizten Scherze dieser Art trotzdem und brandmarkten die Gegner der Häuser zudem als lustfeindlich und unsympathisch.

Organisierte Zuhälterei, internationaler Frauenhandel und der Völkerbund

Bereits im Oktober 1949 meinte Lina Merlin eine gewisse Systematik feststellen zu können, mit der Artikel gegen ihr Projekt erschienen und sie mit kritischer Post überschwemmt wurde. Ihrer Ansicht nach handelte es sich um eine organisierte Kampagne, die von einer italienischen Zuhälter-Vereinigung finanziell gefördert werde. Dieser Bund sei einem "nicht dingfest zu machenden Chef" unterstellt, dessen Namen sie nicht nennen wolle, der aber allen aufgrund seines Handels mit Kokain bekannt sein dürfte⁸⁶. Ähnliche Vorkommnisse hatte es offensichtlich in Argentinien und Frankreich gegeben. So war der französische Gesundheitsminister Henri Sellier 1936 mit einem entsprechenden Gesetzentwurf an der "Gewerkschaft der Zuhälter" gescheitert, die unter dem Decknamen Amicale des maîtres d'hôtels meublés de France et des colonies agierte. Laut Alfred Scheiber stellte die Amicale damals über 50 Millionen Francs für eine Pressekampagne zur Verfügung und rühmte sich dessen auch unverhohlen, als die Gesetzesinitiative scheiterte und Sellier sein Amt verlor⁸⁷. Marthe Richards Vorstoß hingegen kam 1945/46 zu einem Zeitpunkt, als der politische Einfluss der Bordellbetreiber an einem Tiefpunkt angelangt war, da sie unter der Vichy-Regierung kollaboriert hatten und von dieser protegiert worden waren⁸⁸. Doch selbst Richard hatte man offensichtlich zu bestechen versucht⁸⁹. Mit diesem Beispiel vor Augen fiel es nicht schwer, ähnliches in Italien zu vermuten. Und Lina Merlin war nicht die einzige Parlamentarierin, die auf eine Organisation der Zuhälter anspielte und anonyme Drohbriefe erhielt⁹⁰.

⁹⁰ Vgl. z.B. die Äußerung des Abgeordneten Giuseppe Caronia, DC, in: Camera dei Deputati, Discussioni, 1957-1958, Bd. XLIV, S. 39330, 24.1. 1958; Merlin, Discorsi, S. 113, 24.11. 1950; vgl. auch Ghirottis Kommentar zur Schließung der Häuser: "Arrivano in questi giorni minacce



⁸⁴ Ebenda, S. 282.

⁸⁵ Ebenda, S. 283.

⁸⁶ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. VIII, S. 10808 u. S. 10806, 12. 10. 1949 (Merlin), hier S. 10809; vgl. Bruno P.F. Wanrooij, "The thorns of love". Sexuality, syphilis and social control in modern Italy, in: Davidson/Hall (Hrsg.), Sex, sin and suffering, S. 147. In ihren Erinnerungen schreibt Lina Merlin, dass die Organisation in Mailand und Genua Treffen abgehalten und über eine Milliarde Lire in die Kampagne investiert habe. Vgl. Merlin, Vita, 96.

⁸⁷ Vgl. Scheiber, Fléau social, S. 17; Corbin, Women for Hire, S. 340; Reynolds, France, S. 153 f. 88 Vgl. Corbin, Women for Hire, S. 348; Insa Meinen, Wehrmacht und Prostitution im besetzten Frankreich, Bremen 2002, S. 77-81, hier auch Ausführungen zu den bisweilen widersprüchlichen Maßnahmen bezüglich der Zuhälterei.

⁸⁹ Vgl. Scheiber, Fléau social, S. 235.

Im Laufe der fünfziger Jahre gewann die moralische, zivilrechtliche, gesundheits- und sozialpolitische Diskussion eine außenpolitische Dimension, die zwar nicht neu war, nach Ende des Zweiten Weltkriegs aber immer wichtiger wurde: die internationale Bekämpfung des Frauenhandels⁹¹. Bereits 1904 und 1910 hatten sich erste Staaten zusammengetan und Abkommen zur Unterdrückung des sogenannten White Slave Traffic unterzeichnet. 1921 folgte die erste Konvention des Völkerbunds, die von 33 Nationen unterzeichnet wurde⁹². Italien und auch Frankreich gehörten seit 1904 zu den Unterzeichnerstaaten und unterstützten die Maßnahme somit – offiziell – von der ersten Stunde an⁹³. Ziel des Völkerbunds war es, die Wege und Abläufe des Handels offen zu legen, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Die Lage in jedem Mitgliedsland sollte der Weltöffentlichkeit präsentiert werden; dadurch würde - so kalkulierte man - der notwendige Druck für Besserungsmaßnahmen und internationale Kooperation entstehen⁹⁴. In den zwanziger Jahren versandte der Völkerbund daher Fragebögen an die Regierungschefs seiner Mitgliedstaaten, in denen diese Stellung zum Umgang mit der Prostitution in ihrem Lande nehmen sollten. Die Nationen mussten sich damit also zum ersten Mal vor einem internationalen Gremium verantworten -Reibungen blieben nicht aus.

Während Mussolini der eigentlichen Frage auswich und die Existenz einer kontrollierten Prostitution in seinem Antwortschreiben mehr oder weniger leugnete ⁹⁵, schlug die Regierung in Paris einen Konfrontationskurs ein. Frankreich verbat sich die zunehmende Einmischung des Völkerbunds in seine Innenpolitik und bestand darauf, dass die *maisons de tolérance* eine Frage der inneren Ordnung seien. Dem widersprach aber die zuständige Kommission des Völkerbunds, da sie einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Existenz der staatlich lizenzierten Bordelle und dem Frauenhandel sah; für Genf war die Lizenzierung der Lokale daher keine nationale Angelegenheit, wie Paris meinte. Aussagen von Ländern wie Belgien, Großbritannien, Holland, Kuba, Polen, der Schweiz, der Tschechoslowakei und den USA, die zum größten Teil ihre Häuser schon geschlossen hatten, unterstrichen diesen Zusammenhang: Die Besucher der Bordelle würden stets nach "frischen" Frauen verlangen und den Handel damit anheizen ⁹⁶. In Italien etwa

⁹⁶ Abstract of the Reports from Governments on the System of Licensed Houses as Related to Traffic in Women and Children, in: Publications of the League of Nations, IV. Social 1927.IV.14 – Genf, 9. 12. 1927 [C.T.F.E. 336 (1)], S. 6 f. u. S. 13; vgl. Harris, Human Merchandise, S. 244–251.



di morte alla senatrice Merlin", in: Gigi Ghirotti, Le profughe della legge Merlin, in: L'Europeo, 28. 9. 1958, S. 42.

⁶1 Vgl. dazu Marion A. Kaplan, Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938, Hamburg 1981, S. 181–248.

⁹² Abdruck der Vertragstexte in: League of Nations (Hrsg.), Report of the Special Body of Experts on Traffic in Women and Children, Bd. 2, Genf 1927, S. 197–202; vgl. H. Wilson Harris, Human Merchandise. A Study of the International Traffic in Women, London 1928, S. 37–45.

⁹³ Vgl. Report of the Special Body of Experts, Bd. 2, S. 66 u. S. 105.

⁹⁴ Vgl. Harris, Human Merchandise, S. 41 f.

⁹⁵ Vgl. Azara, Stato Lenone, S. 154.

wechselte eine Prostituierte aus eben diesem Grunde zweimal im Monat die Stadt⁹⁷.

Das System der lizenzierten Bordelle rückte 1927 ins Zentrum der Untersuchungen 98. Der Druck des Völkerbunds, die staatlich lizenzierten Häuser in den Mitgliedsstaaten zu schließen, nahm zu. 1929 betonte Genf, dass den Bordellen eine Schlüsselfunktion im Frauen- und Kinderhandel zukomme, so dass jeder Staat, der nichts gegen diese Häuser unternähme, den Handel protegiere und zu seiner Fortsetzung beitrage⁹⁹. 1933 und 1937 folgten ein internationales Abkommen zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen, dem Handel zustimmenden Frauen und ein erweiterter Konventionsentwurf gegen die Ausnutzung der Prostitution¹⁰⁰. Letztlich verfügte der Völkerbund aber nicht über die notwendigen Machtmittel, um schlagkräftig gegen die organisierte Prostitution vorzugehen - zudem fehlte es an Zeit: Ab 1939 bestimmte der Zweite Weltkrieg das europäische Tagesgeschehen; an eine internationale Zusammenarbeit in der Frage war deshalb nicht mehr zu denken.

Der UN-Beitritt Italiens – Internationale Verpflichtungen

Nach 1945 nahm sich die UNO - als Nachfolgeorganisation des Völkerbunds des Themas jedoch rasch wieder an. Die Gleichstellung der Geschlechter fand 1945 Eingang in die Charta der Vereinten Nationen, und Rechtsgleichheit wurde drei Jahre später in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" verankert¹⁰¹. Am 2. Dezember 1949 folgte die "Konvention zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer". Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich, jede Person zu bestrafen, die zum Zwecke der Prostitution eine andere Person vermittelte, sie dazu verleitete oder verführte, selbst wenn diese eingewilligt hatte¹⁰². Das Betreiben von Bordellen wurde unter

¹⁰² UN-Konvention Nr. 317 IV, abgedruckt in: Tomuschat (Hrsg.), Menschenrechte, S. 283–290, hier Art. 1.



⁹⁷ Vgl. Report of the Special Body of Experts, Bd. 2, S. 105 f. u. S. 113. Aufgrund der Regelmä-Bigkeit dieses Austausches zwischen den Lokalen vermutete die italienische Polizei die Existenz einer übergeordneten Organisation.

⁹⁸ Traffic in Women and Children. Resolution adopted by the Assembly on September 20th, 1927, in: Publications of the League of Nations IV. Social 1927, IV.12 – Genf, 20. 9. 1927 [A.83]. 99 Vgl. Odette Philippon, L'esclavage de la femme dans le monde contemporain ou La prostitution sans masque, Paris 1954, S. 12; Traffic in Women and Children. Resolutions adopted by the Assembly, the Council and the Traffic in Women and Children Committee 1920-1929, in: Series of League of Nations Publications IV. Social 1929.IV.10 - Genf, 20. 11. 1929, S. 12-14 [C.T. F. E.

¹⁰⁰ Records of the Diplomatic Conference concerning the Suppression of Traffic in Women of Full Age, in: Series of League of Nations Publications IV. Social 1933.IV.6 - Genf, 9.-11.10. 1933, Annex 4, S. 20-25 [C. 649. M. 310]; vgl. Präambel der UN-Konvention Nr.: 317 IV, abgedruckt in: Christian Tomuschat (Hrsg.), Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz, Bonn 2002, S. 284.

¹⁰¹ Vgl. Bock, Frauen, S. 316; Johannes Morsink, The Universal Declaration of Human Rights: Origins, Drafting, and Intent, Philadelphia 1999, S. 116-129.

Strafe gestellt, die Registrierung von Prostituierten sollte unterbunden und der Handel mit Menschen bekämpft werden ¹⁰³.

Im italienischen Senat verwiesen der Kommunist Terracini und die Sozialistin Merlin im Herbst 1949 auf die Verpflichtungen, die aus der UN-Konvention erwachsen würden. Wollte Italien Mitglied werden, so hatte es sich den Standards der internationalen Gemeinschaft anzupassen¹⁰⁴. Da spielte es keine Rolle, dass ein Senator wie Gaetano Pieraccini die Existenz eines italienischen Frauenhandels in Zweifel zog und als "halben Mythos" diffamierte¹⁰⁵. Nachdem die Konvention im Sommer 1951 in Kraft getreten war, nahm Terracini wiederholt Bezug auf die juristischen Vorgaben der Vereinten Nationen, aus denen klar hervorging, wie die *Legge Merlin* zu gestalten war¹⁰⁶. In der Kammer zitierte die Kommunistin Gisella Floreanini Mussolinis ausweichende Antwort an den Völkerbund und unterstrich, dass sich Italien international bereits blamiert habe¹⁰⁷.

Zentrale Bedeutung gewann das Argument jedoch erst nach dem Beitritt Italiens zur UNO am 14. Dezember 1955. Nun machten es sich auch Vertreter der Christdemokraten zu eigen, deren Partei die Regierungsgeschäfte führte. Italien sei verpflichtet, die internationalen Konventionen einzuhalten und die Regulation abzuschaffen, betonte der Jurist Renato Tozzi Condivi im April 1956 und fasste damit ein Argument zusammen, das schließlich auch die letzten Parteimitglieder überzeugen sollte¹⁰⁸. Obwohl die Umsetzung des Gesetzes weitere zwei Jahre auf sich warten ließ, schrieb die Mailänder Zeitung *Il Tempo* es dem Faktor UNO zu, dass die parlamentarische Debatte beschleunigt wurde. Auf den Gängen Montecitorios habe man nämlich erfahren, dass der christdemokratische UN-Beobachter Attilio Piccioni von der UNO inoffiziell gerügt worden sei: Italien solle seine Angelegenheiten in Ordnung bringen, habe es in Anspielung auf die Prostitution geheißen. Das parlamentarische Verfahren, das sich zuvor über zehn Jahre hingezogen habe, sei nach dieser "Peinlichkeit" in wenigen Tagen zum Abschluss gebracht worden¹⁰⁹.

Proteste der Ärzteschaft – Gemeinwohl versus individuelle Freiheit

Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes verschärfte sich die Debatte noch einmal. Mitte Januar 1958 reichten die Professoren Agostino Cristi und Cesare Ducrey, in ihrer Eigenschaft als Präsident der italienischen Vereinigung für Haut-

¹⁰⁹ Il Tempo vom 29. 1. 1958, S. 1; vgl. La Civiltà cattolica 109 (1958), H. 1, S. 435.



Jahrgang 55 (2007), Heft 4 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2007_4.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁰³ Vgl. ebenda, S. 284-287, Art. 2, 6 u. 17.

¹⁰⁴ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. VIII, S. 10384 u. S. 10815, 28.9./12. 10. 1949; vgl. Spinoso, C.I.D.D., S. 36.

¹⁰⁵ Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. IX, S. 11961, 16. 11. 1949.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, Bd. XXXII, S. 31385 u. S. 31390, 5. 3. 1952.

¹⁰⁷ Vgl. Camera dei Deputati, Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, S. 39323, 24. 1. 1958.

¹⁰⁸ Vgl. Relazione della 1a Commissione Permanente sulla proposta di legge della Sen. Merlin vom 6. 4. 1956, in: Bucalo, Prostituzione e salute pubblica, S. 176 f.; Camera dei Deputati, Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, S. 39323, S. 39329 u. S. 39345, 24.1./28. 1. 1958 (Gisella Floreanini, PCI, Giuseppe Caronia, DC, und Renato Tozzi Condivi, DC).

und Geschlechtskrankheiten bzw. Präsident der entsprechenden Aufsichtsbehörde, eine Denkschrift ein, in der sie die Kammer ausdrücklich vor der Legge Merlin warnten. Untersuchungen hätten ergeben, dass die Syphilisinfektionen landesweit wieder zugenommen hätten, von einem Sieg über die Krankheit könne keine Rede sein. Kritisiert wurden insbesondere die Artikel 5 und 7 des Gesetzentwurfs, die der Gesundheitspolizei die Hände banden und in Zukunft jedes Vorgehen gegen Prostituierte behinderten¹¹⁰. Früher hatte "eine Zigarette zwischen den Lippen, ein auffälliger Rock, ein unzüchtiges Dekolleté im Lichtschein einer Straßenlaterne" ausgereicht, um eine Frau die Nacht auf der Wache und den nächsten Morgen beim Arzt verbringen zu lassen¹¹¹. Jetzt durfte die Polizei laut Artikel 5 nur noch die Daten des Personalausweises aufnehmen, wenn eine Prostituierte oder ein Strichjunge "in ärgerniserregender oder aufdringlicher Weise zur Unzucht" einlud. Gerichte konnten Haftstrafen von bis zu acht Tagen und Geldbußen zwischen 500 und 2.000 Lire verhängen. Konnte sich die betreffende Person ausweisen, war eine direkte Festnahme nicht möglich. Medizinische Kontrollen durften in keinem Falle vorgenommen werden, auch nicht bei Personen, die ohne Ausweispapiere aufgegriffen wurden. Artikel 7 verbot zudem jegliche Form der Registrierung von Prostituierten, und die Ausweise über die ärztlichen Untersuchungen wurden abgeschafft¹¹².

Zehn Jahre lang habe die Ärzteschaft vergeblich gegen diese Artikel protestiert, betonte Cesare Ducrey¹¹³. Der Monarchist Angelo Rubino griff diese Kritik in der Kammer auf und klagte, dass die ursprünglich geplante Abschaffung der Häuser offensichtlich mit einer völligen Entwaffnung der Gesundheitsbehörden einhergehe¹¹⁴. In der gegenwärtigen Version würden Prostituierte sogar privilegiert, da sie, anders als der Normalbürger, keiner medizinischen Kontrolle mehr unterzogen werden könnten. "Es ist wirklich naiv zu denken, dass der individuelle Sinn für Verantwortung ausreichen wird", führte Rubino aus. "Das wäre wunderschön, aber wir sind noch weit entfernt von einem solchen Idealzustand an Gemeinsinn, vor allem in gewissen Kreisen."115 Das neue Gesetz entfessele nicht nur die versteckte Prostitution, sondern gebe den Frauen die uneingeschränkte Freiheit,



¹¹⁰ Vgl. Cesare Ducrey, Politica e salute pubblica. Per la sanità pubblica italiana la prostituzione ha cessato esistere, in: Minerva Medica (Turin) 49 (1958); Parte Varia, S. 1139; vgl. auch die Vorträge der Professoren Lionetti und Franchi, abgedruckt in: Il Tempo vom 29.1. 1958, S. 7, und La Stampa vom 3. 4. 1958, S. 2.

¹¹¹ Ghirotti, Comincia l'era Merlin, in: L'Europeo vom 21. 9. 1958, S. 18.

¹¹² Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana 55, 4. 3. 1958, S. 906-908, Legge n. 75, hier Art.

¹¹³ Vgl. Ducrey, Politica e salute pubblica, S. 1132. Tatsächlich hatte sich Ducrey schon in den Jahren zuvor zu Wort gemeldet, um die Einwände der Ärzteschaft zu artikulieren. Vgl. etwa Cesare Ducrey, Il progetto Merlin e il progetto Governativo per la profilassi antivenerea non sono fra loro indipendenti. La relazione Riva sul disegno Merlin approvata, in sede referente, dalla I Commissione della Camera dei Deputati, in: Minerva Medica (Turin) 100 (1952): Parte Varia, S. 842-848; Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. IX, S. 11953, 16. 11. 1949 (Pierac-

¹¹⁴ Vgl. Camera dei Deputati, Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, S. 39354, 28. 1. 1958.

¹¹⁵ Ebenda, S. 39316, 24. 1. 1958.

andere anzustecken¹¹⁶. Tatsächlich setzte Artikel 15 der *Legge Merlin* die Bestimmungen des Monaldi-Gesetzes außer Kraft. Der Vorschlag, den Artikel entsprechend zu modifizieren, wurde in der entscheidenden letzten Sitzung abgelehnt. Stattdessen begnügte man sich mit der zusätzlichen Erläuterung, dass das Gesetz zur Gesundheitsfürsorge von dem Artikel nicht betroffen sei¹¹⁷.

Cesare Ducrey sprach daher von einem "schwarzen Tag für die Volksgesundheit", als die Bordellwirte am 20. September 1958 ihre Lizenzen zurückgeben mussten¹¹⁸. In einer ausführlichen Schrift machte sich der Präsident der italienischen Gesundheitsbehörde Luft, als das Gesetz wider Erwarten in unveränderter Form verabschiedet wurde. Von 500 Abgeordneten hatten 385 der Legge Merlin ihre Stimme gegeben und nur 115 dagegen votiert¹¹⁹. Christdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Republikaner hatten sich für das Gesetz ausgesprochen, Monarchisten, Neofaschisten, Liberale und eine sozialistische Splitterpartei dagegen¹²⁰. Ducrey ärgerte vor allem, dass das Beispiel Frankreich in der Debatte stets irreführend zitiert worden sei. Denn die Behauptung, die Franzosen hätten mit der Schließung der maisons closes die kontrollierte Prostitution abgeschafft, sei schlichtweg falsch. In Wirklichkeit habe Paris das Gesetz Richard schon zehn Tage nach seiner Verabschiedung wieder eingeschränkt und die medizinische Überwachung von Prostituierten aufrechterhalten¹²¹. Dieser Einwand, den Senator Pieraccini schon im November 1949 vorgebracht hatte¹²², war korrekt. Die *Loi* Marthe Richard war unmittelbar nach Erscheinen durch einen Gesetzentwurf von Denis Cordonniers verwässert worden 123. Hatte das ursprüngliche Gesetz vorgesehen, die Karteien der Sittenpolizei zu vernichten, bestimmte das neue Gesetz, dass ein zentrales Gesundheitsregister, das sogenannte fichier sanitaire et social, einzurichten sei. Die UN-Konvention von 1949 konnte von der französischen Regierung daher auch nicht ratifiziert werden. Dies war erst möglich, als die Registrierung der Prostituierten aufgegeben wurde: 1960 wurden sowohl die Gesundheitsakten vernichtet als auch die UN-Konvention unterzeichnet¹²⁴.

Das UNO-Argument der Abolitionisten entbehrte in den Augen Ducreys folglich jeder Überzeugungskraft. Seinen Angaben zufolge hatten von 82 Nationen ohnehin nur sieben die Konvention von 1949 ratifiziert: Jugoslawien, Südafrika, Pakistan, die Philippinen, Indien, Haiti und Argentinien. Die anderen Mitglieds-

 $^{^{124}}$ Ebenda 176, 28. 7. 1960, S. 7041, Loi nº 60-754; ebenda 276, 25. 11. 1960, S. 10606–10608, Ordonnance nº 60-1246 u. ebenda, 25. 11. 1960, S. 10608 f., Décret nº 60-1248; vgl. Corbin, Women for Hire, S. 352 f.



¹¹⁶ Vgl. ebenda.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S. 39346–39350, S. 39357 f. u. S. 39367, 28. 1. 1958.

¹¹⁸ "Der Weg ins Freie", in: Der Spiegel vom 1. 10. 1958, S. 58–60, hier S. 58; Ghirotti, Comincia l'era Merlin, in: L'Europeo vom 21. 9. 1958, S. 18.

¹¹⁹ Vgl. Camera dei Deputati, Legislatura II, Atti Parlamentari. Discussioni, 1957–1958, Bd. XLV, Rom 1958, S. 39419, 29. 1. 1958.

¹²⁰ Vgl. Pitch, Legge Merlin, S. 24; Il Tempo vom 30. 1. 1958, S. 2; Osservatore romano vom 29. 1. 1958, S. 6.

¹²¹ Vgl. Ducrey, Politica e salute pubblica, S. 1142 f.

¹²² Vgl. Senato della Repubblica, Discussioni, Bd. IX, S. 11962 f., 16. 11. 1949.

¹²³ Journal officiel de la République française 97, 24. 4. 1946, S. 3422 f., Loi nº 46-795.

staaten ignorierten das Abkommen oder modifizierten es wenigstens - eine Möglichkeit, die auch Italien offen gestanden hätte¹²⁵. Nun aber sei Italien die einzige Nation auf der Welt, in der die Prostitution einen privilegierten Status genieße¹²⁶.

Die "Ära Merlin" – Italien nach der Schließung der Bordelle

Die Zeitung Il Tempo spottete am 20. September, dass viele der Häuser bis Mitternacht geöffnet gewesen seien, um auf die "freie Prostitution" der Zukunft anzustoßen¹²⁷. Denn gemäß der Legge Merlin war zwar die Führung eines Bordells strafbar, nicht aber die Prostitution seiner selbst in den eigenen vier Wänden 128. Umfragen des Innenministeriums und unabhängiger Organisationen kamen zu dem Schluss, dass nur wenige Prostituierte ihren Beruf nach der Schließung der Häuser aufgeben würden 129. Obwohl das Gesetz Merlin – wie von Senator Boggiano Pico gewünscht – auch die Umschulung der Frauen vorsah, waren bis Ende September kaum Anmeldungen bei den entsprechenden Institutionen eingegangen 130. Der Europeo meinte stattdessen, einen plötzlichen Anstieg der Mieten für Einzimmerwohnungen und eine überraschende Zunahme von Schönheitssalons zu bemerken¹³¹. In Anspielung auf einen Film Federico Fellinis hatte der Neofaschist Giuseppe Calabrò schon im Januar behauptet, dass sich alle Straßen Italiens in "Straßen der Cabiria" verwandeln würden: "Wir haben doch gesehen, wie die römischen Wege verkommen sind, seitdem die Quästur die Bewilligung von case chiuse eingeschränkt hat, und wie man ab zehn Uhr abends in Rom, der Hauptstadt des Christentums, keinen Schritt mehr tun kann, ohne angehalten zu werden." Die italienischen Städte würden aufgrund des neuen Gesetzes unweigerlich verwahrlosen¹³².

Dabei war die Zahl der Häuser, die jetzt schlossen, gar nicht so hoch. Hatten 1881 noch über 10.400 Frauen in Bordellen gearbeitet, so gab es 1949 in ganz Italien nur noch 717 Lokale mit ca. 4.000 Prostituierten. Da das Innenministerium seit 1948 zudem keine neuen Lizenzen mehr ausgab, reduzierte sich die Zahl von selbst auf 543 Häuser (1958) mit etwa 2.560 Frauen 133. Im Vergleich zu den ca.

¹³³ Vgl. Gerin/Fucci/Rota, Aspetti medico-sociali, S. 14 f.; Gibson, Prostitution, S. 224.



¹²⁵ Vgl. Ducrey, Politica e salute pubblica, S. 1143; Ester Lombardo, La legge cieca, in: Il Borghese vom 2.7. 1959, S. 18.

¹²⁶ Vgl. Ducrey, Politica e salute pubblica, S. 1136.

¹²⁷ Il Tempo vom 20. 9. 1958, S. 9.

¹²⁸ Vgl. Pasquale Lo Torto, La prostituzione nella propria abitazione, in: Rivista penale 84 (1959), H. 7-8, S. 737-739.

¹²⁹ Vgl. Espresso vom 21. 9. 1958, S. 11; Il Tempo vom 20. 9. 1958, S. 9.

¹³⁰ Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana 55, 4. 3. 1958, S. 906-908, Legge n. 75, hier Art. 8-11; La Stampa vom 17. 9. 1958, S. 7; Boggiano Pico, Vent'anni, S. 71, Brief vom 17. 10. 1949; Silvia Spinoso schreibt, dass von den 4898 angeschriebenen Prostituierten nur 267 die Hilfe annahmen; vgl. dies., C.I.D.D., S. 56; vgl. auch Franco Bernocchi, Prostituzione e rieducazione, Padua 1966.

¹³¹ Vgl. Ghirotti, Comincia l'era Merlin, in: L'Europeo vom 21. 9. 1958, S. 18.

¹³² Camera dei Deputati, Discussioni, 1957–1958, Bd. XLIV, S. 39327, 24. 1. 1958.

450.000 Frauen, die sich laut Bocca berufsmäßig oder gelegentlich auf der Straße verkauften, war das fast nichts¹³⁴. Für diese nicht-lizenzierte Prostitution änderte sich das Gesetz aber auch, und die Polizei musste rasch erfahren, dass ihr im Vergleich zu früher die Hände gebunden waren. Denn die Tatsache, geschlechtskrank zu sein, galt eben nicht mehr als Delikt, wie das Amtsgericht Rom konstatierte. Polizisten, die eine Frau zwangen, mit auf das Revier zu gehen, konnten jederzeit wegen Bedrohung, Nötigung oder Freiheitsberaubung angezeigt werden¹³⁵.

Nahmen die Straßenprostitution und die Verbreitung der Syphilis in den Folgejahren tatsächlich zu und kam es wirklich zu dem erwarteten Anstieg von Gewalt- und Sexualverbrechen? Der Christdemokrat Remo Gaspari zog im Mai 1959 vor der Kammer Bilanz und konstatierte sowohl einen Anstieg der heimlichen Prostitution als auch der Geschlechtskrankheiten; auch hätten die Fälle von Kuppelei, von Erregung öffentlichen Ärgernisses und strafbarer Unzucht zugenommen. Die durch das Gesetz gewährte Freiheit erwiese sich als Problem¹³⁶. Lina Merlin musste daraufhin zwar eingestehen, dass die Zahl der Prostituierten oder zumindest die sichtbare Prostitution tatsächlich angewachsen war, sie führte dies aber vor allem auf soziale und wirtschaftliche Ursachen zurück. Auch den Wiederanstieg der Syphilisinfektionen deutete sie anders. Ihrer Meinung nach resultierte er eher aus einem Mentalitätswandel als aus dem Gesetz, da die Krankheit eben nicht mehr unheilbar und entehrend sei¹³⁷. Unterstützung fand dieses Argument durch eine Untersuchung des römischen Instituts für Gerichtsmedizin aus dem Jahre 1964. Der Leiter des Instituts, Professor Cesare Gerin, kam darin zu dem Schluss, dass die Syphiliserkrankungen in Italien schon seit dem Jahre 1955 wieder zunahmen, so dass von einem Zusammenhang mit der Legge Merlin nicht ausgegangen werden konnte. Gleichwohl hielt auch er fest, dass sich die Fälle in den Jahren 1958 bis 1961 verdoppelt hätten 138. Doch die Wiederkehr der Syphilis war ein weltweites Phänomen. Die Entdämonisierung durch das Penicillin und der zu früh proklamierte Sieg hatten in vielen Ländern zu einer Verharmlosung der Krankheit geführt und die Risikobereitschaft der Bevölkerung ansteigen lassen. Nach einem Tiefstand Mitte der fünfziger Jahre nahmen die Neuinfektionen nicht nur in Italien wieder zu¹³⁹.

Ein Zusammenhang zwischen dem neuen Gesetz und Sexual- und Gewaltverbrechen war laut Gerin schwerlich nachzuweisen. Die Gegner der *Legge Merlin* führten nach der Schließung der Häuser jedes Verbrechen, das sich mit Prostitution in Verbindung bringen ließ, auf, um ihren Protest zu untermauern. So diente etwa der Mord an der Prostituierten Maria Maglia als Aufhänger, um darauf hinzuweisen, dass die freie Prostitution nur finanzstarken Kunden zugänglich



¹³⁴ Vgl. Bocca, Entdeckung Italiens, S. 190.

¹³⁵ Vgl. Limoncelli, Legge contro la prostituzione, S. 251 f.

¹³⁶ Vgl. Marcel Sicot, Weltphänomen Prostitution, München 1965, S. 96 f.

¹³⁷ Vgl. Merlin, La situation actuelle, S. 75–77; Bocca, Entdeckung Italiens, S. 192–194; Merlin, Lina Merlin, S. 172 f.

¹³⁸ Vgl. Gerin/Fucci/Rota, Aspetti medico-sociali, S. 32 f.

¹³⁹ Vgl. Quétel, Syphilis, S. 251-253.

sei. Der Geschlechtstrieb und die soziale Benachteiligung hätten den Mörder in die Tat getrieben. Schlussfolgerungen dieser Art hielt der Gerichtsmediziner aber für fragwürdig, und Lina Merlin erwiderte, dass es Verbrechen an Prostituierten immer gegeben habe, oft seien wirtschaftliche Motive ausschlaggebend gewesen. Die Zunahme der öffentlich sichtbaren Prostitution und damit der sexuellen Belästigungen hingegen lastete Gerin dem neuen Gesetz sehr wohl an und verwies abschließend auf Möglichkeiten der Modifizierung und bereits vorliegende Änderungsanträge¹⁴⁰.

Schluss

Rückblickend lassen sich drei Faktoren benennen, die der Gesetzesinitiative Lina Merlins im Jahre 1958 zum Erfolg verhalfen. Erstens hatte der medizinische Fortschritt das gesundheitspolitische Argument, welches im 19. Jahrhundert die Einführung der kontrollierten Prostitution begründet hatte, deutlich geschwächt. Eine Syphiliserkrankung konnte innerhalb weniger Wochen kuriert werden und stellte keine tödliche Bedrohung mehr dar. Gesundheitspolitische Argumente hatten daher nicht mehr das Gewicht vergangener Tage und konnten an den Rand gedrängt werden. Zweitens ermöglichten Demokratie und Republik nach dem Zweiten Weltkrieg offenere Debatten. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Einführung des Frauenwahlrechts. Denn dieses hatte zur Folge, dass in Senat und Kammer erstmals Abgeordnete einzogen, die den weiblichen Teil der Bevölkerung angemessen vertreten konnten - eben weil sie selber Frauen waren. Drittens konnten die Vertreter der Democrazia Cristiana den internationalen Druck, der vom Völkerbund und von der UNO aufgebaut und verschärft wurde, nicht ignorieren. Als Regierungspartei waren die Christdemokraten - nach den Jahren der faschistischen Herrschaft – besonders an einer reibungslosen Eingliederung in internationale Strukturen interessiert. Der weltweiten Konjunktur von Menschenrechtsfragen konnte sich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ohnehin kein Land entziehen, das sich demokratisch nennen wollte.

Insgesamt betrachtet spiegelt sich in der Debatte um die Legge Merlin eine Gewichtsverschiebung in der Geschlechterhierarchie und dem nationalen Wertebewusstsein sowie ein Bruch mit einigen sozialen Grundmustern. Das Bild des leidenschaftlichen Italieners, der eine "Vergiftung des Körpers" riskiere, wenn er seine Triebe nicht auslebe, wirkte anachronistisch und lächerlich, als es während der Debatte angesprochen wurde. Es handelte sich jedoch um ein Stereotyp, das nicht leicht zu überwinden war, denn die jahrhundertalte Existenz der case chiuse hatte Traditionen und Mentalität der Italiener geprägt. Gleichzeitig stellte die Diskussion die Diskriminierung der "gefallenen Mädchen" in Frage, so dass sie nicht mehr nur als Dirnen, sondern auch als Frauen betrachtet wurden. Im Zuge der Etablierung von Frauenrechten war dieser Schritt unabdingbar, wenn die neugewonnenen Bürgerrechte nicht als Belohnung, sondern als selbstverständli-

¹⁴⁰ Vgl. Gerin/Fucci/Rota, Aspetti medico-sociali, S. 17–20 u. S. 33–35; Bocca, Entdeckung Italiens, S. 193.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ches Menschenrecht aller Frauen begriffen werden sollten. Das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern war damit freilich nicht überwunden. So machte sich z. B. laut Strafgesetzbuch eine Frau immer noch mit einem einzigen Fehltritt des Ehebruchs schuldig, während ein Ehemann erst bestraft werden konnte, wenn er "eine Konkubine im ehelichen Haushalt oder notorischermaßen woanders" unterhielt. Erst 1969 wurden die entsprechenden Artikel vom Verfassungsgericht gestrichen¹⁴¹. Die Schließung der staatlich lizenzierten Bordelle war nichtsdestotrotz ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter – ein notwendiger Teil eines Prozesses, der seit der Erlangung des Wahlrechts für Frauen langsam seine juristische, politische und soziale Wirkung entfaltete.

¹⁴¹ Art. 559 "Adulterio" und Art. 560 "Concubinato" in: Conso/Barbalinardo (Hrsg.), Codice penale, S. 273 f.



Die Bundesrepublik Deutschland reagierte während der siebziger Jahre sehr unterschiedlich auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Kam es 1972 zu einer blutigen Eskalation, so gelang es der Bundesregierung 1977, ihre Position zu behaupten. Darüber wird gern übersehen, dass der Staat 1975, bei der Entführung von Peter Lorenz, ganz anders handelte, indem er die Forderungen der Terroristen erfüllte. Wie kam es zu dieser Entscheidung? Erstmals wird hier aufgrund des nun zugänglichen Aktenmaterials das staatliche Handeln in dieser Krise systematisch rekonstruiert.

Matthias Dahlke

"Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft"

Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975

Die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz begann mit einem fingierten Auffahrunfall am Morgen des 27. Februar 1975. Damals schrieb der Spiegel von der "spektakulärsten Geiselnahme in der Crime-Geschichte der Bundesrepublik"¹. Über dreißig Jahre später ist dieses Verbrechen "in der kollektiven Erinnerung von den Ereignissen im Herbst 1977 fast völlig überdeckt"². Umso wichtiger scheint es, auch im Hinblick auf eine immer noch überfällige Historisierung des Terrorismus-Phänomens, Verschüttetes freizulegen und jene politischen Prozesse zu analysieren, die zum heutigen Terrorismusverständnis geführt haben. Ein teleologisches Verständnis widerspricht der Arbeit des Historikers: vielmehr geht es darum, die Dinge – aus ihrem historischen Kontext – von vorne aufzurollen.

Bevor Peter Lorenz in der Nacht zum 5. März 1975 wieder unversehrt freigelassen wurde, hatten die Terroristen der "Bewegung 2. Juni" nicht nur ihn, sondern auch die Bundes- und Landesregierungen, die Opposition, den staatlichen Apparat und die Medien³ als Geiseln genommen: Sie "hatten die mächtige Bundesrepublik in die Knie gezwungen. [...] [D]ie Underdogs, die ewigen Verlierer und

³ Ein deutscher Fernsehsprecher sagte sogar: "Zweiundsiebzig Stunden lang hatten wir die Kontrolle über unser Medium verloren." Zitiert nach Daniel Schorr, The Encouragement of Violence, in: Terrorism. How the West Can Win, hrsg. von Benyamin Netanyahu, New York ²1986, S. 114–116, hier S. 114. Zur besonderen Kommunikation der Terroristen der Lorenz-Entführung über die Medien vgl. Andreas Elter, Die RAF und die Medien. Ein Fallbeispiel für terroristische Kommunikation, in: Die RAF und der linke Terrorismus, hrsg. von Wolfgang Kraushaar, Hamburg 2006, Bd. 2, S. 1060–1074, hier S. 1072.



¹ Der Spiegel vom 3. 5. 1975, S. 22. Das Zitat entstammt dem Minutenbuch des Krisenstabs im Auswärtigen Amt, S. 22, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA-AA), Zwischenarchiv 104932. – Dieser Artikel ist mit freundlicher Unterstützung der Gerda-Henkel-Stiftung entstanden.

² Martin Steinseifer, Terrorismus als Medienereignis im Herbst 1977. Strategien, Dynamiken, Darstellungen, Deutungen, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt a. M. 2006, S. 351–381, hier S. 369.

Proleten, diktierten das Handeln"⁴, so die Diktion eines Mittäters. Sie erzwangen, dass fünf inhaftierte Genossen mit 120000 DM Reisegeld nach Süd-Jemen ausgeflogen wurden. En passant desavouierten sie damit die Bekenntnisse zu mehr Innerer Sicherheit, die etwa in den entsprechenden Reformprogrammen der sozialliberalen Bundesregierung formuliert waren.

Die Lorenz-Entführung markiert auch in langfristiger Perspektive einen bedeutsamen Wendepunkt: Es war der einzige terroristische Anschlag in der Ära Helmut Schmidt (und der letzte überhaupt), bei dem mit den Terroristen verhandelt und ihren Forderungen nachgegeben wurde. Schon bei der gut einen Monat später folgenden Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm zeigte sich die Bundesregierung unnachgiebig.

Auch die jüngere Wissenschaft hat mit der in den letzten Jahren beginnenden Historisierung der Dekade der 1970er Jahre die Bedeutung der Lorenz-Entführung erkannt. Die Lorenz-Entführung war das

"zentrale Ereignis für die staatlichen Antworten auf den Terrorismus und die Kanalisierung des Phänomens [...]. Hierauf folgte eine starke Konzentration der politischen Akteure auf Fragen der Terrorismusbekämpfung, die bis zum Ende des Jahres 1977 anhalten sollte."⁵

Auch das angesichts terroristischer Gewalt entstandene Zerrbild eines "monolithisch" agierenden Staates ist ein Thema der wissenschaftlichen Debatte. Klaus Weinhauer hat mit seinen Beiträgen zur polizeilichen Terrorismusbekämpfung erste wichtige Ansätze zur Binnendifferenzierung geleistet⁷. Insbesondere Gabriele Metzler und Stephan Scheiper haben in den vergangenen Jahren interessante Ergebnisse zum Wandel staatlicher Herrschaft unter dem Eindruck der terroristischen Bedrohung und zum daraus erwachsenden Krisenmanagement vorgelegt⁸.

Anhand einer Fallstudie über die Entführung von Peter Lorenz soll das staatliche Krisenmanagement einer kritischen Untersuchung unterzogen werden. Dabei geht es neben der quellennahen Erschließung dieses zentralen zeitgeschichtlichen Ereignisses insbesondere um folgende sich ergänzende Fragenkomplexe:

Staatliches Handeln in der Praxis: Welche Handlungsspielräume und -einschränkungen gab es für "den Staat"? Wo und wie wurde die Entscheidung zum

⁸ Vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005; Scheiper, Wandel staatlicher Herrschaft, in: Weinhauer/Requate/Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik.



⁴ Till Meyer, Staatsfeind. Erinnerungen, Hamburg 1996, S. 29.

⁵ Stephan Scheiper, Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren, in: Weinhauer/Requate/Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik, S. 188–216, hier S. 199.

⁶ Vgl. Klaus Weinhauer/Jörg Requate, Einleitung, in: Ebenda, S. 9–32, hier S. 20 f.

⁷ Vgl. Klaus Weinhauer, Zwischen Partisanenkampf und Kommissar Computer. Polizei und Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre, in: Ebenda, S. 244–270. Vgl. auch Matthias Dahlke, Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland, München 2006.

Nachgeben gefällt? Welche Konfliktlinien gab es? Welche Rolle spielten die Länder und die besondere Lage Berlins? Wie funktionierte das Zusammenspiel zwischen Innerer Sicherheit und Außenpolitik, als die Freigelassenen in ein unbekanntes Land ausgeflogen wurden?

Strategien und Wahrnehmungen: Wie wurde die Entscheidung zum Nachgeben intern diskutiert und kommuniziert? Welche Rolle spielte die Schaffung eines möglichen Präzedenzfalls? Wie verhielt sich die von Bundeskanzler Schmidt beschworene "Gemeinsamkeit der Demokraten"9 zu parteipolitischen Erwägungen im Länderwahlkampfjahr 1975? Lassen sich Reaktionsmuster "hinter den Kulissen", in den Krisenstäben und den involvierten Behörden ausmachen? Welche Rolle spielten frühere, ähnlich dramatische Anschläge wie der auf die Olympischen Spiele 1972?

Bei der Annäherung an diese Fragen werden nach einigen methodischen Vorbemerkungen die sechs Tage der Lorenz-Entführung chronologisch nachgezeichnet, ehe die öffentlichen und insbesondere internen "Manöverkritiken"¹⁰ gesondert analysiert werden. Im Fazit werden diese verschiedenen Fäden zusammengeführt, so dass die aufgeworfenen Fragen aus historischer Perspektive beantwortet werden können.

Methodische Vorbemerkungen

Um die Lorenz-Entführung aus staatlicher Sicht zu analysieren, wurde hauptsächlich auf die Quellen im Bundesarchiv Koblenz und Dahlwitz-Hoppegarten, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, im Landesarchiv Berlin und im Hamburger Institut für Sozialforschung zurückgegriffen. Erstmals konnten einige Krisenstabsunterlagen eingesehen werden, so beispielsweise die Minutenbücher aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern¹¹. Auch von einer Sitzung des Berliner Krisenstabs konnten Mitschriften eingesehen werden¹².

Im Folgenden soll es um das Handeln, Denken und Wahrnehmen von Personen mit Regierungsverantwortung bzw. ihrer nachgeordneten Instanzen in den entsprechenden Behörden gehen. Die Haltung der Parlamente, der Medien oder der Interessengruppen ist nicht Gegenstand der Untersuchung und kann hier nur am Rande gewürdigt werden. Dies gilt auch für die Sicht der Entführer oder die Ereignisse im "Volkgefängnis", in dem die Entführer Peter Lorenz inhaftiert hatten. All dies wurde von den Medien, den gerichtlichen Ermittlungen und den inzwischen erschienenen Autobiographien¹³ der beteiligten Terroristen weitge-

¹³ Vgl. Ralf Reinders/Ronald Fritzsch, Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast, Berlin u. a. 1995; Meyer, Staatsfeind; Inge Viett, Nie war ich furchtloser, Hamburg 1996; Gabriele Rollnik/Daniel Dubbe, Keine Angst vor niemand. Über die



⁹ Ebenda, S. 201.

¹⁰ In den meisten Fällen sind dies abschließende Erfahrungsberichte oder Erklärungen.

¹¹ Beide, z. T. Fragmente, befinden sich in einem sehr umfangreichen Sammelband des Nahostreferats im Auswärtigen Amt zur Lorenz-Entführung, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

¹² Protokoll des politischen Krisenstabs, 2. Sitzung, am 1. 3. 1975 in Berlin, in: Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), B Rep. 002 Nr. 6300.

hend aufgeklärt und soll hier nur herangezogen werden, wenn es gilt, die Ereignisse, die im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen, verständlich zu machen. Bei widersprüchlichen Angaben wurde, u. a. wegen ihrer zeitlichen Nähe, den Aussagen von Peter Lorenz aus der Erstvernehmung des Berliner Staatsschutzes Vorrang gegeben¹⁴. Zur "Bewegung 2. Juni" und ihrer Abgrenzung zur RAF sei hier etwa auf die umfassende Analyse von Tobias Wunschik verwiesen¹⁵.

Während das "Thema Terrorismus [...] Konjunktur"¹⁶ hat, gibt es zum "Fall Lorenz" selbst nur wenig wissenschaftliche Literatur, darunter die vor kurzem erschienene Monographie von Michael März, die einen Vergleich zum RAF-Anschlag auf die Botschaft in Stockholm bietet, sowie eine ältere, nicht publizierte Diplomarbeit von Klaus Stern, die vom selben Autor in einem Dokumentarfilm verarbeitet wurde¹⁷. Diplomarbeit und Film sind aus wissenschaftlichem Blickwinkel problematisch, bieten aber eine Vielzahl von Zeitzeugenkommentaren damals führender Politiker, die sich als Ergänzung für eine wissenschaftliche Auswertung der Schriftquellen eignen¹⁸. Bemerkenswert ist zudem das Pamphlet "Die Entführung aus unserer Sicht"¹⁹ der Bewegung 2. Juni selbst.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTEIJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF, Hamburg 2003. Die Memoiren geben zwar einen guten Einblick in die Ereignisse, lassen aber im Detailvergleich starke Zweifel aufkommen, wer überhaupt "Zeuge" von bestimmten Ereignissen war. Till Meyer spricht es am deutlichsten aus: "Um nicht im nachhinein noch die Akten der Verfolgungsbehörden zu komplettieren, habe ich verschiedentlich Orte, Zeiten und Namen verändert oder ganz weggelassen." Ders., Staatsfeind, S. 7. Echte Erinnerungslücken und übertriebene Selbstdarstellung tun ihr Übriges.

Erstvernehmungsprotokolle Peter Lorenz des Berliner Staatsschutzes (in Transkription) vom
 3. 1975, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (künftig: HIS), SAK 33, SAO 66, Box 33.
 Vgl. Tobias Wunschik, Die Bewegung 2. Juni, in: Die RAF und der linke Terrorismus, hrsg. von Wolfgang Kraushaar, Hamburg 2006, Bd. 1, S. 531–561.

¹⁶ Klaus Weinhauer, Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 219–242, hier S. 219; vgl. ebenda für eine umfassende, wenn auch inzwischen schon teilweise veraltete Forschungskritik. Eine ältere, aber einen breiteren ideologischen Kontext erfassende Darstellung ist Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik von 1970 bis heute, Bonn 1995.

¹⁷ Vgl. Michael März, Die Machtprobe 1975. Wie RAF und Bewegung 2. Juni den Staat erpressten, Leipzig 2007; Klaus Stern, Die "Bewegung 2. Juni" und die Lorenz-Entführung. Die Entführung als Aspekt politisch motivierter Gewalt unter besonderer Berücksichtigung der Reaktion des Staates und der daraus resultierenden Folgen für den Deutschen Herbst, unveröff. Diplomarbeit, Kassel 1998, einsehbar in: HIS, SBe 672/42; Klaus Stern/Klaus Salge, Der Austausch. Die vergessene Entführung des Peter Lorenz, produziert von November Film Berlin 1999 (Auftragsproduktion SFB/SWR), 45 Minuten.

¹⁸ So stützt sich die auch handwerklich streckenweise mangelhafte Diplomarbeit ausschließlich auf Medien und Zeitzeugenbefragung. Die Dokumentation ist ein unkommentierter Zusammenschnitt von Interviews und zeitgenössischen Fernsehaufnahmen, von den damaligen Entführern Ralf Reinders und Ronald Fritzsch moderiert.

¹⁹ Vgl. Bewegung 2. Juni, Die Entführung aus unserer Sicht, Selbstdruck Berlin 1975, einsehbar u. a. in: Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, B 106 / 106998. Dieses hochgradig polemische Schriftstück wurde mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren in Berlin verteilt und enthält brisante Informationen aus den Akten von Peter Lorenz, u. a. zu Parteispenden und anstehenden

Der Umgang mit einem so umstrittenen Thema wie dem Terrorismus erfordert Selbstverortung. Im Nachgang zum "weitgehend ohne Beteiligung historischen Sachverstandes⁴²⁰ proklamierten "Neuen Terrorismus⁴²¹ sind verstärkt historische Aufarbeitungen zum Terrorismus erschienen²². Häufig bedienen sich diese allerdings noch eines essentialistischen Terrorismusverständnisses, das neuere theoretische Terrorismusstudien eigentlich weitgehend obsolet gemacht haben. Die Erkenntnis, dass es eine abstrakte, für alle Zeiten und Kulturkreise gültige Definition nicht geben kann²³, legt die Basis für eine sehr breite, über Zeit und Raum morphologische und eben nicht wertneutrale Konzeptsummendefinition, die auch das Grundverständnis für Einzelfalluntersuchungen von Terrorismen²⁴ wie der vorliegenden bilden muss. Das Verständnis darüber, was Terrorismus je nach Rahmenbedingung sein kann, ist entscheidend. In dieser Frage haben insbesondere Alex P. Schmid²⁵ und David Rapoport²⁶ in der internationalen Forschung Maßstäbe gesetzt.

Entlassungen. Mit abgedruckt ist auch ein zynisches Spottlied, das als so genanntes "Lorenz-Lied" in linksradikalen Kreisen weite Verbreitung fand.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgeschichte

²⁰ Heinz-Gerhard Haupt, Politische Gewalt und Terrorismus. Einige historiographische Anmerkungen, in: Weinhauer/Requate/Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik, S. 59-75, hier S. 59.

²¹ Walter Laqueur, A History of Terrorism, Reprint New Brunswick u. a. ⁴2006 (EA New York 1977), S. 5, nannte bereits 1977 als erste seiner berühmten sechs unsterblichen Terrorismuslegenden: "Terrorism is a new, unprecedented phenomenon. For this reason its antecedents (if any) are of little interest." Der Begriff "Neuer Terrorismus" wurde u. a. Ende der 1990er Jahre im Hinblick auf terroristische Verwendung von Massenvernichtungswaffen im Nachklang des Anschlags auf die Tokioter U-Bahn 1995 verwendet.

²² Vgl. Isabelle Duyvesteyn, How New Is the New Terrorism?, in: Studies in Conflict and Terrorism 27 (2004), S. 439-454. Hervorzuheben sind an neueren historischen Untersuchungen insbesondere das zweibändige Werk von Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, sowie der Tagungsband von Weinhauer/Requate/Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Vgl. für einen internationaleren Blickwinkel den historischen ersten Teil der Monographie von Bruce Hoffman, Inside Terrorism, New York 22006.

²³ Zur Debatte vgl. Omar Malik, Enough of the Definition of Terrorism, London 2000.

²⁴ Für die begriffliche Pluralität des Terrorismusbegriffs vgl. Peter Graf Kielmansegg, Der Umschlag von Moral in Amoral, in: Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler, hrsg. von Axel Jeschke und Wolfgang Malanowski, Reinbek b. Hamburg 1980, S. 124-127.

²⁵ Vgl. Alex P. Schmid, Frameworks for Conceptualising Terrorism, in: Terrorism and Political Violence 16 (2004), S. 197-221. Den Nachweis, dass Terrorismus auch als "Essentially Contested Concept" im Sinne von William Connolly verstanden werden muss, erbrachte Jan Oskar Engene, Patterns of Terrorism in Western Europe, 1950–1995, Bergen 1998.

²⁶ Vgl. zum historischen Wellenmodell David Rapoport, The Fourth Wave. September 11 in the History of Terrorism, in: Current History 100 (2001), H. 12, S. 419-424; ders., The Four Waves of Modern Terrorism, in: Attacking Terrorism. Elements of a Grand Strategy, hrsg. von Audrey Kurth Cronin und James Ludes, Washington 2004, S. 46-73. Das Wellenmodell bedarf insbesondere in seiner zunehmend nomothetischen Form ohne Frage weiterer Diskussion und Verfeinerung, liefert jedoch erstmalig einen umfassenden und historisch differenzierenden Ansatz in der theoretischen Terrorismusforschung. In den vierzig Jahren sozialwissenschaftlicher Terrorismusforschung ist fast ausschließlich von einem räumlich und zeitlich universellen Terrorismusbegriff ausgegangen worden.

Die Aufarbeitung der Lorenz-Entführung birgt auch praktische Probleme. Einige Nachlässe, aber insbesondere Deposita sind ohne persönliche Zustimmung der Hinterlasser nicht zugänglich²⁷. Auch sind nur wenige Krisenstabsakten direkt einsehbar. Die meisten liegen nach Auskunft der Archive noch im Bundeskanzleramt, in der Berliner Senatskanzlei oder bei anderen Behörden, die damals Krisenstäbe unterhalten haben. Die staatlichen Archive beginnen gerade erst mit der Erschließung der Bestände der 1970er Jahre, viele Findmittel reichen kaum an die späten 1960er Jahre heran und entsprechende Abgabelisten sind nicht öffentlich zugänglich. In einigen Bundesländern wird der Zugang durch bürokratische Hürden noch zusätzlich erschwert. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisgrenzen sind offensichtlich. Die historische Terrorismusforschung, insbesondere die aus dem Blickwinkel des Staates geschriebene, muss nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell nach wie vor als Pionierarbeit verstanden werden.

Die Entführung

Tag 1 – Der verschwundene Spitzenkandidat

Am 27. Februar 1975 um 9.05 Uhr lief die Großfahndung nach dem 52-jährigen Peter Lorenz, einer unbekannten Frau und zwei Männern an, die im Dienstwagen des CDU-Landesvorsitzenden flüchtig waren²⁸. Etwa eine viertel Stunde zuvor war dessen Fahrer Werner Sowa nach einem fingierten Auffahrunfall an der Kreuzung Quermatenweg und Ithweg von einem verkleideten Straßenfeger niedergeschlagen worden. Peter Lorenz, der die Endphase seines Wahlkampfes für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin ausgerechnet unter dem Motto "Mehr Tatkraft schafft mehr Sicherheit" absolvierte, hatte sich nach einem langen Veranstaltungs- und Kneipenabend unter anderem mit dem CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl²⁹ verspätet, so dass der Fahrer mit hoher Geschwindigkeit in Richtung CDU-Landesgeschäftsstelle fuhr. Als plötzlich von rechts ein Laster aus dem Ithweg kam und die enge Kreuzung versperrte, blieb dem Fahrer nichts anderes übrig, als scharf zu bremsen, so dass, scheinbar unbeabsichtigt, eine Frau in einem roten "Fiat Spezial" auffuhr. Wenig später lag Werner Sowa auf der Straße und mehrere Terroristen der "Bewegung 2. Juni" stürzten sich auf den noch im Wagen sitzenden Peter Lorenz³⁰. Till Meyer, mit Maschinenpistole im Anschlag, hielt Fahrer, Passanten und Anwohner zurück. Lorenz wehrte sich vehement gegen den plötzlichen Angriff und trat dabei die

³⁰ Unmittelbar an der Entführung beteiligt waren Inge Viett (als Frau im Fiat), Ralf Reinders, Till Meyer, Ronald Fritzsch, Gabriele Rollnik, Andreas Vogel und Gerald Klöpper. Vgl. z. B. Rollnik/Dubbe, Keine Angst, S. 37.



²⁷ Dies ist insbesondere bei Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und (dem schon verstorbenen) Peter Lorenz der Fall, deren private Unterlagen der Wissenschaft noch weitgehend verschlossen sind.

 $^{^{28}}$ Fernschreiben des Bundesministerium des Innern (BMI) an alle zuständigen Stellen vom 27.2. 1975, in: BA Koblenz, B $106 \not 106997$.

²⁹ Vgl. Helmut Kohl, Erinnerungen. 1930–1982, München 2004, S. 358.

Windschutzscheibe des Wagens ein. Die Terroristen versuchten, Lorenz mit "Haloperidol", einem Neuroleptikum, zu betäuben, was jedoch nicht gelang, da die Entführer Größe und Gewicht ihres Opfers unterschätzt hatten³¹. Seinen Widerstand gab Lorenz erst auf, als die Terroristen ihm mit dem Schicksal des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann drohten, der im November des Vorjahres als Reaktion auf den Hungertod von RAF-Mitglied Holger Meins von der "Bewegung 2. Juni" erschossen worden war³². Ironischerweise war Lorenz nach dem Tod Drenkmanns Personenschutz zugestanden, im Januar aber nach Neueinschätzung der Lage für unnötig befunden worden. Während des Wahlkampfs wurde sein Haus nur nachts bewacht³³.

Die Entführer wechselten nach kurzer Fahrt das Auto und steckten Peter Lorenz in eine große Holztruhe, in der sie ihn zu seinem "Volksgefängnis" in der Kreuzberger Schenkendorfstr. 7 brachten. Zeitgleich begannen die Behörden in Bonn und Berlin mit der Suche nach den unbekannten Tätern. Während das Bundeskriminalamt (BKA) offenbar vorsorglich eine Liste mit 71 "in Haft befindliche[n] anarchistischen Gewalttätern "34 erstellte, mahnte das Bundesinnenministerium (BMI) die entsprechenden Stellen, Flugsicherheitsmaßnahmen "besonders sorgfaeltig durchzufuehren", "um kriminelle parallelaktionen zur entfuehrung [...] zu verhindern"35. Der Reflex, sofort an weitere Flugzeugentführungen zu denken, erklärt sich aus dem Blickwinkel der damaligen Zeit. Die bisherigen Erfahrungen mit Terrorismus waren geprägt von der damals so bezeichneten "Luftpiraterie"³⁶. Erst kurz zuvor, am 13. und 19. Januar 1975, hatten gegen israelische El-Al-Flugzeuge gerichtete Raketenanschläge auf dem Pariser Flughafen Orly die internationale Öffentlichkeit erschüttert³⁷. Die nach dem zweiten Anschlag gestellten Terroristen wurden mit sechs Geiseln auf nachdrückliche

³⁶ Vgl. für den größeren Zusammenhang Jin-Tai Choi, Aviation Terrorism. Historical Survey, Perspectives and Responses, London 1994. Mit besonderem Fokus auf mediale Wahrnehmung von Luftfahrtterrorismus vgl. Annette Vowinckel, Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten, in: Zeithistorische Forschungen 2/2004, Online unter http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Vowinckel-2-2004, Abruf 14. 5. 2007. 37 Vgl. Schreiben des israelischen Verkehrsministers Gad Yaacobi an seinen westdeutschen Kollegen Kurt Gscheidle vom 20.1. 1975 sowie das Fernschreiben der deutschen Botschaft Bagdad an das AA vom Folgetag, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.



³¹ Eine Ampullenschutzhülle wird später am Boden des Mercedes gefunden. Vgl. Fernschreiben der Berliner Landespolizei an alle Staatsschutzbehörden vom 27. 2. 1975, 19.12 Uhr mit einem ausführlichen Erkenntnisstand, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

³² Die Beschreibung stützt sich auf die Berichte der Mittäter Ralf Reinders und Ronald Fritzsch, Inge Viett, Till Meyer und Gabriele Rollnik, die mit den überlieferten Ermittlungsergebnissen und Zeugenvernehmungen abgeglichen wurden. Vgl. auch Erstvernehmungsprotokolle Peter Lorenz des Berliner Staatsschutzes (in Transkription) vom 5. 3. 1975, in: HIS, SAK 33, SAO 66, Box 33.

³³ Vgl. Telefonvermerk BMI / ÖS 6 mit der Berliner Innensenatsbehörde vom 3, 3, 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

³⁴ Liste des BKA, Abteilung Staatsschutz vom 27. 2. 1975, darunter auch die später freigepressten Häftlinge, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

³⁵ Fernschreiben des BMI vom 27. 2. 1975, 10.47 Uhr (beide Zitate), in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

Intervention des französischen Außenministers nach Bagdad ausgeflogen, obwohl die irakische Regierung dies prinzipiell ablehnte. Dieser und andere Fälle zeigen auch, dass staatliches Nachgeben 1975 im internationalen Maßstab keine Seltenheit war.

Nicht einmal eine Woche vor der Lorenz-Entführung betonte das BMI mit Bezug auf Informationen des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) die akute Gefahr von Gefangenenbefreiungsaktionen:

"aktionen zugunsten von mitgliedern der baader-meinhof-bande unter beteiligung terroristischer gruppen des auslandes (japanische rote armee, palaestinenser) sind nicht auszuschließen […] der zivile luftverkehr musz nach der erfahrung als ein bevorzugtes angriffsziel gelten."

Klaus Schütz, der damals amtierende Regierende Bürgermeister von Berlin, erinnert sich sogar an noch konkretere Warnungen³⁹. Kurz nach Bekanntwerden der Entführung berief er im Rathaus Schöneberg einen überparteilichen Krisenstab, der gegen 12 Uhr beschloss, den Wahlkampf abzubrechen, jedoch an der Wahl am 2. März festzuhalten⁴⁰. In diesem Krisenstab zeigte die erste Diskussion der Lage ein sehr heterogenes Meinungsbild. Schütz und der CDU-Vizevorsitzende Schmitz traten dezidiert für ein Nachgeben in jedem Falle ein, die FDP-Vertreter sowie Justizsenator Korber waren "strictissim[e] dagegen"⁴¹.

Als gegen 14 Uhr endlich der Dienstwagen von Lorenz in einer Tiefgarage gefunden wurde⁴², hatte das BKA in Wiesbaden bereits einen Bekenneranruf der "Aktion Widerstand" erhalten, die den tatsächlichen Entführern zuvorgekommen war⁴³. Weitere Bekenntnisse und Drohungen gegen andere Politiker gingen an diesem Tag bei den Behörden ein. Das verweist auf einen breiteren Kreis von Sympathisanten, die derlei Aktionen mit Wohlwollen wahrnahmen⁴⁴. Insofern ist die Erklärung von Regierungssprecher Klaus Bölling, dass "die Verantwortlichen für

⁴⁴ Dieses Klima erhöhter Gewaltbereitschaft spiegelt auch der Zeitplan Entführung BMJ, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546, wider, in dem auch Randereignisse registriert sind. Im Laufe des Jahres 1975 wurde eine wahre Flut an durchgeführten und versuchten Anschlägen (meist kleineren) Ausmaßes registriert. Gleichzeitig zur Lorenz-Entführung gehen zudem Attentats- und Entführungsdrohungen gegen u.a. Helmut Schmidt und Ministerpräsident Hans Filbinger ein. Vermerk Lagezentrum BMJ vom 5. 3. 1975, 1.37 Uhr, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400547.



³⁸ Eine besondere Rolle spielten wohl auch gerade erfolgte "[W]iedergutmachungsleistungen" der Bundesrepublik an Israel, die in der arabischen Welt zu Feindseligkeiten geführt hatten. Fernschreiben des BMI an das Auswärtige Amt (AA) vom 19. 2. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

³⁹ Vgl. Schütz in: Stern/Salge, Austausch, Min. 15:11 bis 15:33.

 $^{^{\}rm 40}$ Vgl. Chronologie des Bundesgrenzschutzes für den Bundesinnenminister, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B106 / 371816.

⁴¹ Schmitz, zitiert nach Stern, Entführung, S. 99.

 $^{^{42}}$ Vgl. Fernschreiben des Polizeipräsidenten von Berlin mit Aufhebung der Großfahndung vom 27. 2. 1975, 14.50 Uhr, in: BA Koblenz, B $106\ /\ 106997.$

⁴³ Vgl. Blitz-Fernschreiben des BKA vom 27. 2. 1975, 14.39 Uhr, in: Ebenda.

dieses Verbrechen die Verachtung aller Bürger 45 treffe, nur ein Teil der Wahrheit. Dass dieses Sympathisantenproblem sehr wohl ernst genommen wurde, zeigt auch eine Ansprache von Außenminister Genscher wenige Tage später, in der er (für den erkrankten Bundeskanzler) die "Verharmloser" anklagte: "[W]er hier kein klares Nein über die Lippen bringt, der macht sich mitschuldig."⁴⁶

Den Tag der Entführung verbrachten die staatlichen Instanzen in offensichtlicher Rat- und Ahnungslosigkeit, gefüllt mit Sondersitzungen und der Bildung von politischen und polizeilichen Krisenstäben. Bundesinnenminister Werner Maihofer sowie die Bundesparteivorsitzenden Willy Brandt, Kohl und Genscher ließen es sich nicht nehmen, ihren Berliner Parteikollegen zu assistieren 47. Diese ersten - überparteilichen - Sitzungen am Nachmittag waren laut Schütz, dessen politisches Überleben in Berlin mit dem physischen Überleben seines Kontrahenten verknüpft war und der schon allein deshalb mit großer Vehemenz für einen Austausch um jeden Preis warb, eine "Lehrstunde besonderer Art. Einige stimmten mir zu. Andere hielten ihren Mund und guckten bedeutend."⁴⁸ Auch Widerstände waren zu brechen: Die Berliner FDP ließ sich erst auf Druck ihres Bundesvorsitzenden darauf ein, Lorenz in jedem Falle freizutauschen⁴⁹.

Während Peter Lorenz in seinem "Volksgefängnis" mit seinen Entführern Schach spielte und das Ohnsorg-Theater im Fernsehen sah⁵⁰, wurden in den Ministerien erste Szenarios durchgespielt. So entstand im Bundesministerium der Justiz (BMJ) unter Hans-Jochen Vogel bereits ein Rechtsgutachten, das die Verfassungsmäßigkeit eines möglichen Gefangenenaustauschs bestätigte. Dort heißt es, es sei zumindest nicht verfassungswidrig, den Schutz des Lebens (von Peter Lorenz) über andere Rechtsgüter zu stellen⁵¹. Als polizeiliche Maßnahmen wurden Fahrzeug- und Personenkontrollen intensiviert, Grenzübergänge gesichert und Personal des BKA eingeflogen⁵². Am Nachmittag wurde Angela Luther zur

⁵² Die Involvierung des BKA und des Bundesgrenzschutzes musste mit Rücksicht auf die damals noch deutlich stärkere polizeiliche Länderhoheit erfolgen. Zudem machte die besondere Situa-



⁴⁵ Erklärung des Sprechers der Bundesregierung, Staatssekretär Klaus Bölling, vom 27. 2. 1975, in: Bulletin Nr. 27 vom 28.2. 1975, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 265.

⁴⁶ Ansprache des stellvertretenden Bundeskanzlers Hans-Dietrich Genscher am 2.3. 1975 vor der Handwerkskammer in Düsseldorf, in: Bulletin Nr. 29 vom 5.3. 1975, hrsg. vom Presseund Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 285.

⁴⁷ Die DDR betrachtete dies als Affront gegen den Viermächtestatus von Berlin. Insbesondere in der Teilnahme von Maihofer wurde eine schleichende Kompetenzübernahme der Bundesregierung über Berlin gesehen. Vgl. Vermerk über Erkenntnisse aus der Lorenz-Entführung für das Politbüro vom 6. 3. 1975, in: Archiv der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen (künftig: BStU), ZAIG 14967.

⁴⁸ Klaus Schütz, Logenplatz und Schleudersitz, Berlin u. a. 1992, S. 150.

⁴⁹ Vgl. Aussage Schütz in: Stern, Entführung, S. 94.

⁵⁰ Vgl. z. B. Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 77.

⁵¹ Vgl. Vermerk des BMJ vom 27. 2. 1975, in: BA Koblenz, B 141 / 80795. Die Prüfung dieser Frage noch vor bekannt werden der Forderungen ist insofern nicht verwunderlich, als dass Gefangenenbefreiungen, insbesondere der Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe, bei vielen Splittergruppen höchste und öffentlich geäußerte Priorität hatten. Eine Fehldatierung ist allerdings auch nicht auszuschließen.

Fahndung ausgeschrieben, die Lorenz' Fahrer "durch lichtbildvorlage"⁵³ fälschlicherweise erkannt zu glauben hatte.

Am Abend begann die politische Auswertung in der Fernseh- und Medienarena⁵⁴, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sechs im Jahr 1975 anstehenden Landtagswahlen, darunter auch die Wahl in Rheinland-Pfalz nur zwei Wochen später, wo Ministerpräsident Helmut Kohl erneut kandidierte. Von der frühzeitig von Bundeskanzler Schmidt beschworenen "Solidarität der Demokraten"⁵⁵ war im Augenblick der akuten Krise wenig zu spüren. Die Äußerungen des Abends schwankten zwischen Ratlosigkeit und Schuldigensuche. Die Lorenz-Entführung brachte weiteres Wasser auf die Mühlen der "Unregierbarkeitsdebatte"⁵⁶, die die Opposition für sich zu nutzen gedachte. Helmut Schmidt erntete die schärfste Kritik. Zum Wahlkampfauftakt in Berlin hatte er mit beißender Häme Peter Lorenz indirekt Panikmache vorgeworfen:

"Ein Flugblatt der Berliner CDU. Dicke Überschrift: Berliner leben gefährlich. [...] Der Peter Lorenz nämlich – das ist der freundliche Herr hier mit der Hornbrille, der das verantwortet, diesen Unfug – der muss sich offenbar nachts in seiner Wohnung ängstigen...? Er hört da unbekannte Geräusche... Vielleicht ist es Herr Lummer 2457

Helmut Kohl warnte geschichtsbewusst vor einer durch "politische[n] Vandalismus" bedingten Rückkehr in "eine schlimme Zeit der Weimarer Republik", Heinrich Lummer vor einer "Verwilderung demokratischer Sitten und Grundsätze"⁵⁸.

⁵⁸ Helmut Kohl am 27. 2. 1975 in "Heute" (ZDF), 19 Uhr, Heinrich Lummer am 27. 2. 1975 in "Politik am Mittag" (WDR), 13.10 Uhr, Transkriptionen des BPA, in: BA Koblenz, 106 / 106997.



tion Westberlins einen Einsatz von Sicherheitskräften des Bundes auch zu einer internationalen Angelegenheit. Die erwartete, offizielle Demarche von sowjetischer Seite über die Verletzung des Viermächtestatus Berlins durch den Einsatz von Bundesbeamten folgte wenige Wochen später. Schreiben AA an BMI vom 4. 4. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, Bd. 3. Die BGS-Beamten waren daher auch nur zur "fernmeldetechnischen Unterstützung" dem Berliner Innensenator "ausgeliehen". Fernschreiben BMI an BGS vom 28. 2. 1975, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 106 / 371816.

 $^{^{53}}$ Fernschreiben der Berliner Landespolizei vom 27. 2. 1975, 19.12 Uhr, in: BA Koblenz, B106 / 106997.

⁵⁴ Zu den Spezifika der "Four Arenas of Discourse on 'Terrorism" und der jeweilige Rückwirkungen vgl. Alex P. Schmid, The Response Problem as a Definition Problem, in: Western Responses to Terrorism, hrsg. von dems. und Ronald D. Crelinsten, London u. a. 1993, insbesondere S. 7–11.

⁵⁵ Regierungssprecher Klaus Bölling am 27.2. 1975 in der Tagesschau (DFS), 20 Uhr, Transkription des Bundespresseamts, in: BA Koblenz, 106 / 106997. In dieser Erklärung deutete Bölling bereits an, dass der Bundeskanzler einen überparteilichen Stab bilden wolle.

⁵⁶ Zwei Tage vor der Entführung hatte das Bundesverfassungsgericht zudem die umstrittene Reform des Abtreibungsparagraphen 218 StGB zurückgewiesen.

⁵⁷ Heinrich Lummer war CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus. Schmidt spielt auch auf die niedrigen Popularitätswerte von Lorenz an. Eigene Transkription nach dem auch im Hinblick auf Intonation und Publikumswirkung interessanten Mitschnitt in der Dokumentation von Klaus Stern. Vgl. Stern/Salge, Austausch, 4:22 bis 5:00 Min. [kann je nach Aufzeichnung geringfügig abweichen]. Vgl. auch dpa-Meldung vom 27. 2. 1975 zur Kritik der CDU-Abgeordneten Lieselotte Berger an Schmidts Kommentar mit nicht ganz identischer Wiedergabe des Wortlauts, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

Bundesinnenminister Werner Maihofer trat zudem mit merkwürdigen Ansichten vor die Presse: Auf die Frage, ob es sich um einen kriminellen oder politischen Akt handele, antwortete Maihofer, das sei das "eine und das selbe"⁵⁹. Verblüffen muss, dass Maihofer der Tatsache, dass die Entführung in einer Großstadt stattgefunden hatte, herausragende Bedeutung beimaß und suggerierte, dass für Berlin andere Maßstäbe gälten. Er erklärte, das "Großstadtklima" Berlins sei "ideal" für "eine solche nach perfektem Ritual hier durchgeführte Aktion", die man ja schon in den "Zellenzirkularen [hätte] nachlesen" können. Auf die Frage des Journalisten, warum dann nicht gleich Maßnahmen ergriffen worden seien, wies Maihofer darauf hin, dass in einer Großstadt die Möglichkeiten nun einmal eingeschränkt seien:

"Wissen Sie, das ist im Trubel eines solchen Großstadtverkehrs, selbst wenn hinterher Tausende von Polizisten und Hubschraubern, was immer eingesetzt wird, außerordentlich schwer verfolgbar, wenn so im Gewühl und in all dem Gedränge der Großstadt nun solche Fahrzeuge da untertauchen."60

"Schuld" trugen seiner Ansicht nach die Anwohner, die verdächtige Fahrzeuge beobachtet, aber nicht der Polizei gemeldet hatten⁶¹.

Am späten Abend traf sich Helmut Schmidt - obwohl die Bundesregierung formal und unter Berücksichtigung des Viermächtestatuts von Berlin nicht in der Verantwortung war – mit den Parteiführern und Fachministern zu einer ersten Lagebesprechung im "Ministergremium für besondere Lagen". Dieses war bereits 1968 im Zuge der Ereignisse in der ČSSR und auf Druck der NATO geschaffen worden. Damals wurde erkannt, dass "Krisensituationen [...] eine verstärkte Konsultation auf höchster politischer Ebene, insbesondere auch zwischen Bund und Ländern erforderlich"62 machen. Auch die Fraktionsvorsitzenden der Parteien wurden damals ausdrücklich mit einbezogen, so dass die Schaffung eines parteiübergreifenden politischen Stabs entgegen häufiger Annahme keine Neuerfindung im Zuge der Lorenz-Entführung ist⁶³.

In der Presse kursierten die Begriffe "großer Krisenstab" (Bonn) und "kleiner Krisenstab" (Berlin), die Schmidt aber damals wie heute ablehnt⁶⁴. Klaus Schütz



⁵⁹ Maihofer am 27. 2. 1975 in "Heute" (ZDF), 23.20 Uhr, Transkription des BPA, in: Ebenda.

⁶⁰ Maihofer am 27. 2. 1975 in "Kontraste" (DFS), 20.40 Uhr, Transkription des BPA, in: Ebenda.

⁶² Vermerk Bundeskanzleramt vom 10. 10. 1968, in: BA Koblenz, B 136 / 12976.

⁶³ Dem Ministergremium für besondere Lagen gehörten planmäßig der Bundeskanzler, der Außenminister, die Bundesminister für Inneres, Justiz, Finanzen, Verteidigung und Verkehr sowie der Chef des Bundeskanzleramts an. Zusätzlich einberufen wurden der Chef des Bundespresse- und Informationsamts, bestimmte Abteilungsleiter sowie die Vertreter der Oppositionsparteien im Bundestag. Vgl. die Zusammensetzung der Stäbe sowie die Abgrenzung zu den anderen Krisenstäben "Pinguin" (Diplomatenentführungen) und "Schwalbe" (Flugzeugentführungen) in: BA Koblenz, B 106 / 78711, Bde. 2 und 3. Im Fall der Lorenz-Entführung wurden zusätzlich die Regierungschefs der betroffenen Länder sowie die Vorsitzenden der Innen- und Justizministerkonferenz dazu gebeten.

⁶⁴ Vgl. Stern, Entführung, S. 92.

erinnert sich an eine "eigentümlich amorphe Stimmung. Keiner wußte so recht, wo es langgehen sollte. [...] Die Diskussion war schwierig und nicht immer angenehm."⁶⁵ Helmut Kohl schreibt in seinen Memoiren: "Helmut Schmidt hielt sich lange Zeit bedeckt. Welche Einstellung er tatsächlich hatte, war in diesem Moment nicht zu erkennen."⁶⁶ Schmidt versuchte, das Stimmungsbild zusammenzufassen: "Wir stellen also fest, die CDU und die CSU sind für Nachgeben", woraufhin Schütz sich an die Seite des Lorenz-Freundes Kohl stellte: "Da mußte ich korrigieren: 'Die CDU und die CSU und der Senat von Berlin."⁶⁷

Angeblich wurde die grundsätzliche Entscheidung, nachzugeben, schon an diesem Abend gefällt: "Als am anderen Tag die Forderungen der Erpresser bekannt wurden, gab es überhaupt keine Diskussion mehr darüber, ob der Staat nachgeben und sich erpressen lassen dürfe."⁶⁸ Es bleiben große Zweifel an dieser Version, denn viele Quellen und Aussagen sprechen durchaus noch von grundsätzlichen Debatten in den Krisensitzungen der Folgetage. Sicherlich waren die Haltungen seit der ersten Sitzung (intern) bekannt, einen ereignisunabhängigen Automatismus bedeutete dies aber noch lange nicht.

Tag 2 – Die Forderungen

Am nächsten Morgen gab es immer noch keine neuen Erkenntnisse: "Der Spitzenkandidat der CDU war wie vom Erdboden verschluckt, und gleichwohl ständig präsent. Überall in der Stadt zeigten Plakate einen freundlich lächelnden Peter Lorenz, der 'mehr Tatkraft, mehr Sicherheit' forderte."⁶⁹ Um 9.30 Uhr begann eine bundesweit angelegte Alibiüberprüfung bei 120 Verdächtigen nach Kontakten und Reisebewegungen, zudem sollten rund 2000 weitere Personen der Sympathisantenszene verhört werden⁷⁰.

Erst kurz nach 10 Uhr wurde bekannt, dass bei der deutschen Presseagentur (dpa) in Berlin ein Eilbrief eingegangen war. In dem Schreiben, dem zwei Fotos des entführten Peter Lorenz beigefügt waren, bekannte sich die "Bewegung 2. Juni" zu der Entführung⁷¹. Sie nutzte die Aufmerksamkeit, um eine Generalab-

⁷¹ Das Foto ist von gleicher Machart wie das spätere Foto von Hanns-Martin Schleyer als Gefangener der RAF. Es ist anzunehmen, dass auch in dieser Hinsicht eine Gruppe von der anderen gelernt hat. Das Schreiben, das auch im "Lagebericht Innere Sicherheit" vom 28. 2. 1975 an die Bundesbehörden verbreitet (BA Koblenz, B 106 / 106997) und tags darauf in allen größe-



⁶⁵ Schütz, Logenplatz, S. 150 f.

⁶⁶ Kohl, Erinnerungen, S. 360. Lediglich Herbert Wehner soll noch gegen einen Austausch plädiert haben. Alle anderen, auch Genscher, stimmten dafür. Vgl. Stern, Entführung, S. 95.

⁶⁷ Schütz, Logenplatz, S. 151. An welchem Tag genau dieser Satz gefallen ist, bleibt in den Memoiren unklar. Dort klingt es, als wenn diese "Abstimmung" direkt nach Bekanntwerden der Entführung am 27. 2. 1975 erfolgte. In der Dokumentation von Stern wird er in der letzten großen Krisensitzung am 2. 3. 1975 um 23 Uhr gesagt. Vgl. Schütz in: Stern/Salge, Austausch, Min. 23:45 bis 24:20. Denkbar ist die Abzählrunde aber auch in den anderen Sitzungen.

⁶⁸ Kohl, Erinnerungen, S. 360.

⁶⁹ Jacques Schuster, Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte, Berlin 1997, S. 281.

 $^{^{70}}$ Ergebnisvermerk der Innenministerkonferenz der Länder am 28. 2. 1975 in Bonn, und Fernschreiben des LKA Bayern gleichen Datums, in: BA Koblenz, B $106\ /\ 106997.$

rechnung mit "bonzen", "akkordhetze", "verteidigereinschränkung", "zionismus", § 218, Pinochet und Häftlingsbedingungen "in den staatsknästen" zu verbreiten. Vier Forderungen wurden mit der Freilassung Lorenz' verknüpft: Erstens die Freilassung von Gefangenen, die während einer Protestdemonstration gegen den Hungertod von Holger Meins festgenommen worden waren, innerhalb von 24 Stunden. Zweitens die Freilassung und das Ausfliegen von verurteilten Terroristen wie Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Horst Mahler, Rolf Pohle, Ina Siepmann und Rolf Heißler innerhalb von 72 Stunden mit einer Boeing 707 aus Berlin. Jedem sollten 20.000 DM ausgehändigt werden, und alle sechs sollten von "einer person des öffentlichen lebens begleitet" werden, dem Pfarrer und ehemaligen Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz⁷². Drittens sollte diese Mitteilung in allen größeren Zeitungen Deutschlands auf Kosten der CDU abgedruckt werden, und viertens wurde strikte "waffenruhe von seiten der polizei" gefordert: "keine präsenz auf den straßen, keine kontrollen, keine hausdurchsuchungen, keine festnahmen, keine fahndungsphotos". Um den Ernst der Lage zu unterstreichen, wurde zudem auf den Tod des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann hingewiesen.

Nachdem das ersehnte Signal der Entführer eingegangen war - an dem von Seiten der RAF umgehend auch Zweifel geäußert wurden 73 -, setzte sich der Apparat zur Krisenbewältigung in Gang. Eiligst wurden Krisenstäbe im Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt gebildet 74. Außergewöhnlich schnell wurden die Botschaften im arabischen Raum und Kuba auch für das anstehende Wochenende in Bereitschaft versetzt und erste Lande- und Aufnahmeerlaubnisse sondiert⁷⁵. Während Pfarrer Albertz⁷⁶ nach Berlin geflogen wurde⁷⁷, eilte sein Nachfolger Klaus Schütz zu den Stadtkommandanten der Berliner Schutzmächte, um ein alliiertes

⁷⁷ Albertz erklärte nach kurzer Rücksprache mit seinem Landesbischof und Mentor Kurt Scharf: "Wir waren uns einig, daß, wenn die politischen Instanzen sich auf den von den Entführern vorgebrachten Erpressungsvorschlag einlassen, ich mich zur Verfügung stellen sollte. In diesem Sinne habe ich Herrn Schütz bereits am Telefon gegen 12.30 Uhr geantwortet." Bericht vom 11. 3. 1975, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.



ren Zeitungen der Bundesrepublik abgedruckt wurde, findet sich u.a. in: Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 78-80. Alle folgenden Zitate gemäß dieser Quelle.

⁷² Albertz war im Zuge der für die Bewegung 2. Juni namensgebenden Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. 6. 1967 als Regierender Bürgermeister von Berlin zurückgetreten.

⁷³ RAF-Rechtsanwalt Klaus Croissant erklärte den verwunderten Behörden telefonisch, dass die gemäßigten Forderungen, insbesondere nach Freilassung Mahlers, Hinweise auf eine gefälschte Botschaft seien. Vermerk Polizeipräsident Berlin vom 28. 2. 1975 über Anruf Croissants, in: HIS, SAO 60, Box 31.

⁷⁴ Blitz-Fernschreiben des Bundeskanzleramts vom 28. 2. 1975, in: BA Koblenz, B 104932.

⁷⁵ Fernschriftverkehr zwischen Auswärtigem Amt und z.B. Botschaft Beirut vom 28. 2. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

⁷⁶ Heinrich Albertz, von 1966 bis 1967 Regierender Bürgermeister von Berlin, hatte sich offenbar nach seinem Rücktritt auf seine christlichen Wurzeln besonnen und arbeitete wieder als Pastor. In der linken Szene wurde er nach kurzem Zögern als Fürsprecher und unbestechlicher Vermittler für die Studentenbewegung anerkannt.

Flugzeug für das Ausfliegen der Häftlinge zu erhalten⁷⁸. Diese erklärten sich jedoch nur bereit, ein kleines Flugzeug, nicht aber die geforderte Boeing 707 bereitzustellen, wie Schütz am Folgetag dem politischen Krisenstab mitteilen musste⁷⁹.

Im Bundestag stärkte der Innenausschuss in einer Sondersitzung dem immer noch ratlos wirkenden Bundesinnenminister den Rücken, "daß die Exekutive rechtmäßig handele, auch wenn sie auf die Forderungen der Entführer eingehe"⁸⁰. Maihofer äußerte seine Verwunderung, dass "Mitglieder des harten Kerns der Vereinigung um die Anarchisten Baader und Meinhof [...] nicht unter den sechs genannten Personen" seien. Mit der Forderung seien vielmehr "alle Spektren der anarchistischen Szene erfasst" worden. Der nicht besonders überraschende Schluss: "Dies ließe darauf schließen, daß hier die Festigkeit des Staates getestet werden solle."⁸¹

Auch die außerplanmäßigen Innen- und Justizministerkonferenzen der Länder beschlossen umfangreiche Unterstützung für die Berliner Behörden. Beamte aus sechs Bundesländern wurden nach Berlin entsandt sowie verdeckte Fahndungen und Fahndungsplakate diskutiert. Die EDV-gestützte Rasterfahndung, ein Lieblingsprojekt des umtriebigen BKA-Präsidenten Horst Herold, wurde zum Einsatz gebracht⁸². Herold konnte zudem den Teilsieg verbuchen, dass das BKA als vorläufiges Koordinationsgremium im Fall Lorenz aktiv wurde⁸³. Die Berliner Polizei, deren Gewerkschaft sich wegen der Gefahr von Nachahmern vehement gegen ein Eingehen auf die Forderungen einsetzte, hatte 100.000 DM Belohnung für Hinweise ausgesetzt, der stark rechtsgerichtete "Bund Freies Deutschland" gab 50.000 DM dazu⁸⁴. Am gleichen Tag ging eine zweite Mitteilung der Entführer ein, die noch einmal die Forderungen bekräftigte. Peter Lorenz bekam zudem Gelegenheit, einen persönlichen Brief an seine Frau zu schicken, in dem er unter anderem die Polizei zur Kooperation aufforderte⁸⁵.

⁸⁵ Vgl. Wortlaut bei Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 82. Dieser Brief befindet sich in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6300, darf aber durch den gesetzlichen Schutz der Persönlichkeitsrechte von Peter Lorenz nicht öffentlich ausgewertet werden.



⁷⁸ dpa-Meldung vom 28. 2. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

⁷⁹ Protokoll des politischen Krisenstabs, 2. Sitzung, am 1. 3. 1975 in Berlin, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6300. Die Gründe dafür waren nicht zu ermitteln. Vermutlich wollten die Westmächte der Bundesregierung die offizielle Verantwortung für die Häftlinge zuspielen.

⁸⁰ Redebeitrag des Ausschussvorsitzenden Schäfer, Kurzprotokoll der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestags am 28. 2. 1975, 15 Uhr, (BT/7/724-2450), in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

⁸¹ Redebeitrag des Bundesinnenministers Maihofer, in: Ebenda.

⁸² Zur Person Horst Herold vgl. Dieter Schenk, Der Chef. Horst Herold und das BKA, Hamburg 1998.

 $^{^{83}}$ Ergebnisvermerk der Innenministerkonferenz der Länder am 28.2. 1975 in Bonn, in: BA Koblenz, B $106 \neq 106997.$

 $^{^{84}}$ dpa-Meldung vom 28. 8. 1975, in: BA Koblenz, B $106 \neq 106997$. Die Anweisung des Polizeipräsidenten erging schon am Abend des 27. 2. 1975. Vgl. Chronologie des BGS für den Bundesinnenminister, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B $106 \neq 371816$.

Zwei vermutlich an diesem Tag im Bundesinnenministerium entstandene Strategiepapiere lassen besonders tief in die aufgewühlte Gedankenwelt der politischen Bürokratie blicken⁸⁶. Alle Optionen, wie man mit den Entführern umgehen sollte, waren eindeutig auf einen polizeilichen Zugriff zugeschnitten. Interessanterweise wurden zwar Parallelen zur Entführung des deutschen Diplomaten Karl Graf von Spreti 1970 in Guatemala gezogen, nicht jedoch zu dem deutlich ähnlicheren, verheerenden Polizeizugriff in Fürstenfeldbruck nach dem Anschlag auf die Olympischen Spiele 1972. Fazit war, dass nur eine Zug-um-Zug-Lösung weitere Informationen und möglicherweise direkten Kontakt zu den Entführern bringen könnte. Ebenso müsse darauf gedrängt werden, das Flugziel zu erfahren, damit man eventuelle Maßnahmen vor Ort ergreifen könne. Besonders besorgniserregend war, dass eine Boeing 707 etwa 10.000 km weit fliegen und damit sogar Südamerika im Direktflug erreichen konnte, wo es angeblich bereits eine Infrastruktur für befreite RAF-Häftlinge gab. Unter den gehandelten Optionen wurde die tatsächliche - nämlich ein Ausfliegen der Häftlinge ohne die Entführer und ohne Lorenz - als die denkbar schlechteste bewertet, da das Schicksal Lorenz' weiter ungewiss sei und die Täter weiter im Dunkeln blieben⁸⁷. Ebenso wurde eine Liste von Pro- und Kontra-Argumenten aufgestellt, die 6:4 für ein Nachgeben sprach. Ganz klar wurde hier schon auf der Kontra-Seite die später dominante Strategie benannt, die eine Kapitulation des Staates kategorisch ausschloss: "Da er [der Staat] das Gesamtinteresse im Auge behalten muß, muß er notfalls das Interesse eines einzelnen nachordnen. "88 Ausschlaggebend für ein Nachgeben scheint in dieser Aufstellung jedoch der Gedanke gewesen zu sein, dass der Staat selbst bei einer Opferung Lorenz' in möglichen Folgeentführungen irgendwann doch nachgeben müsse und Lorenz damit umsonst aufgegeben hätte. Auch das unter Kontra aufgelistete Argument, dass der Eindruck eines "schwachen Staats" zu Verunsicherung im Volk führen könnte, wurde deutlich überstimmt: "Das 'Volksempfinden' sollte gerade in solchen Situationen nicht zur Leitlinie überlegten staatlichen Handelns gemacht werden."89

Am späten Abend wirkte Altkanzler Brandt im Fernsehen auf eben dieses Volksempfinden ein. Er verwies offenbar als einziger auf die internationale Problematik des Terrorismus und zog Parallelen zu Frankreich, Irland und Spanien: "Das ist alles komplizierter, als sich manche vorstellen."90 Zuvor, ab 19.30 Uhr, hatte in Bonn der zweite überparteiliche Krisenstab unter Bundeskanzler Schmidt wieder über die Forderungen der Entführer beraten. Eine besondere Sorge war, dass Pfarrer Albertz eventuell nicht zur Verfügung stehen könnte.

⁹⁰ Willy Brandt am 28.2.1975 in "Bericht aus Bonn" (DFS), 22.05 Uhr, Transkription des BPA, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.



⁸⁶ Undatierter Vermerk und Pro-Kontra-Tabelle des BMI (vermutlich beide vom 28. 2. 1975), in: BA Koblenz, B 106 / 106997. Der Zusammenhang und die letztliche Verwendung dieser Papiere ist unklar. Möglicherweise dienten sie als Ministervorlage z. B. für die Innenministerkonferenz.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Ebenda.

Auch hier blieb die Interessengemeinschaft Schütz-Kohl stabil, Kohl sagte unter vier Augen sogar zu, sich für diesen Fall selbst zur Verfügung zu stellen⁹¹.

In der Nacht zum 1. März wandte sich die Polizei über Funk und Fernsehen an die Entführer und sagte zu, die erste Forderung nach Entlassung der Demonstranten für Holger Meins am Folgetag zu erfüllen⁹². Gleichzeitig fand die im BMI geforderte Zug-um-Zug-Strategie Anwendung, indem die Polizei weitere Informationen forderte und ganz offensichtlich hoffte, einen im wahrsten Sinne des Wortes greifbaren Verhandlungsgegner zu bekommen. Zur Verhinderung von Fehlinformationen durch Trittbrettfahrer – derer es nach den Akten des BMI nicht wenige gab – sollten die Entführer auch bei späteren Kontakten jeweils persönliche Daten angeben, die außer Peter Lorenz kaum jemand wissen konnte, so zum Beispiel seine Personalausweisnummer oder den Herkunftsort der Armbanduhr seiner Frau. Diese Art des "blinden Kontakts" über die Medien ist ein Charakteristikum der Lorenz-Entführung.

Tag 3 – Strategien, Sondierungen und Ratlosigkeit

Am Samstagmorgen, den 1. März 1975, wurde die erste Forderung erfüllt und zwei Gefangene – von den Medien begleitet – aus dem Gefängnis entlassen. Fast zeitgleich wurde die dritte Botschaft der Entführer bei einem namensgleichen Peter Lorenz unter der Fußmatte gefunden, in der sie forderten, dass Häftlinge, die nicht ausgeflogen werden möchten, dies in der Berliner Abendschau kundtun sollten. Das Ultimatum werde nicht verlängert, Albertz und die Häftlinge sollten am 3. März um 9 Uhr abfliegen. Mahnend wiesen sie darauf hin, dass Lorenz' "Unversehrtheit [...] allein vom Verhalten des Staatsapparates ab[hängt]. Wir haben Fürstenfeldbruck und Rammelmeier⁹³ nicht vergessen. Wenn der Polizeiapparat ähnliches vorbereitet, ist das der sichere Tod von Peter Lorenz. "

Als Pfarrer Albertz, der nicht an den Krisenstäben teilnahm, am Samstagmorgen in eine Besprechung mit dem Regierenden Bürgermeister ging, "lagen keine

⁹⁴ Mitteilung Nr. 3 der Bewegung 2. Juni, Abschrift BKA vom 1. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.



⁹¹ Diese Nachricht wurde erstmals von Klaus Stern in seiner Diplomarbeit enthüllt und sorgte seinerzeit für überregionale Schlagzeilen. Vgl. Schütz in: Stern/Salge, Austausch, Min. 26:48 bis 27:10. Auf Nachfrage bestätigte Schütz, dass Kohl dies 1975 in einem Vieraugengespräch gesagt habe. Schütz deutete aber auch Zweifel an, wie ernst gemeint dieser Vorschlag war. Angeblich habe sich Kohl schon wenig später nicht mehr daran erinnern können. Gespräch des Verfassers mit Klaus Schütz am 23. 4. 2007. Auch Schmidt bezeichnete diesen Vorschlag rückblickend als "anständig, aber abwegig". Vgl. Stern/Salge, Austausch, Min. 27:10 bis 27:27.
⁹² Rundfunkübertragung über SFB und RIAS am 1.3. 1975 um 0.05 Uhr, vgl. Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 83. Dieses war im Krisenstab in Bonn als erstes Zugeständnis beschlossen worden. Vgl. Stern, Entführung, S. 94.

⁹³ In Fürstenfeldbruck sollten die israelischen Geiseln des Anschlags auf die Olympischen Spiele von 1972 befreit werden. Bei dieser dilettantischen Aktion kamen alle elf Geiseln, ein Polizist und fünf der acht Terroristen ums Leben. Zu den Ereignissen dort vgl. Dahlke, Anschlag, S. 8–19. Hans-Georg Rammelmayr wurde nach einem Banküberfall 1971 in München zusammen mit einer Geisel von der Polizei erschossen.

wesentlichen neuen Ergebnisse vor 495. Die Polizei, die sich nicht zuletzt aufgrund der Forderungen der Terroristen nur sehr eingeschränkt bewegen konnte, tappte ganz offensichtlich im Dunkeln. Wie der Berliner Leiter der Polizeiabteilung Staatsschutz sich erinnert, war sogar ein Hellseher im Einsatz, um den Aufenthaltsort von Lorenz auszumachen 96. Am späten Nachmittag, während der Sitzung des Berliner Krisenstabs, wurde Albertz aufgefordert, sich in einer Ansprache in Funk und Fernsehen an die Entführer zu wenden, um nochmals eine Zug-um-Zug-Strategie durchzusetzen⁹⁷. Albertz, der während der Shah-Demonstrationen 1967 die Unberechenbarkeit seiner eigenen Polizei hatte erfahren müssen, hatte schon im ersten Telefonat mit Schütz erklärt, dass er sich nicht auf ein Unterfangen wie in Fürstenfeldbruck einlassen werde. Dies bekräftigte er nun abermals "als ein Mann der Kirche, der bereit und verpflichtet ist, menschliches Leben zu schützen "98, in der am Abend ausgestrahlten Fernsehsendung.

In Auswärtigen Amt, wo mit den drei Westmächten um die Bereitstellung eines Flugzeugs gerungen wurde, bemühten sich die Beamten um eine Lageeinschätzung angesichts des baldigen Ausfliegens der Häftlinge. Die schon in vorherigen Strategiepapieren getroffene Annahme, dass die "Aktion" möglicherweise "nur eine von noch folgenden"99 sei, erhärtete sich durch die Tatsache, dass die Entführer selbst weder ausgeflogen noch ausbezahlt werden wollten. Zwei Optionen lagen auf dem Tisch: Entweder wollten die Terroristen "die Befreiung der Gefangenen wirklich", dann sei eine vollständige Kooperation die optimale Lösung. Komme es den Terroristen jedoch "darauf an, einen spektakulären Erfolg zu erzielen und "Schwächen des angegriffenen Systems" zu demonstrieren", wäre das Schicksal von Lorenz ohne weitere Bedeutung für die Terroristen und eine Exekution "unter Vorwand der Nichterfüllung"¹⁰⁰ denkbar. Vorbereitungen im Ausland zu treffen, schien nicht sinnvoll zu sein, da "[j]ede Auswahl [...] rein spekulativen Charakter" habe. "Prinzipiell" müsse davon ausgegangen werden, "daß keine etablierte Regierung irgend eines Staates in der Welt freiwillig bereit ist, die freigelassenen Gefangenen aufzunehmen"101. Die Folgerung war, dass nur eine "ausdrücklich[e]" Bitte der Bundesregierung einen solchen Effekt haben könne. Schnell wurde aber das Grundsatzproblem deutlich:



⁹⁵ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, in: LAB, B Rep. 002, Nr. 6430.

⁹⁶ Vgl. Manfred Kittlaus, in: Stern/Salge, Austausch, Min. 16:35 bis 17:07.

⁹⁷ Ergebnisprotokoll des politischen Krisenstabs, 2. Sitzung, vom 1. 3. 1975 in Berlin, in: LAB, B Rep. 002, Nr. 6300.

⁹⁸ Albertz am 1. 3. 1975, 20 Uhr, Mitschnitt in: Stern/Salge, Austausch, Min. 25:46 bis 25:56. In der Dokumentation wird die Ansprache Albertz in einen chronologisch falschen Zusammenhang, nämlich kurz vor dem Ausfliegen der Entführer, gebracht. Eine umfangreichere Transkription findet sich bei Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 85.

⁹⁹ Strategiepapier "Vermutliches Ziel der Terroristenaktion und Konsequenz für dessen Verhinderung" vom 1.3. 1975, 16.30 Uhr, wahrscheinlich aus dem AA, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932. Tags darauf zirkulierte diese Analyse im BMI. Vgl. BA Koblenz, B 106 / 106997.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ Ebenda.

"Eine andere Frage ist, ob es überhaupt außenpolitisch jemals opportun sein kann, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Regierung eines fremden Landes um freie Aufnahme und Freilassung aus Deutschland ausgeflogener freigelassener Häftlinge ersuchen sollte."

Auffällig ist die Diskrepanz zur Einschätzung des BMI, das wegen einer angeblichen RAF-Infrastruktur in Südamerika ein Ausfliegen in diese Richtung für wahrscheinlich hielt. Das BMI vermutete sogar, dass die Terroristen die Wahl des Landes der Bundesregierung überlassen wollten 103. Zwar hatten auch die Berufsdiplomaten Kuba auf ihrer Liste der denkbaren Länder, sie konzentrierten sich aber eher auf Länder wie Libanon, Irland oder Spanien, in denen die Terroristen schnell Anschluss an örtliche Terroristengruppen finden könnten. Eine Zustimmung dieser Regierungen zu erhalten, wurde als besonders schwierig angesehen. Interessant ist, dass der deutsche Regierungsapparat hier "für die Terroristen" dachte, was sich auch in der frühen Sondierung bei den arabischen Regierungen zeigt. Die möglichst reibungslose Abwicklung einer politischen Entscheidung stand im Vordergrund.

Als einzige Möglichkeit, die Pläne der Terroristen zu durchkreuzen, wurde ein Provozieren von Informationen und direkter Kontaktaufnahme gesehen, um Lorenz noch vor Abflug der Häftlinge zu finden. Gezielt gestreute Indiskretionen wurden erwogen, so etwa die angebliche Nachricht, dass die Alliierten sich weigerten, ein Flugzeug bereitzustellen, um so die Terroristen zu hektischen Änderungen ihrer Pläne zu bewegen.

Die abendliche Krisensitzung im Kanzlerbungalow – mit Medienbegleitung – stand im Zeichen einer zunehmend härteren öffentlichen Kritik, insbesondere der Springer-Presse, an "sicherheitspolitischen Fehleinschätzungen" der Bundesregierung. War man nach der Festnahme von Baader und Meinhof 1972 zu leichtsinnig geworden? Hätte man nicht auf Horst Herold hören müssen, "sein" BKA gegenüber den Ländern zu stärken? "Jedes Landeskriminalamt operierte an "seinen" Köpfen der anarchistischen "Hydra". Der Gesamtüberblick ging allmählich verloren." Und müsste man sich nicht auch trauen, die "israelische Lösung" 105, also ein bedingungsloses Nein gegenüber den Forderungen von Terroristen, in der Öffentlichkeit zu diskutieren?

Letztlich stand der Vorwurf der Zögerlichkeit und Unentschlossenheit im Raum, der Helmut Schmidt nicht behagen konnte. Auf die Frage eines Fernsehjournalisten, ob "der Kanzler eine breite politische Basis, eine breite politische Verantwortung" durch die Einbeziehung der Opposition suche, beeilte sich Regierungssprecher Bölling zu antworten:

¹⁰⁵ Kommentar von Chefredakteur Herbert Kremp, in: Die Welt vom 1. 3. 1975.



¹⁰² Ebenda.

 $^{^{103}}$ Vermerk des BMI vom 1.3. 1975 zur Analyse der Botschaft Nr. 3 der Terroristen, in: BA Koblenz, B $106\ /\ 106997.$

¹⁰⁴ Zitate aus H. Zimmermann, Herolds Warnung in den Wind geschlagen, in: Welt am Sonntag vom 2. 3. 1975.

"Ja, das ist richtig. [...] Auch wir haben den Eindruck – und daher die Einladung des Kanzlers -, daß die Situation sich inzwischen so entwickelt hat, daß eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden muß."106

Helmut Schmidt erinnert sich, dass die Entscheidung nicht "der Staatsanwaltschaft oder der Kripo überlassen bleiben konnte" und dass die "Beteiligung der Opposition sinnvoll, zweckmäßig, man kann auch geradezu sagen, notwendig" war¹⁰⁷. Dies verdeutlicht ein Dilemma, in dem sich Schmidt befand. Einerseits wurde von ihm die mit dem Amt des Bundeskanzlers verbundene politische Autorität erwartet, die er möglicherweise auch gegen den Widerstand des Krisenstabs hätte durchsetzen können. Andererseits musste er sich aber - gerade im Hinblick auf einen negativen Ausgang der Lorenz-Entführung – politisch absichern. Ein überparteilicher Konsens streute die Verantwortung, nahm Schmidt aber die Entscheidungsgewalt. Ein Ergebnis drang aber auch an diesem Abend nicht in die Öffentlichkeit.

Noch am späten Samstagabend erklärte Horst Mahler im Fernsehen, dass "die Strategie des individuellen Terrors [...] nicht die Strategie der Arbeiterklasse" sei und er daher nicht befreit werden, sondern "den Kampf der revolutionären Massen"¹⁰⁸ abwarten wolle. Auch Gabriele Kröcher-Tiedemann lehnte, offenbar auf Druck ihrer Familie, ein Ausfliegen zunächst ab 109. Andere Häftlinge waren äußerst skeptisch und zweifelten an der Echtheit der Lorenz-Entführung. Rolf Pohle etwa verlangte eine Kopie der Mitteilung Nr. 3, ohne die er die Haftanstalt nicht verlassen werde, "da er nicht zu einer kiesgrube gebracht werden moechte"110.

Tag 4 – Die Entscheidung

Als am Sonntagmorgen die Wahllokale in Berlin öffneten, ging die Mitteilung Nr. 4 der Entführer als Tonband ein. Auf diesem wandte sich Lorenz an Pfarrer Albertz und übermittelte das "Ehrenwort"¹¹¹ seiner Entführer, dass Albertz nichts geschehen und er selbst unverzüglich freigelassen werde, wenn die Häftlinge aus-

¹¹¹ Transkription der Tonbandnachricht vom 2. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932. Vgl. auch Fernschreiben des BMI vom 2.3. 1975, 9.09 Uhr mit dem Wortlaut der Botschaft, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.



¹⁰⁶ Regierungssprecher Klaus Bölling am 1. 3. 1975 in "Heute" (ZDF), 22.07 Uhr, Transkription des BPA, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

¹⁰⁷ Helmut Schmidt in: Stern/Salge, Austausch, Min. 18:10 bis 18:39.

¹⁰⁸ Zitiert nach Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 86. Mahler hatte sich zuvor mit Kunzelmann und Mitgliedern der KPD beraten. Vgl. Zeitplan Entführung BMJ, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546.

¹⁰⁹ Telefonvermerk über Gespräch BMI / ÖS 6 mit dem nordrhein-westfälischen Innenministerium vom 28.2. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997. In NRW hatten sowohl Mutter als auch Bruder interveniert, da Kröcher-Tiedemann sich auf dem Weg der Resozialisierung befände. Reinders/Fritzsch vermuten, dass ein Angebot zur Strafminderung Anlass für die erste Erklärung war. Vgl. dies., Bewegung, S. 87.

¹¹⁰ Fernschreiben des Lagezentrums im BMI vom 1.3. 1975 über Gespräche der Häftlinge mit ihren Anwälten, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

geflogen seien. Offenbar war Albertz, der am Sonntagmorgen noch eine vielbeachtete Predigt¹¹² in seiner Kirche hielt, nicht so uneingeschränkt und bedingungslos bereit, sich in die Hände von Schwerverbrechern zu begeben, wie es in vielen nachträglichen Berichten – auch seinen eigenen – dargestellt wird. Ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den staatlichen Organen durchzieht seinen Abschlussbericht; in den Akten des BMI findet sich an der Stelle der Mitteilung Nr. 4, wo es um das Mitfliegen von Albertz geht, eine handschriftliche Randnotiz: "er will bislang nicht"¹¹³.

Im Auswärtigen Amt arbeitete die Wochenendbesetzung derweil ohne Unterlass. Weitere Sondierungen, was mit den Häftlingen in möglichen Zielländern geschehen würde, wurden von den Botschaften angefordert und detaillierte Länderlisten erstellt. Auch waren inzwischen die Franzosen dafür gewonnen worden, ein kleines Flugzeug für den Ausflug der Berliner Häftlinge nach Frankfurt bereitzustellen, von wo aus dann eine Lufthansa-Maschine auf Staatskosten gechartert wurde 114. Im Bundeskanzleramt war man besonders verwundert, dass auch die DDR den westdeutschen Behörden bei der Bitte nach Informationen entgegenkam: "Die DDR-Behörden bitten, diese Mitteilung, insbesondere den Umstand, daß Amtshilfe geleistet worden ist, diskret zu behandeln." 115

In Frankfurt am Main wurden ab dem Nachmittag die Häftlinge aus den verschiedenen Haftanstalten zusammengeführt. Ein hessischer und ein Krisenstab der Lufthansa traten zusammen. Auch Pfarrer Albertz wurde mit den beiden Berliner Häftlingen eingeflogen¹¹⁶. Die Medien nahmen großen Anteil, viele der Journalisten gingen bis zum Schluss davon aus, dass es sich um eine Finte handelte. Parallelen zu den Ereignissen auf dem Flughafen von Fürstenfeldbruck drängten sich auf¹¹⁷. Die Zusammenführung der Häftlinge wurde stetig verzö-



Jahrgang 55 (2007), Heft 4 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2007_4.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹¹² In dieser Predigt machte Albertz nochmals deutlich, dass seine christliche Überzeugung Antrieb für sein Engagement war. Mehrfach verwies er auf die biblische Geschichte Abrahams und göttliche Prüfung der Opferung des Sohnes. Vgl. Schuster, Albertz, S. 286–288.

¹¹³ BMI-Arbeitskopie der Mitteilung Nr. 4 vom 2. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

¹¹⁴ Vgl. Länderlisten und Schreiben von Staatssekretär Gehlhoff (AA) an den französischen Botschafter Wormser vom 2. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932. Alle sondierten Länder lehnten formal eine Aufnahme der Häftlinge ab, lediglich humanitäre Hilfe oder Auftanken des Flugzeugs wurde von einigen gestattet. Die Kosten für das Flugzeug beliefen sich auf 124.240 DM, wobei die Lufthansa auf den Gewinnzuschlag "wegen der besonderen Umstände, durch die die Flugdurchführung veranlasst wurde", verzichtete. Auch die 341,33 DM Telefonkosten im Frankfurter Krisenstab bezahlte letztlich der Steuerzahler. Vgl. Schreiben Deutsche Lufthansa an das Bundesverkehrsministerium (Ruhnau) vom 13. 6. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106998, Lorenz Bd. 3.

¹¹⁵ Diese interessante Bemerkung, die in scharfem Kontrast zur offiziell protestierenden Haltung der DDR steht, kann hier aus Platzgründungen nicht weiter ausgeführt werden. Schreiben Bundeskanzleramt an BMI über Anruf von Staatssekretär Gaus vom 2. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997. Dieses wird durch die Akten der Stasi bestätigt. Vgl. Vermerk über Erkenntnisse aus der Lorenz-Entführung für das Politbüro vom 6. 3. 1975, in: BStU, ZAIG 14967.

 $^{^{116}}$ Zu den Ereignissen in Frankfurt vgl. Telefonvermerk des hessischen Innenministeriums (Schutzpolizei Frankfurt am Main) mit dem BMI, vermutlich vom 3. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, und Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

¹¹⁷ Vgl. Stern/Salge, Austausch, Min. 27:45 bis 29:25.

gert, auch der Wunsch Rolf Pohles, mit der noch in der IVA Essen einsitzenden Gabriele Kröcher-Tiedemann zu telefonieren, wurde erst nach Stunden erfüllt: "Auf meine Frage nach dem Grunde, wurde mir die läppische Antwort gegeben, man müsse erst noch die Nummer der Haftanstalt feststellen", schrieb Albertz später¹¹⁸. Auch in einem zweiten Anlauf erreichte die Weisungskette des hessischen Innenministers die Haftanstalt nicht. Inwieweit diese Verzögerungen beabsichtigt waren oder nicht, lässt sich anhand der Quellen nicht nachweisen. "Es waren ja als Frucht des deutschen Föderalismus Beamte aus mindestens drei Ländern und vom Bund anwesend"119, so Albertz, und für jede Entscheidung musste die Billigung aus Bonn eingeholt werden, so dass Ergebnisse schon ohne Intention sehr lange dauern konnten. Um 1.26 Uhr fand das Telefonat der beiden Häftlinge tatsächlich statt, vier Stunden später landete eine "bekehrte" Kröcher-Tiedemann in Frankfurt am Main. Gegen 4 Uhr wandten sich die Häftlinge über das Fernsehen an die Bewegung 2. Juni: Der "Staat" hatte bislang alle Forderungen erfüllt.

Dass "der Staat" dabei nicht immer ganz korrekt handelte, stellte Pfarrer Albertz in seinem vertraulichen Abschlussbericht heraus:

"Unmittelbar nach meiner ersten Begegnung mit den Gefangenen in ihrer Zelle wurde mir gesagt, es befänden sich in der Zelle Abhörgeräte. Ich ging daraufhin zu dem zuständigen Beamten und fragte, ob dies zuträfe. Er verneinte diese Frage, allerdings ohne mir dabei in die Augen zu sehen. Ich sagte ihm, er sei Beamter und ich hoffte, daß ich mich auf sein Wort verlassen könnte. Nach meiner Rückkehr nach Berlin habe ich von dem Chef der Senatskanzlei erfahren, [...] es seien doch Abhörgeräte in der Zelle installiert gewesen. Man habe aber nichts hören können, da ja ein Transistorradio in Betrieb gewesen sei. (Das ist Unfug, denn das Radio wurde nur ganz kurz für die Nachrichten jeweils stündlich eingeschaltet, jedenfalls so lange ich in der Zelle war.) [...] Ich bin als Pfarrer in dieser Zelle gewesen. Ein Abhören meiner Gespräche mit den Gefangenen ist ein unverantwortlicher Vertrauensbruch gegenüber einem Mann, der sich ja nicht aus Vergnügen für diese schwierige Aufgabe zur Verfügung gestellt hat."120

Angeblich soll sich später der hessische Ministerpräsident Albert Osswald, der den Krisenstab am Frankfurter Flughafen leitete, für das Fehlverhalten seiner Beamten bei Albertz entschuldigt haben¹²¹.

In Berlin durfte Peter Lorenz "seine" Wahl am in die Zelle gestellten Fernseher verfolgen und erfuhr, dass die CDU erstmals stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus wurde. Auch wenn Klaus Schütz mit Hilfe der FDP weiterregieren konnte, war dies zweifellos ein großer politischer Erfolg. Der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn spekulierte sogar, wohl mit nervösem Blick auf



¹¹⁸ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 5, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

¹¹⁹ Ebenda, S. 7.

¹²⁰ Ebenda. Ob und wie dieser Vorfall letztlich geklärt wurde, ist nicht bekannt.

¹²¹ Vgl. Aussage Schütz in: Stern, Entführung, S. 106.

seine eigene Wiederwahl, dass es das Ziel der Entführung sei, die Ergebnisse der Landtagswahlen in eine konservative Richtung zu treiben¹²².

Den ganzen Tag über tagten in Bonn Krisenstäbe in unterschiedlicher Besetzung¹²³. Im BMJ arbeitete man an einer Lösung, einen Häftlingsaustausch auch rechtlich möglich zu machen, was immerhin eine Zustimmung von mindestens vier Bundesländern erforderte. Ebenfalls geprüft wurde der Tatbestand des "Tötens durch Unterlassen", wenn die Bundesregierung durch ein Nichtnachgeben das Todesurteil über Lorenz riskieren würde¹²⁴. Am Nachmittag tagte die Justizministerkonferenz mit nur schwacher Beteiligung¹²⁵. Um 21 Uhr trat das Bundeskabinett, allerdings ohne den Bundeskanzler¹²⁶, zusammen, um 23 Uhr folgte noch eine letzte überparteiliche Sitzung im Kanzlerbungalow, auf der wahrscheinlich die endgültige Entscheidung fiel. Nachdenklich stimmt die plötzlich auftretende Krankheit von Bundeskanzler Schmidt. Dieser litt in den entscheidenden Stunden an Fieberschüben mit über 40 Grad, wie er später erklärte¹²⁷. Kohl spricht von einer "zurechtgezimmerte[n] Legende"128, dass dies die Entscheidung des Kanzlers beeinflusst habe¹²⁹. Ein abschließendes Urteil ist nicht möglich. Fest steht jedoch, dass Schmidt sich von vornherein bedeckt gezeigt hatte und vermutlich, wie viele in der SPD, am Sinn eines Austauschs zweifelte. Eine völlig neue Lage ergab sich in der letzten Sitzung nicht. Als Regierungschef mit der obersten Entscheidungsverantwortung konnte Schmidt durch seine Abwesenheit allerdings auch einen guten Teil der Verantwortung abgeben. Schütz hatte auch schon vorher bemerkt, dass "in der Sache keine Führung dagewesen"¹³⁰ sei. Als Schmidt Stunden später, als ihn "der Arzt vernehmungsfähig machte", dazu stieß, fand er ein gefestigtes Stimmungsbild vor: "die Herren Kohl, Schütz und all die übrigen Versammelten"¹³¹ hatten sich auf ein Nachgeben verständigt. "Ich habe mir das angehört und nicht widersprochen."¹³²



¹²² Kühn laut dpa vom 1. 3. 1975, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546.

¹²³ Eine detaillierte, wenn auch nicht ganz vollständige Aufstellung der Chronologie des BGS für den Bundesinnenminister, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 106 / 371816.

 $^{^{124}}$ Vermerk BMJ "Zuständigkeit für Haftentlassungen" vom 2. 3. 1975, und Vermerk BMJ "Tötung durch Unterlassen bei Ablehnung des Ultimatums" vom 2. 3. 1975, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400545. Das Rechtsgutachten beschied, dass sich die Bundesregierung nicht strafbar mache.

¹²⁵ Teilnehmerliste für die Justizministerkonferenz am 2.3. 1975, in: Ebenda. Fünf Länder waren überhaupt nicht vertreten, andere nur kurzzeitig.

¹²⁶ Teilnehmerlisten der Krisensitzungen am 2. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 136 / 29582.

¹²⁷ Vgl. Schmidt in: Stern/Salge, Austausch, Min. 24:20 bis 24:50. Dies bestätigte auch Klaus Schütz in einem Gespräch mit dem Verfasser am 23. 4. 2007 in Berlin. Schmidt ließ sich auch in den Folgetagen von Vizekanzler Genscher vertreten, so dass an der Erkrankung an sich wohl keine Zweifel bestehen dürften.

¹²⁸ Kohl, Erinnerungen, S. 360.

¹²⁹ Auch Schütz hat Zweifel, dass die Krankheit den Kanzler in seiner Entscheidung beeinflusst habe. Vgl. Aussage Schütz in: Stern, Entführung, S. 94.

¹³⁰ Schütz zitiert nach ebenda, S. 101.

¹³¹ Schmidt in: Stern/Salge, Austausch, Min. 24:30 bis 24:50.

¹³² Schmidt zitiert nach Stern, Entführung, S. 101.

Er schloss sich dann der Mehrheit an und ging endgültig "auf den Handel ein"¹³³.

Am Morgen des 3. März 1975 hob die Boeing 707 mit Pfarrer Albertz, den mit 120.000 DM¹³⁴ ausgestatteten fünf Häftlingen und einer vierköpfigen Lufthansa-Crew mit einer Stunde Verspätung¹³⁵ und immer noch unbekanntem Ziel ab. Unter der Crew befand sich auch der - unbewaffnete - Sicherheitschef der Lufthansa¹³⁶. Einige Journalisten auf dem Flughafen trugen kugelsichere Westen, da sie immer noch einen polizeilichen Eingriff in letzter Minute fürchteten 137.

Tag 5 – Der Flug nach Aden

Mit dem Abflug ging die Innen- in die Außenpolitik über. Ein spezieller Krisenstab "Geiselnahme Lorenz" wurde im Auswärtigen Amt eingerichtet¹³⁸, Diplomaten pendelten zwischen AA und BMI, wo weiterhin das Lagezentrum tagte¹³⁹. Auch im Postministerium, zuständig für den fernmündlichen und schriftlichen Verkehr, und bei der Deutschen Lufthansa in Frankfurt waren die Stäbe aktiv.

Die Tatsache, dass das Flugzeug gestartet war, sollte die Nervosität in Bonn nicht mindern. Regierungssprecher Bölling verteidigte umgehend das Vorgehen der Bundesregierung; "[N]ach gründlicher Abwägung aller Rechtsgüter, um ein Menschenleben zu retten", seien die "verschiedenen staatlichen Autoritäten" in "diesem Fall" den Forderungen der Terroristen nachgekommen. Nach dem Hinweis, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien dem Vorgehen zugestimmt hätten, betonte Bölling, dass es sich nicht um einen "Freibrief" handele¹⁴⁰. Als Bölling später erklärte, dass die Bundesregierung nach der Freilassung der Häftlinge umgehend ein Auslieferungsgesuch stellen werde, intervenierte Helmut Kohl eiligst bei Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, da er bei Bekanntwerden dieser Nachricht um das Leben von Lorenz fürchtete. Dennoch prüfte das Bundesjustizministerium gewissenhaft alle Auslieferungsabkommen und Rechtsmöglichkeiten 141. Bundesinnenminister Maihofer erhielt währenddessen einen martialischen Artikel des bekannten Fernsehjournalisten Eduard Zimmermann

¹⁴¹ Vermerk BMJ vom 3. 3. 1975 mit Bitte des Ministers um Formulierung eines Dementis, in: BA Koblenz, B 141 / 45605. Vgl. Liste mit Auslieferungsabkommen und -möglichkeiten mit dem Hinweis, das eine Auslieferung aus dem Südjemen nur auf Veranlassung des Staatspräsidenten möglich ist, man jedoch "keine prakt. Erfahrungen" habe, in: Ebenda.



¹³³ Schmidt in: Stern/Salge, Austausch, Min. 24:30 bis 24:50.

 $^{^{134}}$ Ursprünglich waren 20.000 DM pro Häftling gefordert worden. Die Häftlinge konnten aber durchsetzen, dass die Gesamtsumme, trotz des Verzichts von Horst Mahler, ausgezahlt wurde. Vgl. Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 90.

^{135 &}quot;[...]weil die Freigel[assenen] sich über die Anzahl der Flugzeugbesatzung nicht einigen konnten". Zeitplan Entführung BMJ, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546.

¹³⁶ Vgl. Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 8, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

¹³⁷ Vgl. Aussage eines damaligen Journalisten in: Stern/Salge, Austausch, Min. 30:18 bis 30:30.

¹³⁸ Hausinternes Schreiben des AA vom 3.3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932. Hier befindet sich auch ein fortlaufend aktualisierter Ereignisvermerk des Krisenstabs im AA.

¹³⁹ Aus dem BMI ist ab dem 3, 3, 1975 sogar eine Kopie des "Minutenbuchs" des Lagezentrums überliefert, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

¹⁴⁰ Alle Zitate in Erklärung Böllings am 3. 3. 1975, Arbeitsexemplar in: Ebenda.

("Aktenzeichen XY... ungelöst"), der dem Minister wahrscheinlich düstere Vorahnungen über die anstehende öffentliche Debatte bescherte. Unter dem Titel "Gebt ihnen Krieg" forderte Zimmermann im Fall Lorenz die Maßstäbe des Kriegsrechts und die Behandlung der Terroristen als Partisanen, so "daß sie bei Antreffen mit der Waffe standrechtlich erschossen werden können"¹⁴². Diese Vorschläge wurden durchaus ernst genommen. Ein Jahr später entstand ein von mehreren Briefwechseln begleitetes, hausinternes Rechtsgutachten im BMI, das einen "der Bekämpfung des Terrorismus dienende[n] Einsatz der Bundeswehr"¹⁴³ prüfen sollte, basierend auf einem erweiterten Verteidigungsbegriff gemäß Art. 87a des Grundgesetzes. Schon die Entführung wurde mit einer großen Mediendebatte über die Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen und die Einführung der Todesstrafe begleitet, in der sich insbesondere Franz-Josef Strauß und Alfred Dregger zu profilieren suchten, die auch Kriegsrhetorik nicht scheuten: "was wir heute erleben, ist krieg. und zwar mit allen mitteln des terrors und der unmenschlichkeit."¹⁴⁴

Das Flugzeug, dessen Ziel nur Ina Siepmann – bereits vor der Entführung – kannte¹⁴⁵, steuerte zunächst Rom, dann Tripolis¹⁴⁶ an. Über Libyen wurde ein grüßender Funkspruch an Mu'amar Al-Qaddhafi abgesetzt, bevor die Reise in Richtung Addis Abeba fortgesetzt wurde. In Bonn hatten die Diplomaten große Mühe, den Ereignissen zu folgen und bei den Regierungen der eventuellen Zielländer über die deutschen Botschaften Landeerlaubnis zu ersuchen¹⁴⁷. Als in Addis Abeba nach harten Verhandlungen Landeerlaubnis und sogar die Freilassung der Flugzeuginsassen¹⁴⁸ erwirkt wurde, dachten die Häftlinge gar nicht daran, dort zu landen, sondern drehten mit dem Hinweis, dass in Äthiopien die CIA herrsche, in Richtung Djibuti ab. Ein Mitarbeiter der Botschaft in Addis Abeba schrieb in offensichtlicher Hektik an die Zentrale in Bonn: "flugzeug weiss

 $^{^{148}}$ Abschlussbericht der Botschaft Addis Abeba, Fernschreiben an das AA vom 4. 3. 1975, in: Ebenda.



¹⁴² Brief Zimmermann an Maihofer mit mehrseitigem Artikel "Gebt ihnen Krieg!" vom 3. 3. 1975, offenbar für eine Veröffentlichung des BMI bestimmt, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, Bd. 2. Zum Kontext der öffentlichen Kriegsmetaphorik vgl. Andreas Musolff, Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD: Seine Deutung als Kriegsgeschehen und die Folgen, in: Weinhauer/Requate/Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik, S. 302–319.

Bezogen war dies z. B. auf Angriffe auf deutsche Außenvertretungen. Gutachten für Ref. ÖS 9 vom 6. 9. 1976, in: BA Koblenz, B 106 / 106592, Bd. 1.

¹⁴⁴ Dregger laut dpa vom 1. 3. 1975, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546. Der erzkonservative Bundestagsabgeordnete war 1975 Mitglied im Bundesvorstand der CDU und galt als führender Vertreter des nationalkonservativen Flügels der CDU, der so genannten Stahlhelmfraktion.

¹⁴⁵ Vgl. Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 9, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

¹⁴⁶ Libyen hatte vorweg eine Aufnahme verweigert, um "den ruf ab[zu]werfen[,] asyl von terroristen zu sein". Fernschreiben Tripolis an das AA vom 2. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

¹⁴⁷ Vorlage/Sprechzettel Genscher zur Sitzung des Bundeskabinetts am 5. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

noch n i c h t wohin es fliegt."¹⁴⁹ Albertz sagte im späteren Drenkmann-Lorenz-Prozess von 1979, er habe "vor vierzehn Tagen" vom damaligen Staatssekretär Gehlhoff (AA) erfahren, dass die äthiopische Regierung vorgehabt habe, "alle als Entführer an die Wand zu stellen"¹⁵⁰.

Wenig später forderten die Häftlinge Landeerlaubnis in Aden, der Hauptstadt der sozialistischen Volksrepublik Süd-Jemen¹⁵¹. Mit großer Sorge wurde registriert, dass der Treibstoff zur Neige ging. Zudem erlaubte die damalige Technik Funkverbindungen in die arabische Welt nur bis zum örtlichen Sonnenuntergang, so dass den Krisenstäben buchstäblich ein Versiegen der Informationen drohte.

Waren die Diplomaten auf vieles vorbereitet gewesen, auf eine Landung in Aden sicher nicht. Die Sondierungen hatten ergeben, dass auch Süd-Jemen nicht gewillt war, Straftäter aufzunehmen. Erschwerend kam hinzu, dass die diplomatischen Beziehungen zum sozialistischen Süd-Jemen "ruhten" und somit kein deutscher Diplomat vor Ort war, der ein Einlenken hätte erwirken können 152. Botschafter Günter Held, der zu dieser Zeit im nordjemenitischen Sana'a die Ereignisse verfolgte, ergriff das Heft des Handelns und unternahm in seinem Privatflugzeug einen riskanten Nachtflug durch die Wüste nach Aden. Auch er

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgelchichte

Vf7 4/2007 Jahrgang 55 (2007), Heft 4 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2007 4.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁴⁹ Fernschreiben der Botschaft Addis Abeba an das AA vom 3. 3. 1975, in: Ebenda. Hervorhebung übernommen.

¹⁵⁰ Aussage vom 23.5. 1979, in: Stern/Salge, Austausch, Min. 32:44 bis 33:15 (Stern zeigt im Hintergrund das Prozessprotokoll). Schmidt und Vogel weisen die Idee einer Erstürmung in Addis Abeba weit von sich, vgl. ebenda. Diese Aussage Albertz lässt sich durch die Quellen aus der Zeit der Lorenz-Entführung in keiner Weise belegen. Warum Gehlhoff, 1979 Botschafter beim Heiligen Stuhl, eine solche Meldung in die Welt gesetzt haben soll, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. So gibt es im Abschlussbericht der Botschaft Addis Abeba und im sehr detaillierten Minutenbuch des Krisenstabs beim AA keinen Hinweis auf eine derartige Aktion. Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

¹⁵¹ Der Jemen ist seit dem 19. Jahrhundert in einen traditionell regierten Norden und einen britisch besetzten Süden aufgeteilt gewesen. Nach Abzug der Briten 1967 wurde Südjemen eine sozialistische Volksrepublik. Erst 1990 kam es zur Vereinigung der bis heute stark unterschiedlichen Landesteile. Damals wurde umgehend über Rückkopplungseffekte der Terroristen zur DDR geargwöhnt. Vgl. Fernschreiben AA an Botschaft Sana'a mit der Frage: "haben die 5 anarchisten verbindung mit ddr-botschaft aden aufgenommen?" in: Ebenda.

¹⁵² Angeblich wurden der Boeing zwei Flugzeuge hinterhergeschickt, in einem der damalige Staatsminister im AA, Hans-Jürgen Wischnewski mit 6 Mio. DM "Aufbauhilfe". Vgl. Reinders/ Fritzsch, Bewegung, S. 94, und Andeutungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. 3. 1975. Eine diesbezügliche offizielle Anfrage eines CDU-Bundestagsabgeordneten beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ergab, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit "ausschließlich auf den allgemeinen entwicklungspolitischen Grundsätzen" fuße. Schreiben des BMZ an Carl-Dieter Spranger, MdB, vom 12.3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997. Die Akten der verschiedenen involvierten Behörden, ebenso wie das Minutenbuch des BMI oder des AA, geben keinerlei Hinweis auf eine solche Aktion, so dass diese Geheimmission eher in das Reich der Legenden gehört. Auch die Memoiren von Wischnewski schweigen sich über den Fall Lorenz aus, berichten aber von einer sehr ähnlichen Aktion und einen Betrag von 10 Mio. DM im Zusammenhang mit der Entführung der "Landshut" 1977. Vgl. Hans-Jürgen Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 21989, S. 218.

erhielt keine Landeerlaubnis, sondern musste nach Sana'a zurückkehren und mit dem Landrover in den Süden fahren. Als Botschafter Held am frühen Morgen erschöpft in Aden ankam, war es für jede Einflussnahme zu spät. Für seinen mutigen Einsatz wurde er aber von mehreren Ministern hoch gelobt¹⁵³.

Nach anderthalbstündigem Kreisen und kurz bevor der Treibstoff für eine sichere Landung aufgebraucht war, erhielt die Boeing, offenbar nach Vermittlung des britischen Botschafters in Aden, vorübergehende Landeerlaubnis, so dass sie um 19.41 Uhr deutscher Zeit in Aden landen konnte¹⁵⁴. Dabei entging sie offenbar nur knapp einem Absturz in der Dunkelheit:

"Die Landung war schwierig, da sich ausgerechnet für den Flugplatz Aden keine Karte an Bord befand. Erst am Morgen merkten wir, daß wir nur durch die genaue Funkpeilung des Towers in Aden an einer Katastrophe vorbeigekommen waren, weil die eine Seite des Flugplatzes durch ein Gebirge versperrt war. "155

Angeblich hatte die Bewegung 2. Juni über einen palästinensischen Mittelsmann schon einen Monat zuvor die Aufnahmefrage im Süd-Jemen geklärt: "Ohne eine vorherige Landegenehmigung hast du keine Chance."156 Wenn dieser Kontakt zur südjemenitischen Regierung jemals funktioniert haben sollte, bereitete diese den Flugzeuginsassen keinen besonders freundlichen Empfang. Kurz nach der Landung wurde das Flugzeug von Militär umstellt, Tankwagen rollten heran. Ganz offensichtlich sollte das Flugzeug schnell wieder abheben, wie es auch den Sondierungen des AA entsprach. Erst Stunden später, nach mühsamen Erklärungen Albertz' zum Sinn der Aktion in "holprigem Schulenglisch"¹⁵⁷, gelang es, einen politischen Entscheidungsträger an Bord zu holen, der später als Staatssekretär des jemenitischen Außenministeriums bezeichnet wurde. Die Krisenstäbe in Bonn konnten zwar über die Funksprüche aus dem Cockpit und dem Lagezentrum der Lufthansa in Frankfurt notdürftig auf dem Laufenden gehalten werden, Einfluss auf die Ereignisse nehmen konnten sie aber nicht. Albertz wurde unfreiwillig zum Verhandlungsführer für die Bundesregierung, besaß aber nicht einmal einen Diplomatenpass: "So war auch die Darstellung meiner Funktion bei diesem Unternehmen der schwierigste Teil."¹⁵⁸ Letztlich konnte über den Flugfunk eine provisorische Vollmacht für Albertz übermittelt werden. Mit massiven Übersetzungsschwierigkeiten – Albertz sprach deutsch, der Pilot übersetzte in Englisch, der Dolmetscher in Arabisch - gelang es immerhin, dem Staatssekretär verständlich zu machen, dass das Leben eines Mannes in Berlin von seiner Entscheidung abhinge. Zwar durften die Flugzeugtüren wegen der Hitze nun geöffnet bleiben,



¹⁵³ Held legte die Strecke "für die man normalerweise ca. 10 Stunden benötigt, in ca. 8 Stunden zurück". Schreiben VLR Jesser an Dg10 vom 6. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932. Held handelte allerdings auf Weisung von Staatssekretär Gehlhoff, vgl. Minutenbuch Krisenstab AA, in: Ebenda.

Tätigkeitsbericht des Krisenstabs AA für das Bundeskanzleramt vom 10. 3. 1975, in: Ebenda.

¹⁵⁵ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 9, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

¹⁵⁶ Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 95.

¹⁵⁷ Schuster, Albertz, S. 297.

¹⁵⁸ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 10, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

die Insassen mussten aber unter formalem Hausarrest mit Kontaktsperre an Bord bleiben¹⁵⁹

Tag 6 – Die Freilassung

Die südjemenitische Regierung bestand weiterhin auf einer formellen Bitte der Bundesregierung nach "asylum" und nicht nur "stay"¹⁶⁰, nicht zuletzt, um gegen spätere Vorwürfe oder Ansprüche abgesichert zu sein. Albertz müsse verstehen, "daß das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Südjemen noch sehr labil sei "161". In der folgenden Nacht wurde zäh darum gerungen, "die jungen Leute hier in das Asyl herein [zu] bekommen"¹⁶². Die besondere Schwierigkeit auf Bonner Seite bestand darin, dass die "bestaetigung der bitte um politisches asyl bisheriger behandlung der anarchisten als kriminelle verbrecher" widersprochen hätte¹⁶³. Bedingt auch durch größte praktische Kontaktschwierigkeiten, wurde über das Foreign and Commonwealth Office in London die britische Botschaft in Aden gebeten, den jemenitischen Behörden eine offizielle Bitte der Bundesregierung zu übergeben. Die Erklärung von Staatssekretär Gehlhoff wurde einhellig als "aeusserst geschickt"¹⁶⁴ gepriesen, da sie letztlich um "unrestricted residence"¹⁶⁵ bat. Nachdem die Bitte in der Nacht die jemenitischen Behörden erreicht hatte, wurde den physisch und psychisch völlig erschöpften Flugzeuginsassen in den frühen Morgenstunden endlich das Verlassen des Flugzeugs erlaubt und jemenitische Bewirtung gewährt. Ein emotionaler Abschied zwischen dem Pfarrer und den Freigelassenen, die Albertz durchweg mit "Kinder "166 ansprach, rückte näher: "Jeder von ihnen bedankte sich, zwei weinten. "167

Ina Siepmann schrieb nun wie vereinbart den Text mit dem Code-Wort auf einen Zettel, den Albertz nach seiner Rückkehr im Fernsehen verlesen sollte. Um 7.25 Uhr ging dieser Text, der sofort als "top-secret" klassifiziert wurde, im Krisenstab im BMI ein¹⁶⁸. Kurze Zeit später flog Albertz nach Addis Abeba, wo er dem dortigen Botschafter (und den deutschen Stäben) Bericht erstattete. Dem immerhin 60-jährigen und übernächtigten Mann blieb wenig erspart. Nach nur kurzer Pause flog er mit neuer Flugbesatzung nach Frankfurt weiter, wo ihm nach weiteren sieben Stunden Flug eine Ehrenformation der Lufthansa-Mitarbeiter "einen



¹⁵⁹ Vgl. ebenda; Telegramm britische Botschaft Aden an deutsche Botschaft Sana'a vom 4. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

¹⁶⁰ Minutenbuch BMI, 3. 3. 1975, in: Ebenda.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Wortlautvermerk über Gespräch Albertz mit dem Lagezentrum BMI vom 4.3. 1975, 00.20 Uhr (MEZ), in: Ebenda.

¹⁶³ Abschlussbericht der Botschaft Addis Abeba, Fernschreiben an das AA vom 4.3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Fernschreiben Botschaft London an das AA vom 4.3. 1975 mit Wortlaut der Anfrage, in: Ebenda.

¹⁶⁶ Vgl. u. a. Schuster, Albertz, S. 295 u. S. 299.

¹⁶⁷ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 13, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

¹⁶⁸ Minutenbuch BMI, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

großen Weltatlas mit eingezeichneter Flugstrecke"¹⁶⁹ überreichte. Die Rückkehr nach Berlin in einer amerikanischen Kuriermaschine war "[d]ie größte physische Anstrengung [...], da diese keinen Druckausgleich hatte"¹⁷⁰. Nachdem Albertz auch noch eine offenbar versehentliche "militärische Ehrung"¹⁷¹ durch den britischen Stadtkommandanten in Berlin über sich hatte ergehen lassen müssen, konnte er um 18.15 Uhr endlich auf Sendung gehen und die Botschaft mit den erlösenden Worten verlesen: "Ein Tag so wunderschön wie heute."¹⁷²

Noch bevor das erste Lebenszeichen von Lorenz zu hören war, detonierte gegen 20 Uhr im Plenarsaal des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Sprengsatz der Frauenbewegung der "Revolutionären Zellen" (später "Rote Zora")¹⁷³ – Ruhe vor politischer Gewalt war nicht eingekehrt. Im "Volksgefängnis" begannen die Vorbereitungen zur Freilassung von Peter Lorenz, der die Flugodyssee im Fernsehen verfolgt hatte¹⁷⁴. Mit verklebter Brille und drei Groschen zum Telefonieren in der Hand wurde er in den Volkspark Wilmersdorf gebracht, von wo aus er sich gegen Mitternacht bei seiner Frau meldete¹⁷⁵. Erst nach einer umgehenden wie langwierigen Befragung durch den Verfassungsschutz konnte Lorenz am frühen Morgen seine neue Freiheit genießen¹⁷⁶. Die erste Politikerentführung in der Geschichte der Bundesrepublik hatte ihr vorläufiges, für Lorenz gutes Ende gefunden.

Keine halbe Stunde nach dem ersten Lebenszeichen von Lorenz begann die von langer Hand vorbereitete Großfahndung. Umgehend forderten die Berliner Behörden mehrere hundert Kriminal- und Schutzbeamte in anderen Bundesländern an¹⁷⁷. Die augenscheinlich sehr gut unterrichteten Staatssicherheitsorgane der DDR registrierten mit großer Besorgnis den Einsatz von 15.000 Polizisten

¹⁷⁷ Umlauf Innenminister der Länder vom 5. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, Bd 2.



¹⁶⁹ Schuster, Albertz, S. 299.

¹⁷⁰ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 13, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430; Abschlussbericht der Botschaft Addis Abeba, Fernschreiben an das AA vom 4. 3. 1975, in: PA AA, Zwischenarchiv 104932.

¹⁷¹ Schuster, Albertz, S. 300.

 $^{^{172}}$ Ebenda; Mitschnitt der Fernsehansprache auch bei Stern/Salge, Austausch, Min. 34:28 bis 35:10

¹⁷³ Dieser Anschlag mit offenbar nur geringem Sachschaden war gegen die Entscheidung zum § 218 gerichtet und hatte offenbar mit der Lorenz-Entführung nicht unmittelbar zu tun. Vgl. zum Vorfall die dpa-Meldung vom 5. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, Bd. 2; Zeitplan Entführung BMJ, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546, und Vermerk BMJ 4. 3. 1975, 20.35 Uhr, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400547.

¹⁷⁴ Vgl. Reinders/Fritzsch, Bewegung, S. 97.

¹⁷⁵ Das kurze, sehr emotionale Gespräch mündete in die Frage, ob da "sehr viele Leute vor der Tür" seien. Seine Frau antwortete: "Hunderte von Leuten. Komm bitte nicht hierher!" Transkript vom 6. 3. 1975 der Tonbandaufzeichnung des Telefonats Lorenz mit seiner Frau vom 5. 3. 1975, 00.02 Uhr, in: HIS, SAK 33, SAO 66, Box 33.

¹⁷⁶ Lorenz wurde ab 2 Uhr vom Verfassungsschutz befragt. Telex BfV mit ersten Ergebnissen an das BMI vom 5. 3. 1975, 4.06 Uhr, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, Bd. 2; Erstvernehmungsprotokolle Peter Lorenz des Berliner Staatsschutzes (in Transkription) vom 5. 3. 1975, in: HIS, SAK 33, SAO 66, Box 33.

sowie über 100 Kriminalisten von BKA und Verfassungsschutz¹⁷⁸. Angeblich sei auch die französische und britische Militärpolizei aktiv geworden. Alleine am 5. März 1975 habe es 175 Festnahmen, 100 Wohnungsdurchsuchungen und über 4000 Fahrzeugkontrollen gegeben: "Die Einsatzkräfte der Polizei sind bürgerkriegsähnlich ausgerüstet. [...] Ihr Vorgehen ist gekennzeichnet durch Gewalttätigkeit und Brutalität"¹⁷⁹, so das Ergebnis des Ministeriums für Staatssicherheit, das zudem die Ansicht vertrat, dass Bonn den Notstand in Aktion probte¹⁸⁰. Auch wenn diese Urteile wenig mit der Wirklichkeit zu tun hatten und auch die Zahlen letztlich nicht überprüfbar waren, so wird doch deutlich, dass die Dimension der Fahndung alles bisherige offenbar überstieg¹⁸¹.

Das Nachspiel und Manöverkritik

In den folgenden Tagen und Wochen begann in Berlin eine sehr intensive Überprüfung des PKW-, LKW-, Bahn- und Schiffsverkehrs, insbesondere im Transitbereich¹⁸², viele Wohnungen wurden – auch gegen Widerstand – durchsucht. Bei der Berliner Polizei gingen über 4000 Hinweise ein 183. Trotzdem sollten Fahndungserfolge lange auf sich warten lassen, erst Monate später wurde das "Volksgefängnis" in der Schenkendorfstraße gefunden 184. Von einer Öffentlichkeitsfahndung via Fernsehen riet BKA-Präsident Herold auf einmal ab, da er eine "Lawine von nicht mehr zu bewältigenden Hinweisen, z.T. unqualifizierter Art, auf die Polizei zukommen"¹⁸⁵ sah.

Ein Blick in die Besprechungsprotokolle der Berliner Polizei offenbart ein zutiefst frustriertes Bild der Berliner Polizei, das anscheinend nicht erst seit der Lorenz-Entführung bestand. Nach einer grundlegenden Polizeireform 1974 "befand sich [die Polizei] z. Z. der Tat in Phase der Umstellung, Konsolidierung war noch nicht vollzogen"¹⁸⁶. Angesichts der offenbar dramatischen Zustände innerhalb der Polizei steht aber zu vermuten, dass die Probleme nicht erst mit der Reform begonnen hatten:

¹⁸⁶ Protokoll Dienstbesprechung Polizeiinspektion Berlin-Spandau am 30. 4. 1975, S. 6, in: LAB, B Rep. 020 Acc. 2984 Nr. 7877.



¹⁷⁸ Die Sorge galt vor allem den verdeckten Mitarbeitern in Westberlin, deren Enttarnung durch die Großfahndung drohte. Vgl. interne Anweisung Ministerbüro MfS vom 13.3. 1975, in: BStU, ZAIG 14967.

¹⁷⁹ MfS-Vermerk 169/75 vom 5. 3. 1975, in: BStU, ZAIG Nr. 2381, Z 2381.

¹⁸⁰ MfS-Beurteilung der Ereignisse vom 6. 3. 1975, S. 5, in: BStU, ZAIG 14967.

¹⁸¹ Der Bundesgrenzschutz setzt etwas niedrigere und vermutlich realistischere Zahlen an, bleibt aber in der gleichen Größenordnung von 157 vorläufigen Festnahmen und ca. 3000 Fahrzeugkontrollen. Chronologie des BGS für den Bundesinnenminister, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 106 / 371816.

¹⁸² Hier spielte insbesondere die Frage der Verplombung der Transit-LKWs eine Rolle. Schreiben Herold an Maihofer vom 21. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106998, Lorenz Bd. 3.

¹⁸³ Zeitplan Entführung BMJ, in: BA Dahlwitz-Hoppegarten, B 141 / 400546.

¹⁸⁴ Telefonvermerk BMI mit Berliner Innensenator vom 14.11. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106998, Lorenz Bd. 4.

¹⁸⁵ ÖS 6 / BMI an Maihofer vom 5. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997, Bd. 2.

"Auffallend" sei "die Bereitschaft einzelner 'Mitarbeiter' zur öffentlichen Kritik an polizeiinternen Vorgängen. [...] Bestreben [sei] erkennbar, Keil zwischen Polizeiführung und Mitarbeitern zu treiben. [...] [Es gebe] 'Dolchstöße' in den eigenen Reihen [...] Hierzu erwähnte IL¹⁸⁷ einen anonymen Brief der 'Gruppe 1. Oktober', die sich innerhalb der Beamtenschaft gebildet hat und als durchaus ernst zu nehmen ist [sic]. [...] Die Mitarbeiter sollten 'nicht mit gesenktem Kopf und mit Asche bestreut' den Dienst versehen. [...] Es kommt jetzt darauf an, nicht die Nerven zu verlieren und einander mehr denn je zu vertrauen. "188

Auch die Kooperation mit den Bundes- und Länderkollegen hat offenbar ihre Tücken gehabt. So beklagten die Berliner Polizisten "mangelnde Ortskenntnisse sowie die unzureichenden Kenntnisse landesrechtlicher Berliner Bestimmungen. [...] Es ist zutreffend, daß während der Dienstzeit "Stadtrundfahrten" durchgeführt wurden, die aber allein den Zweck hatten den Kollegen Ortskenntnisse zu vermitteln. "189 Auch wenn die Kooperation grundsätzlich gut funktioniert habe, so sei doch die Erwartungshaltung der "Gäste" eine falsche gewesen. Sie seien von einer Einsatzdauer von zwei bis drei Tagen ausgegangen. Beklagt wurde neben mangelnder Verpflegung auch, dass aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit die Unterbringung zu zweit in Einzelbetten habe stattfinden müssen. Dagegen nimmt es sich fast unbedeutend aus, dass "Hinweisen [...] z. T. von mehreren Beamten gleichzeitig nachgegangen "190 wurde.

Die Schlussfolgerungen für die Zukunft zeugen von gravierenden Problemen und von der Einsicht, dass künftig mehr Fingerspitzengefühl erforderlich sein würde: "Benutzen des 'Dienstweges' bei Meldungen […]. Besondere Fürsorge der Vorgesetzten für ihre Mitarbeiter in Zeiten derartiger Belastungen."¹⁹¹ Ob diese Zustände den Terroristen wirklich in die Hände gespielt haben, ist nur zu vermuten. Allerdings zeigt sich hier, dass die frühe Terrorismusbekämpfung offenbar auch interne Hürden zu überwinden hatte.

Zeitgleich zur Suche nach den Entführern und der Aufnahme der Ermittlungen durch Generalbundesanwalt Siegfried Buback entbrannte eine teilweise heftig geführte interne Diskussion, ob ein Auslieferungsgesuch nach den ständig – auch von den Medien – beobachteten Freigelassenen in Aden gestellt werden sollte ¹⁹². Während das Auswärtige Amt mit Blick auf die Chancenlosigkeit eines solchen Gesuchs abwinkte, bestanden die Länder – bis auf Berlin – auf Prinzipientreue. Insbesondere Klaus Schütz legte wohl mit Blick auf Vergeltungsmaßnahmen großen Wert darauf, das Wort, das man den Terroristen gegeben hatte, auch zu hal-

¹⁹² Schreiben BKA an BMI über die Erkundungsreise eines Kriminalhauptkommissars nach Aden vom 29. 7. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106998, Lorenz Bd. 3.



¹⁸⁷ Vermutlich Inspektionsleiter.

¹⁸⁸ Protokoll Dienstbesprechung Polizeiinspektion Berlin-Spandau am 19. 3. 1975, S. 1–3, in: LAB, B Rep. 020 Acc. 2984 Nr. 7877.

¹⁸⁹ Ebenda.

 $^{^{190}}$ Protokoll Dienstbesprechung Polizei
inspektion Berlin-Spandau am 30. 4. 1975, S. 7, in: Ebenda

¹⁹¹ Ebenda.

ten¹⁹³. BMI und BMJ gaben sich zögerlich und unentschlossen, so dass letztlich eine weltweite Fahndung – mit Ausschluss des Jemen – eingeleitet wurde 194.

Schon frühzeitig, zum Teil noch vor Ende der Entführung, wurde an Strategiepapieren gearbeitet, wie man mit der zu erwartenden öffentlichen Kritik nach Abschluss der Entführung umgehen solle¹⁹⁵. Die Bundesregierung sah sich vielfältigem Rechtfertigungszwang ausgesetzt, denn die "Gefahr von Wiederholungsversuchen"196 war nun ganz offensichtlich gestiegen. Auch wenn Prominente wie die Schaupielerin Inge Meysel, der Gewerkschafter Heinz Oskar Vetter und der Schriftsteller Martin Walser sowie - nach einer Allensbach-Umfrage - die Mehrheit der Bevölkerung dem Handeln der Politiker zustimmten¹⁹⁷, titelten die Zeitungen mit "Der Ruf nach dem Henker", "Gedemütigter Staat", "Hilfloser Rechtsstaat" oder "Nur eine Generalprobe?"¹⁹⁸. Der Spiegel widmete dem Fall Lorenz und der Frage nach mehr Sicherheit zwei Titelgeschichten 199.

Bundeskanzler Schmidt betonte in einer kämpferischen Fernsehansprache kurz nach der Befreiung von Peter Lorenz die paradigmatische Bedeutung der Lorenz-Entführung; "Die Erfahrung, die wir gemeinsam gemacht haben, hat eine rechtliche, eine polizeiliche und eine staatspolitische Bedeutung."200 Noch während Schmidt im Fernsehen die "Gemeinsamkeit der Verantwortung"201 beschwor, gab ein Strategiepapier zur angekündigten Regierungserklärung Aufschluss über offensichtlich viel weiter reichende, parteipolitische Gedankengänge²⁰²: So sollte das Thema Innere Sicherheit trotz der Lorenz-Entführung nicht "zu hoch" aufgehängt und die Erklärung keinesfalls vor der Landtagswahl

²⁰² Vermerk Bundeskanzleramt zur Regierungserklärung im Bundestag vom 5. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932. Alle diesbezüglichen Folgezitate daraus.



¹⁹³ Telefonvermerk Staatssekretär BMJ mit Justizsenator Oxfort vom 2. 6. 1975, in: BA Koblenz, B 141 / 45605.

¹⁹⁴ Schriftverkehr der Behörden in: BA Koblenz, B 106 / 106998, Lorenz Bd. 3.

¹⁹⁵ Im BMI entstand ein sorgfältig ausgearbeiteter Antwortkatalog auf zu erwartende (Journalisten-)Fragen. Antwortkatalog [ohne weitere Angaben, vermutlich aus dem Büro Maihofer vom 3. 3. 1975], in: BA Koblenz, 106 / 106997.

¹⁹⁶ Erklärung des Bundeskanzlers zur inneren Sicherheit über die Rundfunk- und Fernsehanstalten, in: Bulletin Nr. 31 vom 7. 3. 1975, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 301.

¹⁹⁷ Inge Meysel brachte es auf den Punkt mit der Aussage "Immer eintauschen. Jedem 20000 DM geben – mehr können wir gar nicht sparen." Meysel, Vetter, Walser, zitiert nach Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, München 1993, S. 195 f. Am 3. 3. 1975 sprachen sich 56% der Befragten des Allensbacher Instituts für Demoskopie für ein Nachgeben aus, 31% dagegen. Vgl. Der Spiegel vom 10. 3. 1975, S. 22. Ein wesentlicher Grund für die hohe Zustimmung war wohl auch, dass keine Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe freigepresst werden sollten.

¹⁹⁸ Titel in: Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Mannheimer Morgen, Augsburger Nachrichten vom 4. und 5. 5. 1975.

¹⁹⁹ Vgl. Der Spiegel vom 3. 5. 1975: "Entführter CDU-Chef Lorenz. Darf ausgetauscht werden?", und vom 10. 3. 1975: "Fall Lorenz. Mehr Sicherheit durch Strauß?"

²⁰⁰ Erklärung des Bundeskanzlers zur inneren Sicherheit über die Rundfunk- und Fernsehanstalten, in: Bulletin Nr. 31 vom 7. 3. 1975, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 301.

²⁰¹ Ebenda, S. 302.

in Rheinland-Pfalz gegeben werden. Wichtig sei es, deutlich zu machen, dass der Staat schnell und scharf reagiere, sich aber trotzdem an Recht und Gesetz hielte. Ebenso deutlich sei es, dass

"Strauß / Dregger / Springer [...] unter dem Deckmantel der verständlichen Erregung und Emotionalisierung den Abbau des liberalen Rechtsstaates voranzutreiben (Diskussion um Todesstrafe)" suchten. Dabei habe sich der "Terrorismus [...] in dem "Klima" entwickelt, das CDU/CSU-Regierungen 1965/66 hinterlassen haben [...]. Strauß hat mit der Nacht-und-Nebel-Aktion zur Zerschlagung des SPIEGEL im Oktober 1962 mehr junge Menschen in die Opposition gegen die Staatsgewalt getrieben als Willy Brandt mit seinem Versuch "mehr Demokratie zu wagen"."²⁰³

Die intern gezogenen praktischen Konsequenzen aus der Entführung waren gleichzeitig ein hartes Eingeständnis: Den akademisch gebildeten Terroristen müssten von nun ab "waffengleiche" Fahnder gegenüber stehen. Außerdem müsse die Rolle der Medien radikal überdacht werden. Medienräte sollten Grundsätze festlegen, die ihre Involvierung bei zukünftigen politischen Verbrechen regeln²⁰⁴. Im Bundeskanzleramt wurde am 18. April 1975 "nach den Erfahrungen bei der Entführung von Peter Lorenz über die Notwendigkeit der Einrichtung eines Lagezentrums für kritische Lagen im Bundeskanzleramt"²⁰⁵ beraten, welches im Sommer 1975 provisorisch in das Palais Schaumburg einzog.

Nach außen wurde insbesondere die Einigkeit der Handelnden angesichts der "zwingenden" Rechtslage betont: Erstens rangiere "der Schutz des Lebens vor allen anderen Rechtsgütern". Zweitens müsse man den "rechtfertigenden Notstand' des § 34 StGB" bei Annahme einer echten Chance auf Befreiung und bei Berücksichtigung früherer Diplomatenmorde (Verhältnismäßigkeit) hinzuziehen. Daher habe die Entscheidung zum Nachgeben "nie zweifelhaft"²⁰⁶ sein können. Würde man dies zu Ende denken, müsste man glauben, dass die Krisenstäbe überhaupt nichts zu entscheiden gehabt hätten. Interessant ist auch der Umgang mit einer Grundsatzentscheidung. Wer erwartet hatte, dass die Bundesregierung nach der Lorenz-Entführung zu einer "israelischen Variante" des Nichtverhandelns übergehen würde, wurde enttäuscht:

"Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Entführung von Peter Lorenz nicht verhindert worden wäre, wenn sie zuvor eine Erklärung in der Richtung abgegeben haben würde, sie ließe sich durch Terroristen, sei es um welchen

 $^{^{206}}$ Antwortkatalog BMI, vermutlich aus dem Büro Maihofer, vom 3. 3. 1975, in: BA Koblenz, B $106 \ / \ 106997.$



 $^{^{203}}$ Vermerk Bundeskanzleramt zur Regierungserklärung im Bundestag vom 5.3. 1975, in: Ebenda.

²⁰⁴ Am 16.9. 1975 unterzeichneten ARD, ZDF und Bundesregierung tatsächlich eine Vereinbarung zur "Ausnahmesituation der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Krisenfällen", in: BA Koblenz, B 106 / 106998, Lorenz Bd. 4.

 $^{^{205}}$ Schreiben Abteilungsleiter an Chef Bundeskanzleramt, Juli 1975, in: BA Koblenz, B 136 / 12976.

Preis auch immer, nicht erpressen. [...] Grundsatzerklärungen könnten allenfalls dazu führen, daß sie im konkreten Fall relativiert werden müßten."207

Diese Erklärung zeigt auch, dass die Lorenz-Entführung nur der Wegbereiter zum Wendepunkt einer neuen Haltung zum Terrorismus war. Die Erkenntnis einer falschen Strategie setzte sich erst mit Abstand zur konkreten Krisensituation durch. Erst beim Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm fand die neue Kompromisslosigkeit, die für die Regierung Schmidt aus heutiger Sicht scheinbar so charakteristisch ist, Anwendung.

Die Manöverkritik des BMI enthielt, ebenso wie die Äußerungen des Bundesministers ("nach perfektem Ritual durchgeführt"²⁰⁸), sogar eine gewisse Anerkennung für die Täter. So sei die Wahl der eigenen Maßnahmen durch "das raffinierte Vorgehen der Entführer" stark eingeschränkt gewesen, und man müsse auch deren "neue Strategie" berücksichtigen, "bei der die Entführer selbst und ihr Opfer in keiner Phase offen in Erscheinung getreten sind und die Möglichkeit für ein polizeiliches Eingreifen geboten hätte "209". Einen Grund zur Selbstkritik sah das BMI nicht: Mit vielen Zahlen wurde der Aufbau der "Sicherheitseinrichtungen des Bundes^{a210} seit 1969 gelobt. Das Sofortprogramm vom Oktober 1970 mit dem Ausbau des BKA und das Schwerpunktprogramm vom März 1972 mit der Stärkung von Bundesverfassungsschutz, Bundesgrenzschutz und Ausländerzentralregister hätten dazu geführt, dass "die drei wichtigsten Einrichtungen des Bundes für die innere Sicherheit in einem bis dahin niemals dagewesenen Ausmaß ausgebaut und verbessert "211 worden seien. Von Seiten der Bundesregierung seien "alle nur erdenklichen Anstrengungen unternommen" worden, den ja "in erster Linie verantwortlichen Länder[n]"²¹² zu helfen.

Den Ländern die Verantwortung zuzuschieben, hatte insofern seinen Sinn, als diese nach der Lorenz-Entführung kaum mehr in der Lage waren, sich dem Drängen von Horst Herold nach mehr Kompetenz für das BKA zu widersetzen. Noch am Vorabend der Generaldebatte zur Inneren Sicherheit am 13. März 1975 im Bundestag einigte sich die Innenministerkonferenz auf die schon seit langem geforderte Zentralfunktion des BKA, das nunmehr als Informationssammelstelle diente und im Gegenzug die Landeskriminalämter periodisch auf dem Laufenden hielt $^{213}.$ Einen Monat später fasste die Innenministerkonferenz den formalen Beschluss dazu²¹⁴. Damit veränderte die Lorenz-Entführung das Sicherheitsgefüge der Bundesrepublik nachhaltig.



²⁰⁷ Ebenda.

²⁰⁸ Maihofer am 27. 2. 1975 in "Kontraste" (DFS), 20.40 Uhr, Transkription des BPA, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

²⁰⁹ Antwortkatalog, in: BA Koblenz, B 106 / 106997.

²¹⁰ Vermerk ÖS1 / BMI vom 6. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 136 / 14278.

²¹¹ Gemeint sind BKA, BfV und BGS. Vermerk ÖS1 / BMI vom 6. 3. 1975, in: Ebenda.

²¹² Ebenda.

²¹³ Vermerk Staatssekretär Fröhlich (BMI) vom 13. 3. 1975, in: BA Koblenz, B 106 / 106997,

²¹⁴ Schreiben BMI an BMJ vom 16. 4. 1975, in: BA Koblenz, B 141 / 48329.

Die schwierigen Kompetenzfragen wurden öffentlich ins Positive verkehrt. Auch an der unglaublichen Zahl von mindestens sieben parallel tagenden Krisenstäben hatten die Verfasser des BMI-Strategiepapiers offenbar nichts auszusetzen:

"Auf dieser Grundlage war es möglich, eine sowohl von den staatlichen Stellen in Bund und Ländern als auch von den Parlamenten als auch von politischen Parteien gemeinsam getragene Basis für die Durchführung aller Maßnamen zu finden "²¹⁵

Lediglich der schwelende Zuständigkeitskonflikt zwischen dem BKA und den Ländern sei zu bedauern. Aber die "enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder[n], eine Zusammenarbeit, die der gemeinsamen Verantwortung für die innere Sicherheit entspricht"²¹⁶, habe sich schließlich in den vergangenen Jahren bewährt. Auch Außenminister Genscher, der trotz – oder vielleicht auch wegen – seiner Erfahrungen als zentrale Figur im Fall der Olympiade von 1972²¹⁷ stark im Hintergrund blieb, lobte in der Kabinettsrunde: Die "vorbildliche Zusammenarbeit zwischen allen Ressorts muß [...] besonders hervorgehoben werden"²¹⁸. Ganz anders hört sich das im vertraulichen Erfahrungsbericht von Heinrich Albertz an:

"Sollte, was Gott verhüten möge, noch einmal eine ähnliche Operation durchgeführt werden müssen, kann ich als einer, der ja auch ein wenig die inneren Abläufe und Zuständigkeiten in Sicherheitsfragen in unserem Lande kennt, nur dringend raten, daß die Entscheidungs- und Befehlsgewalt eindeutig auf die Bundesregierung und die ihr zugeordneten Organe übergeht. Der Aufwand an doppelter und dreifacher Besetzung aus verschiedenen Ländern war einfach grotesk."

Zwar sind bis auf die unterbrochene Weisungskette an die Justizvollzugsanstalt Essen keine größeren Pannen aktenkundig geworden, jedoch darf auch nicht übersehen werden, dass der Krisenstab bei Bundeskanzler Schmidt alle denkbaren Verwaltungsebenen in einem Raum vereinte und somit mögliche Reibungsverluste schon im Vorfeld minimieren konnte. Interessant ist, dass die Bundesregierung verwaltungsrechtlich (außer im Feld der Außenpolitik) keine verfassungsmäßige Verantwortung hatte, aktiv zu werden: "Weil wir politische



 $^{^{215}}$ Antwortkatalog BMI, vermutlich aus dem Büro Maihofer vom 3. 3. 1975, in: BA Koblenz, B $106 \neq 106997$. Die nachgeordneten Krisenstäbe sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. 216 Ebenda.

²¹⁷ Genscher hatte 1972, obwohl er als Bundesinnenminister nur bedingt für den Vorfall im Münchener Olympischen Dorf zuständig war, die zentralen Verhandlungen mit den Terroristen des "Schwarzen September" geführt und sich zeitweilig auch in die Hand der Terroristen begeben. Nach der misslungenen Befreiungsaktion hatte Genscher für seine Maßnahmen starke Kritik geerntet. Vgl. Dahlke, Anschlag, S. 40–60.

²¹⁸ Sprechzettel Genscher für die Kabinettssitzung am 5. 3. 1975, S. 2, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

²¹⁹ Bericht Albertz vom 11. 3. 1975, S. 13, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 6430.

Mitverantwortung tragen wollten", so der Bundeskanzler, "haben wir [...] an diesem Tisch die Entscheidungen gemeinsam beraten und getragen. "220

Grundlegender war die Kritik des Auswärtigen Amts, auch weil hier ein vielfach unbeachteter Aspekt der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus hervorgehoben wurde. Die Handlungsspielräume der Krisenstäbe waren entscheidend von den technischen Möglichkeiten eingeschränkt. Insbesondere im Zeitalter des Internets hören sich Kommunikationseinschränkungen, wie sie ein Mitglied des Krisenstabs im Erfahrungsbericht des Auswärtigen Amts beschrieb, geradezu unfassbar an: Erstens sei vor allem eine Direktverbindung zwischen dem Krisenstab des Auswärtigen Amts und dem BMI nötig. (Auch die Verbindungen in das Ausland mussten damals noch über das Postministerium angemeldet werden.) Zweitens sei eine "Telefonverstärkeranlage" wünschenswert, da Gespräche häufig nur sehr leise empfangen werden konnten und sehr oft gar nicht verständlich waren. Drittens müsse man dringend "Mithöreinrichtungen" (Lautsprecher) installieren. In der Tat konnte immer nur eine Person die Gespräche entgegennehmen und musste den anderen Krisenstabsteilnehmern den Inhalt des Gesprächs wiedergeben. Transkribierte Mitschnitte solcher Telefonate lassen nicht nur auf immensen Zeitverlust, sondern auch auf gravierende Missverständnisse schließen²²¹. Viertens sei ganz dringend ein Fernsehgerät im Krisenstab nötig²²².

Inwieweit die technischen Einschränkungen tatsächlich die Beratungen der Krisenstäbe beeinflusst haben, ist fraglich. Dennoch zeigt sich, dass man aus dieser Perspektive von sehr rudimentären technischen Voraussetzungen und langwierigen Informations- und Entscheidungsketten ausgehen muss.

Ergebnisse

Die Untersuchung der eingangs aufgeworfenen Fragekomplexe hat mehrere, teilweise überraschende Erkenntnisse zu Tage gebracht, insbesondere im Hinblick auf die schwache Rolle des Bundeskanzlers, die große Bedeutung der Länder und schließlich auch auf interne Handlungshemmnisse.

Beginnen wir mit den staatlichen Entscheidungsträgern. Obwohl der Bund formal (außer in der Außenpolitik) eigentlich keine Zuständigkeit besaß, wurde der "große Krisenstab" beim Bundeskanzler in der Öffentlichkeit als das entscheidende Gremium wahrgenommen. Denn Bundeskanzler Schmidt zog die Ent-



²²⁰ Erklärung des Bundeskanzlers zur Inneren Sicherheit vor dem Bundestag am 13. 3. 1975, in: Bulletin Nr. 35 vom 14. 3. 1975, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 341.

²²¹ In PA-AA, Zwischenarchiv 104932, befindet sich eine Vielzahl von Quellen, die diese Pannen und Fehlleistungen belegen. Ein sehr illustratives und unfreiwillig komisches Beispiel für die katastrophale Kommunikation in einer sehr ähnlichen Situation zwei Jahre später hat Hans-Jürgen Wischnewski seinen Memoiren beifügen lassen. Vgl. "Aufzeichnung des Telefongesprächs zwischen Bundeskanzleramt und Mogadischu via Rom" (Anhang 6), in: Wischnewski, Augenmaß, S. 407-411.

²²² Erfahrungsvermerk AA vom 4. 3. 1975, in: PA-AA, Zwischenarchiv 104932.

scheidungsverantwortung umgehend an sich und band sämtliche politischen Ebenen in Bund, Ländern und Opposition mit ein. Öffentlich konnte Schmidt so als Krisenmanager auftreten, während er gleichzeitig jegliche Entscheidung und deren Folgen für den Ausgang der Entführung durch parteiübergreifenden Konsens politisch absicherte. Faktisch spielte Schmidt jedoch nur eine nachrangige Rolle im Fall Lorenz. Begründet durch seine Krankheit enthielt sich Schmidt im entscheidenden Moment der Stimme. Er hätte mit seiner tendenziell unnachgiebigen Haltung jedoch auch keine Mehrheit gefunden und scheute möglicherweise auch eine Niederlage. Die wirklichen Meinungsmacher im Krisenstab waren Klaus Schütz und Helmut Kohl, wobei sich der erste aus politischem und humanitärem Kalkül und der zweite wohl tatsächlich aus persönlicher Freundschaft vehement für einen Austausch von Peter Lorenz einsetzte. Beide warben seit der ersten Sitzung am Tag der Entführung massiv für ihre Meinung und setzten damit auch die Position der Länder gegenüber dem Bund durch. Die Anerkennung einer Zentralfunktion des BKA durch die Länder ist eines der Resultate der Lorenz-Entführung, die gewissermaßen als ausgleichende Justierung der Bund-Länder-Gewichte verstanden werden kann.

Interessant ist, dass Genscher, der immerhin eine zentrale Figur während des Anschlags auf die Olympischen Spiele 1972 in München war, sich stark zurückhielt und seinen Staatssekretär Gehlhoff in die Arbeitskrisenstäbe schickte. Es ist zu vermuten, dass die schlechten Erfahrungen, die ihn 1972 beinahe das Amt des Bundesinnenministers gekostet hatten, ihn zur Zurückhaltung mahnten. Letztlich plädierte auch er für einen Austausch und wirkte in diesem Sinne auch auf die Liberalen in Berlin ein. Bundesinnenminister Maihofer war zwar neben Staatssekretär Ruhnau (Bundesverkehrsministerium) eine der aktivsten politischen Figuren in den Arbeitskrisenstäben beim BMI und AA, trat aber insgesamt nicht als Entscheidungsfigur in Erscheinung. Ähnliches gilt für Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, der erst in der Auslieferungsfrage aktiver wurde.

In den vielen Arbeitsstäben verlief die praktische Arbeit weitgehend reibungslos, wurde aber zum Teil durch technische Probleme stark verlangsamt. Der desolate Zustand der Berliner Polizei mag ebenfalls zum schleppenden Tempo beigetragen haben, ergebnisgefährdende Konsequenzen sind aber nicht bekannt. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass das Sammelgremium beim Bundeskanzler, in dem die Spitzen der anderen Stäbe vertreten waren, Informationsund Entscheidungsprozesse beschleunigte und bündelte. Es ist aber bemerkenswert, wie anstandslos und eilfertig die Behörden bereit waren, für die Erfüllung der terroristischen Forderungen zu sorgen. Nicht ganz zu Unrecht formulierte Herbert Kremp in der Welt: "Die Arbeits- und Krisenstäbe des Staates leisten ihnen [den Terroristen] Amtshilfe."

Die politische Führung im Fall der Lorenz-Entführung lag vorrangig bei den Ländern, die das politische Gewicht zu nutzen verstanden, das ihr durch die "beratende" Bundesregierung zuteil wurde. So verstanden es Schütz und Kohl,

²²³ Herbert Kremp, Die Anatomie des Verbrechens, in: Die Welt vom 5. 3. 1975.



ihre Vorstellungen auf den Schultern der Bundesregierung als "nationale Entscheidung" durchzusetzen. Dies sollte auch zukünftige Studien zum staatlichen Umgang mit Terroristen in Deutschland ermuntern, ein stärkeres Augenmerk auf die Bundesländer zu legen.

Die Strategie der Behörden war von vornherein auf polizeilichen Zugriff ausgerichtet, der, so ist nach Aussage der Entführer zu vermuten, Lorenz wohl das Leben gekostet hätte. Lediglich die absolute Unsichtbarkeit der Terroristen und der "blinde Kontakt" über die Medien zwang die ratlosen Behörden zu einer Zug-um-Zug-Strategie, auf die die Terroristen aber nicht eingingen. Da die Polizeibehörden außer Zugeständnissen nichts anbieten konnten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als hilflos dem Austausch zuzusehen. Auch das Abhören von Albertz war Ausdruck dieser Hilflosigkeit. Interessant ist, dass insbesondere das BMI einen pragmatischen Ansatz verfolgte, Lorenz nicht "unnötig" zu opfern, da weitere Anschläge folgen würden, denen man irgendwann doch nachgeben müsse. Das Auswärtige Amt verhielt sich demgegenüber deutlich zurückhaltender und erkannte früh, dass eine formale Bitte um Asyl für die Freigelassenen verheerende Folgeschäden anrichten könnte, und bemühte sich um Schadensbegrenzung. Ebenfalls zeigt sich insbesondere in den Akten des Bundeskanzleramts, dass parteipolitische Erwägungen eine starke Rolle spielten. Das Wahlkampfjahr 1975 mit sechs Landtagswahlen brachte eine eigene Dynamik in die Entscheidungen zur Lorenz-Entführung und war vielleicht auch dafür verantwortlich, dass Helmut Schmidt so viel Wert auf die Einbindung der Opposition legte.

Die "Entführung und Geiselnahme als Mittel des Terror[ismu]s"224, darin waren sich alle involvierten Behörden einig, war ein Novum im deutschen Linksextremismus und in der deutschen Kriminal- und Politikgeschichte. Frühere Erfahrungen von polizeilichen Zugriffen wie im Fall des Anschlags während der Olympiade von 1972 spielten auf staatlicher Seite, soweit nachvollziehbar, nur eine marginale Rolle. Insbesondere die nicht-staatliche Seite, die Terroristen und Pfarrer Albertz, wiesen auf diese katastrophale Erfahrung hin. Letztlich ist es symptomatisch für diese Zeit, dass ähnliche Erfahrungen aus der "Ausländerkriminalität" kaum eine Rolle spielten. Auch bei Anschlägen in Nachbarländern lässt sich eine stark abgrenzende, vielfach sogar verdrängende Wahrnehmung des so genannten "internationalen Terrorismus" feststellen.

Die Entführung von Peter Lorenz war eine der bis dahin schwersten Herausforderungen für die "Innere Sicherheit" der Bonner Republik. Das Verhalten des Staates in diesem Fall bezeichnet der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt mittlerweile als "schweren Fehler"²²⁵. Viel Zeit zum grundsätzlichen Nachdenken blieb nicht. Gut einen Monat später, am 24. April 1975, besetzte das Kommando

²²⁵ Helmut Schmidt, Verantwortung und Gewissen des Politikers, Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Marburg am 27. Februar 2007, Universität Marburg 2007, S. 8.



²²⁴ Verfassungsschutz '75. Rechts- und linksradikale Bestrebungen, Spionageabwehr, sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1976, S. 102.

Holger Meins der RAF die deutsche Botschaft in Stockholm und forderte die Freilassung von 26 Häftlingen, darunter auch den Kern der Baader-Meinhof-Gruppe²²⁶. Bei diesem Anschlag trat Helmut Schmidt als unnachgiebiger Regierungschef in Erscheinung, diesmal gestützt von Helmut Kohl, der einen radikalen Sinneswandel vollzogen hatte. Schmidt weigerte sich, direkt mit den Terroristen zu verhandeln, hob die Exterritorialität der Botschaft auf und zwang so seinen Amtskollegen Olof Palme zum Handeln²²⁷.

Zwei Jahre später legte Generalbundesanwalt Buback seine Anklageschrift im so genannten Lorenz-Drenkmann-Prozess vor, der von 1978 bis 1980 unter starken Sicherheitsvorkehrungen und teils heftigen Tumulten vor dem Berliner Kammergericht gegen Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Fritz Teufel, Andreas Vogel und Ralf Reinders stattfand²²⁸. Reinders und Meyer wurden zu 15 Jahren Haft verurteilt, Fritzsch bekam 13, Klöpper 11 und Vogel 10 Jahre Haft.

Die Lorenz-Entführung zeigt eindringlich, wie verschlungen der Weg zur heutigen Verantwortlichkeit in der Terrorismusbekämpfung war²²⁹. Natürlich hat ein Fallbeispiel nur begrenzte Aussagekraft; es zeigt aber, dass sich ein vom "Deutschen Herbst" unverstellter Blick lohnt, um scheinbare Selbstverständlichkeiten zu relativieren.

²²⁹ Zum gegenwärtigen Stand der Bund-Länder-Verteilung bei der Abwehr terroristischer Gefahren vgl. Christian Tams, Die Zuständigkeit des Bundes für die Abwehr terroristischer Gefahren, in: Die öffentliche Verwaltung 60 (2007), S. 367–375.



²²⁶ Zu den Ereignissen in Stockholm vgl. März, Machtprobe, S. 71–117.

²²⁷ Zum Vergleich der beiden Anschläge siehe ebenda, S. 118–120.

²²⁸ Anklageschrift des Generalbundesanwalts im Lorenz-Drenkmann-Verfahren vom 29.6. 1977, in: HIS, SAK 500,41.

Geheimdienste haben es bekanntlich schwer, öffentliche Akzeptanz zu gewinnen – vor allem dann, wenn eine historische Zäsur sie nicht zur Öffnung ihrer Archive zwingt. Denn im Grunde können nur Eingeweihte die Relevanz ihrer Arbeit bewerten. Um so größer ist die Bedeutung der hier publizierten sensationellen Dokumente einzuschätzen, mit denen sich erstmals die Rolle des Bundesnachrichtendienstes in der Krise um den Mauerbau vom August 1961 rekonstruieren lässt. Der BND wusste, was sich anbahnte, und traf entsprechende Vorkehrungen.

Matthias Uhl und Armin Wagner

"Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung"

Bundesnachrichtendienst und Mauerbau, Juli-September 1961

Der vierzigste Jahrestag des Mauerbaus, die Abriegelung des Westteils der Stadt Berlin vom Umland und den östlichen Stadtbezirken, hat einen beträchtlichen Forschungsschub ausgelöst. Das sich in zahlreichen Publikationen artikulierende Interesse der Historiker richtete sich vorrangig auf die bis dahin quellenmäßig kaum erforschten Entscheidungsprozesse in der DDR und in der Sowjetunion, auf das Verhalten der ostdeutschen Bevölkerung und auf spektakuläre Flucht- und Todesfälle¹. Aber auch die Haltung der Westmächte und die bundesdeutsche Politik hat man nochmals untersucht, weil nun zahlreiche neue Akten zugänglich wurden. Deutlich wurde etwa, wie weit die britische Regierung zu gehen bereit war: Nach der Errichtung der Mauer regte Premierminister Harold Macmillan an, mit Moskau über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die faktische Anerkennung der DDR und die Unterbrechung der politischen Bindung zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet zu diskutieren². Aufmerksamkeit fanden in diesem Zusammenhang auch Fragen einer unter anderem kulturgeschichtlich inspirierten Diplomatiegeschichte³. Wenig Konkretes allerdings ist bislang bekannt über das Wissen der westlichen Geheimdienste im Vorfeld

³ Vgl. vor allem Harald Biermann, John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn 1997; Christian Bremen, Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958–1961, Berlin/New York 1998; Christof Münger, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe, 1961–1963, Paderborn 2003; Andreas W. Daum, Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg, Paderborn 2003.



¹ Eine Auswahlbibliographie findet sich in www.chronik-der-mauer.de/index.php/material/literatur.

² Vgl. Rolf Steininger, Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963, München 2001, S. 302; vgl. auch John P.S. Gearson, Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis 1958–62. The Limits of Interests and Force, Basingstoke 1998.

des 13. August 1961⁴. Wie erklärte sich die Überraschung des Westens an diesem sommerlichen Sonntag, wenn es zuvor doch Signale gegeben hatte, dass eine Isolierung West-Berlins bevorstünde? Wurden die westlichen Hauptstädte trotz vieler Hinweise wirklich von der Abriegelung überrascht?

"Kennedy segelte vor Hyannis Port, das State Department war nahezu verwaist, [der amerikanische Außenminister] Rusk besuchte ein Baseballspiel; Macmillan befand sich auf Grauhuhnjagd in Schottland, und de Gaulle erholte sich in Colombey-les-Deux-Eglises. "⁵

Für Washington kam das, was sich da anbahnte, nicht unerwartet. Der eigentliche Grund für die verspätet einsetzende Reaktion der Amerikaner lag am Termin für die Grenzschließung, den Ost-Berlin ganz bewusst an einem Wochenende gewählt hatte⁶. Außerdem sah US-Präsident John F. Kennedy in der Abriegelung solange keinen Anlass zur Unruhe oder gar zur Intervention, wie die vertragsmäßigen Rechte der Westalliierten in Berlin gesichert blieben.

Was also hatten die amerikanischen Geheimdienste gemeldet? In der ersten Hälfte des Jahres 1961 vermuteten sie, dass die Sowjetunion versuchen werde, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, um das Ulbricht-Regime zu stärken und die DDR nicht dem Zerfall preiszugeben, der notwendigerweise aus einem anhaltenden Exodus der ostdeutschen Bevölkerung resultieren musste. Die Central Intelligence Agency (CIA) interessierte vor allem, ob auf Geheiß der Russen auch der westalliierte Zugang zu Berlin blockiert werden sollte – denn nur das hätte Kennedy veranlasst, entschieden und notfalls gewaltsam gegen die östliche Politik vorzugehen. Für die Analytiker in Langley standen also nicht Prognosen zum genauen Zeitpunkt einer Absperrungsaktion in Berlin auf der Agenda, sondern "isoliert und künstlich" durchgespielte Lösungsszenarien für mögliche sowjetische Optionen⁷. Zwar entwickelten die Westalliierten schon während der fünfziger Jahre Pläne für ein militärisches Eingreifen, falls ihre Rechte in Berlin verletzt werden sollten⁸. In der geteilten Stadt jedoch zeigten sich scheinbar alle Sei-

⁸ Vgl. Christian Bremen, Das Contingency Planning der Eisenhower-Administration während der zweiten Berlinkrise, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 117–147; Sean M. Maloney, Notfallplanung für Berlin. Vorläufer der Flexible Response 1958–1963, in: Militärgeschichte 11 (1997), S. 5–17.



⁴ Vgl. dazu jetzt Paul Maddrell, The Western Secret Services, the East German Ministry of State Security and the Building of the Berlin Wall, in: Intelligence and National Security 21 (2006), S. 829–847.

⁵ Steininger, Mauerbau, S. 262.

⁶ Zum Ablauf des politischen Entscheidungsprozesses und zu den Maßnahmen des Sicherheitsapparates in der DDR vgl. Matthias Uhl/Armin Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München 2003; zum politischen Kalkül Ost-Berlins vgl. außerdem Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

⁷ Vgl. Bernd Stöver, Mauerbau und Nachrichtendienste. Die CIA und der Wandel der US-Politik in Ostmitteleuropa, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 139–146, hier S. 139 f.

ten von den Ereignissen überrascht. Ein erregter Regierender Bürgermeister von West-Berlin forderte die westlichen Stadtkommandanten in Ermangelung wirksamer Ad-hoc-Gegenmaßnahmen zu entschiedenerem Protest auf. Erst später erkannte Willy Brandt: "Wäre ich, in jenen sonntäglichen Vormittagsstunden des 13. August, kühleren Blutes gewesen, hätte ich bemerkt, dass die verehrten Herren Kommandanten verwirrt, hilflos, ohne Anweisung waren."9

Warum war Brandts Überraschung so perfekt? Hatte es, wenn schon keinen Informationsaustausch im politischen Raum, so doch wenigstens über nachrichtendienstliche Kanäle Vorwarnungen gegeben? Wie gestaltete sich das "Meldeaufkommen" beim für die Auslandsaufklärung der Bundesrepublik Deutschland zuständigen Bundesnachrichtendienst (BND) unmittelbar vor und nach dem 13. August 1961, und welche Schlussfolgerungen hatte die Auswertung des Dienstes in Pullach daraus gezogen? Wurden Warnungen des BND an die Politik in Bonn und West-Berlin weitergegeben und dort überhört?

In dieser Dokumentation soll zunächst kurz auf bisherige Aussagen zum Informationsstand von Bundesregierung und West-Berliner Senat durch den BND sowohl in der Forschungs- als auch in der Memoirenliteratur eingegangen werden. Anschließend wird das ausgewertete Quellenkonvolut kurz vorgestellt und der skizzierte Forschungsstand dann an der zugänglichen archivalischen Überlieferung des Bundesnachrichtendienstes gespiegelt, die ab September 2003 vom Archiv-Referat des BND an das Bundesarchiv in Koblenz abgegeben wurde. Abschließend soll eine vorsichtige erste Bilanz zur Qualität der BND-Arbeit unmittelbar vor und nach dem Mauerbau versucht werden.

Östliche Handlungsoptionen in der Wahrnehmung Bonns und West-Berlins

Reinhard Gehlen, Gründer und langjähriger Präsident des Bundesnachrichtendienstes, hat immer darauf beharrt, dass mit Ausnahme des exakten Stichtages sein Dienst die "bevorstehende hermetische Abschließung der Zonengrenze, insbesondere in Berlin" vorher gemeldet habe, einschließlich der "Lagerung von leichtem Sperrmaterial "10. In "Pullach intern", der über lange Jahre maßgeblichen Gesamtdarstellung zur Geschichte von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, schreiben die Autoren Hermann Zolling und Heinz Höhne, der BND habe bereits im Januar 1961 das Bundeskanzleramt informiert, in Ost-Berlin würden Straßen an der innerstädtischen Sektorengrenze umgeleitet. Mit zeitlicher Nähe zum Tag des Mauerbaus habe es noch deutlichere Indizien gegeben: Am 19. Juli

¹⁰ Reinhard Gehlen, Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971, Mainz/Wiesbaden 1971, S. 285 f. Zur Person vgl. Dieter Krüger, Reinhard Gehlen (1902–1979). Der BND-Chef als Schattenmann der Ära Adenauer, in: Ders./Armin Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 207-236; Wolfgang Krieger, "Dr. Schneider" und der BND, in: Ders. (Hrsg.), Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart, München 2003, S. 230-247.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁹ Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 10; vgl. bereits seine Darstellung in: Ders., Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S. 11.

habe der BND festgestellt, dass die SED-Führung die Aufstellung von Sicherungseinheiten und die Festlegung von Alarmplänen für alle zentralen Punkte Ost-Berlins vorbereite, am 1. August meldete der Dienst sogar die bevorstehende Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und die Unterbrechung des S- und U-Bahnverkehrs¹¹. Während sich Egon Bahr, damals Leiter des Presse- und Informationsamtes des West-Berliner Senats, lediglich erinnert, er habe am Montag, den 14. August, die Lageeinschätzung des BND vom Freitag vor dem Mauerbau-Wochenende – also vom 11. August – gelesen, "mit der Aussage: Besondere Vorkommnisse seien für das Wochenende nicht zu erwarten"¹², gipfelten laut "Pullach intern" die Vorhersagen des BND am Mittwoch, den 9. August, in der Information über eine bevorstehende "totale Absperrung" West-Berlins¹³. Allerdings seien weder Indizien für Transport und Lagerung von Baumaterial und Stacheldraht noch das genaue Datum der Grenzabriegelung erkannt worden.

Nur im Rückblick erscheint die Schließung des Schlupflochs West-Berlin durch eine gewaltsame Abriegelung als geradezu zwingende Maßnahme. Ulbricht musste die Sowjetführung massiv in diese Richtung drängen; Chruschtschow fürchtete einen erheblichen Prestigeschaden, wenn die kommunistischen Mächte an der Nahtstelle des Systemkonfliktes gerade Ost-Berlin, das ein attraktives "Schaufenster des Sozialismus" darstellen sollte, als Fluchtweg für die eigene Bevölkerung mit Stacheldraht dichtmachen müssten¹⁴. An drei mögliche Zuspitzungen der zweiten Berlin-Krise glaubte die westdeutsche Politik, "basierend auf Berichten der eigenen und der alliierten Dienste"¹⁵: erstens eine totale Blockade wie 1948/49, zweitens eine Forderung Moskaus nach Kontrolle der West-Berliner Flughäfen durch die Sowjets oder die DDR, oder drittens eine Abriegelung der Sektorengrenze. Eine vierte Alternative, nämlich die militärische Besetzung West-Berlins, wurde dagegen ausgeschlossen.

"Das erste wäre der schlimmste Fall gewesen. Das zweite schien politisch utopisch zu sein – daß die Westmächte russische oder DDR-Kontrollen auf ihren Flugplätzen zulassen würden, war undenkbar. Der Mauerbau schließlich wurde als nicht sehr wahrscheinlich angesehen."

Nach Franz Josef Strauß, 1961 Bundesverteidigungsminister, rechnete man am ehesten mit der ersten und schlimmsten Option, einer Wiederholung der Blockade ähnlich jener Ende der vierziger Jahre. Daher beobachtete der BND intensiv das Manövergeschehen in der DDR¹⁷. Aus den sowjetischen Truppenbewegun-



¹¹ Vgl. Hermann Zolling/Heinz Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 276; siehe hierzu auch Dokument 2, das offensichtlich die Grundlage für diese Information bot.

¹² Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München ²1996, S. 133.

¹³ Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 276.

¹⁴ Vgl. Hope M. Harrison, Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961, Princeton 2003, S. 139–223.

¹⁵ Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 382.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Vgl. Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 276.

gen - "wir besaßen ein detailliertes Feindlagebild" - schlossen westdeutsche Politiker aktuell auf eine wahrscheinliche zweite Blockade Berlins¹⁸. Eine Behinderung des freien westalliierten Zugangs nach West-Berlin beherrschte auch die CIA-Analysen, und in Langley war man "zweifellos auf die radikalsten Krisenlösungsstrategien gefasst¹⁹. Immerhin hatte Nikita Chruschtschow, wie heute bekannt ist, über eine Luftblockade West-Berlins nachgedacht und nur aus Sorge vor einer unbeabsichtigten Eskalation bis hin zum Nuklearkrieg später wieder davon Abstand genommen²⁰.

Willy Brandts Bewertung deckt sich mit der von Strauß. Der damalige Regierende Bürgermeister berichtet in seinen Erinnerungen, man habe ihn oft gefragt, wann er erfahren habe, dass eine Mauer errichtet werden sollte. Die Antwort darauf lautete, er habe die Sperrung der Übergänge von Ost- nach West-Berlin befürchtet, aber nur die "Tendenz einer solchen Entwicklung war abzuschätzen, nicht Zeit und Form des Geschehens"21. Beurteilen könne er auch im Nachhinein nicht, ob nachrichtendienstliche Erkenntnisse realistische Schlüsse erlaubt hätten, denn:

"Mir wurden keine Hinweise der deutschen oder alliierten Geheimdienste übermittelt. [...] BND wie CIA, der britische und der französische Geheimdienst sämtliche nachrichtendienstlichen Organisationen des Westens scheinen hinters Licht geführt worden zu sein."22

Bei all dem ist entscheidend: Die Kenntnis des exakten Termins hätte an der Abriegelung West-Berlins wohl nichts geändert. Die Entwicklung in Berlin wäre nach aller Wahrscheinlichkeit nicht anders verlaufen, wenn die Regierungschefs der westlichen Mächte kurzfristig von dem konkreten Sperrtermin erfahren hätten. Für einen Nachrichtendienst allerdings ist die Exakt- oder Fehlerhaftigkeit solcher Prognosen wichtig, und zwar nicht nur als Ausweis seines Aufklärungsund Analysepotentials und damit seiner Effizienz. Schlüsselinformationen sind ungeachtet der Zweckmäßigkeitserwägung des politischen Augenblicks unverzichtbar, weil sie Kosten und Nutzen des Dienstes für die Politik legitimieren. Reinhard Gehlen hat dieses Existenzdilemma im Allgemeinen und im Besonde-



¹⁸ Strauß, Erinnerungen, S. 384.

¹⁹ Stöver, Mauerbau und Nachrichtendienste, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall, S. 140.

²⁰ Vgl. Ausführungen Chruščevs auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU zum Treffen zwischen ihm und Kennedy in Wien, 26. Mai 1961, abgedruckt in: Prezidium ZK KPSS. 1954-1964. Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Strenogrammy. Postanovlenija. T. 1: Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, hrsg. von A.A. Fursenko, Moskau ²2004, S. 505. Zudem wurde in der Sowjetunion im Frühjahr 1961 eine Sondereinheit aufgestellt, die mit mit Minen versehenen Sperrballons ausgerüstet war und den Auftrag hatte, die Flughäfen West-Berlins zu blockieren. Die Einheit kam allerdings nicht zum Einsatz und wurde Anfang 1962 wieder aufgelöst. Vgl. A. I. Bernštejn, S čego načinalas' "Berlinskaja stena", in: Voenno-istoričeskij archiv (2003), Nr. 12, S. 39-43.

²¹ Brandt, Erinnerungen, S. 56.

²² Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 14 f.

ren für die Wahrnehmung der Situation des Jahres 1961 folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

"Es ist zu allen Zeiten das Los der geheimen Nachrichtendienste gewesen, mit vermuteten Mißerfolgen belastet zu werden, selbst dann, wenn in Wirklichkeit Erfolge zu verzeichnen waren. [...] Zu den ungerechtfertigten Vorwürfen, die vorübergehend auch von Politikern gegen den BND erhoben wurden, gehört vor allem das angebliche Versagen bei der Errichtung der Berliner Mauer. [...] Gegen diktatorisch geführte Regime, die sich aller Mittel eines Polizeistaates bedienen können, wird es in vielen Fällen Aufklärungsorganen von hoher Qualität und Risikobereitschaft zwar gelingen, die Vorbereitungen für Aktionen der Gegenseite zu erfassen. Daraus werden sich häufig Schlüsse ziehen lassen, die auch zu einer Eingrenzung des zu erwartenden Zeitpunktes führen. Stark abgeschirmte exakte Stichtage werden sich jedoch nur in seltenen Fällen feststellen lassen, zumal sie in straff organisierten Bereichen erst im letzten Augenblick ausgelöst werden."²³

Allerdings gibt es auch andere Erklärungen. Schritte hin zu einer physischen Isolierung West-Berlins wurden von den Westmächten seit Jahren als mögliche Reaktion der DDR und der UdSSR auf die besondere Situation der politisch geteilten Stadt erwartet; bereits 1957 hatte die CIA über die Sperrung der Sektorengrenze Mutmaßungen angestellt²⁴. Tatsächlich gab es in Ost-Berlin sogar schon ab 1951/ 52 entsprechende Überlegungen²⁵. Mit der Zeit kann man eine gewisse Gewöhnung, eine Routine bei westlichen Politikern hinsichtlich solcher Meldungen unterstellen, die ihnen durch ihre geheimen Dienste vorgelegt wurden. So ließe sich auch erklären, dass Brandts Biograph Peter Merseburger auf dessen Paraphe hinweisen kann, die sich auf einem Bericht des Ostbüros der SPD²⁶ vom 4. August 1961 findet, der den Bürgermeister am 6. oder 7. August erreichte. Dieser Bericht - er stammte von einer Quelle des Ostbüros im Ministerium für Gesundheitswesen der DDR - erfasste die tatsächliche Lage sehr genau. Danach war die Absperrung West-Berlins geplant. Im DDR-Bezirk Potsdam, hieß es, ständen allein 15.000 Mann der Nationalen Volksarmee (NVA) bereit, die sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse und die Volkspolizei wären der Armee unterstellt worden²⁷. Hat der Regierende Bürgermeister im Schöneberger Rathaus eine derartige Brandmeldung überlesen oder in der Fülle täglich auf ihn einflutender Informationen verdrängt? Die dramatische Zuspitzung der Berlin-Krise im Sommer 1961 wurde im politischen Bonn und Berlin deutlich wahrgenommen, aber

²⁷ Vgl. Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 393 f.



²³ Gehlen, Der Dienst, S. 285 f.

²⁴ Vgl. Bernd Eisenfeld/Roger Engelmann, 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung, Bremen 2001, S. 41.

²⁵ Vgl. Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 12–15.

 $^{^{26}}$ Vgl. zu dieser Einrichtung Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. 1946–1981, München 1990; ders., Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2001.

mit dem Bau der Mauer wurde eine für die westdeutsche Seite "nur bedingt wahrscheinliche Entwicklung Wirklichkeit", so Franz Josef Strauß im Rückblick²⁸. Dass die damaligen BND-Berichte nach derzeitigem Kenntnisstand genau diese Option favorisierten, dürfte bei manchen Politikern nicht auf besonderes Interesse gestoßen sein, machte doch die nachrichtendienstliche Analyse der in Pullach gesammelten Informationen der bundesdeutschen Politik ihre letztlich geringen Handlungsspielräume gerade bei einem derartigen Vorgehen Ulbrichts und Chruschtschows in Berlin bewusst²⁹.

Die Zuspitzung der Berlin-Krise im Hochsommer 1961 spürte Brandt nach eigener Einschätzung immerhin "unmittelbarer als andere, die weit vom Schuß waren "30". Die anderen hatten allerdings auch andere Sorgen. Nicht nur die erwähnte Befürchtung, eine neuerliche Blockade könne bevorstehen, trieb die bundesdeutschen Politiker um. Wenige Wochen nach dem Mauerbau machte Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Gespräch mit Journalisten geltend, es sei "in der Zone fühlbar" gewesen, "daß irgendein Schlag beabsichtigt war"³¹. Allerdings habe Bonn, so Adenauer, nicht mit einer Grenzabriegelung gerechnet: "Wir hatten Nachrichten, daß in der Zone ein Aufstand drohte."³² Handelte es sich dabei um eine Fehlkalkulation des BND oder eines anderen westlichen Dienstes? Immerhin beschäftigte das gleiche Problem auch die amerikanische Politik. Am 23. Juli 1961 wurde Außenminister Dean Rusk auf einen möglichen Aufstand angesprochen, am 24. Juli diskutierte der US-Senat darüber. "Noch Monate nach dem Mauerbau war die Frage, ob ein Aufstand in der DDR bevorstehe, Thema im State Department und in den Geheimdienstberichten."33 Ebenso dramatisch wie die Furcht vor Blockade und Aufstand stellte sich die Sorge dar, Chruschtschow könne nun ernst machen mit der Verwirklichung jener Drohung, welche die Westmächte seit dem Ultimatum des sowjetischen Staats- und Parteichefs vom November 1958 politisch am bedrohlichsten empfanden: Wenn sich die "freie"

³³ Stöver, Mauerbau und Nachrichtendienste, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall, S. 142.



²⁸ Strauß, Erinnerungen, S. 389.

²⁹ Siehe Dokument 1. Vgl. auch das Porträt Gehlens von Marion Gräfin Dönhoff in der "Zeit" vom 26.4. 1968, in der sich Dönhoff in nachträglicher Kenntnis einiger BND-Berichte von 1961 über das Erstaunen in Bonn verwundert zeigt: "Allerdings scheint es oft gar nicht so sehr daran zu liegen, dass die Politiker nicht lesen, sondern mehr daran, dass sie das, was sie lesen, nicht wahrhaben wollen", hier zitiert nach Peter F. Müller/Michael Mueller, Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 265. Ebenso der ehemalige BND-Präsident Hans-Georg Wieck über die Informationen des BND nach Bonn ab 1986: "Vieles passte aber nicht in die politische Landschaft und wurde deshalb verdrängt", zitiert nach Karl-Rudolf Korte, Deutschlandspolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft: Der begrenzte Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit auf das Regierungshandeln, in: Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Das Gesicht dem Westen zu... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 415 f.

³⁰ Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 14.

³¹ Werner Bührer (Hrsg.), Die Adenauer-Ära. Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1963, München/Zürich 1993, S. 290.

und entmilitarisierte Stadt Berlin in den westlichen Hauptstädten nicht durchsetzen ließ, dann sollte nunmehr ein separater Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen werden. Sowjetische Hoheitsrechte bezüglich Berlin wären dann auf das genau dort ausblutende Ulbricht-Regime übertragen worden³⁴. Nicht die westlichen Nachrichtendienste hätten demnach ineffektiv gearbeitet, sondern die Alliierten hätten "einer falschen Krise entgegengezittert"³⁵.

Wenn Willy Brandt später nicht ausschließen wollte, "daß interessante Details in den Apparaten versickerten", weil sich die politischen und militärischen Hauptquartiere auf eine andere Art von Krise vorbereiteten³⁶, muss genauer gefragt werden, ob es sich um hierarchische Kommunikationspannen im Behördenapparat selbst handelte, um Verluste bei der Weiterleitung von Analysen vom BND zum Bundeskanzleramt, oder ob die unsicheren, mehrdimensionalen Einschätzungen der westdeutschen Politik hinsichtlich der wahrscheinlichsten Option des östlichen Handelns eine Übereinstimmung verhinderten. Dass Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt mit dem eigenen Nachrichtendienst nicht besonders viel anfangen konnten, ist bekannt³⁷; dass die Fülle einlaufender Quellenmeldungen seitens der Beschaffer noch lange nicht in treffsicheren Analysen bei den Auswertern im Geheimdienstgeschäft münden, ist am Beispiel des Ministeriums für Staatssicherheit inzwischen gut herausgearbeitet worden 38. Einen genauen Einblick in die Arbeitsweise des BND auf der Mikroebene, jenseits der formalen Organisationsstruktur des Dienstes und gemeinsamer verwaltungstechnischer Verfahren von Bundesbehörden, eröffnen die jetzt zugänglich gewordenen BND-Akten zur Lage in Ost-Berlin und der DDR 1961 allerdings nur bedingt. Zudem fehlen quellengestützte Auskünfte über die Rezeption der Berichte aus Pullach bei den Empfängern auf der politischen Handlungsebene der Bundesrepublik Deutschland. Es kann jedoch an den bislang zugänglichen Dokumenten überprüft werden, welche Informationen der

³⁸ Das Dilemma zwischen Beschaffung und Verwertung von geheimdienstlichen Ergebnissen beschreiben am Beispiel der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS eindrucksvoll Kristie Macrakis, Führt effektive Spionage zu Erfolgen in Wissenschaft und Technik?, in: Herbstritt/Müller-Enbergs (Hrsg.), Das Gesicht dem Westen zu ..., S. 250–278, und Jörg Roesler, Unkonzentriert beim "Beschaffen" und Bequemwerden beim "Abkupfern"? Das DDR-Mikroelektronikprogramm und die begrenzten Möglichkeiten von Industriespionage und illegalem Technologietransfer, in: Ebenda, S. 315–332; für die Sowjetunion vgl. Vladislav Zubok, Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–1961, in: Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, S. 121–143, hier S. 129 u. S. 141.



³⁴ Vgl. zusammenfassend Gerhard Wettig, Die UdSSR und die Krise um Berlin. Ultimatum 1958 – Mauerbau 1961 – Modus vivendi 1971, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 592–613; jetzt auch ausführlich ders., Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006.

³⁵ Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 15.

³⁶ Ebenda

³⁷ Vgl. Krüger, Reinhard Gehlen, in: Ders./Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf, S. 234 f., und ders., Gerhard Wessel (1913–2002). Der Ziehsohn Gehlens an der Spitze des BND, in: Ebenda, S. 264–283, hier S. 276.

Bundesnachrichtendienst geschöpft und wie er aufgrund dieser Erkenntnisse die Ereignisse in der DDR beschrieben, bewertet und eingeordnet hat.

BND-Dokumente als Quellen zum Mauerbau

Erst 1983 richtete der Bundesnachrichtendienst intern eine Organisationseinheit "Archivwesen" ein. Im Jahr zuvor hatten Bundesarchiv und Bundesnachrichtendienst erstmals eine Verwaltungsvereinbarung über die Abgabe von deklassifiziertem Schriftgut des BND an das Bundesarchiv getroffen. Vorher waren sicherheitsrelevante Dokumente des Dienstes über Jahrzehnte zum Schutz von Quellen und Methoden nach Abschluss eines Vorgangs vernichtet worden, was aus Sicht der geschichtswissenschaftlichen Forschung einem "informationellen Totalverlust" gleichkommt³⁹.

Unterlagen, die noch aus Wehrmachtsprovenienz stammten, wurden gemäß der Vereinbarung an das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg i. Br. abgeführt, solche, "deren Abschluss eindeutig nach 1945 lag"40, an das Bundesarchiv Koblenz. Abgegeben wurde neben einigen Studien aus dem Bestand oder Umfeld der "Historical Divison" der U.S. Army⁴¹ auch ein Konvolut von ca. 26.000 Karteikarten aus der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres der Wehrmacht⁴² mit Erkenntnissen über die Rote Armee und die Polnische Volksbefreiungsarmee. Diese Kartei schließt nicht 1945, vielmehr diente sie zunächst der Organisation Gehlen, dann dem Bundesnachrichtendienst weiterhin als militärisches Auswertungsmittel. Letzte Eintragungen stammen von 1965⁴³. Ergänzend findet sich eine Feldpostnummernkartei mit 15.000 Erfassungsblättern, geführt von 1940 bis ca. 1969, zur Registrierung von sowjetischen Einheiten in der SBZ/DDR, im bis 1955 sowjetisch besetzten Teil Österreichs, in der Tschechoslowakei, Bulgarien und in den sowjetischen Militärbezirken Baltikum, Weißrussland, Kiew, Karpaten, Moskau, Transbaikal-Amur, Turkestan, Nord-Kaukasus sowie Fernost⁴⁴. Eine weitere serielle Quelle ist schließlich die Standortkartei DDR, etwa 10.000 dicht beschriebene Karteikarten. Sie zeugt von den



³⁹ Elke-Ursel Hammer, "Archivwesen" im Bundesnachrichtendienst und Bestand B 206 im Bundesarchiv. Von Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interesse, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 12 (2004) 1, S. 42-44, hier S. 42.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Bernd Wegner, Erschriebene Siege. Franz Halder, die "Historical Division" und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Generalstabes, in: Ernst Willi Hansen/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 287-302.

⁴² Vgl. zur Abteilung Fremde Heere Ost Helmut Roewer/Stefan Schäfer/Matthias Uhl, Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 14; Krüger, Reinhard Gehlen, in: Ders./Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf, S. 208-214.

⁴³ Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, Bestand B 206/1-24.

⁴⁴ BA Koblenz, B 206/25-98.

Anstrengungen des BND, ab Beginn der 1950er Jahre systematisch fast 500 Standorte der sowjetischen Streitkräfte in Ostdeutschland⁴⁵ zu überwachen⁴⁶.

Bei den Dokumenten, die unter anderem Auskunft geben zum Mauerbau, und an denen die verschiedenen Positionen der Literatur hier erstmals abgeglichen werden können⁴⁷, handelt es sich zunächst um die von 1960 bis 1992 überlieferten "Militärischen Lageberichte OST" mit insgesamt 298 Bänden in drei Teilserien (Wochen-, Monats- und Jahresberichte). Als finished intelligence bietet dieser Bestand allerdings keinen Einblick in Beschaffung und interne Verarbeitung von Informationen. Bestimmungszweck war die "Erkenntnisübermittlung an einen mehr oder weniger großen externen Verteilerkreis - unter bewusstem Verzicht auf die Nennung der Quellen und die Offenlegung nachrichtendienstlicher Methoden"⁴⁸. Wer genau zu den Adressaten der Lageberichte gehörte, lässt sich anhand der vorliegenden BND-Unterlagen nicht ermitteln, auch sieht sich der Dienst gegenwärtig nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben⁴⁹. Zumindest die Frage des Verteilers lässt sich beim zweiten, teilweise ausgewerteten Quellenbestand – den Meldungen der Politischen Auswertung des BND - klar spezifizieren. Diese tagesaktuellen Nachrichtendienstinformationen wurden zumeist per Fernschreiben an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Verteidigung (seit Dezember 1961: der Verteidigung) sowie das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen übermittelt. In dringenden Fällen konnten die entsprechenden Behörden auch telefonisch informiert werden. Zugang zu den Mitteilungen der Politischen Auswertung erhielten allerdings in einzelnen Fällen auch andere Dienststellen. Offenbar wurde mindestens gelegentlich recht breit informiert, denn die Meldungen erreichten, wie oben erwähnt, beispielsweise mit Egon Bahr auch einen Abteilungsleiter in der West-Berliner Senatskanzlei. Unter den Empfängern befanden sich weiterhin Residenturen des BND im In- und Ausland, Botschaftsvertretungen, das Bundesministerium für Wirtschaft sowie allgemein die westlichen Partnernachrichtendienste des BND, die unter dem Decknamen "Fleu-

⁴⁹ Vgl. Antwort auf Anfrage der Autoren an das Archivreferat des BND vom 24. 1. 2006.



⁴⁵ Von 1945 bis 1954 Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBT), dann Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), von 1989 bis 1994 Westgruppe der Truppen (WGT); vgl. dazu Kurt Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, hrsg. von Torsten Diedrich, Berlin ²1998, S. 593–632.

⁴⁶ Vgl. ausführlich Armin Wagner/Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR, Berlin 2007; außerdem Matthias Uhl/Armin Wagner, Pullachs Aufklärung gegen sowjetisches Militär in der DDR. Umfang, Potential und Grenzen der order-of-battle-intelligence von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 49–67.

⁴⁷ Einige wenige Aktenstücke wurden auszugsweise bereits 2001 veröffentlicht; vgl. Klaus Wiegrefe, Die Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 64–77.

⁴⁸ Hammer, "Archivwesen" im Bundesnachrichtendienst, S. 43. Ein weiterer deklassifizierter Bestand liegt seit Frühjahr 2004 im Bundesarchiv Koblenz vor: 139 Bände aus dem Referat "Politische Auswertung SBZ/DDR" mit Aufträgen des Referates zur Beschaffung gezielter Erkenntnisse, Bewertungen von Meldungen, interner Korrespondenz u. a. Die zugänglichen Unterlagen beginnen erst 1963 und geben daher keine "Echtzeit"-Auskünfte über das Jahr des Mauerbaus.

rop" zusammengefasst waren. "Fleurop" wurde allerdings kein Einblick in jene Informationen gewährt, die aus eigenen nachrichtendienstlichen Aufkommen bei den Verbündeten stammten.

Während die Wochen-, Monats- bzw. Jahresberichte keine Aussagen über Quellen und die interne Bewertung ihrer Informationen zulassen, bieten die Tagesmeldungen einen bedingten Einblick in das nachrichtendienstliche Tagesgeschäft des BND. Ein Großteil der nach Bonn weitergeleiteten Informationen stammte aus Spitzengliederungen der SED und einzelner DDR-Ministerien. Die erfolgte nachrichtendienstliche Bewertung der Quellen, in den vorliegenden Dokumenten ausschließlich mit den Buchstaben B "zuverlässig" und C "ziemlich zuverlässig", legt dabei nahe, dass kein unmittelbarer geheimdienstlicher Zugang zu den Spitzenfunktionären selbst bestand, wohl aber ihr direktes Umfeld (Referenten, Dolmetscher, Sekretärinnen usw.) gezielt abgeschöpft wurde. Ähnliches dürfte auch für die nachrichtendienstlichen Kanäle in sowjetischen Auslandsvertretungen gelten, die ebenfalls für die Gewinnung von Informationen genutzt wurden. Im Allgemeinen wurde der nachrichtendienstliche Wert der so gewonnenen Meldungen durch die BND-Auswertungszentrale als positiv eingeschätzt. Fast alle gesichteten Informationen wurden zumeist als mit den Ziffern 2 "zutreffend" oder 3 "wahrscheinlich zutreffend" bewertet⁵⁰.

Quellenkritisch bleibt allerdings festzuhalten, dass nur schwer zu rekonstruieren ist, ob eingelaufene Meldungen teilweise "Spielmaterial" der gegnerischen Geheimdienste (MfS, KGB, GRU) waren, vor allem in der Zeit unmittelbar vor und nach dem Mauerbau. Denn da die Quellen kaum identifizierbar sind, kann auch nicht überprüft werden - zum Beispiel anhand der Akten der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR -, ob diese bereits von den östlichen Geheimdiensten erkannt oder sogar unter deren Kontrolle waren. Auf diese Weise könnten von Ost-Berlin oder Moskau erwünschte Tendenzmeldungen lanciert worden sein, etwa mit dem Zweck der psychologischen Entmutigung oder auch der Beruhigung, dass weiterführende militärische Aktionen nicht geplant waren. So legt zum Beispiel Dokument 3 den Verdacht nahe, dass es sich hier um eine gezielte Desinformation handelte. Obgleich die Quelle zunächst wahrheitsgemäß von Ulbrichts Drängen während der Moskauer Konferenz berichtet, "eine radikale Absperrung der gesamten SBZ einschließlich Ostberlins von Westberlin schlagartig durchzuführen", folgt anschließend eine augenscheinliche "Beruhigungspille" für den westlichen Gegenüber: "In Moskau ist nun jeder allzu offenkundige Versuch, Sperr- und Terrormaßnahmen innerhalb Berlins durchzuführen, als in der gegenwärtigen Situation unzweckmäßig abgelehnt worden."51



^{50 &}quot;Zur Erläuterung dieser Bewertungsskala wurde beim BND scherzhafterweise und übertreibend folgendes Beispiel gegeben: 'Bewertung A 1 gibt es, wenn der Präsident der USA die Akten aus dem Weißen Haus liefert und mindestens drei seiner Staatssekretäre die Echtheit bestätigen. F 6 ist anzugeben, wenn ein unheilbar Geisteskranker über seinen Flug zur Venus berichtet", so Heinz Felfe, Im Dienst des Gegners. 10 Jahre Moskaus Mann im BND, Hamburg/Zürich 1986, S. 44.

⁵¹ Siehe Dokument 3.

Gleichwohl besaßen die Auswerter⁵² des BND genügend Erfahrung, offensichtlich bewusst "an die westliche Adresse gerichtete Äußerungen" als solche zu erkennen⁵³. Die Lageberichte bleiben also ein wertvoller Quellenbestand, verdeutlichen sie doch den Ist-Stand der Informationspolitik des Bundesnachrichtendienstes gegenüber der Bundesregierung. Es gibt keinen Anlass zu der Vermutung, dass die Berichte nicht zugleich auch die interne BND-Analyse artikulieren. Die Dokumente belegen zudem, dass der BND die Bundesregierung nicht nur über einzelne Vorgänge und die politische Gesamtlage hinter dem Eisernen Vorhang informierte. Von großem Interesse waren ebenfalls Geheimdienstberichte über die Verhandlungstaktik und weiteren Schritte der westlichen Verbündeten hinsichtlich der Krise um Berlin. Die Meldung über Äußerungen des US-Botschafters in der französischen Hauptstadt (Dokument 13) macht in ihrer hochrangigen "B-2"-Bewertung⁵⁴ und dem expliziten Verweis auf den "zuverlässigen Übermittlungsweg" deutlich, dass Quellen mit fast zwangsweise besseren Erfolgschancen als in Ostblock-Ländern auch auf die eigenen Partner angesetzt wurden.

Das Lagebild des Bundesnachrichtendienstes im Sommer 1961

Der militärische BND-Lagebericht vom Juli 1961 (Dokument 1) fasste einleitend sehr präzise die sowjetischen Zielsetzungen zusammen, falls es zu einem separaten Friedensschluss mit Ost-Berlin kommen sollte: die politische und wirtschaftliche Isolierung West-Berlins, die Absperrung des Flüchtlingsstroms dorthin und die Unterbindung der Ausfliegepraxis von Flüchtlingen in die Bundesrepublik, "damit Konsolidierung des SBZ-Regimes" und "de-facto-Anerkennung des Pankower Regimes"; in der Folge die Beseitigung der Ausstrahlungskraft des freien West-Berlin "in den Raum der SBZ" und die Herauslösung Ost-Berlins aus dem Viermächte-Statut mit anschließender endgültiger Integrierung "in die SBZ"⁵⁵. Aus Sicht des BND schien sich die SED-Führung darauf einzustellen, "seit langem systematisch" geschaffene Voraussetzungen "zur Abriegelung bzw. Überwachung der Zugänge aus Ost-BERLIN und der SBZ nach West-BERLIN"⁵⁶ in die Tat



⁵² Hier als Funktionsbegriff verstanden, um das 1961 mit der Auswertung einer Meldung beauftragte Personal der Zentralabteilung 125 (Auswertung und Lage) innerhalb der BND-Abteilung I (Aufklärung, Spionage) von den operativen Beschaffern zu trennen – nicht bezogen auf die geänderte Struktur des BND, die erst 1968 eine Abteilung Beschaffung (Abteilung I) und eine Abteilung Auswertung (Abteilung III) getrennt einrichtete; vgl. Albrecht Charisius/Julius Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin(-Ost) ³1978, S. 261 f., und Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 306. ⁵³ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA Nr. 90300-k vom 24. 8. 1961, Zur Verhandlungsbereitschaft der SU in der Berlinfrage, hier: Stellungnahme BND-Auswertung (nicht abgedruckt); vgl. ebenso die Stellungnahme in B 206/822, Fernschreiben PA Nr. 90408-k vom 30. 8. 1961, Sowjetische Aussage zur Berlinfrage (Dokument 10).

⁵⁴ B 2 war herausragend; vgl. Felfe, Im Dienst des Gegners, S. 43.

⁵⁵ BA Koblenz, B 206/181, Militärischer Lagebericht Juli 1961, Bl. 22.

⁵⁶ Ebenda, Bl. 25.

umzusetzen, entweder durch Abschluss eines Separatfriedensvertrages mit der DDR⁵⁷ oder im Falle weiter anschwellender Flüchtlingszahlen bereits vorher: "Bei einer weiteren Steigerung des Flüchtlingsstromes nach West-BERLIN kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass sich das sowjetische Regime bereits vor diesem Termin zu Sperrmassnahmen entschliesst."⁵⁸ Wie auch immer das geschehen sollte - die isolierte Lage der Stadt hätte zur Folge gehabt, dass "dem SED-Regime eine fast unerschöpfliche Fülle von Handhaben, Schikanen und Pressionen zur Verfügung steht". Für den BND lag auf der Hand, dass wegen der unbedingt notwendigen Verhinderung weiterer Fluchtbewegungen mit einer "wirksamen Blockierung" der Fluchtwege gerechnet werden musste⁵⁹. Zugleich mehrten sich Meldungen über zahlreiche Truppen- und Materialtransporte aus der Sowjetunion in die DDR und in die westlichen Gebiete Polens. Vor allem die Verlegung zahlreicher neuer Panzer in den Raum um Berlin und in die Nähe der deutsch-deutschen Grenze beunruhigte Pullach⁶⁰.

Gelang es dem BND, im August 1961 diese Informationen zu präzisieren? Bereits am 1. August lag eine Meldung von Ende Juli vor, in welcher das drängende Problem der Republikflucht nochmals hervorgehoben wurde (Dokument 2). Der zitierte "Spitzenfunktionär" der SED betonte, dass Pläne für eine Unterbindung der Fluchten seit langem ausgearbeitet vorlägen, die Sowjets für deren Ausführung jedoch keine Erlaubnis gäben. Der BND-Auswerter konstatierte, seitens der SED-Führung seien intensive Bemühungen um eine Einwilligung Moskaus anzunehmen, zu deren Folgen "eine Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und die Unterbrechung des S- und U-Bahnverkehrs gehören". Die zunächst als "dringend" eingeschätzte, dann allerdings zu einem gewöhnlichen Fernschreiben herabgestufte Meldung ging an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt sowie das Bundesverteidigungsministerium und damit an die wichtigsten politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik. Auch das Gesamtdeutsche Ministerium und die westlichen Partnerdienste wurden von den bevorstehenden "wirklich durchgreifende[n] Sperraktionen" informiert⁶¹.

Derart eindeutig und zutreffend war das Informationsaufkommen keineswegs durchgängig. Die Meldung, von dem strafrechtlichen Tatbestand "Republik-

⁶¹ Ebenda, B 206/822, Fernschreiben PA 90012-k vom 1.8. 1961, Republikflucht aus der Sicht der SED (Dokument 2); bereits zitiert bei Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6.8. 2001, S. 72.



⁵⁷ "In sowjetischer Sicht ist ein mit beiden Teilen DEUTSCHLANDs abgeschlossener Frieden zwar vorteilhafter als ein separater Friedensvertrag mit der SBZ. [...] Beide Möglichkeiten verhalten sich zueinander wie eine Maximal- zur Minimallösung, nicht aber wie ein reiner Gewinn zu einem reinen Verlust", in: Ebenda, Bl. 23 f.

⁵⁸ Ebenda, Bl. 25.

⁵⁹ Dieses und das vorhergehende Zitat in: Ebenda, Bl. 25 u. Bl. 28.

⁶⁰ Ebenda, B 206/107, Standortkartei des BND – Überwachung Garnison Altengrabow, Bl. 3; ebenda, B 206/109, Standortkartei des BND - Überwachung Standort Dresden, Bl. 8. Hier wurden am 14.7. 1961 bei der Befragung des DDR-Flüchtlings D. Thomas folgende Informationen gewonnen: "Angebl[ich] sind im letzten ¼ Jahr eine erhebliche Anzahl fabrikneuer sowj[etischer] Panzer eingetroffen. Quelle schätzt grob, daß seit Anfang Juli auf Bhf DRESDEN-NEU-STADT ca. 120-140 fabrikneu aussehende Panzer entladen wurden, überwiegend T-54."

flucht" auf Weisung des DDR-Justizministeriums in Zukunft abzusehen und von "Menschenhandel" zu reden, verband der BND-Informant mit der Erkenntnis, dies sei "die Voraussetzung für administrative Maßnahmen des SBZ-Innenministeriums", um "in nächster Zeit eine Reihe von Verwaltungs-Vorschriften zur Einschränkung der Besuchsreisen in die Bundesrepublik" zu erlassen und Kontrollstellen an der Sektorengrenze einzurichten⁶². Der Auswerter in Pullach fügte hinzu, mit einer weiteren Einschränkung des Interzonenverkehrs sei zu rechnen, "zumal dieser Weg in letzter Zeit vermehrt zur Flucht benutzt wurde"63. Die Einrichtung des gemeldeten wirksameren Kontrollsystems vermutete er jedoch von der sowjetischen Einwilligung abhängig und bewertete sie vorsichtiger, denn "bisher läuft der Personenverkehr innerhalb Berlins reibungslos". Die weitreichenden tatsächlichen Planungen der östlichen Seite wurden hier weder von der Quelle noch von der Zentrale erkannt. Zumeist jedoch demonstrierte die Auswertung eine gute Kenntnis der politischen Gesamtlage und vieler Details und konnte bei den vorliegenden Hinweisen sehr oft die Spreu vom Weizen trennen, nicht nur bezüglich der Einschätzung der Informanten, sondern ebenso in der Bewertung der gemeldeten Aufklärungsergebnisse. Die am 9. August einlaufende Meldung, es gebe Vorschläge, im Schienenverkehr die aus den westlich von Berlin gelegenen Orten Falkensee, Potsdam, Stahnsdorf und Mahlow durch das Gebiet von West-Berlin Richtung Ost-Berlin fahrenden Nahverkehrszüge zukünftig für den Fahrgastverkehr zu sperren und leer zum Zielbahnhof durch die westlichen Bezirke der geteilten Stadt fahren zu lassen, wurde als unwirtschaftlich und wenig wahrscheinlich verworfen. Eher sei daran gedacht, den Verkehr über die inzwischen ausgebauten Umgehungsstrecken um West-Berlin umzuleiten. Auch in diesem Fall vermutete der Bundesnachrichtendienst, die Entscheidung sei von Moskau abhängig, das aber bisher keine Erlaubnis gegeben hätte, den Verkehr innerhalb Berlins zu behindern⁶⁴.

Am selben Tag erreichte Pullach, wie bereits erwähnt, eine Meldung über die Konferenz der Warschauer Vertragsorganisation, die vom 3. bis 5. August in Moskau stattgefunden hatte (Dokument 3). Der Bundesnachrichtendienst hielt Ulbrichts Abriegelungsbemühungen für durchaus plausibel⁶⁵ und ließ diesen Punkt in seinen Wochenbericht einfließen, der aber einschränkend vermerkte, dass abzuwarten bleibe, ob Ulbricht mit entsprechenden Forderungen in Moskau durchdringen könne⁶⁶. Dass zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung Chruschtschows nach heutigem Wissen schon gefallen war, musste Pullach entgehen, hatten doch vom genauen Termin der Grenzschließung nur sehr wenige hochrangige sowjetische und ostdeutsche Spitzenfunktionäre Kenntnis. Auch von einer



 $^{^{62}}$ BA Koblenz, B206/822, Fernschreiben PA90023-kvom $3.\,8.\,1961,$ Maßnahmen zur Verhinderung der Flucht aus der SBZ (nicht abgedruckt).

⁶³ Ebenda. Dort auch das folgende Zitat.

⁶⁴ Ebenda, Fernschreiben PA 90173-k vom 9. 8. 1961, Sowjetzonale Überlegungen über Maßnahmen gegen Grenzgänger und Zonenflüchtlinge (nicht abgedruckt).

⁶⁵ Ebenda, Fernschreiben PA 90172-k vom 9. 8. 1961, Zur Moskauer Konferenz der KP-Führer der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. 8. 1961 (Dokument 3).

⁶⁶ Vgl. Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 72 f.

Unterredung zwischen dem Chef des Stabes der GSSD, Generalleutnant Grigori Ariko, und dem Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee, Generalmajor Sigfrid Riedel, in der bereits am 25. Juli 1961 Einzelheiten zur Sperrung der Sektorengrenze und des sogenannten Rings um Berlin vereinbart wurden⁶⁷, erfuhr der Bundesnachrichtendienst offenbar nichts. Seine Informanten sowie die auf DDR-Gebiet operierenden westlichen Partnerdienste meldeten im Vorfeld des Mauerbaus allerdings umfangreiche Truppenverlegungen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und der NVA in den Raum Groß-Berlin. Allein zwischen dem 4. und 5. August 1961 trafen hier mehr als 4.600 sowjetische Soldaten ein⁶⁸. Zudem hielten die bereits im Juli festgestellten Truppenverlegungen aus der UdSSR in die DDR sowie an die polnische Westgrenze weiter an. Nach Informationen des BND, die auch durch Akten der Bundeswehr bestätigt werden, verstärkte die Sowjetunion zwischen Mai und August 1961 ihre Truppen in der DDR um gut 37.500 Mann auf insgesamt 380.000 Mann. Parallel dazu trafen im genannten Zeitraum mehr als 700 neue Panzer bei der GSSD ein; diese entsprach etwa dem Äquivalent von zwei bis drei Panzerdivisionen. Außerdem wurden an der polnischen Westgrenze zusätzliche 70.000 Soldaten disloziert, die aus sowjetischen Militärbezirken dorthin verlegt worden waren. Die in Ungarn stationierte sowjetische Südgruppe der Streitkräfte verstärkte die Militärführung der UdSSR um 10.000 Mann. Damit war die Mannschaftsstärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa im Vorfeld des Mauerbaus um etwa 25 Prozent auf mehr als 545.000 Mann erhöht worden. Die Sowjetunion hatte fast ein Drittel ihrer gesamten Landstreitkräfte mobilisiert, um die definitive Grenzschließung in Berlin militärisch abzusichern⁶⁹.

Als am 13. August, dem Tag des Mauerbaus, eine Meldung über die Beschlüsse der Volkskammersitzung vom 11. August in der Auswertung eintraf, zeigte sich die inhaltliche Treffgenauigkeit dieser Nachricht, wenngleich sie als exakte Prognose zu spät kam (Dokument 5). Der vage Beschluss des DDR-Parlamentes, der schon drei Tage zuvor durch das Politbüro verbindlich festgelegt worden war, hatte demnach "dem Ministerrat alle Vollmachten erteilt", um "Grenzgängertum" und "Menschenhandel" zu bekämpfen⁷⁰. Während die Volkskammer-Abgeordneten wenigstens dem Wortlaut zufolge nicht eindeutig erkennen konnten, dass sie

⁷⁰ Armin Wagner, Stacheldrahtsicherheit. Die politische und militärische Planung und Durchführung des Mauerbaus 1961, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall, S. 119-137, hier S. 126.



⁶⁷ Vgl. Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 33 f. u. S. 89-93.

⁶⁸ BA Koblenz, B 206/107, Standortkartei des BND - Lage Berlin, 64/61 - Transporte und Kolonnen nach Berlin, Information CCFFA (Befehlshaber der in Deutschland stationierten französischen Streitkräfte), 4.-5. 8. 1961.

⁶⁹ Vgl. ebenda, B 206/118, Militärischer BND-Lagebericht Dezember, zugleich Jahresabschlussbericht 1961, 15. 12. 1961, Bl. 2 ff.; ebenda, B 206/181, Militärischer Monatsbericht August, 4. 9. 1961, Bl. 9-15; Bundesarchiv-Militärarchiv, BW 2/2226, Berlinkrise 1961/62 - Handakte General Gerhard Wessel - Ergänzung Lagebeitrag Heer, 10. 9. 1961, o. Bl.

der Grenzabriegelung zustimmten⁷¹, meldete die Quelle des Bundesnachrichtendienstes, die sachliche Präzisierung im Volkskammerbeschluss fehle gerade deshalb, "um der SBZ-Regierung ein zeitliches Überraschungsmoment zu sichern"⁷². Eine Information aus einer Konferenz beim Zentralkomitee der SED gab an, mit der Abriegelung des Ostsektors von Berlin sei in den nächsten Tagen zu rechnen. Ein genauer Termin konnte aber nicht ermittelt werden. Ob es sich bei dieser Information um den "wohl größten Coup"⁷³ des Bundesnachrichtendienstes handelte, wie der SPIEGEL 2001 mutmaßte, ist eher fraglich. Es wird nicht deutlich, warum dort diese Meldung auf den 12. August datiert wird, wo doch das Dokument selbst als frühestes Datum, an dem die Meldung offenbar den BND erreichte, den 17. August – also einen Zeitpunkt Tage nach der Grenzabriegelung – vermerkt⁷⁴.

Am Tag des Mauerbaus registrierte der Bundesnachrichtendienst immerhin die Ernennung von Marschall Iwan Konew zum Oberbefehlshaber der GSSD und machte in seiner Stellungnahme noch einmal auf den unzweifelhaft dramatischen Ernst der Lage in und um Berlin aufmerksam (Dokument 6). Der Bundesregierung wurde damit noch einmal vor Augen geführt, dass die sowjetischen Streitkräfte auf mögliche offensive Militäraktionen des Westens entsprechend reagieren würden. Zugleich wird bei dieser Meldung, deren Inhalt sich durch die spätere Entwicklung der Ereignisse im Wesentlichen bestätigte, erneut deutlich, dass der BND während der zweiten Berlin-Krise nachrichtendienstlichen Zugang zu sehr sensiblen Informationen der Partei- und Staatsführung der DDR besaß, die dort lediglich einem eng begrenzten Personenkreis bekannt wurden. In den Tagen vor dem 13. August waren innerhalb der Armeeführung nur Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, der Chef der Politischen Verwaltung Waldemar Verner, Hauptstabschef Sigfrid Riedel und eine gegen Ende Juli, Anfang August für die unmittelbaren Vorbereitungen eingesetzte operative Gruppe aus weiteren elf Offizieren eingeweiht. Unter Berücksichtigung der ebenfalls im Ministerium des Innern der DDR eingesetzten Arbeitsgruppe und weiterer Kenntnisträger im Partei- und Staatsapparat lässt sich der wirklich informierte Kreis ab diesem Zeitpunkt bis zum Vorabend des Mauerbaus, dem 12. August, auf nur etwa 60

⁷⁴ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90271-k vom 21. 8. 1961, Vorzeitige Durchführung der Absperrmaßnahmen in Berlin erst am 9./10. 8. 1961 beschlossen. Offensichtlich hatten die BND-Bearbeiter eines in den achtziger Jahren erstellten internen Berichtes über nachrichtendienstliche Informationen ihres Dienstes zum Mauerbau – der dem SPIEGEL wahrscheinlich vorlag – "vergessen", dass der am 17. 8. 1961 eingetroffene Bericht der Quelle erst am 21. 8. als Fernschreiben an das Bundeskanzleramt, Auswärtige Amt und andere Behörden weitergeleitet worden war.



⁷¹ Dass Maßnahmen in dieser Richtung eingeleitet würden, war allerdings in Ost-Berlin spürbar, "denn jeder wußte, es lag was in der Luft". So der als Kulturminister der DDR vorab eingeweihte Hans Bentzien, Meine Sekretäre und ich, Berlin 1995, S. 178.

 $^{^{72}}$ BA Koblenz, B206/822, Fernschreiben PA90100vom $13.\,8.\,1961,$ Beschlüsse der Volkskammersitzung vom $11.\,8.\,1961.$

⁷³ Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 73. Dort wird aus dem Dokument ausführlicher zitiert.

Personen schätzen⁷⁵. Es gibt bis heute keinen Hinweis darauf, dass der BND über einen Informanten im engeren Kern der SED-Prominenz, ihres Parteiapparats oder an hochrangiger Stelle in einem der Sicherheitsministerien verfügt hat. Auch in diesem Falle ist deshalb wohl von einer hierarchisch niedrig positionierten, aber funktionell erstklassigen Quelle auszugehen, wie sie etwa die amerikanische Central Intelligence Agency zwischen 1955 und 1966 mit einer technischen Angestellten an der Spitze eines kleinen Agentenringes unter anderem direkt im Zentralkomitee der SED platzieren konnte⁷⁶.

Am 15. August bekam die BND-Auswertung Nachricht von einer "Siegesstimmung wie nie zuvor" in der SED-Führung⁷⁷. Die Quelle teilte mit, in der SED-Spitze sehe man die "Machtlosigkeit des Westens" bestätigt und sei der Überzeugung, Berlin würde "für die Westmächte erheblich an Wert verlieren", was deren Konzessionsbereitschaft stärken würde (Dokument 7)⁷⁸. Auf sowjetischer Seite herrschte, folgt man den BND-Meldungen, mehr Erleichterung denn Triumphgefühl (Dokument 10). Die Operation der Nationalen Volksarmee werde von den Sowjets als "hervorragend gut" beurteilt, hatten sie doch bisher bezweifelt, "ob sich die Soldaten der NVA bei der Zonenbevölkerung durchsetzen könnten"⁷⁹. Die BND-Auswertung interpretierte diese Information als übereinstimmend mit den offiziellen Äußerungen der östlichen Seite, "aber nicht unbedingt" als "tatsächliche Beurteilung der Sowjets"80.

Für die Bundesregierung und damit auch für den Bundesnachrichtendienst musste von zentraler Bedeutung sein, ob durch einen separaten Friedensvertrag der Sowjetunion mit der DDR die einseitige Aufgabe der alliierten Vorbehaltsrechte bezüglich Berlin drohte. Ein solcher Schritt hätte der SED-Führung die Gelegenheit gegeben, selbständig gegen den Westteil der Stadt vorzugehen. Genau das schien sich in einer Reihe von Meldungen abzuzeichnen, die Pullach nur zwei Wochen nach der Grenzsperrung erhielt. So konnten die Auswerter bereits am 24. August lesen, dass "die feste Grenzziehung im Stadtgebiet von Berlin endgültig" sei und "nicht mehr zurückgenommen" würde⁸¹. Der Bundesnachrichtendienst deutete diese im Nachhinein präzise Information allerdings ausschließlich in den

⁸¹ Ebenda, Fernschreiben PA 90294-m vom 24.8. 1961, Die Grenzziehung durch Berlin wird nicht rückgängig gemacht (nicht abgedruckt).



⁷⁵ Vgl. Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 29 f. u. S. 42 ff.; Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 72.

⁷⁶ Vgl. Reinhard Borgmann/Jochen Staadt, Deckname Markus. Spionage im ZK. Zwei Top-Agentinnen im Herzen der Macht, Berlin 1998; Jochen Staadt, Spione im ZK - der Fall Arno Heine. Die westlichen Dienste waren gut informiert und hüten bis heute ihre Geheimnisse, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 14/2003, S. 22-38.

⁷⁷ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90254-k vom 15. 8. 1961, Stellungnahme eines hohen SED-Funktionärs zur Entwicklung der Lage in Berlin; vgl. auch Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 77.

⁷⁸ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90254-k vom 15.8. 1961, Stellungnahme eines hohen SED-Funktionärs zur Entwicklung der Lage in Berlin.

⁷⁹ Ebenda, Fernschreiben PA 90280-m vom 22. 8. 1961, NVA hat nach sowjetischer Ansicht ihre Bewährungsprobe in Berlin erfolgreich bestanden.

angenommenen Konsequenzen für die "große Politik", nämlich den Separatfriedensvertrag mit der DDR. Unter dem gleichen Blickwinkel sah man in Pullach parallel einlaufende Meldungen, dass Ost-Berlin nunmehr die Fragen der eigenen "Passhoheit" und "Lufthoheit" in Angriff nehmen wolle. Ersteres wäre ein symbolisch wichtiger Schritt des ostdeutschen Kampfes gegen die Hallstein-Doktrin gewesen; letzteres ("Hierbei müsse die günstige Lage des Flugplatzes Schönefeld gegenüber Tempelhof hervorgehoben werden") hätte ganz konkret den freien Zugang der Bundesrepublik nach West-Berlin gefährdet⁸². Die BND-Analyse zeugte von einer gewissen Unsicherheit, erkannte sie doch in dem Vorgehen der SED-Führung noch vor Abschluss eines Separatfriedens eine Änderung der politischen Linie "Pankows", wusste jedoch nichts über die vermutete Wahrscheinlichkeit eines solchen Schrittes zu sagen. Immerhin schien sich diese Meldung im ersten Drittel des Septembers 1961 zu bestätigen, als die BND-Zentrale die Mitteilung erreichte, militärische Vorbereitungen seien getroffen worden, um "schlagartig" die Einstellung des zivilen Luftverkehrs nach West-Berlin zu erzwingen (Dokument 12)⁸³. Das hielt Pullach aufgrund des bisherigen Meinungsbildes jetzt für glaubhaft. Eine Meldung, die aus heutiger Perspektive schlechthin als Schlüsseldokument verstanden werden muss, erreichte den Gehlen-Dienst wenige Tage später. Laut eines abgeschöpften sowjetischen Gesprächspartners, so hieß es dort, sei mit der Abriegelung der Staatsgrenzen das "Westberlinproblem" noch lange nicht erledigt (Dokument 14): "Westberlin solle die 'magnetische Wirkung' genommen werden. Es solle so bald wie möglich in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht von der Bundesrepublik getrennt werden [...]. "84 Was noch nach der alten Rhetorik des Chruschtschow-Ultimatums klang, wurde dann aber relativiert: "Allerdings sei das Problem Westberlin nur für ULBRICHT das erstrangige Thema, während es für CHRUSCHTSCHOW erst an zweiter Stelle stehe." Und weiter: Die "Westberlinkrise bilde nur den Hebel" für die wichtigeren Themen einer Neutralisierung beider deutscher Staaten und der militärischen Abrüstung der Bundesrepublik⁸⁵. Diese Kurskorrektur der sowjetischen Politik, die weitergehende Forderungen Ulbrichts an den Kreml definitiv zurückwies⁸⁶, wurde vom BND aufgrund seiner einseitigen Fixierung auf den immer wieder erwarteten separaten Friedensvertrag in ihrer Tragweite nicht erkannt.

Auch eine weitere Spitzenmeldung von einer im Umfeld der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin platzierten Quelle analysierten die Auswerter falsch (Dokument 15). Wenn Sowjetbotschafter Michail G. Perwuchin gegenüber Ulbricht am 25. September 1961 erläuterte, dass sich "die sowjetische Taktik in der Berlinfrage geändert hätte" und es in Moskau "gewisse Anzeichen" gebe, die "möglicherweise



 $^{^{82}}$ Ebenda, Fernschreiben PA 90401-k vom 25. 8. 1961, Weitere Pläne Pankows für Berlin (nicht abgedruckt).

⁸³ Ebenda, Fernschreiben PA 90757-k vom 10.9. 1961, Östliche Vorbereitungen zu Eingriffen in den zivilen Luftverkehr nach West-Berlin.

 $^{^{84}}$ Ebenda, Fernschreiben PA 90834-m vom 15. 9. 1961, Zur Bedeutung der Berlinfrage in sowjetischer Sicht.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Vgl. Harrison, Driving the Soviets, S. 68.

für ein Hinausschieben der Unterzeichnung [des Friedensvertrages] sprächen"⁸⁷, dann heißt dies aus heutiger Sicht, dass Chruschtschow von seiner bisherigen politischen Strategie in der Berlin-Krise abrückte. Der sowjetische Parteichef hatte erkannt, dass ihm die mit dem Mauerbau erreichte "Minimallösung" letztlich doch mehr politischen Gewinn versprach als eine Unterzeichnung des von Ulbricht beharrlich geforderten Separatfriedensvertrags⁸⁸. Die Quelle meldete – wie in der Rückschau erkennbar wird: völlig zutreffend – zwei Dinge: den neuen Kurs Chruschtschows, mit dem dieser die weitreichenden Forderungen Ulbrichts zurückwies, und auch den Preis, der dafür zu zahlen war: An der Staatsgrenze in Berlin und gegenüber der Bundesrepublik würden die Absperrmaßnahmen "so perfektioniert werden, dass ,keine Maus mehr durchkommt"89. Dass der bundesdeutsche Geheimdienst dem sowjetischen Staatschef nun ein noch vor kurzem konstatiertes "elastisches Taktieren" und eine "Wendigkeit im Wechsel der jeweiligen Methoden" nicht mehr zubilligte (vergleiche Dokument 1), sondern unbeirrt an der Idee eines Separatfriedens festhielt, zeigt, dass Pullach trotz allgemein guter Lagekenntnis und trotz guter Quellen nicht vor Fehleinschätzungen gefeit war. Die Ursachen hierfür liegen teilweise im widersprüchlichen Meldeaufkommen: Noch im Vormonat hatte eine Information die Unterzeichnung des befürchteten (Separat-)Friedensvertrages zwischen Chruschtschow und "Pankow" für den 7. oder 8. Oktober angezeigt (Dokument 11). Ein weiterer Grund scheint darin zu liegen, dass die politisch fest fixierten Vorstellungen Bonns im BND die Notwendigkeit und möglicherweise auch die Bereitschaft zu einer unvoreingenommenen und kritischen Analyse reduzierten.

Östliche Handlungsoptionen in der Wahrnehmung Pullachs

Die Kenntnisse des Bundesnachrichtendienstes vom Mauerbau verdeutlichen mit den Worten Reinhard Gehlens "die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung in besonders verständlicher Weise"90. Spektakuläre Befunde aus den derzeit freigegebenen Akten des Dienstes, die unser Wissen über die Arbeit des Dienstes quasi vom Kopf auf die Füße stellen, gibt es nicht. Feststellen lässt sich allerdings, dass der BND im Vorfeld der am 13. August erfolgten Abriegelung West-Berlins zumindest die "Form des Geschehens" (Willy Brandt) korrekt an die politischen Entscheidungsinstanzen in Bonn weitergegeben hat. Zugleich zeigt sich eine rege Quellentätigkeit des Geheimdienstes, die offenbar immer noch höchste SED-Kreise erfasste⁹¹. Diese Tätigkeit und das fort-

⁹¹ Im Jahrzehnt zuvor war der BND diesbezüglich recht erfolgreich. Bekannt geworden ist vor allem der Fall Hermann Kastner, der immerhin kurzzeitig Stellvertreter von Ministerpräsident Grotewohl war. Auch Grotewohls Chefsekretärin Helene "Elli" Barczatis wurde vom BND späte-



⁸⁷ BA Koblenz, B 206/823, Fernschreiben PA 91128-m vom 5. 10. 1961, Betrifft: Konferenz PER-WUCHIN-ULBRICHT über Friedensvertrag und Grenzsicherung.

⁸⁸ Vgl. Lemke, Berlinkrise, S. 174–179; Harrison, Driving the Soviets, S. 209–211.

⁸⁹ BA Koblenz, B 206/823, Fernschreiben PA 91128-m vom 5. 10. 1961, Betrifft: Konferenz PER-WUCHIN-ULBRICHT über Friedensvertrag und Grenzsicherung.

⁹⁰ Gehlen, Der Dienst, S. 286.

gesetzte Informationsaufkommen des BND *nach* dem 13. August zeigen, dass die Verbindung zu den eigenen Quellen durch die physische Trennung Berlins nicht plötzlich abbrach. Wie andere Dienste auch, hatte sich der bundesdeutsche Geheimdienst im Einklang mit seinen Meldeergebnissen offenbar auf eine solche Situation rechtzeitig eingestellt⁹². Jedoch fiel es dem Dienst in den Wochen danach recht schwer, den künftigen Kurs Moskaus und Ost-Berlins zu erkennen. Obwohl die operativen Grundlagen geheimdienstlicher Aufklärung in Ost-Berlin weiterhin vorhanden waren, hatten die Experten wiederholt Probleme bei der treffgenauen Interpretation der Vorgänge, wohl weniger bedingt durch vorhandene widersprüchliche Meldungen als durch die "Schere" im eigenen Kopf, die dem östlichen Gegenüber den geradlinigen Ablauf ihres Masterplans für einen separaten Friedensvertrag und die Übertragung politischer Hoheitsrechte von Moskau an Ost-Berlin unterstellte.

Eine Untersuchung der Leistungen des Bundesnachrichtendienstes im Sommer 1961 ist deshalb in historischer Sichtweise kaum darauf zu reduzieren, ob er tatsächlich "stark abgeschirmte exakte Stichtage" (Reinhard Gehlen) ermitteln konnte. Solche Ereignisse vorab zu melden ist für die Reputation eines Geheimdienstes zweifellos wichtig und im Fall von Fehl- oder Nullmeldungen (intelligence failures) zum Teil mit höchsten Kosten verbunden, wie der 11. September 2001 anschaulich vor Augen geführt hat⁹³. Doch ist die Qualität eines Geheimdienstes auch an der Kontinuität und dem Niveau seines Meldeaufkommens wie den Fähigkeiten seiner Analytiker zu messen. Was den 13. August 1961 angeht: Die schließlich von SED-Chef Walter Ulbricht in Moskau durchgesetzte Option der Grenzabriegelung zur Unterbindung der Fluchtbewegung aus der DDR registrierte der Dienst im Juli und in der ersten Hälfte des August 1961 als wahrscheinlichste Möglichkeit zur Lösung des Problems. Andere denkbare Möglichkeiten Moskaus und Ost-Berlins gegen den Westteil der Stadt, so die von Franz Josef Strauß befürchtete Wiederholung der Berlin-Blockade von 1948/49, stellen keinen Widerspruch zu dieser Analyse der BND-Auswerter dar, sondern ergänzen

⁹³ Vgl. Wolfgang Krieger, Der 11. September: ein Versagen der Geheimdienste?, in: Ders. (Hrsg.), Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart, München 2003, S. 324–344.



stens 1952 als Quelle angeworben und bis zu ihrer Festnahme und Hinrichtung 1955 geführt. Walter Gramsch, in verschiedenen Leitungspositionen der ostdeutschen Verkehrsbürokratie tätig, war die vielleicht wertvollste Quelle in den frühen Jahren westdeutscher DDR-Aufklärung. Von 1950 bis 1962 spionierte mit Günter Kiefer ein Abteilungsleiter in der Zentralverwaltung für Statistik des DDR-Ministerrates für den BND. Vgl. zu diesen Fällen Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 150–162; Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, "Konzentrierte Schläge". Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 181–194; Helmut Wagner, Schöne Grüße aus Pullach. Operationen des BND gegen die DDR, Berlin ²2001, S. 88–90. Zudem ist aus US-Dokumenten bekannt, dass der Dienst Mitte der fünfziger Jahre hinter dem Eisernen Vorhang mehr als 4000 Agenten besaß. Vgl. Annual History Report, Headquarters, US Army Europe, 1 July 1954–30 June 1955, Historical Division Headquarters, US Army Europe, 1956, S. 165, http://www.history.hqusareur.army.mil/Archives/Annual%20Folder/ah54-55.pdf>.

⁹² Vgl. Uhl/Wagner, Pullachs Aufklärung, S. 61-64.

sich in den Stellungnahmen des Dienstes. Die von Adenauer geäußerte Sorge vor einem neuerlichen Volksaufstand in der DDR beruhte möglicherweise ebenfalls auf BND-Erkenntnissen, die allerdings von Pullach in Verbindung mit einer Abriegelung West-Berlins und nicht als initiales Ereignis gemeldet wurden. Glaubwürdig war im August 1961 wie noch in der heutigen Rückschau der Vermerk des Nachrichtendienstes, der "17. Juni-Komplex" in der SED-Spitze sei "grösser denn ie "94". Angeblich habe die Möglichkeit eines Aufstandes in der SBZ Chruschtschow von einer totalen Abriegelung in Berlin abgehalten, und auch die sowjetischen Vertreter vor Ort fürchteten, "dass ein Funke das Pulverfass zur Explosion bringen kann "95. Alternativen Ost-Berlins zur Abriegelung der Stadt durch Stacheldraht und Mauerwerk schloss der Bundesnachrichtendienst deshalb noch im Juli 1961 prinzipiell nicht aus: "Die politische Struktur des kommunistischen Systems erlaubt - im Rahmen der festgelegten strategischen Gesamtplanung ein elastisches Taktieren und gewinnt gerade aus der Wendigkeit im Wechsel der jeweiligen Methoden ihre Stärke. "96 Nur gab es in den Tagen und wenigen Wochen danach aus Sicht des Bundesnachrichtendienstes für keine andere Möglichkeit so viele Indizien als für die gewaltsame Sperrung der Sektorengrenze und die Abriegelung West-Berlins. Genau das meldete die BND-Auswertung denen, die es wissen wollten.



⁹⁴ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90233-k vom 18.8. 1961. Die Sowjets betonen, dass die in Berlin getroffenen Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet sind. So auch schon mit auffallend ähnlichem Terminus technicus Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber im Februar 1957: "Wir haben hier einen festen immer bestehenden Komplex in der DDR, und das ist der 17. Juni 1953. Der ist nicht wegzudenken." In: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin, DY 30/I IV 2/202/ 4/1, Bericht von MfS-General Bruno Beater vom 15. 2. 1957.

⁹⁵ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90233-k vom 18.8. 1961, Die Sowjets betonen, dass die in Berlin getroffenen Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet sind.

⁹⁶ Ebenda, B 206/181, Militärischer Lagebericht Juli 1961, Bl. 23.

Dokumente

Dokument 1:

Militärischer Lagebericht des Bundesnachrichtendienstes für Juli 1961, o. Datum (Ende Juli 1961), BA Koblenz, B 206/181, Bl. 22–34.

[...]

C. Einzelberichte

I. Konsequenzen eines separaten Friedensvertrages des Ostblocks mit der SBZ

1. Die sowjetische Zielsetzung

Aus den bisherigen sowjetischen und sowjetnationalen Erklärungen und Ankündigungen sowie aus den nachrichtendienstlich erfassten Vorbereitungen und Planungen des SBZ-Regimes <u>für die Zeit nach Abschluss des Separatfriedens</u> lässt sich die folgende allgemeine Zielsetzung des Ostens erkennen:

- Schrittweise politische und wirtschaftliche Isolierung West-BERLINs mit dem Ziel der Schaffung der "Freien Stadt West-BERLIN" unter vorläufiger Duldung der Anwesenheit alliierter Truppen.
- Absperrung des Flüchtlingsstromes aus der SBZ nach West-BERLIN, Verhinderung des Ausfliegens der Flüchtlinge in die Bundesrepublik; damit Konsolidierung des SBZ-Regimes;
- de facto-Anerkennung des Pankower Regimes durch Erzwingung von Verhandlungen der Westmächte und der Bundesrepublik mit der SBZ;
- allmähliche Ausschaltung der als äußerst lästig empfundenen Ausstrahlungskraft des freien West-BERLIN in den Raum der SBZ;
- Herauslösung Ost-BERLINs aus dem Viermächtestatut und endgültige Integrierung in die SBZ;
- Untergrabung der HALLSTEIN-Doktrin⁹⁷;
- Antrag der SBZ auf Annahme in die UN;
- Vorantreibung der diplomatischen Anerkennung der SBZ unter günstigeren völkerrechtlichen Voraussetzungen.

Alle nachstehend skizzierten, vom Ostblock eingeplanten und beabsichtigten Konsequenzen, die sich aus dem Abschluss des Separatfriedens für die Situa-

⁹⁷ 1955 von Außenstaatssekretär Walter Hallstein und dem Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm G. Grewe, entwickelte außenpolitische Maxime der Bundesrepublik Deutschland zur Durchsetzung ihres Alleinvertretungsanspruchs. Danach wurde die Anerkennung der DDR durch ein drittes Land von Bonn als "unfreundlicher Akt" bewertet und mit Abbruch oder Verzicht diplomatischer Kontakte oder wirtschafts- und entwicklungspolitischer Maßnahmen sanktioniert.



auf eine der obigen Zielsetzungen der sowjetischen Politik zurückführen.

tion BERLINs und der SBZ ergeben können und entsprechende Aktionen der östlichen Seite zu ihrer Verwirklichung zur Folge haben werden, lassen sich

Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass eine exakte Voraussage über die Wahl, Terminisierung bzw. Koppelung und Art der Durchführung der Maßnahmen im einzelnen nicht möglich ist, weil sich der Osten im Hinblick auf die jeweilige Beurteilung der politischen Gesamtsituation, des Widerstandswillens des Westens, der Reaktion der SBZ-Bevölkerung und anderer wesentlicher Faktoren die Reihenfolge und Dosierung ihrer Anwendung bewusst offen hält. Die politische Struktur des kommunistischen Systems erlaubt - im Rahmen der festgelegten strategischen Gesamtplanung - ein elastisches Taktieren und gewinnt gerade aus der Wendigkeit im Wechsel der jeweiligen Methoden ihre Stärke.

2. Allgemeine politische Konsequenzen beim Abschluss des Separatfriedens

In sowjetischer Sicht ist ein mit beiden Teilen DEUTSCHLANDS abgeschlossener Frieden zwar vorteilhafter als ein separater Friedensvertrag mit der SBZ. Der letztere wird aber keinesfalls nur als ein notfalls in Kauf zu nehmendes Übel angesehen, da er auch nicht zu unterschätzende Vorteile mit sich bringt. Beide Möglichkeiten verhalten sich zueinander wie eine Maximalzur Minimallösung, nicht aber wie ein reiner Gewinn zu einem reinen Verlust. Der separate Friedensvertrag verbessert die politische Position des Ostens sowohl in der DEUTSCHLAND-Frage als auch in der BERLIN-Frage nicht unwesentlich.

Der bis zum Ende des Jahres 1961 angekündigte Abschluss eines Separatfriedens mit der SBZ soll nach den Worten CHRUSCHTSCHEWs das SBZ-Regime in die vollen Souveränitätsrechte über Berlin und seine Verkehrsverbindungen einsetzen und die Besatzungsrechte der Westmächte aufheben. Mit einem solchen Schritt will die SOWJETUNION sich nach außen hin völlig aus BERLIN zurückziehen und die Westmächte damit zwingen, sich unmittelbar mit der SBZ mit allen daraus entstehenden Folgen auseinanderzusetzen. Die SOWJETUNION würde sich dann in der BERLIN-Frage nicht mehr vom Westen ansprechen lassen, könnte jedoch wie bisher jeden Schritt der SBZ, die nach wie vor ausschließlich nach den Weisungen Moskaus operieren wird, dirigieren. An der in allen BERLIN betreffenden Fragen stark eingeschränkten Handlungsvollmacht des SBZ-Regimes würde sich damit nichts ändern. Auch nach Abschluss des Separatfriedens mit der SBZ würde dann die BERLIN-Frage nicht die Eigenschaft eines "Hebels" für die sowjetische Politik verlieren, da sich nach wie vor 2,2 Millionen West-BERLINer in geographisch, politisch und wirtschaftlich ungünstiger Lage inmitten des kommunistischen Machtbereichs befinden werden, an deren Schicksal sich der Westen nicht desinteressiert zeigen kann.

> Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vierteljahrshefte für Zeitgelchichte

3. <u>Zu erwartende östliche Aktionen und ihre Konsequenzen hinsichtlich der</u> Lage in der SBZ

Nachdem in der SBZ seit langem systematisch die technisch-organisatorischen Voraussetzungen zur Abriegelung bzw. Überwachung der Zugänge aus Ost- BERLIN und der SBZ aus West-BERLIN geschaffen worden sind, scheint sich das SED-Regime nunmehr darauf vorzubereiten, mit dem Abschluss des Separatfriedens entsprechende Maßnahmen zur Sperrung der Zugänge nach West-BERLIN wirksam werden zu lassen. Bei einer weiteren Steigerung des Flüchtlingsstromes nach West-BERLIN kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass sich das sowjetische Regime bereits vor diesem Termin zu Sperrmaßnahmen entschließt. Während die SBZ mit Inkrafttreten des Separatfriedens die Demarkationslinie zur Bundesrepublik vermutlich "de jure" zur Staatsgrenze erklären wird, dürfte sie hinsichtlich der Grenzen zwischen der Sowjetzone und BERLIN und der Sektorengrenze in BERLIN eine andere Formulierung finden, da nach der Terminologie des Ostens ganz BERLIN "auf dem Territorium der DDR" liegt. Ungeachtet dieses Umstandes muss jedoch bei der großen Bedeutung, die eine Absperrung des Flüchtlingsstromes für das SED-Regime hat, de facto mit einer wirksamen Blockierung der Fluchtwege nach West-BERLIN gerechnet werden.

Eine solche Abriegelung dürfte von Pankow mit wesentlichen "Störmaßnahmen" motiviert werden. Sie würde die 17 Millionen Bewohner der SBZ und Ost-BERLINs aufs schwerste treffen und in ihrer Größe noch nicht endgültig abzuschätzende Auswirkungen auf die Situation in der SBZ und darüber hinaus auch im übrigen osteuropäischen Satellitenbereich haben.

Sie böte dem SED-Regime – im Gegensatz etwa zu einer Sperrung der westlichen Zufahrtswege – <u>zudem den Vorteil, dass keine unmittelbaren Interessen der Westalliierten berührt würden und dass etwaige westliche Repressalien nur schwer Anwendung finden könnten.</u>

Die westlichen Zusicherungen hinsichtlich BERLINs werden von der SBZ-Bevölkerung zwar als Garantie für die persönliche Freiheit der West-BERLINer und für die Sicherheit der Verbindungswege West-BERLINs zur Bundesrepublik bewertet, lassen jedoch ihre zentrale Frage unbeantwortet, ob West-BERLIN auch weiterhin seine Funktion als Zufluchtsstätte der Flüchtlinge und Vorort des Westens erfüllen kann.

Die Ausstrahlungskraft des freien West-BERLIN und die hier bestehenden Fluchtmöglichkeiten können in ihrer Auswirkung auf das innere Widerstandspotential und damit auf die politische Haltung der SBZ-Bevölkerung nicht hoch genug veranschlagt werden. Für das SBZ-Regime haben sie bisher eine zunehmend schwere, auf die Dauer kaum tragbare Belastung gebildet und die Konsolidierung des Systems verhindert. Erst mit der Unterbindung



der Fluchtwege nach West-BERLIN könnte das SBZ-Regime seine volle innerpolitische Bewegungsfreiheit gewinnen und unter Ausnutzung der in der Zonenbevölkerung mit Sicherheit zu erwartenden allgemeinen Resignation und Enttäuschung drängende Probleme (Normenfrage, vollständige Sowjetisierung aller Lebensbereiche) ohne die bisher notwendige Rücksichtnahme energisch in Angriff nehmen und erst hiermit die gleichen Existenzbedingungen wie die übrigen europäischen Satellitenstaaten erlangen.

4. Zu erwartende östliche Aktionen hinsichtlich der alliierten Verkehrsverbindungen BERLINs

Zahlreiche Hinweise betonen, dass mit dem Abschluss eines separaten Friedensvertrages alle aufgrund des Abkommens vom 20.9. 195598 der SOWJET-UNION noch vorbehaltenen Kontrollrechte an die SBZ übertragen werden sollen. Da die Kontrolle des zivilen Verkehrs von und nach West-BERLIN mit Ausnahme des zivilen Luftverkehrs (vgl. Ziffer 699) – bereits seit 1955 in die Kompetenz der SBZ übergegangen ist, wird nach östlicher Auffassung tatsächlich nur auf dem Gebiet des militärischen Verkehrs der Westalliierten eine Änderung der Rechtslage eintreten.

Es ist jedoch fraglich, ob überhaupt und in welchem Umfang die SBZ auf Weisung Moskaus von den übertragenen Rechten zunächst Gebrauch machen und dadurch Störungen im alliierten BERLIN-Verkehr hervorrufen wird. Es ist durchaus denkbar, dass Pankow den alliierten Verkehr nach den bisherigen Modalitäten weiterlaufen lässt, wobei allerdings Komplikationen durch eine Weigerung der Alliierten, sich von sowjetzonalen Organen kontrollieren zu lassen, entstehen könnten. Nach einer gewissen Zeit dürfte dann die SBZ-Regierung die Westmächte auffordern, in Verhandlungen über die auf dem Gebiet der SBZ verlaufenden Verkehrswege einzutreten; das gleiche gilt auch für den zivilen Verkehr (siehe Ziffer 5, I). Mit schärferem Vorgehen der SBZ gegen den alliierten Verkehr ist erst nach einer Verweigerung derartiger Verhandlungen zu rechnen. Unter Berücksichtigung der politischen Gesamtlage wird die Dosierung aller derartiger Aktionen vom Osten stets so angelegt werden, dass sie vom Westen wegen ihrer relativen Geringfügigkeit jeweils toleriert werden bzw. etwaige heftige Reaktionen des Westens - z. B. durch militärische Maßnahmen - vor der Welt als "Aggression" hingestellt werden können. (Das gilt insbesondere hinsichtlich der westlichen "Contingency"-Planung¹⁰⁰).



⁹⁸ Am 20. September 1955 schlossen die UdSSR und die DDR einen Vertrag über die Beziehungen zwischen beiden Staaten, der die DDR durch die Erweiterung von Souveränitätsrechten und die Übertragung der "vollen Souveränität" international aufwerten sollte.

⁹⁹ Hier nicht abgedruckt.

¹⁰⁰ Alliierte Notfallplanung für Berlin.

Zu erwartende Maßnahmen der SBZ hinsichtlich der zivilen Verkehrsverbindungen BERLINs auf Schiene, Strasse und Wasserwegen

Die ungünstige Lage BERLINs im kommunistischen Machtbereich und die Unmöglichkeit, die zivilen Verkehrsverbindungen der Stadt mit dem Westen ausreichend zu sichern haben zur Folge, dass dem SED-Regime eine fast unerschöpfliche Fülle von Handhaben, Schikanen und Pressionen zur Verfügung steht. Da nach den Worten CHRUSCHTSCHEWS mit dem Abschluss eines Friedensvertrages die "Neuregelung der West-BERLIN-Frage", – d. h. die Schaffung der "Freien Stadt West-BERLIN" – eingeleitet werden soll, sind auf dem Gebiet des zivilen Verkehrs Störungen aller Art zu erwarten mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Isolierung West-BERLINs von der Bundesrepublik und der schrittweisen Aushöhlung des Selbstbehauptungswillens der West-BERLINer Bevölkerung. Mit derartigen Maßnahmen muss am ehesten gegen den zivilen Verkehr gerechnet werden, weil dadurch alliierte Rechte nicht direkt betroffen und infolgedessen etwaige alliierte Reaktionen erschwert werden.

[...]

8. Störung des Verkehrs innerhalb GROSSBERLINs

- Übergriffe der Transportpolizei der SBZ auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn in West-BERLIN
- Lückenlose Kontrolle durch Inbetriebnahme der an der Sektorengrenze errichteten S-Bahn-Kontrollbahnsteige und U-Bahn-Kontrollschleusen
- Trennung des S-Bahnverkehrs; vorher Abziehen des rollenden Materials aus dem Westsektor
- Unterbrechung des U-Bahnverkehrs
- Sperrung der Straßenübergänge aus dem Ostsektor in die Westsektoren zur Abriegelung des Flüchtlingsstromes aus der SBZ.

9. Zu erwartende Maßnahmen hinsichtlich des Luftverkehrs mit BERLIN

Es ist anzunehmen, dass die SBZ unmittelbar nach Abschluss des Separatfriedens den Anspruch auf Kontrolle des zivilen Luftverkehrs erheben wird, zumal dessen rechtliche Absicherung durch das Kontrollratsabkommen vom 30.11. 1945 fragwürdig ist. Der ersatzlose Abzug des sowjetischen Vertreters aus der Flugsicherheitszentrale BERLIN und die Ablehnung der Übernahme der Flugsicherheit über der SBZ würde – bei Weigerung der Westmächte bzw. der drei Westberlin anfliegenden zivilen westlichen Luftverkehrsgesellschaften, mit der SBZ über vertragliche Regelung des Flugverkehrs zu verhandeln – einen sicheren, von Wetterbedingungen unabhängigen Flugverkehr nicht mehr gewährleisten.



Störmaßnahmen sind sowohl gegen den zivilen Luftverkehr nach West-BER-LIN allein wie auch gegen den gesamten Luftverkehr einschließlich des militärischen der Westalliierten (vgl. Ziffer 4) denkbar. In der neuen, am 1.8. 1961 in Kraft tretenden Flugverkehrsanordnung der SBZ ist ein Versuch zu erblicken, die Westmächte auf den Anspruch Pankows hinzuweisen, nach Abschluss des Separatfriedens die volle Souveränität auch hinsichtlich des Luftraumes auszuüben.

Neben der Zurückziehung des sowjetischen Vertreters aus der BERLINer Flugsicherungszentrale sind im einzelnen folgende Maßnahmen zur Störung des Flugverkehrs möglich:

a. Allgemein gegen den gesamten Luftverkehr

- Behinderung des laufenden Flugbetriebs durch Ansetzen von Übungen in den Luftkorridoren ohne oder nur mit kurzfristiger Bekanntgabe
- Festsetzung willkürlich wechselnder Luftsperrgebiete
- Elektronische Maßnahmen zur Irreführung oder Erschwerung der Flugzielfindung und Landung.

b. Speziell gegen den zivilen Luftverkehr

- Provozierte Luftzwischenfälle durch Anflüge und Zusammenstösse
- ultimative Aufforderung und Erzwingung von Landungen im SBZ-Flughafen Schönefeld bei BERLIN.

10. Zu erwartende wirtschaftliche Maßnahmen gegen West-BERLIN

Da West-BERLIN aus der SBZ nur knapp 3% seiner gesamten Warenbezüge erhält, ist das Pankower Regime nicht in der Lage, durch eine Verweigerung seiner Liefermengen einen Druck auszuüben. Auch eine etwaige Verweigerung der Abnahme von West-BERLIN Waren seitens der SBZ hätten keinen nennenswerten Effekt, da diese Ware nur zu wenig mehr als 1% in die Sowjetzone gehen.

Strom-, Gas- und Wasserversorgung West-BERLINs sind in relativ geringem Umfang von Ost-BERLIN abhängig; im Ausmaß kommt diesem eine entsprechende Abhängigkeit Ost-BERLINs von West-BERLINer Versorgungseinrichtungen gleich. Lediglich auf dem Gebiet der Abwässerabführung besteht wahrscheinlich noch eine gewisse Verwundbarkeit West-BERLINs.

Folgende Maßnahmen gegen die Wirtschaft West-BERLINs sind denkbar:

- Sperrung der Zufahrtswege aus der Bundesrepublik nach West-BERLIN; trotz der vorhandenen großen Reserven könnte die wirtschaftliche Basis der Stadt hierdurch am schwersten getroffen werden.

> Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgeschichte

- Erschwerung der Benutzung einzelner Zufahrtswege; auch sie wäre wirksam, wenn sie ein Ausmaß erreicht, das auf längere Sicht der West-BERLI-Ner Industrie die Aussichten auf Erhaltung der Rentabilität nimmt. Derartige Manipulationen könnten zu einer Abwendung von Betriebsstätten und Stammbelegschaften in der Bundesrepublik führen.
- Wesentliche Behinderung bzw. Sperrung des Personenverkehrs zwischen West- und Ost-BERLIN; auch diese könnte die West-BERLINer Wirtschaft schwer treffen. Hierunter würden insbesondere Maßnahmen gegen die zur Zeit etwa 50.000 in West-BERLINer Betrieben beschäftigten "Grenzgänger" aus Ost-BERLIN bzw. aus der SBZ fallen. Ferner würde der West-BERLINer Handel durch Drosslung des Personenverkehrs erhebliche Verluste erleiden.
- Direktiven der SBZ, mit allen Kräften bis Ende 1961 eine Intensivierung des Warenaustausches zwischen der SBZ und West-BERLIN zu erstreben; sie haben bisher allerdings noch keinen Erfolg gezeigt.
- Verstärkung der Versuche, Westberliner Wirtschaftskreise durch einen Wechsel von Drohungen und Lockungen zum Einlenken auf die östliche BERLIN-Konzeption zu bewegen.
- Angriff auf die West-BERLINer Wirtschaft mit dem Versuch, die Stadt aus der währungsmäßigen Verbindung mit der Bundesrepublik zu lösen.

Dokument 2:

Fernschreiben PA 90012-k des BND vom 1. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

VS-VERTRAULICH

gewöhnliches Fernschreiben Dringendes Fernschreiben 487/II - 146 947 vom 31.7. 1961 $BuKA^{101} - AA^{102} - MVtdg^{103} - Fleurop^{104} - Kreide^{105}$ mit Fleurop PA-90012-k vom 1, 8, 1961 Ktr. Nr.: 655/1/61

Gesamtdeutsche Fragen.



¹⁰¹ BuKA – Bundeskanzleramt.

¹⁰² AA – Auswärtiges Amt.

¹⁰³ MVtdg – Bundesministerium für Verteidigung.

¹⁰⁴ Fleurop – allgemeine interne Dienstbezeichnung des BND für ausländische Partnernachrichtendienste, da die einzelnen Dienste im Schriftverkehr als Tarnbezeichnung Blumennamen trugen. Hortensie stand beispielsweise für geheimdienstliche Informationen aus US-Quellen. ¹⁰⁵ Kreide – nicht ermittelt. Eventuell Verbindungsbeamter des BND im Bundesministerium für

Matthias Uhl und Armin Wagner: "Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung" 709

Republikflucht aus der Sicht der SED Z. d.F. 106: Ende Juli 1961 / Bew. 107: C-3 108

Aus Ostberlin:

Ein Spitzenfunktionär der SED äußerte sich besorgt darüber, dass die SED gegenüber der Republikflucht fast wehrlos sei, weil gegen die straffe Durchführung wirksamer Maßnahmen ein deutliches sowjetisches Veto stehe. Die Pläne für solche Maßnahmen lägen seit langem ausgearbeitet vor. Für die Ausführung dieser Pläne gäben die Sowjets jedoch keine Erlaubnis. Alle anderen Maßnahmen, wie die verstärkte Kontrolle in den Fernbahnzügen, haben nur eine relativ geringe Wirkung.

Stellungnahme

Es kann durchaus damit gerechnet werden, dass sich die SED-Führung intensiv darum bemüht, die Einwilligung Moskaus für das Inkraftsetzen wirksamer Sperrmaßnahmen zu erwirken. Dazu würde insbesondere eine Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und die Unterbrechung des S- und U-Bahnverkehrs gehören. Alle bisherigen Maßnahmen der SBZ - verstärkte Zug- und Straßenkontrollen bei der Anreise nach Berlin, Behinderung des Interzonenverkehrs usw. - dürften innerhalb der seitens Moskau der SED zugestandenen Kompetenzbereiche liegen und zeigen zugleich, dass Moskau noch keine Genehmigung für wirklich durchgreifende Sperraktionen gegeben hat.

Dokument 3:

Fernschreiben PA 90172-k des BND vom 9. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim frei f. Washington u. Paris NATO Gewöhnliches FS109 487/I - 144 889 v. 8. 8.61 $BuKA - AA - GM^{110} - MVtdg - LTV^{111} - Fleurop$

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin Zeitgelchichte

¹⁰⁶ Z. d. F. - Zeit der Feststellung. Gibt Auskunft darüber, wann die nachrichtendienstliche Information ermittelt wurde.

¹⁰⁷ Bew. – Bewertung.

¹⁰⁸ Die Buchstaben-/Zahlenkombination gibt an, für wie zuverlässig die BND-Auswertungsstelle die Quelle hielt und wie deren Information eingeschätzt wurde. Die Werteskala reichte dabei absteigend von A (zuverlässig) bis F (die Zuverlässigkeit kann nicht beurteilt werden) bzw. 1 (unzweifelhaft zutreffend, von der Gegenseite bestätigt) bis 6 (noch nicht zu bewerten). Stufte die Auswertung den Agentenbericht beispielsweise mit C-3 ein, so war der Inhalt also möglicherweise zutreffend, die Zuverlässigkeit der Quelle wurde als durchschnittlich bewertet.

¹⁰⁹ FS – Fernschreiben.

¹¹⁰ GM – Gesamtdeutsches Ministerium.

¹¹¹ LTV – interne Bezeichnung für die Residentur des Bundesnachrichtendienstes in West-Berlin.

PA-90172-k vom 9. 8. 1961

Zur Moskauer Konferenz der KP-Führer der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. 8.

Ktr.-Nr.: 685/1/61

1961

Z. d.F.: 7. 8.61 / Bew.: C-3

Aus Ostberlin:

Ein sowjetischer Funktionär gab folgende Erklärung ab:

- 1. Ursprünglich war um diese Zeit lediglich eine Zusammenkunft sowjetischer Diplomaten in Moskau geplant. Im Zusammenhang damit oder kurz danach war eine Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Paktes mit asiatischen Beobachtern geplant. Diese Konferenz ist vorerst aufgegeben worden, – es besteht aber die Möglichkeit, dass sie im Zusammenhang mit der Vorbereitung der in Aussicht stehenden Verhandlungen mit den Westmächten später stattfinden wird.
- 2. Das Treffen der ersten Sekretäre der KPen war ursprünglich erst im Zusammenhang mit dem Parteitag der KPdSU vorgesehen.

Der Hauptanlass für das Zustandekommen der Konferenz zum jetzigen Zeitpunkt war ULBRICHTs Drängen auf eine totale Absperrung Westberlins. Bereits vor der Konferenz, eigentlich schon ab 1.8. 1961, wollte ULBRICHT eine radikale Absperrung der gesamten SBZ einschließlich Ostberlins von Westberlin schlagartig durchführen, um das Grenzgänger-Problem zu lösen und den Flüchtlingsstrom zu stoppen.

Diese Absicht wurde zunächst von sowjetischer Seite gebremst, was aber keinen Stopp der harten Maßnahmen gegen die Grenzgänger bedeutet. In Moskau ist nun jeder allzu offenkundige Versuch, Sperr- und Terrormaßnahmen innerhalb Berlins durchzuführen, als in der gegenwärtigen Situation unzweckmäßig abgelehnt worden.

Stellungnahme:

Den vorliegenden Hinweisen zufolge kann angenommen werden, dass ULBRICHT in Moskau versucht hat, die Genehmigung für die Sperre der Sektorengrenze zu erhalten, da alle anderen Maßnahmen sich als unwirksam zur Verminderung des Flüchtlingsstromes erwiesen haben.



Dokument 4:

Fernschreiben PA 90173-k des BND vom 9. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

VS-VERTRAULICH

Dringend

487/II - 146 980 v. 7. 8.61

BuKA - AA - GM - MVtdg - LTV - Fleurop

PA-90173-k vom 9, 8, 1961

Ktr.-Nr.: 686/1/61 Sowjetzonale Überlegungen über Maßnahmen gegen Grenzgänger und Zonenflüchtlinge

Z. d.F.: Anfang August 1961 / Bew.: B-3

Aus Ost-Berlin:

- 1. Der Magistrat von Ostberlin betrachtet die sogenannten "spontanen Aktionen der Werktätigen" gegen die Grenzgänger nicht als einziges Mittel zur Lösung dieses Problems, sondern nur als Auftakt zu weitergehenden Schritten, für die lediglich der Boden stimmungsmäßig vorbereitet werden soll. Es ist daran gedacht, in den nächsten Tagen nochmals eine Aufforderung an den Westberliner Senat zu richten, das erste Schreiben EBERTs¹¹² zu beantworten und sich zu Verhandlungen bereit zu finden, falls Westberlin nicht Gefahr laufen will, über 50 000 Arbeitsplätze aus dem östlichen Bereich zu verlieren.
- 2. In Dienststellen Ostberlins und der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder finden Konferenzen statt, die sich mit dem Grenzgänger- und Flüchtlingsproblem beschäftigen. Es wurde dabei u. a. der Vorschlag gemacht, dass die von Falkensee, Potsdam, Stahnsdorf und Mahlow zunächst durch das Gebiet von Westberlin fahrenden Züge von ihren Endbahnhöfen in der SBZ überhaupt für jeden Fahrgastverkehr gesperrt werden sollen und lediglich aus verkehrstechnischen Gründen leer bis zum Zielbahnhof durchfahren und leer einsetzen.
- 3. Ein weiterer Plan sieht vor, die Fußgänger-Übergänge von der SBZ nach Westberlin nicht mehr für den freien Passagierverkehr der Bürger aus der SBZ offen zu lassen, sondern jeden Weg nach Westberlin über diese Kontrollpunkte von einer Sondergenehmigung abhängig zu machen.
- 4. Bei den Sitzungen wurde außerdem festgehalten, dass die im Fahrplan vorgesehenen Aufenthaltszeiten für die Züge nach Westberlin zu kurz seien für eine systematische Kontrolle auf Grenzbahnhöfen. Es wird erwogen, die Zahl der Züge zu erhöhen, damit für die in Richtung Westberlin fahrenden Züge eine Abfertigungszeit von etwa zehn Minuten eingelegt werden kann. Ein anderer Vorschlag sieht vor, auf den sogenannten West-Bahnsteigen z.B. auf den Zwischenpodesten und Treppenaufgängen besondere Kontrollpunkte zu

¹¹² Ebert, Friedrich (1894–1979), 1913–1946 SPD, dann SED, 1948–1967 Oberbürgermeister von Ost-Berlin, 1949-1979 Mitglied des Politbüros des ZK der SED.



errichten, die jeder passieren muss. Außerdem wurde angeregt, eine Registrierung aller SBZ-Bewohner vorzunehmen, die nach Westberlin gehen.

Stellungnahme:

Zu Ziffer 1: Der Berliner Senat hat eine Beantwortung des Ostberliner Verhandlungsvorschlages bereits abgelehnt.

Zu Ziffer 2: Die Durchführung eines derartigen unwirtschaftlichen Vorschlages ist wenig wahrscheinlich; nach früheren Planungen ist eher daran gedacht, den Verkehr auf den inzwischen weiter ausgebauten Umgehungsstrecken um Westberlin umzuleiten.

Die in den Ziffern 2, 3 und 4 erwähnten Planungen setzen im übrigen voraus, dass die SBZ von Moskau die Genehmigung zu einer Behinderung des Verkehrs innerhalb Berlins erhält, was bisher offenbar nicht der Fall ist.

Dokument 5:

Fernschreiben PA 90100 des BND vom 13. August 1961, BA Koblenz, B206/822,o, Bl.

Dringendes Fernschreiben

FS

PA-90100 - Geheim vom 13. 8. 1961

712/1/61 Pol ¹¹³

<u>Betr.:</u> Beschlüsse der Volkskammersitzung vom 11. 8. 61 Z. d.F. 11. 8.61 / Bewertung: B-3

Aus Ost-Berlin:

- 1. Die Volkskammer der SBZ hat am 11.8.61 in verschleierter Form, um "die vereinbarten Festlegungen des Warschauer Paktes" zu erfüllen, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Intensivierung der Rüstungsindustrie sowie zur faktischen Mobilmachung der NVA und zur Einberufung von Reservisten beschlossen.
- 2. Auch der Auftrag an die Regierung der SBZ, "geeignete Maßnahmen einzuleiten", um Grenzgängertum und "Menschenhandel" zu bekämpfen, wurde ohne sachliche Präzisierung getroffen, um der SBZ-Regierung ein zeitliches Überraschungsmoment zu sichern.

Stellungnahme:

Während die Maßnahmen zu Ziff. 2 bereits eingeleitet wurden, bedürfen ähnliche, wie in Ziff. 1 angedeutet, noch der Bestätigung und Präzisierung. Im Rahmen der

¹¹³ Pol. – Gruppe Politik der Abteilung 40 (Gegenspionage) des BND, u. a. zuständig für die Verbindung zu Einflussagenten.



Matthias Uhl und Armin Wagner: "Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung" 713

von der Volkskammer angekündigten vorbereitenden Schritte zum Abschluss eines Friedensvertrages und zur Sicherung der SBZ sind sie durchaus denkbar.

A, H, B?, N, Kreide fahren am 13. 8. [unleserliche Paraphe 14. 8.]

 $Krone^{114}$ BuKA $Oll v^{115}$ AA $Vtdg^{116}$ unleserlich Gs Dt^{117} . Kreide

Dokument 6:

Fernschreiben PA 90101 des BND vom 13. August 1961, BA-Koblenz, B 206/822, o. Bl.

 125^{118}

Geheim

 $363^{119} = 09.10$ BUKAKrone Dringend $234^{120} = 09.10$ AAOlly Fleurop¹²¹

VTLGGs. Dt Kreide

Ktr. Nr. 706/61 Pa Nr. 90101 – geheim vom 13. 8.61

Betr.: Zur Ernennung Marschall Konjews zum Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ Z. d.F. 11, 8.61, Bew.: B-6

Aus Ost-Berlin:

1. Die Beauftragung Marschall Konjews¹²² als Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ auf der Moskauer Konferenz der KP-Sekretäre

¹²² Koney, Ivan Stepanovič (1897–1973), Marschall der Sowjetunion (1944) – Oberkommandierender der GSSD, 1960 wegen Krankheit in den Ruhestand versetzt, im Vorfeld des Mauerbaus reaktiviert und zum Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ernannt, 1962 bis 1973 Generalinspekteur der sowjetischen Streitkräfte.



¹¹⁴ Krone, Heinrich (1895–1989), Christdemokratischer Politiker, ab November 1961 Bundesminister für besondere Aufgaben bzw. für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

¹¹⁵ Olly - nicht ermittelt, mit hoher Wahrscheinlichkeit Verbindungsbeamter des BND im Auswärtigen Amt.

¹¹⁶ Vtdg – Bundesministerium für Verteidigung.

¹¹⁷ Gs. Dt – Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

¹¹⁸ 125 – dienstliche Tarnnummer der BND-Zentralabteilung Auswertung und Lage.

^{119 363 -} dienstliche Tarnnummer des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Reinhard

¹²⁰ 234 – dienstliche Tarnnummer des Auslandsverbindungsdienstes des BND.

¹²¹ VTLG Fleurop - Verteilung an Partnerdienste.

- der Warschau-Pakt Staaten hängt unmittelbar mit der geplanten Verstärkung und Mobilisierung der sowjetischen Truppen und mit der Vorbereitung der Abwehr eines möglichen Angriffs aus dem Westen zusammen.
- 2. Marschall Konjew wird gleichzeitig nach den geheimen Vereinbarungen in Moskau Oberbefehlshaber der 1. Westfront des Warschauer Paktes, in dieser Eigenschaft besitzt er bereits jetzt bis zur Aufhebung des intern erklärten militärischen Alarmzustandes das Oberkommando über sämtliche sowjetischen Streitkräfte in der SBZ, die nationale Volksarmee und die tschechoslowakische Armee. Die Oberkommandierenden der beiden Nationalarmeen sind ihm damit, einschließlich ihrer Stäbe, direkt unterstellt und nicht, wie bisher, dem Oberkommandierenden der Warschau-Pakt-Streitkräfte unmittelbar.
- 3. Marschall Konjews Ablösung als Oberkommandierender des Warschauer Paktes im Jahr 1961 soll tatsächlich gesundheitliche Gründe gehabt haben und unter dem Gesichtspunkt vorgenommen worden sein, einen jüngeren Nachfolger in einer noch nicht hochgespannten militärischen Situation rechtzeitig einzuarbeiten. Der Gesundheitszustand Konjews ist nach einer längeren Kur wieder zufriedenstellend.
- 4. Konjew wurde mit der neuen Aufgabe betraut, weil er die höchsten militärischen Führer des Warschauer Paktes aus seiner früheren Tätigkeit mit all ihren Stärken und Schwächen kennt. Marschall Konjew ist außerdem für die Koordinierungsaufgaben sehr geeignet, da er sich sowohl in Polen als auch in der CSSR einen guten Namen gemacht hat. Wegen der praktischen strategischen Erfahrungen, die Konjew im gleichen möglichen Operationsgebiet im Zweiten Weltkrieg sammeln konnte, wurde er als der geeignetste Frontführer für die "schwierigste Aufgabe" ausgewählt, nämlich den möglichen Hauptstoß eines Angreifers aus dem Westen sofort aufzufangen und in einen Gegenangriff zu verwandeln.
- 5. Nach den vorläufigen Planungen soll Marschall Konjew sein Amt nur so lange ausüben, bis die militärische Alarmsituation um Deutschland und Berlin vorbei ist. Zunächst hat Marschall Konjew die Aufgabe, einen unüberwindlichen Sperrriegel zum Schutz der Westfront des westlichen Lagers aufzubauen.

Stellungnahme:

Die Meldung ist sowohl unter politischem als auch unter militärischem Aspekt zu beurteilen.

Politisch soll die Ernennung Konjews dem nicht-kommunistischem Ausland den Ernst dokumentieren, mit dem Moskau seine Ziele in der Deutschland- und Berlinpolitik verfolgt und der SED den Rücken stärken.

Militärisch ist die Bezeichnung "1. Westfront des Warschauer Paktes", unter deren Oberkommando die GSTD¹²³, die NVA und die tschechoslowakische Armee zusammengefasst werden sollen, neu und noch unbestätigt. Über eine Verwendung des



¹²³ GSTD – Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.

Matthias Uhl und Armin Wagner: "Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung" 715

bisherigen OB¹²⁴ der GSTD, Generaloberst J.S. Jakubowskij¹²⁵, ist noch nichts bekannt. Möglicherweise ist er als OB der GSTD in Wünsdorf verblieben, nachdem Konjew als übergeordneter OB der "1. Westfront" eingesetzt werden soll.

Dokument 7:

Fernschreiben PA 90254-k des BND vom 15. August 1961, BA Koblenz, B 206/ 822, o. Bl.

Geheim 487/I 147 108 v. 15. 8. 61

Fleurop i. j. Form gesperrt Ktr. Nr.: 716/2/61

PA-90254-k geheim v. 15. 8. 1961

Stellungnahme eines hohen SED-Funktionärs zur Entwicklung der Lage in Berlin Z. d. F. 14. 8. 61 siehe b. Freigaben Akte B II FS 455 v. 18. 8. 61 Bew.: B-3

Aus Ostberlin:

Ein sehr hoher SED-Funktionär äußerte sich gegenüber anderen SED-Funktionären am 13. 8. 61 abends zur Lage in Berlin wie folgt:

- 1. Die ersten Reaktionen des Westens haben erkennen lassen, dass lediglich mit westlichen Protesten zu rechnen ist. Damit sei eine entscheidende Kraftprobe zugunsten der SBZ entschieden worden.
- 2. Nachdem diese einschneidenden Maßnahmen die Machtlosigkeit des Westens verdeutlicht hätten, könne mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass es auch bei späteren Aktionen der SBZ-Regierung zu keinen militärischen Konflikten um Westberlin kommen werde. Alle weiteren Maßnahmen, die schrittweise erfolgen würden, würde jede für sich nicht mehr so gravierend sein, wie die Aktion vom 13.8. 61. Wenn die Westmächte hier keinen Ansatzpunkt zum Handeln gefunden hätten, würden sie ihn später erst recht nicht finden.
- 3. Im übrigen sei durch die Aktionen vom 13.8. 61 eine entscheidende Konsequenz des Friedensvertrages vorweggenommen worden. Ostberlin sei nunmehr endgültig aus allen Berlin-Verhandlungen ausgeklammert. Gleichzeitig wäre die Frage des Viermächte-Status jetzt praktisch bedeutungslos geworden.

¹²⁵ Jakubovskij, Ivan Ignat'evič (1911–1976), Marschall der Sowjetunion (1967) – Oberkommandierender der GSSD, seit 1953 Dienst in der GSSD, zunächst als Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, dann 1. Stellvertreter des Oberkommandierenden der GSSD, 1960 bis April 1961 Oberkommandierender der GSSD, dann von Konev abgelöst, ab April 1962 wieder in dieser Funktion. 1967-1976 1. Stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR und Oberkommandierender des Warschauer Vertrages.



¹²⁴ OB - Oberbefehlshaber.

- 4. Die SU¹²⁶ hat zugesichert, dass sie sich auf keine Verhandlungen über die Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen mit dem Westen einlassen werde. Verhandlungsgegenstand könne allenfalls die Schaffung von Erleichterungen an der Staatsgrenze sein, wobei derartige Konzessionen von den Bestimmungen des Friedensvertrages abhängen würden.
- 5. Psychologisch bestünde nun eine Situation, die die Bevölkerung in Ostberlin und in der Zone veranlassen würde, an einem Friedensvertrag interessiert zu sein, da Erleichterungen des gegenwärtigen Zustandes jetzt nicht mehr von westdeutschen Verhandlungen, sondern vom Friedensvertrag abhängen werden.
- 6. Nach der jetzt erfolgten Absperrung Ostberlins würde ganz Berlin für die Westmächte erheblich an Wert verlieren, was die Konzessionsbereitschaft des Westens nur stärken würde, zumal deutlich geworden sei, dass die Maßnahmen der SBZ nicht gestoppt werden könnten. Dem Informationsdienst der Westalliierten werde bald jedes Material fehlen.
- 7. Der hohe SED-Funktionär bezeichnete sodann die Maßnahmen vom 13. 8. 61 als den bisher schwersten Schlag, der mit Erfolg gegen die Position Westberlins geführt worden sei. Wörtlich fuhr er fort: "Nachdem die Westberliner Schreier in den nächsten Tagen erkennen müssen, dass ihnen keine militärische Garantie des Westens helfen kann, wird in den oberen Kreisen bald das große Kofferpacken beginnen. Die Westberliner Bevölkerung wird aber erkennen, dass ihr die Fortsetzung der bisherigen Politik wenig helfen kann."
- 8. Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen der BRD seien zwar nicht ausgeschlossen, würden aber sofort zur Folge haben, dass die SBZ-Regierung auf den unlösbaren Zusammenhang des Güterverkehrs nach Westberlin mit dem innerdeutschen Handel hinweisen würde. Schon einmal habe Bonn in dieser Frage zurückstecken müssen.

Bemerkung:

Quelle fasst ihren Eindruck aus der Sitzung der SED-Funktionäre wie folgt zusammen:

Es herrschte in der SED-Führung eine Siegesstimmung wie nie zuvor. Man hatte den Eindruck, dass dieser Tag bedeutsamer sei, als der zu erwartende Tag des Friedensvertrages. Besonders sei zu vermerken, dass – mit Ausnahme der Chefredaktion des "Neuen Deutschland" – keine andere Ostberliner Zeitung oder Rundfunkredaktion schon vor Mitternacht über die Maßnahmen unterrichtet worden sei. Im "Neuen Deutschland" seien sämtliche Telephonleitungen nach draußen abgeschaltet worden und die Mitarbeiter des "Neuen Deutschland" hätten die Setzerei und Druckerei erst verlassen können, als die Nachricht bekannt gegeben wurde. Die Bekanntmachung, Plakate und Flugzettel wurden dort erst in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gedruckt.



¹²⁶ SU - Sowjetunion.

Dokument 8:

Fernschreiben PA 90264-k des BND vom 16. August 1961, BA Koblenz, B 206/ 822, o. Bl.

Geheim

487/I - 147 107 vom 15. 8. 1961 Dringendes Fernschreiben

Mit Fleurop!

BuKA-AA-MVtdg-Fleurop-Kreide

Ktr.-Nr.: 718/1/61 PA-90264-k vom 16. 8. 1961

Forcierung der Lage in Berlin soll sowjetische Schwierigkeiten verdecken

Z. d. F.: Mitte August 1961 / Bew.: C-3

Aus Athen:

- 1. Ein Angehöriger der SU Botschaft in Athen sowjetischer Diplomat äußerte, dass es sich bei der Berlinkrise um eine Drohung handele, die auch den Zweck verfolge, den Staaten des Warschauer Paktes "Kraft und Mut zu geben". In Moskau hätten einige Staaten Besorgnisse an den Tag gelegt im Hinblick auf mögliche einseitige Handlungen der SU.
- 2. CHRUSCHTSCHEW weiß sehr wohl, dass die Amerikaner und ihre Verbündeten einseitige Entscheidungen in Berlin nicht hinnehmen würden. Die SU sei daher augenblicklich in einer schwierigen Lage, weil sie als Mitglied der UN auf der ganzen Welt Frieden und Verständigung proklamiere. Leitende Beamte der Athener SU-Botschaft halten es für ausgeschlossen, dass die SU einen Krieg für Berlin oder die SBZ führen werde. Abschließend erklärte der sowjetische Gesprächspartner wörtlich: "Krieg wird es geben, aber aus anderen Gründen als Berlin, und erst später."

Dokument 9:

Fernschreiben PA 90233-k des BND vom 18. August 1961, BA Koblenz, B 206/ 822, o. Bl.

Sofort

Geheim 487/I 147 122 v. 18. 8. 1961

BK, AA, BVrtg. 127, GM

PA-90233-k v. 18. 8. 1961 Kontr.-Nr.: 736/3/61

Die Sowjets betonen, dass die in Berlin getroffenen Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet sind.

Bew.: C-3 Z. d. F.: 16. 8. 1961



¹²⁷ BVrtg. – Bundesministerium für Verteidigung.

Aus Ost-Berlin:

Ein sowjetischer Gesprächspartner führte aus:

- 1. Der Aufmarsch von Verbänden der Volkspolizei und NVA¹²⁸ in Ostberlin wird sich auch in der nächsten Zeit nicht gegen Westberlin richten. Der "17. Juni Komplex" ist unter den führenden ostberliner Funktionären größer denn je. Die Möglichkeit eines Aufstandes hat CHRUSCHTSCHEW immer wieder abgehalten, einer totalen Abriegelung Ost-Berlins zuzustimmen. Auch unter den Sowjets in Ostberlin fürchtet man, dass ein Funke das Pulverfass zur Explosion bringen kann. Die zahlreichen sowjetzonalen Truppen sollen einschüchtern und eine Explosion verhindern.
- 2. Die Absperrmaßnahmen sollen auch kein Druckmittel darstellen, um den Westen in der West-Berlin-Frage nachgiebiger zu machen, sie stellen eine effektive Schutzmaßnahme dar.
- 3. In Moskau werden aufmerksam alle westlichen Reaktionen beobachtet. Es sollen daraus Schlüsse für zukünftige Schritte in der West-Berlin-Frage gezogen werden. Wirtschaftliche Sanktionen des Westens gegenüber der SBZ und dem Ost-West-Handel wollen mit verstärktem Druck auf Westberlin beantwortet werden. Sonst wird nicht mit Schwierigkeiten gerechnet, da sich die Abriegelung fast ausschließlich auf Ostberliner auswirkt. Eventuelle Gegenmaßnahmen seitens des West-Berliner Senats würden ebenfalls nicht unbeantwortet bleiben. Eine Übernahme der S-Bahn-Anlagen in Westberlin durch den Senat würden die sowjetzonalen Behörden mit sowjetischer Zustimmung mit Gegenaktionen beantworten.

Dokument 10:

Fernschreiben PA 90408-k des BND vom 30. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim

BuKA, AA, GM, MVtdg. $-Fl^{129}$.

Kreide, BAV¹³⁰

PA-90408-k vom 30. 8. 1961

Dringendes Fernschreiben

487/I - 147 152 vom 29. 8. 1961

Mit Fleurop

Ktr.-Nr.: 804/1/61

Sowjetische Aussage zur Berlinfrage Z. d. F.: 18. 8. 1961 7 Bew.: C-3

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertzuahrsherte für
Zeitgelchichte

¹²⁸ NVA - Nationale Volksarmee.

¹²⁹ Fl. - Fleurop.

¹³⁰ BAV – Bundesamt für Verfassungsschutz.

Aus Moskau:

- 1. Ein sowjetischer Politiker äußerte, die Schließung der Sektorengrenze in Berlin sei nach reiflicher Überlegung von CHRUSCHTSCHEW gutgeheißen worden, obschon er sich über das Risiko klar gewesen wäre. Ohne die Abriegelung – darüber sei er sich ebenso klar gewesen – wäre ULBRICHTS Position in Kürze sehr schwierig geworden. Die Funktionäre der SED seien völlig ratlos gewesen. Als kommunistischer Staat könne die SU die SBZ selbstverständlich nicht im Stich lassen. Westberlin habe der Wirtschaft der SBZ wegen des Wechselkurses der Ost-Mark schweren Schaden zugefügt. Die Abwanderung der Spezialisten habe ULBRICHTS Arbeitspläne gestört und auch die Planungen der Sowjetwirtschaft betroffen. ULBRICHT seien auch von Polen wiederholt Schwierigkeiten gemacht worden. So habe GOMULKA¹³¹ Kohlenlieferungen aus Schlesien gestoppt, um über den Export von Kohle in westliche Länder dringend benötigte Devisen zu bekommen. In der SBZ hätten deshalb zeitweise sogar Hochöfen ausgeblasen werden müssen.
- 2. Auf den Einwand, ULBRICHT habe seine Schwierigkeiten wegen überstürzter Enteignungsmaßnahmen und besonders wegen der Kollektivierung auf dem Lande selbst verschuldet, wurde zustimmend geantwortet: ULBRICHT habe sich mit allem zu sehr beeilt. Er verstehe nichts von Wirtschaft. Auf die Frage, warum man denn einen so erfolglosen Kommunisten nicht fallen lasse, sagte der Gesprächspartner, manche gutunterrichteten Leute hätten nach STALINs Tod damit gerechnet, ULBRICHT werde bald fallen. Er habe aber die Fähigkeit, sich schnellstens auf neue Strömungen in Moskau einzustellen und sei einer der ersten gewesen, die sich gegen den Personenkult gewandt hätten. Später habe er die ganze SED-Führung mit seinen Leuten besetzt. Deshalb gebe es zur Zeit - vor allen Dingen in der jetzigen Situation - keine Alternative.
- 3. Der Gesprächspartner ließ weiter durchblicken, dass in einer ruhigeren Entwicklungsphase möglicherweise nach einer "GOMULKA-ähnlichen Lösung" für die SBZ gesucht werden könnte. Dazu müsse der Westen aber erst seinen Druck auf die SBZ einstellen. Die Schließung der Sektorengrenze diene der Konsolidierung der Verhältnisse in der SBZ. Außerdem sei die Schließung der Sektorengrenze notwendig gewesen, wenn überhaupt an ernsthafte Verhandlungen gedacht werde. Die SU hätte doch nicht mit dem Westen vor dem Hintergrund von 4000 Flüchtlingen täglich verhandeln können - eine Zahl, die möglicherweise bis zum Spätherbst erreicht worden wäre. CRUSCHTSCHEW hätte doch nicht von den USA verlangen können, sie sollten ihm beim Abstoppen der "Abwerbung" behilflich sein.

Stellungnahme:

Abgesehen von der Wiedergabe der bekannten Argumente zur Begründung der Absperrungs-Maßnahmen vom 13.8. richten sich die Äußerungen des Sowjet-

¹³¹ Gomulka, Władysław (1905–1982), 1943–1948 Erster Sekretär des ZK der Polnischen Arbeiterpartei, 1956-1970 Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.



funktionärs offensichtlich an die westliche Adresse. Das kommt insbesondere in einer gewissen Distanzierung von der Person ULBRICHTs zum Ausdruck, der als eine Art "notwendiges Übel" für Moskau dargestellt wird, was aber keineswegs der tatsächlichen Einstellung der Sowjetführung dem SED-Chef gegenüber entspricht. Darüber hinaus soll die Inaussichtstellung einer angeblichen späteren Ablösung ULBRICHTs durch einen SBZ-"GOMULKA" die Konzessionsbereitschaft des Westens bei kommenden "Verhandlungen" fördern.

Dokument 11:

Fernschreiben PA 90756-k des BND vom 9. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim

BuKA, AA, MVtdg, GM-Fl, Kreide fernmündlich weitergegeben Fernspr. 9. 9.61 – 17.30

Ktr.Nr.: 897

Ktr.Nr. 898

PA-90756-k vom 9, 9, 1961

Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der SBZ

Z. d.F.: Anfang September 1961 / Bew.: B-3

Aus Wien:

Die Unterzeichung des Friedensvertrages mit der SBZ ist für den 7./8. Oktober in Potsdam vorgesehen.

CHRUSCHTSCHEW wird persönlich anwesend sein.

Dokument 12:

Fernschreiben PA 90757-k des BND vom 10. September 1961, BA Koblenz, B $206/822,\,\mathrm{o.\,Bl.}$

Fernschreiben Dringend!

An 363/VI für BKA, AA, BmVtdg¹³², GM/Fleurop, Kreide, nachrichtl. 363

PA-90757-k vom 10. 9. 1961

Östliche Vorbereitungen zu Eingriffen in den zivilen Luftverkehr nach West-Berlin

Z. d. F.: 9. 9.61/Bew.: C-3



¹³² BmVtdg – Bundesministerium für Verteidigung.

Matthias Uhl und Armin Wagner: "Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung" 721

Aus Ost-Berlin:

1. Von östlicher Seite sind umfassende Vorbereitungen getroffen worden, um die Einstellung des zivilen Luftverkehrs nach West-Berlin "schlagartig" zu erzwingen.

Hierzu gehören:

Aufbau unterirdischer Radar-Störanlagen und Raketenbatterien nahe Berlin, Aufbau eines doppelten Flak-Gürtels um Berlin.

2. Darüber hinaus soll durch Zusammenziehung von Panzerverbänden im westlichen Grenzraum der SBZ dem Westen die Möglichkeit der Einwirkung auf die Land-Verbindungen nach West-Berlin demonstriert werden.

Stellungnahme:

Das bisherige Meldungsbild lässt derartige Vorbereitungen glaubhaft erscheinen. Es bleibt indessen zweifelhaft, ob nicht – abgesehen von zwischenzeitlichen Störversuchen - die Durchführung massiver Maßnahmen erst nach Abschluss des Separatfriedensvertrages einsetzen wird.

Dokument 13:

Fernschreiben PD¹³³ 90740-k des BND vom 15. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim Dringendes FS 502-843 322 vom 12, 9, 1961 Staatssekretäre BuKA, AA Fleurop in jeder Form gesperrt! Wieland¹³⁴ pers. Keine Weitergabe an Missionen 135! Fl: nein

PD-90740-k vom 15. 9. 1961 Ktr.Nr. 926/1/61

Hinweise zur Marschroute KENNEDYs in der Berlin- und Deutschlandfrage

Z. d. F.: 10, 9, 1961 Bew.: B-2

Aus Paris:

1. Nach den Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Paris, GAVIN¹³⁶, ist Präsident KENNEDY angesichts der sowjetischen Wiederaufnahme der

¹³⁶ Gavin, James M. (1907–1990), Amerikanischer Militär und Diplomat. Seit 1924 bei der U.S. Army, im Zweiten Weltkrieg Kommandeur der 82. US-Luftlandedivision, 1961-1962 amerikanischer Botschafter in Frankreich.



¹³³ PD - Partnerdienstmeldung. Information, die der BND von einem befreundeten Nachrichtendienst erhielt.

¹³⁴ Wieland – BND-Tarnname für den damaligen Brigadegeneral Gerhard Wessel (1968 Generalleutnant), 1956-1962 Leiter der Unterabteilung Militärische Sicherheit im Führungsstab der Bundeswehr, 1968-1978 BND-Präsident.

¹³⁵ Missionen – Auslandsresidenturen des BND.

- Atomtests von seiner ursprünglich erlangten Überzeugung wieder abgerückt, dass sobald wie möglich mit den Sowjets über die Berlin- und Deutschlandfrage verhandelt werden müsse. KENNEDY wolle vor der Aufnahme solcher Verhandlungen erst einen Beweis dafür sehen, dass die Sowjets die Verbindungen nach Westberlin nicht unterbrechen werden.
- 2. GAVIN umriss die derzeitige Marschroute KENNEDYs in der Berlin- und Deutschlandfrage dahin, dass zunächst der Friedensabschluss SU/SbZ abgewartet und gegen diesen dann formell Protest eingelegt werde. Etwa 2–3 Wochen später erscheine die Aufnahme von Verhandlungen dann möglich, wenn die Verbindungswege nach Westberlin nach wie vor reibungslos funktionierten. Jedem Versuch, die Verbindungswege nach Westberlin zu unterbrechen, würden die USA mit Gewalt begegnen. Präsident KENEDY glaube für diesen Fall nicht an einen nuklearen Weltkrieg, rechne aber möglicherweise mit einem wie Gavin sagte "lokalisierten Krieg nach Korea-Art" unter Anwendung taktischer Kernwaffen, d. h. atomarer Artillerie.
- 3. Als Basis für mögliche Verhandlungen zur Beilegung der Berlin Krise hielt GAVIN die Beibehaltung des Status quo in Berlin gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für denkbar, wobei allerdings die de-facto-Anerkennung der SbZ als "automatische Folge" in Rechung gestellt werden müsste. Die USA würden ihr Vetorecht gebrauchen, falls vorgeschlagen werden sollte, die SbZ in die UN aufzunehmen.
- 4. Nach GAVIN stehen EISENHOWER, TRUMAN und NIXON wie auch die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter KENNEDY und dieser Politik.
- 5. Hinsichtlich der verschiedentlich aufgetauchten These, Berlin zum Sitz der UN zu machen, sagte GAVIN, diese Lösung böte zwar eine Chance, die Berlinfrage "loszuwerden", Washington lege aber schon aus Prestigegründen den afrikanischen Staaten gegenüber größten Wert auf den weiteren Verbleib der UN in New York. GAVIN hält jedoch einen Kompromiss in dieser Frage nicht für unmöglich. Er sagte dazu: "Im Rahmen einer nun fast unvermeidlich erscheinenden Reform der UN wäre entweder die Etablierung gewisser Dienststellen der UN in Berlin oder aber die Annahme Berlins als Sitz von gewissen UN-Sitzungen denkbar. Diese Frage ist aber noch keineswegs aktuell."

Stellungnahme:

Aufgrund des zuverlässigen Übermittlungsweges der Meldung muss unterstellt werden, dass sich GAVIN in dieser Form geäußert hat. Indessen bleibt offen, inwieweit Gedankengänge KENNEDYs damit im einzelnen richtig wiedergegeben werden.



Dokument 14:

Fernschreiben PA 90834-m des BND vom 15. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Meldedienstliche Verschlusssache BND - 05 - PA-90834-m/61 VS-Vertr. 15. 9. 1961 937/14/61

Betrifft: Zur Bedeutung der Berlinfrage in sowjetischer Sicht

Zeit d. Festst.: Mitte September 1961

Bewertung: C-3

Meldung:

Aus Ostberlin:

Ein sowjetischer Gesprächspartner erklärte folgendes:

- 1. Alle Maßnahmen CHRUSCHTSCHEWs sowohl in der Deutschland- als auch in der Berlinfrage sowie die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche sollen die Westmächte für kommende Verhandlungen reif machen.
- 2. Mit der Abriegelung der Staatsgrenze der SBZ sei das Westberlinproblem nach sowjetischer Ansicht noch lange nicht erledigt. Westberlin solle die "magnetische Wirkung" genommen werden. Es solle so bald wie möglich in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht von der Bundesrepublik getrennt werden, um auf diese Weise dem sowjetischen Freistadtplan näher zu kommen und bessere Voraussetzungen für kommende Ost-West-Verhandlungen zu schaffen.
- 3. Allerdings sei das Problem Westberlin nur für ULBRICHT das erstrangige Thema, während es für CHRUSCHTSCHEW erst an zweiter Stelle stehe. Die Neutralisierung beider deutscher Staaten und die Abrüstung der Bundesrepublik seien für den Kremlchef die wichtigsten Themen, - die Westberlinkrise bilde nur den Hebel in dieser Richtung. Die letzten Noten, etwa die zu den Luftkorridoren, sollten die Westmächte für diese Entwicklung reif machen. Moskau verspreche sich viel von der scharfen Gangart, da sich die westliche Handlungsweise weiterhin als defensiv gezeigt habe.
- 4. Grundsätzlich sei CHRUSCHTSCHEW an Verhandlungen mit dem Westen interessiert, jedoch aus den genannten Gründen für die nächsten Wochen "nicht konferenzfreudig".

Stellungnahme:

Meldungsinhalt stimmt in den Grundzügen mit hiesiger Beurteilung überein. Die Anerkennung der SBZ wird sowjetischerseits als Voraussetzung für weitere politische Operationen in Richtung eines neuen Sicherheitssystems in Zentraleuropa gefordert. Die Feststellung in Ziffer 4 betrifft eine Frage taktischen Ranges. Z. Zt. tendiert CHRUSCHTSCHEW trotz Aufrechterhaltung des vollen Drucks und seiner Zeitplanung im großen durchaus zu einer Ausschöpfung der Möglichkeiten, die zu einem diplomatischen Einlenken des Westens führen könnten.



Dokument 15:

Fernschreiben PA 91128-m des BND vom 5. Oktober 1961, BA Koblenz, B 206/823, o. Bl.

Meldedienstliche Verschlusssache 1034/7/61 BND – 05 – PA-91128-m/61 VS-Vertr. 5. 10. 1961

Betrifft: Konferenz PERWUCHIN 137 –ULRICHT über Friedensvertrag und Grenzsicherung

Zeit d. Festst.: Ende September 1961

Bewertung: C-3

Meldung:

Aus Ostberlin:

- Am 25. 9. 1961 fand in der Ostberliner Sowjetbotschaft eine Besprechung Botschafter PERWUCHINs mit ULBRICHT statt. Von beiden Seiten waren militärische Experten hinzugezogen worden, – von sowjetischer Seite war Marschall KONJEW anwesend.
 - a) PERWUCHIN hat ULBRICHT dabei mitgeteilt, dass sich einige Voraussetzungen für die sowjetische Taktik in der Berlinfrage geändert hätten. Es sei deshalb zweckmäßig, in der Agitation für die Unterzeichung eines Friedensvertrages mit der SBZ nicht mehr zu sagen "noch in diesem Jahr" sondern "nicht mehr länger aufschiebbar". Allerdings gab PERWUCHIN keine konkrete Begründung, sondern wies lediglich unter Bezugnahme auf seine Anweisungen aus Moskau auf gewisse Anzeichen hin, die möglicherweise für ein Hinausschieben der Unterzeichung sprächen.
 - b) Wie weiterhin inoffiziell bekannt wurde, wird der endgültige Unterzeichnungstermin im Anschluss an die Beendigung des Parteitages der KPdSU mit den Parteidelegationen aus den Warschauer Paktstaaten in Moskau beraten und festgelegt werden.
 - c) ULBRICHT ist bereits zum 15.10. 1961 nach Moskau beordert worden. Angeblich wird dort mit ihm über eine Korrektur bzw. eine Umwandlung des bereits erstellten Friedensvertrag-Entwurfes verhandelt werden. Prof. KRÖGER¹³⁸ und andere Staatsrechtler haben Anweisung, nach dem Abschluss des Parteitages nach Moskau zu kommen.
- 2. Über diese Mitteilung PERWUCHINs hinaus hat sich die Besprechung fast ausschließlich auf die Abdichtung und militärische Sicherung der Staats-

¹³⁸ Kröger, Herbert (1913–1989), Staats- und Völkerrechtler, Rektor der Akademie für Staat und Recht, Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht in der DDR.



¹³⁷ Pervuchin, Michail Georgevič (1904–1978), Sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, im Februar 1958 zum Botschafter der UdSSR in der DDR ernannt, verlor diesen Posten 1962 wegen Differenzen mit SED-Chef Ulbricht.

grenze der "SBZ" in Berlin und gegenüber der Bundesrepublik zum gegenwärtigen Zeitpunkt und nach erfolgter Unterzeichung des Friedensvertrages bezogen.

- a) Danach sollen die zu treffenden Maßnahmen so perfektioniert werden, dass "keine Maus mehr durchkommt", dass aber gleichzeitig Komplikationen und Konflikte mit den Grenzschutzeinheiten der Bundesrepublik sowie der Alliierten nicht nur vermieden, sondern gänzlich unmöglich gemacht werden.
- b) Im einzelnen wurde die am 26.9. 1961 von ULBRICHT mit HOFF-MANN¹³⁹, MARON¹⁴⁰ und anderen gemeinsam mit Marschall KONJEW sowie dessen mit Grenzsicherungsfragen befassten Stabsoffizieren angetretene Inspektionsreise nach Thüringen festgelegt. Bei der Inspektionsreise sollten neben Fragen der Grenzsicherung und der Luftabwehr auch Maßnahmen überlegt werden, die eine Einschleusung von Agenten verhindern.
- c) In der Besprechung ist wiederholt angeklungen, dass die Sowjets nach Durchführung der angestrebten hermetischen Absicherung der Grenzen bei künftigen Verhandlungen mit den Westmächten nicht mehr unbedingt auf der Durchsetzung der Kontrolle des zivilen Luftverkehrs bestehen wollen.

Stellungnahme:

Ziffer 1a)

Konkrete Anzeichen für ein Verschieben des Friedensvertrags über das Jahresende hinaus liegen nicht vor. GROMYKO¹⁴¹ hat sich in seiner Rede vom 26.9. 1961 wiederum für einen Abschluss des Friedensvertrages "noch in diesem Jahr" ausgesprochen. Die Formel "nicht mehr länger aufschiebbar" wird im übrigen von östlicher Seite schon seit geraumer Zeit gebraucht und sagt nichts hinsichtlich einer Terminverschiebung aus.

Ziffer 1c)

Ein persönliches Erscheinen ULBRICHTs in Moskau zur Eröffnung des XXII. Parteitages ist zu erwarten, ebenso eine inoffizielle Konferenz der KP-Chefs des Sowjetblocks.

¹⁴¹ Gromyko, Andrej Andreevič (1909–1989), Sowjetischer Außenminister. Ab 1939 im diplomatischen Dienst tätig, 1957-1985 Außenminister der UdSSR, 1956-1989 Mitglied des ZK der KPdSU, 1973-1988 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1985-1989 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹³⁹ Hoffmann, Heinz (1910–1985), Armeegeneral (1961) – Minister für Nationale Verteidigung. Von 1960 bis 1985 Verteidigungsminister der DDR, seit 1973 Mitglied des Politbüros der SED.

¹⁴⁰ Maron, Karl (1903–1975), Generaloberst der VP (1961) – Minister des Innern. 1955 Chef der Deutschen Volkspolizei, dann Ernennung zum Minister des Innern, 1963 Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, ab 1964 Leiter des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der